

GESCHÄFTSBERICHT DES REGIERUNGSRATS 2007

	Seite
1 Vorwort	1
2 Bericht des Regierungsrats zur Umsetzung der Schwerpunkte in den einzelnen Politikbereichen	5
3 Kantonsrat mit Bericht über parlamentarische Vorstösse	33
4 Departementsberichte	
4.1 Staatskanzlei	43
4.2 Finanzdepartement	65
4.3 Sicherheits- und Gesundheitsdepartement	83
4.4 Volkswirtschaftsdepartement	121
4.5 Bildungs- und Kulturdepartement	157
4.6 Bau- und Raumentwicklungsdepartement	187
5 Bericht zur Staatsrechnung 2007	223
6 Genehmigungsbeschluss des Kantonsrats	247
Anhänge zur Staatsrechnung	251
Anhang Abweichungsbegründungen der Departemente	263

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1	Vorwort	1
2	Bericht des Regierungsrats	5
2.1	Volkswirtschaft	7
2.2	Bildung	9
2.3	Gesundheit	10
2.4.	Soziale Wohlfahrt und soziale Sicherheit	12
2.5	Sicherheit und Recht	13
2.6	Raumordnung, Umwelt und Energie	14
2.7	Verkehr und Infrastruktur	15
2.8	Gesellschaft, Kultur, Medien, Sport und Erholung	16
2.9	Staatsorganisation – föderalistische Zusammenarbeit	18
2.10	Finanzen und Steuern	21
2.11	Strategische Kennzahlen	23
2.12	Vernehmlassungen an den Bund	25
2.13	Beschwerdeentscheide des Regierungsrats	30
3	Kantonsrat	33
3.1	Kantonsratssitzungen und -geschäfte	33
3.2	Bericht über parlamentarische Vorstösse	36
4	Departementsberichte	
4.1	Staatskanzlei	43
140	Kanzleistab	46
142	Kanzleisekretariat	50
1422	Amtsblatt und Passbüro	51
16	Rechtsdienst	52
17	Staatsarchiv	58
18	Finanzkontrolle	60
4.2	Finanzdepartement	65
20	Departementssekretariat	68
22	Personalamt	71
24	Finanzverwaltung	73
26	Steuerverwaltung	76
268	Prämienverbilligung	80
4.3	Sicherheits- und Gesundheitsdepartement	83
30	Departementssekretariat	92
31	Justizverwaltung	93
312	Abteilung Betreuung und Konkurs	95
3140	Dienststelle Straf- und Massnahmenvollzug	95
3112	Zivilstandsdienst	96
3104	Schlichtungsbehörde für Miet- und Pachtverhältnisse	97
3102	Kommission und Fachstelle für die Gleichstellung OW/NW	97
3106	Steuerrekurskommission	98

3108	Anwaltskommission	98
3110	Notariatskommission	98
32	Kantonspolizei	98
3200	Kommando	99
3201	Verkehrs- und Sicherheitspolizei	100
3202	Kriminalpolizei	101
325	Militär und Bevölkerungsschutz	101
3250	Zivilschutz	101
3251	Schadenwehr (Feuerwehr)	102
3255	Kreiskommando	102
3257	Kantonaler Führungsstab	103
34	Gesundheitsamt	103
3406	Schulgesundheitsdienst	105
3409	Prämienverbilligung Krankenkassen	107
3410	Gesundheitsförderung Obwalden/Nidwalden	107
3420	Kantonsspital Obwalden	108
3424	Ausserkantonale Spitalbehandlungen	108
35	Sozialamt	109
3502	Beratungen	111
3504	Asylsuchende, Flüchtlinge	114
3506	Heime	115
36	Strafverfolgung: Verhöramt, Staatsanwaltschaft und Ju- gendanwaltschaft	115
360	Verhöramt	115
3610	Staatsanwaltschaft	116
3620	Jugendanwaltschaft	118
4.4.	Volkswirtschaftsdepartement	121
40	Departementssekretariat	126
41	Volkswirtschaftsamt	128
4110	Handelsregister und Stiftungsaufsicht	133
412	Grundbuch und Vermessung	133
42	Amt für Arbeit	135
4210	Migration	139
4220	Technische Inspektorate	140
4221	Gewerbebewilligungen	141
43	Amt für Landwirtschaft und Umwelt	142
4311	Beratung	146
4312	Strukturverbesserungen	147
4321	Landwirtschaftliche Beiträge	149
433	Umwelt	150
4.5	Bildungs- und Kulturdepartement	157
50	Departementssekretariat	162
530	Amt für Volks- und Mittelschulen	165
533	Schulpsychologischer Dienst	170
534	Logopädischer Dienst	171
535	Kantonsschule	171
54	Amt für Berufsbildung	172
543	Berufs- und Weiterbildungsberatung	176

544	Berufs- und Weiterbildungszentrum	178
55	Kultur	179
5500	Kulturförderung	179
5510	Kultur- und Denkmalpflege	180
5520	Kantonsbibliothek	181
560	Sport	183
4.6.	Bau- und Raumentwicklungsdepartement	187
60	Departementssekretariat	193
61	Hoch- und Tiefbauamt	194
610	Tiefbau	196
612	Strasseninspektorat	198
614	Hochbau	199
62	Amt für Wald- und Raumentwicklung	202
6212	Walderhaltung	205
6218	Natur und Landschaft	206
6219	Jagd	207
6226	Naturgefahren	208
6231	Raumplanung	212
6232	Baukoordination	218
6233	Verkehrsplanung	219
5	Bericht des Regierungsrats zur Staatsrechnung	223
	Bericht des Obergerichts	242
	Genehmigungsbeschluss des Kantonsrats	247
	Anhänge zur Staatsrechnung	251
	Anhang Abweichungsbegründungen der Departemente	263 (1-26)
	Beilage: Detailzahlen zur Staatsrechnung	

Landammann und Regierungsrat des Kantons Obwalden an den Kantonsrat

„Allein kann keiner von uns die Zukunft unseres Kantons gestalten. Zusammen sind wir stark genug, die Herausforderungen anzunehmen und Lösungen für die anstehenden Aufgaben zu finden, damit wir und unsere Nachkommen hier Heimat und Geborgenheit finden.“

Hans Hofer, Landammann 2007/08

Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Der Regierungsrat legt Ihnen Rechenschaft über die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit 2007 ab.

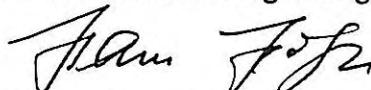
Es handelt sich um den zweiten Bericht in der laufenden Amtsdauer 2006 bis 2010. Er nimmt unmittelbar Bezug auf die in der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP) für das Jahr 2007 bis Amtsstufe konkretisierten Ziele und Gesetzgebungsvorhaben. Im Zwischenbericht des Regierungsrats gehen wir schwerpunktmässig auf jene Ziele und Massnahmen ein, wo bereits bis Ende Geschäftsjahr 2007 wesentliche strategische Geschäfte der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 umgesetzt oder allenfalls wesentlich verändert wurden. Ab dem IAFP 2008 sind dann auch die Regierungsziele für das betreffende Jahr als Bezugsrahmen für den jeweiligen Geschäftsbericht als Schwerpunkte hervorgehoben.

Der vorliegende Geschäftsbericht richtet sich als Controllinginstrument zunächst unmittelbar an den Kantonsrat. Zusammen mit der Staatsrechnung gewährt er eine Leistungs- und Kostenübersicht über die gesamte kantonale Aufgabenerfüllung. Gleichzeitig werden die wichtigsten staatlichen Ereignisse sowie die Leistungen der Departemente und Amtsstellen für die Nachwelt dokumentiert. Ergänzende Angaben finden sich im Internet unter www.obwalden.ch, in den Berichten der Kantonsschule und des Berufs- und Weiterbildungszentrums sowie in den Geschäftsberichten des Kantonsspitals, der kantonalen Ausgleichskasse und der interkantonalen Anstalten, an denen der Kanton massgeblich beteiligt ist.

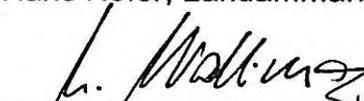
Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, auf die Genehmigung des Geschäftsberichts sowie der Jahresrechnung 2007 einzutreten.

Sarnen, im März 2008

Im Namen des Regierungsrats



Hans Hofer, Landammann



Urs Walimann, Landschreiber

2 Bericht des Regierungsrats zur Umsetzung der Schwerpunkte der Strategieplanung und der Amtsdauerplanung in den einzelnen Politikbereichen im Jahr 2007

KANTON OBWALDEN

WOHN-ATTRAKTIV, WIRTSCHAFTS-DYNAMISCH UND OPTIMAL VERNETZT
IHR PARTNER IN DER ZENTRALSCHWEIZ

Bezugsrahmen für den vorangestellten regierungsrätlichen Bericht zum Geschäftsjahr 2007 bildet die 2006 erneuerte Strategieplanung 2012+ mit den **strategischen Leitideen** und **Wirkungszielen** zu den einzelnen Politikbereichen sowie den prioritären staatlichen **Massnahmen** (Projekte, Gesetzgebungsvorhaben und Investitionen) für die **Amtsdauerplanung 2006 bis 2010**. Der Regierungsrat verfolgte weiterhin eine konsequente Positionierung und Zukunftsgestaltung des Kantons mit folgender strategischer Stossrichtung:

- *Der Kanton Obwalden ist wohn-attraktiv:* Die bereits bestehende hohe Lebensqualität in einem intakten wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Umfeld bildet eine günstige Voraussetzung. Bewohnerinnen und Bewohner sollen sich im Kanton wohl fühlen und in der Gesellschaft integriert sein, unabhängig davon, ob sie ihr wirtschaftliches Einkommen in der weitem Region bzw. städtischen Agglomeration oder im Kanton selbst erzielen oder den bevorzugten Wohnsitz im Kanton wählen ohne erwerbstätig zu sein. Der ganze Kanton Obwalden entwickelt sich deshalb primär als attraktive Wohnregion mit einem weiteren, verträglichen Bevölkerungswachstum.
- *Der Kanton Obwalden ist wirtschafts-dynamisch:* Die mit Erfolg geführte Politik des lebendigen, offenen Wirtschaftsraumes wird fortgesetzt. Auf der Grundlage der erfolgreich etablierten Unternehmen im Kanton wird besonders die weitere Clusterbildung mit dynamischen, wertschöpfungsintensiven Betrieben gefördert. Die Entwicklungspotenziale innerhalb des Kantons sind naturgemäss unterschiedlich. Da vor allem die Stärken gefördert werden sollen, ergibt sich ein unterschiedliches Entwicklungsbild für die einzelnen Kantonsteile bzw. Gemeinden. Das Potenzial ist so zu nutzen, dass daraus für den Kanton insgesamt der grösste Nutzengewinn entsteht. Als **Wohn- und bevorzugte Wirtschaftsregion** mit Agglomerationscharakter wird vor allem die **Talachse des unteren Sarneraats** um das Regionalzentrum Sarnen entwickelt. Dies erlaubt eine stärkere räumliche Konzentration der notwendigen Infrastrukturausstattung. Als **Wohn- und bevorzugte naturnahe Erholungsregion** werden das **obere Sarneraatal und Engelberg** bezeichnet. Hier im ausgeprägten ländlichen Raum bilden das lokale Ge-

werbe, die Landwirtschaft und der Tourismus – mit Engelberg und Melchsee-Frutt als touristischen Schwerpunkten – das wirtschaftliche Rückgrat.

- *Der Kanton Obwalden ist mit der Zentralschweiz und dem Grossraum Zürich optimal vernetzt:* Die Randlage des Kantons verlangt eine optimale Vernetzung mit dem übergeordneten Wirtschaftsraum Zentralschweiz und den Anschluss an den Grossraum Zug – Zürich. Dies gilt im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Wohn-, Arbeits- und Erholungsgebietes für alle drei Bereiche. Die Vernetzung wird umfassend verstanden, insbesondere bezüglich Wirtschafts- und Erwerbstätigkeit, Aus- und Weiterbildung, des öffentlichen und privaten Verkehrs, der Kommunikationstechnologie, der zentralörtlichen Dienstleistungen und der Freizeitangebote. Der Kanton pflegt in den staatlichen Handlungsbereichen eine partnerschaftliche, interkantonale Zusammenarbeit.

Im Sinne des Controllings gibt der Regierungsrat auf Stufe der Staatsleitung eine Übersicht **über die Umsetzung der strategischen Leitideen und Wirkungsziele sowie der übergeordneten Massnahmen in den einzelnen Politikbereichen im Jahr 2007** (mit Klammerhinweisen auf die entsprechende Leitidee [z.B. „L1“] oder Massnahme [„M 1.5“]). Auf ausgewählte strategische Kennzahlen, welche bereits für 2007 vorliegen, wird zudem unter Kapitel 2.11 hingewiesen.

In den Departementsberichten (ab Kapitel 42) werden die umgesetzten Leistungsaufträge und Jahresziele gemäss der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung für das Jahr 2007 im Einzelnen dargestellt.

2.1 Volkswirtschaft

Der Kanton Obwalden setzt auf eine Steigerung des Volkseinkommens durch Wachstum (L1).

Die verstärkte positive Wahrnehmung des Kantons Obwalden mit seinen attraktiven Rahmenbedingungen als Wohn-, Wirtschafts- und Erholungsstandort (L 1) hat 2007 weitere wachstumsfördernde Impulse ausgelöst.

Das Wachstum der Wohnbevölkerung hält weiterhin an. Das in der kantonalen Richtplanung mit jährlich 300 Personen prognostizierte Wachstum der Bevölkerung wurde 2007 mit 275 zwar nicht ganz erreicht. Betrachtet man nur die ständige Wohnbevölkerung (Schweizer sowie Niedergelassene und Aufenthalter) ergibt sich aber eine Zunahme von 336. Damit wird die Zielvorgabe übertroffen. Gemäss der Einwohnerkontrollstatistik liegen die Gemeinden Sarnen, Kerns und Lungern über einem durchschnittlich angestrebten Wachstum von 1 Prozent.

Die Statistik des Bundes über das Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung wird jeweils mit einiger Verspätung veröffentlicht. Zur Zeit werden die Berechnungsgrundlagen überarbeitet. Die Zunahme beträgt für 2005 (letzte Erhebung) gemäss provisorischen Zahlen +2,8 % (gesamtschweizerisch 2,7 %). Sie liegt erstmals seit langem über dem schweizerischen Mittel.

Die von Kanton, Gemeinden und der Wirtschaft getragene Standort Promotion in Obwalden (iOW) ist mit dem Kantonsmarketing beauftragt, das zum positiven Wachstum beiträgt. Die mit ihr für 2007 vereinbarten Erfolgsindikatoren wurden erreicht bzw. übertroffen (M1.1):

	<i>vereinbart</i>	<i>erreicht</i>
– Neueintragungen juristische Personen im Handelsregister	200	336
– zusätzliche Steuererträge aus dem Zuzug von Privatpersonen (mit steuerbaren Einkommen über Fr. 150'000.-)	1 Mio Fr	über troffen
– Kontakte für die Bestandespflege	20	36

Für die Umsetzung des Bundesgesetzes über Regionalpolitik ist die kantonale Gesetzgebung über die regionale Wirtschaftspolitik angepasst worden (M 1.2). Als neue Kriterien der Förderung wurden die „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“ sowie die „Erhöhung der Wertschöpfung“ aufgenommen. Der entsprechende Gesetzes- und der Verordnungsnachtrag wurden auf Anfang 2008 in Kraft gesetzt. Der Regierungsrat hat das kantonale Umsetzungsprogramm der Neuen Regionalpolitik (NRP) 2008-2011 und die entsprechende Programmvereinbarung mit dem Bund genehmigt. Diese wurden gestützt auf die vorhandenen Planungsinstrumente wie Strategie des Regierungsrates 2012+, Richtplanung 2006-2020, Agrarleitbild in Zusammenarbeit mit dem Regionalentwicklungsverband Sarneraatal und durch Begleitung einer Fachstelle erarbeitet und bei den Gemeinden und den Departementen in Vernehmlassung gegeben. Programmschwerpunkte liegen bei den Wertschöpfungssystemen, bei Infrastruktureinrichtungen für den Tourismus und wertschöpfungsstarken Arbeitsplätzen, der überregionalen Zusammenarbeit zur Umsetzung der Regionalpolitik sowie der Förderung der KMU.

Die Standortpromotion in Obwalden (iOW) hat in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und in Abklärung bei den Grundeigentümern einen Baulandkataster erstellt. Dieser gibt Auskunft über die Flächen der verfügbaren und nicht verfügbaren Baulandparzellen jeder Gemeinde sowie deren Anteil am eingezonten Bauland (M 1.5, M 8.2; RPT 5 und 8). Durch einen Verordnungsnachtrag (KRB v. 29.11.07) hat der Kantonsrat die Voraussetzungen für die Veröffentlichung des Baulandkatasters geschaffen. Der Nachtrag ist auf den 1. Februar 2008 in Kraft gesetzt worden.

Der Regierungsrat hat zur Umsetzung des Registerharmonisierungsgesetzes im Hinblick auf die Volkszählung 2010 eine kantonale Projektorganisation unter Federführung des Volkswirtschaftsdepartements eingesetzt. Die Registerharmonisierung hat zum Ziel, die Einwohnerregister in den Kantonen und Gemeinden sowie die grossen Personenregister des Bundes im Zivilstands-, Ausländer- und Flüchtlingsbereich bezüglich Inhalt und Aktualität aufeinander abzustimmen.

Der Kanton Obwalden optimiert die Standortqualität für dynamische und wertschöpfungsstarke Branchen sowie zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (L2).

Im Standortsqualitätsindikator 2007 der CS (SQI), welcher die Indikatoren: Steuerbelastung (natürlicher und juristischer Personen), Verkehrsanbindung an die Ballungsräume sowie Ausbildungsstand der Bevölkerung misst, verbesserte sich der Kanton Obwalden auf 0.89 (gesamtschweizerischer Durchschnitt 0). Obwalden hat einen positiven Wert und nimmt unter den Zentralschweizer Kantonen neu den 3. Platz ein.

Der Kanton ist mit der effektiv tiefsten Steuerbelastung für Unternehmen in der Schweiz gemäss dem BAK Basel Economics-Index mit 11,5 % international auf den zweiten Platz unmittelbar nach Hong Kong aufgerückt.

Für die Finanzierung des Kantonsbeitrags zugunsten des Micro Center Central-Switzerland (MCCS) ist für das Jahr 2008 mit einer möglichen Verlängerung für das Jahr 2009 eine Übergangslösung getroffen worden (M 2.1). In der Übergangszeit prüft der Konkordatsrat der Hochschule Luzern die Regelung der künftigen Finanzierung über das Fachhochschulkonkordat.

Die Weiterentwicklung der Agrarpolitik des Bundes (AP 2011), die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) sowie die Neuausrichtung eigenständiger kantonaler Massnahmen machten die Anpassung der kantonalen Landwirtschaftsgesetzgebung notwendig (M 2.2), die vom Kantonsrat in erster Lesung behandelt worden ist. Die bisherigen kantonalen Massnahmen zur Förderung der nachhaltigen und ökologischen Bewirtschaftung, der Tierzucht und des Viehabsatzes, des Absatzes von Produkten mit innovativen Projekten und der Strukturverbesserungen werden in Abstimmung mit den agrarpolitischen Rahmenbedingungen des Bundes fortgeführt. Zusätzlich wird die Arbeitsteilung in der Tierhaltung gefördert. Der Kanton wird neu eigenständige Strukturverbesserungsmassnahmen, namentlich die Sanierung und Erstellung von landwirtschaftlichen Wohnbauten im Berggebiet unterstützen können. Die gefährliche Bakterienkrankheit Feuerbrand ist vereinzelt auch im Kanton Obwalden aufgetreten. Zur raschen und wirksamen Bekämpfung hat der Regierungsrat Ausführungsbestimmungen erlassen (RRB v. 3.7.07).

Der Kanton nutzt seine überregionalen Standortpotenziale in attraktiven touristischen Marktsegmenten (L3).

Der Regierungsrat hat die Leistungsvereinbarung mit der Luzern Tourismus AG für 2007 bis 2010 erneuert (M 3.1). Diese beinhaltet einen jährlichen Beitrag von 46 000 Franken zuzüglich des Kostenanteils von 2 500 Franken an die Mehrkosten von Vierwaldstättersee Tourismus für die Jahre 2007 bis 2010 an die Luzern Tourismus AG für die Erbringung der Leistungen im Bereich Service Public. Diese Zusammenarbeit ist von grosser Bedeutung, weil Luzern als Marke weiterhin in der ganzen Welt bekannt ist.

Die künftige Zusammenarbeit mit dem Kanton Luzern ist für den Regierungsrat von grosser Wichtigkeit. Besonders im Bereich des öffentlichen Verkehrs ist der Kanton auf ein gutes, partnerschaftliches Verhältnis zu Luzern angewiesen. Der Regierungsrat hat sich grundsätzlich bereit erklärt, sich im Rahmen eines gemeinsamen Engagements im „House of Switzerland“ während den Olympischen Spielen 2008 in Peking unter dem Namen „Lake Lucerne Region“ mit 60 000 Franken zu beteiligen.

2.2 Bildung

Der Kanton Obwalden verfügt über ein leistungsfähiges, attraktives sowie qualitativ hochstehendes Bildungswesen und fördert damit die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung (L4).

Im Bildungsbereich wurde stetig an der Qualitätssicherung und -verbesserung der Angebote gearbeitet. Dies fand auf Stufe Regierungsrat für die Volksschulstufe u.a. Ausdruck in Form von Ausführungsbestimmungen über die Studentafel für die Orientierungsschule, welche erstmals ein neues Gefäss „Projektunterricht und Abschlussarbeit“ enthält. Zur Optimierung der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung wurde als Pilotprojekt eine Wirkungsüberprüfung der Nachqualifikation in Englisch durchgeführt. Sie bildet Modell für weitere Projektaufträge zur Wirkungsüberprüfung. Ausführungsbestimmungen des Regierungsrats ermöglichen neu auch einen prüfungsfreien Übertritt nach Abschluss der 3. Klasse der Orientierungsschule oder des Gymnasiums oder nach Abschluss des schulischen Brückenangebots in eine lehrbegleitende Berufsmaturitätsschule oder in eine vollzeitliche Fachmittelschule/Wirtschaftsmittelschule.

Bildungsqualität wird auch im Rahmen interkantonalen Zusammenarbeit gefördert. Dazu wurden 2007 im Rahmen der Interkantonalen Fachschulvereinbarung sowie des Regionalen Schulabkommens Innerschweiz die Anerkennung zusätzlicher Ausbildungsinsitutionen und Studiengänge vereinbart. Auch die Höhere Fachschule für Medizintechnik Sarnen wird dadurch unterstützt. Der Kanton beschloss auch der erneuerten Berufsfachschulvereinbarung beizutreten. Sie regelt die Abgeltung unter den Kantonen für den ausserkantonalen Besuch des beruflichen Unterrichts, von dem zurzeit 820 Obwaldner Jugendliche Nutzen ziehen.

Mit neuen Ausführungsbestimmungen über die Berufsbildung und die Weiterbildung wird der Vollzug des Bundesrechts sichergestellt und die Berufsbildung im Kanton auf eine zeitgemässe rechtliche Grundlage gestellt. Die Attraktivität der Berufslehre wird gesteigert und die höhere Berufsbildung und die Weiterbildung werden gestärkt. Damit unternimmt der Kanton Verantwortung in der Lehrstellenproblematik und beschreitet einen wichtigen Schritt für die Standortattraktivität. Die Lehrbetriebsbeiträge wurden im Rahmen des neuen Bildungsgesetzes abgeschafft und der administrative Aufwand für die KMU verkleinert. Mit der Inkraftsetzung auf den 1. April 2007 konnte

ein wichtiger Meilenstein in den Vollzugsarbeiten zum kantonalen Bildungsgesetz termingerecht abgeschlossen werden.

Zu verbesserten Tagesstrukturen an der Kantonsschule hat der Regierungsrat das Pilotprojekt „ZämäZmittag“, welches auf das Schuljahr 2007/08 eingeführt worden ist, unterstützt.

Mit dem Entwurf einer Lehrpersonenverordnung hat der Regierungsrat eine Vorlage für die Vereinheitlichung der Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen aller Stufen in die Wege geleitet (M 4.4). Das Vernehmlassungsergebnis brachte weitgehende Zustimmung. Alle Lehrpersonen werden künftig von den Schulleitungen beurteilt. Allerdings soll die Beurteilung vorerst noch keine Auswirkungen auf die Entlöhnung haben.

Für den Ausbau und die Sanierung der Kantonsschule und der Dreifachturnhalle hat der Regierungsrat die Eckwerte für den Projektwettbewerb festgelegt (M 4.5). Zunächst musste er sich mit dem Gebäudeversicherer über die Schadenssumme, die bei der Hochwasserkatastrophe 2005 entstanden war, auseinandersetzen. Kantons- und Versicherungsvertreter konnten sich aufgrund vorliegender Fachgutachten auf eine Schadenssumme von insgesamt 5,6 Millionen Franken einigen. Im Zusammenwirken mit dem Kantonsrat hatte der Regierungsrat im Dezember 2007 folgende Eckwerte umschrieben:

- Der Planungssperimeter wird auf das kantonseigene Gebiet eingeschränkt.
- Die Kantonsschule wird an ihrem jetzigen Standort saniert und erweitert mit Kostendach von 10,5 Millionen Franken, zuzüglich Versicherungsleistungen von 2,1 Millionen Franken.
- Die Dreifachturnhalle wird am bisherigen Standort im Rahmen des Gesamtprojekts saniert und entsprechend den heutigen bautechnischen Bedürfnissen ausgebaut. Die wertvermehrenden Investitionen werden auf rund 1,8 Millionen Franken geschätzt.
- Der Kanton baut und finanziert eine vierte Halle in der Dimension einer einfachen Vereinshalle (Sporthalle), mit der notwendigen Infrastruktur mit einem Zusatzkredit von 4,5 Millionen Franken. An den Mehrkosten der Erweiterung des Raumprogramms auf eine Sporthalle mit der Ergänzung der notwendigen Infrastruktur wird eine Beteiligung der Einwohnergemeinde Sarnen von 70 Prozent und der Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung über den Betrieb vorausgesetzt.
- Über den ganzen Planungssperimeter mit den Hauptprogrammpunkten Kantonsschule, Dreifachturnhalle und zusätzliche Sporthalle samt Aussensportanlage führt der Kanton Obwalden einen integralen, offenen Projektwettbewerb durch.

2.3 Gesundheit

Der Kanton Obwalden fördert die Gesundheit aller Bewohnerinnen und Bewohner und sichert den Zugang zu einer bedarfsgerechten, qualitativ guten medizinischen sowie pflegerischen Gesundheitsversorgung (L5).

Die geplante Umsetzung der auf Art. 16 des Gesundheitsgesetzes gestützten Spitalstrategie wurde mit einem Volksbegehren der „Aktion pro Kantonsspital Obwalden“ angefochten. Dieses verlangte die ausdrückliche gesetzliche Verankerung, dass das Kantonsspital Obwalden ein selbstständiges Spital unter eigener Leitung werde. Es

sollte verhindert werden, dass das Kantonsspital geschlossen und mit einem andern Spital fusioniert werde.

Regierungsrat und Kantonsrat empfahlen die Ablehnung dieser „Spitalinitiative“. Sie betonten nach wie vor klar für den Spitalstandort Sarnen einzustehen. Das Kantonsspital solle sich zu einem leistungsstarken Unternehmen entwickeln, das sich auf dem umkämpften schweizerischen Spitalmarkt behaupten könne. Dafür brauche es jedoch flexible Rahmenbedingungen. Die Forderungen der Initianten würden den Handlungsspielraum des Kantonsspitals unnötig einschränken. Die Bevölkerung folgte diesen Anträgen und lehnte die „Spitalinitiative“ an der Volksabstimmung vom 16. Dezember 2007 ab. Damit sind die Vorgaben im Gesundheitsgesetz für die Grundversorgung und die Zusammenarbeit mit den Kantonen Nidwalden und Luzern bestätigt worden. Sie sind nun mit einer Erneuerung der Zusammenarbeitsvereinbarungen mit den beiden Kantonen zu konsolidieren (M 5.1). Ebenso ist die Vorgehensweise für eine Machbarkeitsstudie zum Teilumbau des Kantonsspitals vorgezeichnet, nachdem die Aufsichtskommission dem Regierungsrat eine Strategie zur betrieblichen Weiterentwicklung des Kantonsspitals unterbreitet hat (M 5.2).

Der Regierungsrat verlängerte den bisherigen Tarifvertrag zwischen dem Kantonsspital und santésuisse für die Behandlung von stationären Patientinnen und Patienten der allgemeinen Abteilung mit einer Basisrate von 4 072 Franken auch für das Jahr 2007, nachdem keine Einigung zwischen den beiden Vertragsparteien erzielt werden konnte. Er stimmte einem Vertrag über die Verankerung von Ergebnisqualitäts-Messungen im akutstationären, somatischen Bereich der Kliniken und Spitäler in den Kantonen Luzern, Uri, Obwalden, Nidwalden und Zug („QuaZentral“) zu.

Mit der Erneuerung des Spitalabkommens mit dem Kanton Luzern sowie dem Inselspital Bern sichert sich der Kanton weiterhin deren Zentrumsleistungen bzw. Leistungen der Spitzenmedizin für Patientinnen und Patienten mit Wohnsitz im Kanton Obwalden.

Bei der individuellen Prämienverbilligung (IPV) nach dem Krankenversicherungsgesetz (KVG) sprach sich der Regierungsrat zunächst für die Beibehaltung des geltenden Abrechnungssystems nach dem einfachen Prozentmodell aus. Aufgrund der Einführung der „Flat Rate Tax“ bei der Besteuerung musste aber auf ein Modell mit einem linear progressiven Selbstbehalt umgestellt werden. Zudem muss der Kanton aufgrund der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) ab 2008 zusätzliche Mittel für die Finanzierung der IPV einschliessen.

Der Leistungsauftrag an das Laboratorium der Urkantone wurde sowohl im Bereich des Kantonschemikers wie jenem des Kantonstierarztes in mehreren Produktgruppen ergänzt. Betroffen sind namentlich die Risikoermittlung und die Bewilligungserteilung für Betriebe mit tierischen Lebensmitteln sowie eine Radondatenbank beim Kantonschemiker. Der Kantonstierarzt übernimmt u.a. neue Aufgaben der Tiergesundheit (z.B. Vogelgrippe), Lebensmittelsicherheit und im Tierschutz. Die Ergänzungen führten auch zu einer Erhöhung des Globalkredits für die Jahre 2006-2009 von 20.7 auf 25.4 Millionen Franken. Davon entfallen auf den Kanton Obwalden für die vier Jahre 4.04 Millionen Franken. Kanton und Gemeinden hatten auch eine Nachschusspflicht in die kantonale Tierseuchenkasse zu erfüllen, nachdem der Fondsbestand 2007 unter den gesetzlich vorgeschriebenen Betrag von 250 000 Franken gefallen war.

2.4 Soziale Wohlfahrt und soziale Sicherheit

Der Kanton Obwalden tritt für eine integrale Familienpolitik ein, unterstützt in sozialen Notlagen die Vorsorge, Selbsthilfe und Eigeninitiative und sichert eine vernetzte Sozialarbeit (L6).

Die Stärkung der Familien wurde nach den gutgeheissenen Prioritäten des Familienleitbilds weiterentwickelt (M 6.1). Nach dem Verzicht auf die Einführung einer Kleinkinderbetreuungszulage hat der Regierungsrat ein Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung vorgelegt. Die Gemeinden sorgen für ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen. Anerkannte Kindertagesstätten und Tagesfamilien erhalten aufgrund von Leistungsvereinbarungen Beiträge. Diese gleichen den Mehraufwand aus, welchen die Eltern entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht selber zu tragen vermögen. Die öffentlichen Beiträge werden hälftig von Kanton und Gemeinden aufgebracht. Das neue Gesetz fördert die Entwicklung und Integration der Kinder und ermöglicht die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit oder Ausbildung. Die neuen Bestimmungen sind seit Anfang 2008 wirksam.

Der Kantonsrat hat auf Antrag des Regierungsrats die materielle Harmonisierung der Mindestzulagen gemäss dem Bundesgesetz über die Familienzulagen sichergestellt. Ab Anfang 2008 werden Kinderzulagen von 200 Franken und Ausbildungszulagen von 250 Franken im Monat ausgerichtet. Zusätzlich hat der Regierungsrat ein neues Gesetz über die Familienzulagen einem Vernehmlassungsverfahren unterstellt, das gemäss Bundesgesetz unter bestimmten Voraussetzungen auch für Nichterwerbstätige Kinderzulagen vorsieht.

Mit einem Nachtrag zum Gesundheitsgesetz und einer neuen Verordnung soll die Förderung der Betagtenbetreuung verstärkt werden. Bisher leistete der Kanton ausschliesslich Beiträge an die Bereitstellung von Betagtenbetten. Neu sollen Angebote gefördert und Pilotprojekte durchgeführt werden können, welche dazu beitragen, den Bedarf an stationären Pflegebetten in der Betagtenbetreuung möglichst tief zu halten. Die Vorlagen sind Bestandteil des Projektberichts „Teilprojekte – Im Alter in Obwalden leben“ vom März 2007. Sie unterstehen noch dem Vernehmlassungsverfahren.

Im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wurde es notwendig, ein neues kantonales Gesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV zu schaffen. Die bisherigen Ergänzungsleistungen werden im gleichbleibenden Umfang ab 2008 haushaltsneutral im Kanton umgesetzt.

Das Projekt „Fachkommission Soziales“ in Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden wird nicht weiterverfolgt (M 6.1). Grund dafür ist die Ablehnung einer solchen Kommission durch die Gemeinden, welche die in Revision befindlichen Bestimmungen im Vormundschaftsrecht abwarten wollen. Zur Lösung von Fragen im Sozialbereich genügten jährlich zwei Koordinations- und Informationssitzungen. Der Leistungsvertrag mit dem Verein Ehe- und Lebensberatung Luzern (elbe) wurde erneuert und um zwei zusätzliche Dienstleistungen erweitert: Unabhängige Informations- und Beratungsstelle für pränatale Untersuchungen sowie sexualpädagogische Prävention.

2.5 Sicherheit und Recht

Der Kanton Obwalden bietet der Bevölkerung und den Unternehmen ein sicheres Umfeld (L7).

Die polizeilichen Grundaufgaben wurden priorisiert wahrgenommen, um einen guten Wirkungsgrad in Bezug auf die Polizeigüter Sicherheit, Ruhe und Ordnung der Bevölkerung zu erreichen (M 7.1). Um Nachtruhestörungen, Vandalismus und vorsätzlicher grober Unfug besser in den Griff zu bekommen wurden die rechtlichen Grundlagen für die direkte Bussenausfällung durch die Kantonspolizei und weitere Organe geschaffen. Der entsprechende Gesetzesnachtrag zum kantonalen Strafrecht sowie die Ordnungsbussenverordnung konnten auf Beginn der Wintersaison 2007/08 in Kraft gesetzt werden. Der Regierungsrat hat auch Ausführungsbestimmungen zum revidierten Bundesgesetz über die Wahrung der inneren Sicherheit erlassen. Sie ermöglichen, Gewalttäter frühzeitig zu erkennen und von gefährdeten Veranstaltungen fernzuhalten. Danach kann die Kantonspolizei ein Rayonverbot, Meldeauflagen und Polizeigewahrsam anordnen. Der Regierungsrat unterstützt auch eine interkantonale Vereinbarung über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen, namentlich eines Stadionverbots, die über die EURO 08 oder die Eishockey-Weltmeisterschaft 09 hinaus für Meisterschaften in grossen Publikumssportarten zur Anwendung kommen soll.

Im Bereich der Rechtspflege stehen grössere Veränderungen aufgrund der Bundesgesetzgebung bevor (M 7.4; M 13.5). Als vorweggenommene Massnahme wurde 2007 ein Nachtrag zur Zivilprozessordnung erlassen, welche die Effizienz im Verfahren vor dem Kantonsgericht erhöht: Ein Urteil muss nur mehr schriftlich begründet werden, wenn dies eine Partei verlangt. In SchKG-Verfahren kann zudem das Kantonsgerichtspräsidium auf eine mündliche Verhandlung verzichten. Zudem hat der Kanton den Beitritt zum gesamthaft erneuerten Strafvollzugskonkordat beschlossen. Es bezweckt die Koordination der Planung und des Betriebs von Institutionen des Straf- und Massnahmenvollzugs in der Nordwest- und Innerschweiz, neu unter Einbezug von Bereichen des Jugendstrafrechts.

Die integrierte, risikoorientierte und kostenoptimierte Bewältigung der Naturgefahren ist nach wie vor geprägt durch die dringenden Hochwasserschutzmassnahmen, Verbauungsprojekte und Schutzwaldpflege (M 7.6). Dazu wurde vorab ein besonderes Gesetz über die Regelung der Abflussverhältnisse des Sarnersees zur Hochwassersicherheit des Sarneraataals erlassen. Da diesem Vorhaben überregionale Bedeutung zukommt, wurde dafür der Kanton als zuständig erklärt. Wegen des grossen Schadenpotenzials im Überflutungsgebiet ist dieses Gesamtprojekt prioritär. Regierungsrat und Kantonsrat haben unter Abwägung aller Aspekte, nach einer breit abgestützten Evaluation von über 20 Varianten, die Tieferlegung und Verbreiterung der Sarneraa zwischen Seeauslauf und Wichelsee als Bestvariante beurteilt. Diese Variante optimiert die Hochwasserschutzziele, die ökologischen Anforderungen wie auch die finanziellen Möglichkeiten von Bund, Kanton und Gemeinden am besten. Dafür wurde ein Projektierungskredit von sechs Millionen Franken bewilligt. Eine Stollenvariante schied dagegen aus, weil sie die Rahmenbedingungen des Bundes nicht erfüllte und zu Lasten von Kanton und Gemeinden nicht abschätzbare Risiken und bedeutend höhere Kosten nach sich zöge. Dem Variantenentscheid und Projektierungskredit, wogegen ein Referendumsbegehren eingereicht worden war, wurde in einer kantonalen Volksabstimmung vom 25. November 2007 zugestimmt. Zur Regelung des Überlastfalls wurde ein Notfallkonzept und zur Beurteilung der Auswirkungen auf das

Grundwasser eine hydrogeologische Untersuchung in Auftrag gegeben. Zudem wurde für eine vorgezogene Hochwasserschutzmassnahme an der Sarneraa, Abschnitt Foribach bis Kernmatt, Gemeinde Sarnen, ein Objektkredit bewilligt.

An folgende Hochwasserschutzprojekte, die von den Gemeinden bzw. Wuhrgenossenschaften getragen werden, wurden Kantonsbeiträge bewilligt:

- Verbauung des Diesselbachs im Melchtal, Gemeinde Kerns,
- Verbauung des Meisibachs, Gemeinde Alpnach,
- Verbauung der Engelberger Aa und ihrer Zuflüsse, Gemeinde Engelberg,
- Projektstudie und Vorprojekt für die Engelberger Aa in Grafenort, Gemeinde Engelberg,
- Hochwasserschutzprojekt Sarneraa, Gemeinde Alpnach.

Für die Regulierung des Vierwaldstättersees stimmte der Kanton einer neuen interkantonalen Vereinbarung zu. Die bisherige Nadelwehranlage ist nach einer Betriebsdauer von 145 Jahren stark erneuerungsbedürftig. Geplant sind eine Erhöhung der Abflusskapazität und eine wirksamere Regulierung. Gleichzeitig wurde der Vertrag über die finanzielle Beteiligung der Uferkantone neu gefasst. Der Kostenanteil des Kantons wird darin auf 8 Prozent (gegenüber bisher 11 Prozent) festgelegt.

2.6 Raumordnung, Umwelt und Energie

Der Kanton Obwalden entwickelt die Agglomeration auf der Sarneraa-Talachse mit dem Regionalzentrum Sarnen als Wohn- und Wirtschaftsraum. Das Potenzial des ländlichen Raums wird optimal genutzt (L8).

Der Regierungsrat hat die in einem breit abgestützten Verfahren erneuerte kantonale Richtplanung, bestehend aus den Richtplankontexten und der Richtplankarte, am 23. Januar/6. März 2007 erlassen, der Kantonsrat hat diese am 15. März 2007 genehmigt. Sie wurde am 5. April 2007 dem Bundesrat zur Genehmigung unterbreitet. Das Bundesamt für Raumentwicklung hat inzwischen die Vorprüfung abgeschlossen und die Richtplanung in die bundesinterne Ämterkonsultation gegeben. Da die Genehmigung auf gutem Weg ist, wurde im Kanton zielgerichtet an der Umsetzung weitergearbeitet (M 8.1 und 8.2). Der Regierungsrat hat im Mai und im November 2007 bereits zwei Halbjahresberichte zum Stand des Aktionsprogramms zur Kenntnis genommen. Im Vordergrund standen die Zusammenarbeit mit den Gemeinden, namentlich zur Koordination der kantonalen und gemeindlichen Interessen im Rahmen der Masterplanung (RPT 12) für die Anpassung der Ortsplanungen sowie die Vorabklärungen zu den für die Strategie 2012+ besonders wichtigen Richtplanprojekten. Dazu gehört u.a. die dringliche Anpassung strategienotwendiger kantonaler Rechtsgrundlagen betreffend die Erhöhung der Baulandverfügbarkeit (RPT 5 und 8), ruhender Verkehr (RPT 81) und Festlegen der Gewässerräume (RPT 97) sowie die kantonalen Zonen für hohe Wohnqualität (RPT 9) und das Wirtschaftsentwicklungsgebiet (RPT 14).

Der Regierungsrat hat zum Sachplan Militär 2007 des Bundes Stellung genommen (M 8.3). Er zeigte sich befriedigt, dass darin das Zeughaus Sarnen wieder zum Kernbestand der militärischen Anlagen zählt, erwartet aber auch, dass diese Anlage nicht nur der Schulung dient, sondern zu einem Ausbildungs- und Einsatzstandort weiterentwickelt wird. Er trug seine Bedenken gegen eine bewilligungsfreie zivile Mitbenut-

zung militärischer Bauten und Anlagen vor. Ausserhalb der Bauzone wäre dies mit dem Raumplanungsgesetz nicht vereinbar.

Der Kanton Obwalden trägt zu einer intakten Umwelt bei. Die attraktive Natur- und Kulturlandschaft wird als Lebensraumqualität und touristisches Kapital gepflegt (L9).

Zur Verbesserung der Luftqualität hat der Regierungsrat Ausführungsbestimmungen über die Emissionskontrolle bei Feuerungsanlagen erlassen (M 9.1). Damit wurde die Sichtkontrolle der kleinen Holzfeuerungen auf die Heizperiode 2007/08 eingeführt.

Mit einem Nachtrag zur Naturschutzverordnung optimiert der Kanton den Vollzug im Natur- und Landschaftsschutz (M 9.3). Neu geregelt werden die ökologischen Ersatzmassnahmen und das Verfahren beim Vertrags- und Beitragsvollzug. Für die Umsetzung der Schutzbestimmungen bei Naturschutzzonen, Naturschutzobjekten und beim ökologischen Ausgleich von regionaler und nationaler Bedeutung ist nun der Kanton zuständig. Die neuen Bestimmungen wurden ab 15. Dezember 2007 wirksam.

Rechtlich gesichert wurde eine neue Naturschutzzone, die Schutz- und Nutzungsplanung Usser Allmend-Schwerzbachried, Gemeinde Giswil. Die Naturschutzzone Sackboden, Gemeinde Sachseln, wurde zur öffentlichen Auflage freigegeben (M 9.3). Der Regierungsrat spricht sich in einer Vernehmlassung gegenüber dem Bund grundsätzlich für die Schaffung und Förderung von Parks von nationaler Bedeutung aus. Er tritt jedoch u.a. dafür ein, dass ein „Parklabel“ und entsprechende Programmvereinbarungen für die Dauer von mindestens zehn Jahren gesichert werden sollten. Auch unterstützt der Regierungsrat in einer Stellungnahme an den Bund die Erhaltung von Trockenwiesen und -weiden als artenreichste Lebensräume. Dadurch erhalte die Berglandwirtschaft einen wichtigen Leistungsauftrag, der mit öffentlichen Beiträgen unterstützt werden könne.

Für den weitem Einsatz von erneuerbaren Energieträgern (M 9.4) hat der Regierungsrat Wasserkraftwerkkonzessionen verlängert bzw. erneuert, namentlich für das Kraftwerk Tagenstal des Klosters Engelberg, das Kleinkraftwerk Schild Lungern und das Kleinkraftwerk Arnibach Giswil. Durch einen Nachtrag zur Konzession für das Kraftwerk Sarneraa wurde ermöglicht, dass bei der Stauanlage des Wichelsees eine Fischtreppe eingebaut werden konnte und das Dotierwasser künftig in die gesamte Restwasserstrecke unterhalb des Wehrs abgegeben wird.

2.7 Verkehr und Infrastruktur

Der Kanton Obwalden gewährleistet attraktive Verkehrsverbindungen, hohe Mobilität von und zu den Zentren und Grossagglomerationen Richtung Luzern – Zug – Zürich sowie eine optimale Verknüpfung der Verkehrssysteme und Telekommunikationsmittel (L10).

Ein grosser Schritt hin auf die Verbesserung der öffentlichen Verkehrserschliessung (M 10.1 und 10.2) wurde mit den Entscheiden für die Planung und den Kantonsbeitrag von 15.12 Millionen Franken an die Doppelspurausbauten und die Tieflegung der zb Zentralbahn in Luzern unternommen. Die Beiträge sind notwendig, um den Anschluss des Kantonsgebiets an das nationale Netz des öffentlichen Verkehrs weiterhin gewährleisten zu können und den Anteil des öffentlichen Verkehrs zugunsten einer Entlastung der Strassenkapazitäten zu erhöhen. Flankierend dazu unterstützt der Regierungsrat die Umsetzung eines Park+Ride-Konzepts durch die zb Zentral-

bahn. Er begrüßte auch die Idee eines unterirdischen Parkhauses im Dorf Sarnen und stellte eine finanzielle Beteiligung des Kantons und der nutznießenden Gemeinden in Aussicht (M 10.2). In seiner Stellungnahme an den Bund zu einer Gesamtschau der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs (FinöV) und zur zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur sprach sich der Regierungsrat dafür aus, dass die Verkehrsanbindung des Kantons an die nationalen und internationalen Verkehrsnetze auf Schiene und Strasse in den nächsten Jahrzehnten wesentlich verbessert und attraktiver gestaltet werde.

Mit den Angebots- und Infrastrukturvereinbarungen 2007 und 2008 mit der zb Zentralbahn AG sowie der PostAuto Schweiz AG, Region Zentralschweiz, konnten je weitere Angebotsverbesserungen erzielt werden. Sie betreffen die Erweiterung des Halbstundentaktes der S-Bahn S5 Luzern-Giswil, die Verbesserung der Fahrplanlage Luzern-Engelberg und zusätzliche Busverbindungen nach Stans, Melchtal, Flüeli-Ranft und Grossteil Giswil.

Grosse Sorgen bereitet nach wie vor der Neubau der Steilrampe Tunnel Engelberg. Hohe Mehrkosten werden insbesondere durch Wassereinbrüche und die schwierigen geologischen Verhältnisse sowie notwendige Anpassungen an den Stand der Technik, weitere Sicherheitsausrüstungen und die Teuerung verursacht. Trotzdem erachtet der Regierungsrat die erforderlichen Zusatzkredite als notwendig, um den Neubau der Steilrampe fertigzustellen.

Der Nationalstrassenbau schreitet gemäss dem 7. langfristigen Programm voran. Die Fertigstellung der einzelnen Abschnitte ist auf Kurs: 2008 Kirchenwaldtunnel mit Verbindungstunnel A2/A8, 2010 Abschnitt A8 Giswil Nord-Ewil sowie 2012 A8 Umfahrung Lungern. Solange bleibt die Zuständigkeit für den Nationalstrassenbau in der Zuständigkeit des Kantons, während der Betrieb der A8 auf Anfang 2008 in die Verantwortung des Bundes übergeht. Dafür wurden die notwendigen Veränderungen eingeleitet. Für den Anschlussbereich Süd der A8-Umfahrung Lungern hat der Regierungsrat zur Hebung der Verkehrssicherheit eine Projektergänzung bewilligt.

2.8 Gesellschaft, Kultur, Medien, Sport und Erholung

Der Kanton Obwalden unterstützt das konstruktive Zusammenwirken der Sozialpartner, die Solidarität und die Chancengleichheit (L11).

Die Ausländer- und Asylgesetzgebung des Bundes werden im Kanton in einer neuen Vollziehungsverordnung zum Ausländer- und Asylgesetz (Ausländerverordnung) zusammengefasst. Dadurch können im Vollzug Doppelspurigkeiten vermieden werden. Die neuen Voraussetzungen im Bereich der Integration ausländischer Personen werden rechtlich abgestützt. Eine detaillierte Regelung erfahren die Zwangsmassnahmen. Die Migration wird als Querschnittsaufgabe wahrgenommen (L 11).

In Nachvollzug des Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare, das 2007 in Kraft getreten ist, wurde ein kantonales Partnerschaftsgesetz notwendig. Konsequenterweise mussten auch die Unvereinbarkeitsbestimmungen der Kantonsverfassung in Bezug auf die eingetragene Partnerschaft und die faktische Lebensgemeinschaft angepasst werden. Die Gelegenheit wurde wahrgenommen, auch die „Unvereinbarkeit“ der Überschrift der Kantonsverfassung mit der neuen Bundesverfassung in Übereinstimmung zu bringen: Der Begriff „Kanton Unterwalden ob dem Wald“ wurde endgültig ersetzt durch „Kanton Obwalden“ (L 11).

In einer Stellungnahme an die Staatspolitische Kommission des Nationalrats zum Postgesetz setzte sich der Regierungsrat für die Beibehaltung vergünstigter Posttaxen für abonnierte Zeitungen und Zeitschriften ein. Die Massnahme soll weiterhin der Erhaltung einer vielfältigen Regional- und Lokalpresse zugute kommen.

Der Kanton Obwalden bietet seiner Bevölkerung ein optimales Umfeld für Sport, Kultur und Erholung (L12).

Im Hinblick auf die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) erklärte sich der Regierungsrat bereit, dem Kantonsrat einen zustimmenden Antrag zur Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen zu unterbreiten, sobald diese in Kraft trete (M12.2). In den Genuss von Unterstützungsbeiträgen gelangten die Zentrums Kantone Luzern (Luzerner Theater, Luzerner Sinfonieorchester, Kultur- und Kongresszentrum KKL) sowie Zürich (Opernhaus, Schauspielhaus).

Mit einem Nachtrag zur Denkmalschutzverordnung sollen die Aufgaben und Zuständigkeiten, wie sie sich in den vergangenen Jahren etabliert haben, präzisiert und den Entwicklungen gemäss Baugesetz angepasst werden. Zum Nachtrag läuft noch ein Vernehmlassungsverfahren (M 12.2).

Um die Vergabe der Gelder aus dem Lotteriefonds transparenter zu gestalten, hat der Regierungsrat Ausführungsbestimmungen über Beiträge aus dem Lotteriefonds erlassen (L 12). Dem Bereich Kultur werden jährlich 620 000 Franken und dem Bereich Sport 340 000 Franken aus dem Lotteriefonds zugewiesen. Ein Anspruch auf Unterstützung ist nicht gegeben. Die Vergabe erfolgt jährlich nach nachvollziehbaren, allgemein-gültigen Kriterien. Ausgeschlossen sind Beiträge an Projekte zur Erfüllung öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen.

Das Kulturfest „OBWALD“ wurde zum zweiten Mal mit entsprechender Anschubfinanzierung des Kantons, welche auf drei Jahre begrenzt ist, durchgeführt. „OBWALD“ 2007 war ein guter Erfolg beschieden. Das Festivalzelt bot einen würdigen Rahmen für die Kulturpreisverleihung an den Giswiler Jodler und Komponisten Ruedi Rymann, der am Samstag Morgen in einer feierlichen Zeremonie den Preis erhielt und am gleichen Abend vor ausverkauftem Zelt mit einer musikalischen Hommage zusätzlich geehrt wurde. Als überregionale Kultureinrichtungen hat der Regierungsrat einer Erhöhung des Stiftungskapitals „Weg der Schweiz“ sowie einem einmaligen, ausserordentlichen Investitionsbeitrag zum 50-Jahr-Jubiläum des Verkehrshauses der Schweiz zugestimmt. Der Kantonsrat hat angesichts des volkswirtschaftlichen Nutzens und der Bedeutung für den Tourismus und die regionale Identität die Beitragsleistung an das Verkehrshaus gutgeheissen.

Im Rahmen des Ausbaus und der Sanierung der Kantonsschule wird auch die Dreifachturnhalle entsprechend den heutigen Bedürfnissen ausgebaut. Zusammen mit der Gemeinde Sarnen wird eine vierte Turnhalle in der Grösse einer Spielhalle errichtet (vgl. oben Ziff. 2.2).

Der Schweizerischen Sportmittelschule Engelberg wurde neben à-fonds-perdu und erhöhten Schulgeldbeiträgen eine auf drei Jahre befristete Überbrückungshilfe zugesichert. Mit einer Neuorganisation von Swiss-Ski wurde die Sportmittelschule zum nationalen Leistungszentrum Ski Alpin Engelberg, die bisherige Stiftung durch einen Verein abgelöst. Der Regierungsrat erteilte dem Verein die Bewilligung zur Führung

einer dritten Sekundarklasse, des vierjährigen Sportgymnasiums und einer Hotel-Handelsschule.

Grössere Beiträge aus dem Sport-Toto-Fonds, an Sportanlagen (M 12.1), die in die Zuständigkeit des Regierungsrats fielen, wurden an die Tennis-Membranhalle in Kerns sowie an eine Golf „Driving Range“ und 6-Loch-Anlage, ebenfalls in Kerns, geleistet. Eine weitere Unterstützung von „Sportvalley Obwalden“ hat der Regierungsrat abgelehnt. Die fünfjährige Anschubphase, finanziert aus dem damaligen Programm „Regio Plus“ ist abgelaufen, für eine Unterstützung aus der neuen Regionalpolitik (NPR) werden die Kriterien nicht erfüllt.

2.9 Staatsorganisation – föderalistische Zusammenarbeit

Der Kanton Obwalden gewährleistet mit einer einfachen, bürgernahen Staatsorganisation eine starke Verbindung zwischen Kanton, Wirtschaft und Zivilgesellschaft (L13).

Im ersten Jahr ihrer Umsetzung hat sich die Parlamentsreform (M 13.1) – auch im Zusammenwirken zwischen Kantonsrat und Regierungsrat und kantonaler Verwaltung – bewährt (vgl. Bericht Kantonsrat unter Ziff. 3)

Das renovierte und umgebaute Rathaus hat wieder für mehr als eine Generation seinen Stellenwert als historisch repräsentativer Bau erhalten, der die Eigenstaatlichkeit der Obwaldner Bevölkerung widerspiegelt. Kantonsrat und Regierungsrat steht als oberste politische Behörden des Kantons ein zeitgemäss ausgestatteter Behörden-sitz zur Verfügung. Die Staatskanzlei kann in funktional zweckmässigen Räumen ihre Aufgaben optimal erfüllen (M13.3).

Der Kantonsrat hat im Oktober 2007 einen Nachtrag zum Behördengesetz erlassen, der eine seit 2004 fällige Anpassung der Gehälter der Regierungsmitglieder und Gerichtspräsidenten im Lohnsystem vollzog, welche sich an der obersten Lohnskala für Kaderpositionen anlehnt. Nach der neuen Regelung hätten die Behördenmitglieder in Zukunft an der ordentlichen Lohnentwicklung teilgehabt, welche der Kantonsrat jeweils mit dem Staatsvoranschlag festlegt. Gegen den Gesetzesnachtrag wurde ein Referendum ergriffen. Die Stimmberechtigten haben am 24. Februar 2008 die Gesetzesvorlage abgelehnt.

Dem Kantonsrat wurde der Entwurf eines neuen Datenschutzgesetzes unterbreitet, welches das notwendige kantonale Organisationsrecht zur institutionellen Sicherung des Datenschutzauftrags im Kanton und den Gemeinden regelt. Im materiellen Recht verweist es weitestgehend auf das Bundesrecht. Es sieht die Einsetzung eines unabhängigen und selbstständigen Beauftragten für Datenschutz vor und ermöglicht die Einsetzung eines gemeinsamen Organs für diese Funktion mit andern Kantonen. Im Vollzug des am 25. Januar 2008 vom Kantonsrat erlassenen Gesetzes wird eine Zusammenarbeit mit den Kantonen Schwyz und Nidwalden angestrebt. Für die Sicherung des Zutrittsbereichs und die Bedienung des Behindertenzugangs im renovierten Rathaus hat der Regierungsrat den Einsatz einer Videoanlage bewilligt. Sie berücksichtigt die Anforderungen des neuen Datenschutzgesetzes.

Die erneuerte E-Government-Strategie Schweiz wird Schritt für Schritt und koordiniert mit dem Bund umgesetzt (13.4). In diesem Sinn hat der Regierungsrat einer öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz für die Jahre 2007 bis 2011 zugestimmt. Sie erlaubt bei der Umsetzung auch kantonale Prioritäten zu berücksichtigen.

Der Kanton Obwalden und seine Gemeinden stärken in enger partnerschaftlicher Zusammenarbeit das Gesamtwohl und den Ausgleich im Kanton (L14).

Für 2007 wurden an die Einwohnergemeinden nebst dem ordentlichen Finanzausgleich (Ressourcenausgleich und Lastenausgleich Schule) von 4,2 Millionen Franken aus dem Steuerausgleich 5,2 Millionen Franken ausbezahlt, insgesamt 9,4 Millionen Franken (Vorjahr 10,3 Millionen Franken) (M 14.2). Am meisten Ressourcenausgleich erhält die Gemeinde Giswil mit 1,3 Millionen Franken, am meisten Lastenausgleich Schule die Gemeinde Kerns mit 493 000 Franken und den grössten Steuerstrategieausgleich geht an die Gemeinde Sarnen mit 1,2 Millionen Franken. Die Gemeinden Giswil und Lungern erhalten einen Gesamtausgleich von mehr als einem Viertel ihrer Steuereinnahmen.

Aussprachepunkte des Regierungsrats mit der Gemeindepräsidentenkonferenz vom 13. November 2007 waren u.a.: Die Weiternutzung früherer militärischer Bauten und Anlagen durch die Gemeinden, die Fristen in Beschwerdeverfahren, die Berücksichtigung der Stellungnahmen der Gemeinden in Vernehmlassungsverfahren, die Aufteilung der Bundesbeiträge an Wasserbauprojekte, die Vorbereitung und Durchführung der Volkszählung 2010 als Registerzählung, die geplante Ablösung des Musterreglements für den Finanzhaushalt, Sicherheitsfragen bei Festanlässen sowie die Qualitätssicherung bei der brieflichen Stimmabgabe und die Handhabung des Stimmrechts der Auslandschweizer.

Der Kanton Obwalden stärkt durch eine koordinierte kantonale Zusammenarbeitspolitik (Aussenpolitik) die Anbindung an die grösseren Wirtschaftsräume (L15).

In der föderalistischen Zusammenarbeit spielen die *Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)* sowie die schweizerischen Direktorenkonferenzen eine wichtige Rolle. In diesem Rahmen wurde die Neuverteilung des Finanzausgleichs sowie der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) vorbereitet, welche nun auf Anfang 2008 umgesetzt wird. Mit der NFA hat die interkantonale Kooperation an Bedeutung noch zugenommen. Der Regierungsrat hat im Hinblick darauf die Beitrittserklärung zur Interkantonalen Rahmenvereinbarung (IRV) abgegeben. Zuvor machte er diese von der Dotierung der Ausgleichsgefässe in der NFA (Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich) abhängig. Gemäss definitiver Berechnung erhält der Kanton 2008 nun 48,3 Millionen Franken aus dem Ressourcenausgleich, 5,3 Millionen Franken aus dem Lastenausgleich und 9,4 Millionen Franken aus dem Härteausgleich. Damit hat sich die Position des Kantons gegenüber der 3. Botschaft des Bundesrats zur NFA nicht wesentlich verändert. Der Kanton gehört zu den Netto-Empfängern gegenüber dem bisherigen System. Mit einem Ressourcenindex von 67.2 Punkten ist der Kanton Obwalden nach dem Kanton Uri (61.8) und vor den Kantonen Jura (68.6), Wallis (69.0) und Glarus (69.6) immer noch einer der ressourcenschwächsten Kantone.

Die *Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK)* tagte 2007 unter dem Vorort des Kantons Schwyz und dem Präsidium von Regierungsrat Lorenz Bösch am 25. Mai 2007 in Einsiedeln und am 23. November 2007 in Morschach. An den beiden Versammlungen nahmen auch Regierungsratsdelegationen der beiden assoziierten Kantone Zürich und Aargau teil. Im Plenum wurden verschiedenste Zusammenarbeitsprojekte vorgestellt, diskutiert und bereinigt, bevor sie den Kantonen zur Beschlussfassung unterbreitet wurden. Dazu gehörten insbesondere folgende Geschäfte: Umsetzung der Datenschutzgesetzgebung (an der sich noch die Kantone SZ, OW

und NW beteiligen), Nachfolgeprogramm INTERREG IV. Periode, Beteiligung am MCCS in Alpnach, Vermittlungsstelle Dolmetschen, Beratung im Bereich der häuslichen Gewalt, Controlling in der interkantonalen Zusammenarbeit. Der Vorort der ZRK für die Jahre 2008 und 2009 wurde turnusgemäss auf den Kanton Obwalden übertragen und Landstatthalter Niklaus Bleiker die Präsidentschaft anvertraut.

Die Zusammenarbeitsprojekte der Zentralschweiz werden zur Hauptsache von den acht ständigen *Zentralschweizer Direktorenkonferenzen* geführt. Insgesamt bestanden im Jahr 2007 rund 50 laufende Zusammenarbeitsprojekte. Daneben behandeln die Direktorenkonferenzen insbesondere Tagesgeschäfte, koordinieren Einzelfragen und pflegen den Informationsaustausch. Die Homepage der ZRK (www.zrk.ch) informiert laufend über verschiedene aktuelle Projekte und veröffentlicht eine Liste aller von den Direktorenkonferenzen bearbeiteten Projekte. Im Jahr 2007 standen bei den einzelnen Zentralschweizer Direktorenkonferenzen im Vordergrund:

Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ)

Die BKZ wurde im Berichtsjahr präsiert von Regierungsrat Walter Stählin, SZ. 2007 nahm die BKZ die Evaluation der beiden Konkordate Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) und Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ) in Angriff. Im Zusammenhang mit der FHZ werden Trägerschafts- und Finanzierungsmodelle geprüft, während bei der PHZ eine kohärentere Führungsstruktur angestrebt wird.

Zentralschweizer Baudirektorenkonferenz (ZBDK)

Die ZBDK wird präsiert von Regierungsrat Markus Züst, UR. Schwerpunkte der ZBDK waren im Berichtsjahr die Neuregelung des Reusswehrs, die gemeinsame Umsetzung des Bundes-Geoinformationsgesetzes sowie eine Erklärung europäischer Regionen für Energieeffizienz und Förderung der erneuerbaren Energien.

Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz (ZFDK)

Regierungsrat Hans Wallimann, OW, übernahm das Präsidium der ZFDK von Regierungsrat Paul Niederberger, NW, der 2007 in den Ständerat gewählt worden ist. Die ZFDK beschäftigte sich im Berichtsjahr vorwiegend mit der Frage des Controllings in interkantonalen Einrichtungen sowie mit der Situation der Informatik in den kantonalen Verwaltungen.

Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz (ZGSDK)

Die ZGSDK wird präsiert von Regierungsrat Dr. Leo Odermatt, NW. Diese Direktorenkonferenz koordiniert im Bereich Gesundheit und Soziales, behandelt Fragen der Spitalzusammenarbeit und ist verantwortlich für das Projekt Heime- und Betreuungswesen, dessen Ziel darin besteht, für die vom Bund im Rahmen der NFA geforderten Behindertenkonzepte regionale Rahmenkonzepte zu erarbeiten.

Zentralschweizer Konferenz der Direktoren des öffentlichen Verkehrs (ZKöV)

Präsident der ZKöV ist Regierungsrat Gerhard Odermatt, NW. Die ZKöV nimmt namentlich die gemeinsamen Interessen der sechs Kantone im Bereich des öffentlichen Verkehrs und der regionalen Transportunternehmen wahr. Im Zentrum des Berichtsjahres standen Diskussionen und Stellungnahmen zur Zukünftigen Entwicklung Bahnprojekte (ZEB). Sie forderte vom Bundesamt für Verkehr einen Ausbau des einspurigen Abschnittes am Rotsee.

Konferenz der Zentralschweizer Polizei-, Militär-, Sicherheits- und Justizdirektoren (ZPDK)

Das Präsidium der ZPDK hat Regierungsrat Josef Dittli, UR, inne. Der Konferenz gehören neben den sechs Kantonen auch die Stadt Luzern an, die über ein eigenes Polizeikorps verfügt. Die ZPDK behandelte 2007 schwergewichtig das Projekt Polizei XXI, Massnahmen rund um die Bundesfeier auf dem Rütli, den Polizeieinsatz an der EURO 08 und die Regelung der Abgeltung von interkantonalen Polizeieinsätzen.

Zentralschweizer Umweltschutzdirektorenkonferenz (ZUDK)

Die ZUDK wird präsiert von Regierungsrat Armin Hüppin, SZ. Sie führt verschiedene gemeinsame Kampagnen zur Sensibilisierung und für den Umweltschutz durch. Im Berichtsjahr erarbeitete und verabschiedete sie den Massnahmenplan Luftreinhaltung II und eine Erklärung zur nachhaltigen Entwicklung des alpenquerenden Transitverkehrs zuhanden der Zentralschweizer Kantone bzw. der 81. ZRK vom 23. November 2007.

Zentralschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (ZVDK)

Die ZVDK wird von Regierungsrat Isidor Baumann, UR, präsiert. Ihre Schwerpunktthemen im Berichtsjahr waren die Zusammenarbeit im Tourismus, die Umsetzung der Neuen Regionalpolitik NRP, die Beteiligung an Interreg IV und das anlässlich der Olympischen Sommerspiele 2008 in Peking zu betreibende „Swiss House“.

Die Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden wird in den gemeinsamen Institutionen (ILZ, VSZ) oder im Rahmen von gegenseitigen Leistungseinkäufen gepflegt (siehe vor allem in den Politikbereichen 2.2 Bildung und 2.3 Gesundheit). Aus der Führung des Personalamts in Personalunion hat sich der Kanton Nidwalden zurückgezogen. Der Regierungsrat hat einer neuen Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton Obwalden und der LIS Nidwalden AG zugestimmt. Damit werden die Rechte und Pflichten der bisherigen Betriebskommission GIS Obwalden (Geografisches Informations-System) auf die LIS Nidwalden (Land-Informationen-System) AG übertragen. Das LIS stellt interessierten Grundeigentümern, Architekten und Ingenieuren, Gemeinden und Bauämtern aktuelle Daten, insbesondere Grundbuchpläne und Orthophotos, zur Verfügung und sorgt für die Datenverwaltung und Datensicherung.

2.10 Finanzen und Steuern

Der Kanton Obwalden erhöht seine fiskalische Konkurrenzfähigkeit und ist in Teilbereichen der steuerattraktivste Kanton (L16).

Die kantonale Steuerpolitik prägte das regierungsrätliche Geschäftsjahr 2007 am stärksten. Der Kanton hat seine fiskalische Konkurrenzfähigkeit nachhaltig ausgebaut und gefestigt. Nachdem das Bundesgericht am 1. Juni 2007 entschieden hatte, dass degressive Tarife nicht verfassungskonform sind, haben Regierungsrat und Kantonsrat für 2007 umgehend einen Übergangstarif für die Einkommens- und Vermögenssteuer beschlossen. Gleichzeitig wurde der zweite Schritt der Steuerstrategie eingeleitet und durchgezogen (M16.2). Die Stimmberechtigten haben dem Steuergesetznachtrag zur Einführung eines proportionalen Tarifs mit Steuerfreibetrag („Flat Rate Tax“) ab 2008 mit einem Ja-Stimmenanteil von über 90 Prozent zugestimmt. Von der Gesetzesrevision profitieren alle Bevölkerungsgruppen und die Wirtschaft.

Ein Steuerfreibetrag von 10 000 Franken sorgt dafür, dass aufgrund der indirekten Entlastungswirkung für die unteren und mittleren Einkommen im Vergleich zum vorherigen Tarif sich merkbare Steuererleichterungen einstellen. Auch die Vermögen werden mit einem einheitlichen, sehr konkurrenzfähigen Steuersatz von 0,14 % bemessen. Der Gewinnsteuersatz für Unternehmen wurde auf 6,0 Prozent angesetzt. Damit ist der Kanton mit der effektiv tiefsten Steuerbelastung für Unternehmen in der Schweiz gemäss dem BAK Basel Economics-Index mit 11,5 % international auf den zweiten Platz unmittelbar nach Hong Kong aufgerückt.

Bereits der erste Evaluationsbericht zur Steuerstrategie vom April 2007 hat gezeigt, dass die Hauptziele erreicht werden: Die Abwanderung von Steuerpflichtigen aus rein steuerlichen Motiven zu verhindern und die fiskalische Konkurrenzfähigkeit des Kantons zu erhöhen, was sich am zunehmenden Interesse an Obwalden als Wohnsitz und Firmenstandort niederschlug.

Der Kanton Obwalden führt eine nachhaltige Finanzpolitik (L17).

Der Erfolg einer nachhaltig geführten Finanzpolitik kommt im Bericht zur Staatsrechnung 2007 (siehe hinten Kapitel 5) zum Ausdruck.

Zu einer nachhaltigen Finanzpolitik trägt die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) bei (M17.1). Mit einem Mantelerlass, d.h. einer Zusammenfassung der erforderlichen Anpassung von kantonalen Gesetzen und Verordnungen in Form eines Gesamtpakets, konnte fristgerecht auf Anfang 2008 die Übereinstimmung mit der Bundesgesetzgebung hergestellt werden.

2.11 Zwischenstand ausgewählter strategischer Kennzahlen über die Entwicklung des Kantons

In der Strategie- und Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 finden sich strategische Kennzahlen, welche ein Controlling der strategischen Leitideen und Wirkungsziele in den einzelnen Politikbereichen ermöglichen. Im Geschäftsbericht wird jeweils eine Auswahl dieser Kennzahlen aufgeführt, um bereits vor dem Gesamtüberblick am Ende der Amtsdauer wichtigste Entwicklungen im Kanton Obwalden erkennen zu können.

Strategische Kennzahl nach Politikbereichen	2006	2007	Ziel 2008
<i>Volkswirtschaft</i>			
Standortsqualitätsindikator der CS (SQI)	0.13	0.89	1.0
Bevölkerungsentwicklung gemäss Einwohnerkontrolle Stand Ende Dezember	34 042	34 317	+ 300
Neueintragungen im Handelsregister (netto)	345	336	300
Volkseinkommen in Franken pro Kopf *2005 und **2006 (provisorisch)	*38 562 *+ 1,8% CH + 2,5%	**39 646 **+2,8% CH + 2,7%	Wachstum CH-Mittel
<i>Bildung</i>			
Einschulung in Volksschule Anfang Schuljahr	370	372	erwartet 360
Lehrbetriebsquote	25.59 %	20.00 %	>25 %
Lehrvertrags-Auflösungsquote	3.52 %	4.61 %	<4,5 %
Berufsmaturitätsquote	13,3 % CH 13 %	14,1 % CH 13 %	CH-Mittel
<i>Gesundheit</i>			
Gesundheitskosten in Franken pro Kopf und Jahr * 2005 und **2006	OW 757 *CH 1087	1)	OW < 70 % CH-Mittel
Gesamtkosten Spitalversorgung in tausend Franken *2005 und **2006	*20 664	**21 260	Wachstum CH-Mittel
<i>Soziale Wohlfahrt / soziale Sicherheit</i>			
Auszahlung von Prämienverbilligungen (Prozentanteil an Gesamtbevölkerung)	55 %	1)	40 %
Sozialhilfe-Quote	1,3 % CH 3 %	1,3 % 1)	=

Regierungsrat

Strategische Kennzahl nach Politikbereichen	2006	2007	Ziel 2008
<i>Sicherheit und Recht</i>			
Strafanzeigen insgesamt	2 785	2 672	–
<i>Raumordnung, Umwelt und Energie</i>			
Nicht überbautes Wohnbauland davon auf dem Markt (Statistik iOW)	–	73 ha 42 %	>50 %
Nicht überbautes Industrie-/Gewerbeland davon auf dem Markt (Statistik iOW)	–	32 ha 41 %	>50 %
Einhaltung Grenzwert Luftreinhalteverordnung Anzahl h über Grenzwert Ozon O ₃ (Schönbüel) Feinstaub PM ₁₀ (Stans)	212 h 34 Tage	83 h 6 Tage	< 150 h < 30 Tage
<i>Verkehr und Infrastruktur</i>			
Angebotsentwicklung zb Zentralbahn: Kurse Obwalden Abfahrten Obwalden	68 654	69 668	+ 1 + 14
<i>Finanzen und Steuern</i>			
Kriterien nachhaltige Finanzpolitik:			
– Ertragsüberschuss Laufende Rechnung	+ 11 Mio. Fr.	+ 2 Mio. Fr.	+/-0
– Eigenfinanzierungsgrad in % der Investitionen	116,7 %	116,9 %	115 %

¹⁾ Zahlen (noch) nicht vorhanden

2.12 Vernehmlassungen an den Bund

Der Regierungsrat bzw. die Departemente haben im Jahr 2007 zu den nachstehenden Vorlagen des Bundes Stellung genommen:

G-Nr./RRB	Erledigungsdatum	RR/Dep.	Sachgebiet
20060701	03.01.2007	VD	Einführung biometrischer Ausweise. Genehmigung und Umsetzung einer Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes im Bereich Ausweis- und Ausländerrecht
RRB 336	09.01.2007	RR	Steuerharmonisierungsgesetz: Steuerbefreiung des Existenzminimums
RRB 337	09.01.2007	RR	Arbeitsgesetz: Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft vor dem Passivrauchen
RRB 338	09.01.2007	RR	Medien: Presseförderung mittels Beteiligung an den Verteilungskosten
20060811	15.01.2007	SGD	Änderung der Tierseuchenverordnung: Bovine-Virus-Diarrhoe und Blauzungkrankheit
RRB 347	16.01.2007	RR	Bund: Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (Neuordnung der ausserparlamentarischen Kommissionen)
20060723	22.01.2007	BKD	Neue Radio- und Fernsehverordnung: Neue Richtlinien betreffend die UKW-Radio- bzw. TV-Versorgungsgebiete
RRB 357	23.01.2007	RR	Umweltschutz: Aktionsplan gegen Feinstaub – Änderung der Luftreinhalteverordnung
RRB 359	23.01.2007	RR	Bundesgesetz über die Abgabe für die Benutzung von Nationalstrassen (NSAG)
20060875	25.01.2007	BKD	Verordnung über Diplome, Weiterbildung und die Berufsausübung in den universitären Medizinalberufen; Verordnung des EDI über die anerkannten Studiengänge für Chiropraktik ausländischer universitärer Hochschulen
20060848	27.02.2007	SGD	Dritter Bericht der Schweiz über die Umsetzung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
RRB 411	27.02.2007	RR	NFA Strasse: Vernehmlassung zum Sozialplan

Regierungsrat

20070098	06.03.2007	SGD	Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit
RRB 429	06.03.2007	RR	Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse: Teilrevision
20060820	12.03.2007	VD	Revision des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung
20060894	13.03.2007	VD	Beteiligung der Schweiz an der Errichtung einer europäischen Agentur für die operationelle Zusammenarbeit in den Aussengrenzen (Frontex)
20060774	20.03.2007	VD	Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten
RRB 473	27.03.2007	RR	Ratifikation der UNESCO-Konventionen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen sowie zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes
RRB 505	17.04.2007	RR	Obligationenrecht: Obligatorische Bedenkfrist bei Scheidungen auf gemeinsames Begehren
20070055	18.04.2007	SGD	Verfassungsbestimmung Hooliganismus
RRB 519	24.04.2007	RR	Vorentwurf zur Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuchs als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern
RRB 520	24.04.2007	RR	Verordnung über die Pärke von nationaler Bedeutung
20070105	25.04.2007	VD	Ersatz von Mitgliedern der Eidgenössischen Fachkommission für die biologische Sicherheit sowie der Eidgenössischen Ethikkommission für die Biotechnologie im ausserhumanen Bereich
20070187	26.04.2007	FD	Informationen zur kantonalen Verteilung der Lotteriegewinne
RRB 531	01.05.2007	RR	Verordnung 5 zum Arbeitsgesetz: Sonder-schutz der jugendlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
RRB 565	22.05.2007	RR	Verordnung über den Schutz der Trockenwiesen und -weiden von nationaler Bedeutung
20070131	23.05.2007	FD	Einführung eines Finanzreferendums

Regierungsrat

20070282	29.05.2007	BRD	Anhörung zur Änderung der Seilbahnverordnung
RRB 587	04.06.2007	RR	Steuern: Parlamentarische Initiative zur Einschränkung der „Dumont-Praxis“
20070299	20.06.2007	SGD	Abkommen zwischen der Schweiz und dem Europäischen Polizeiamt (Europol), Erweiterung des Mandats (Deliktsbereiche)
20070198	26.06.2007	VD	Entwurf der Verordnung über die Familienzulagen
RRB 627	26.06.2007	RR	Eidgenössische Steuerpolitik: Systementscheid bei der Ehepaarbesteuerung
20070197	27.06.2007	VD	Totalrevision der Handelsregisterverordnung
20070199	27.06.2007	VD	Ausführungsbestimmungen zur Umsetzung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer sowie zur Teilrevision des Asylgesetzes
20070225	27.06.2007	VD	Systementscheid bei der Erschöpfung im Patentrecht
20070394	27.06.2007	VD	Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme des Schengener Grenzkodex und Änderungen im Ausländer- und Asylrecht zur vollständigen Umsetzung des bereits übernommenen Schengen- und Dublin-Besitzstands
20070300	28.06.2007	BRD	Anpassungen Konzept Wolf Schweiz
20070314	28.06.2007	BRD	Verordnung über Meteorologie und Klimatologie
RRB 13	03.07.2007	RR	Gesamtschau FinöV/Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB)
20070266	09.07.2007	SGD	Ratifikation eines Übereinkommens und der Änderung eines Übereinkommens sowie Beitritt zu zwei Änderungsprotokollen der UNO zur Bekämpfung terroristischer Handlungen gegen die nukleare und maritime Sicherheit
20070313	10.07.2007	VD	Handbuch NFA im Umweltbereich

Regierungsrat

RRB 26	10.07.2007	RR	Neue Regionalpolitik: Kantonales Umsetzungsprogramm zur Förderperiode 2008 bis 2011
RRB 27	10.07.2007	RR	Entwurf für ein Bundesgesetz über die Museen und Sammlungen des Bundes
RRB 28	10.07.2007	RR	Eidgenössische Steuerpolitik: Revision des Mehrwertsteuergesetzes
RRB 29	10.07.2007	RR	Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA): Anpassungen des Verordnungsrechts infolge der NFA-Ausführungsgesetzgebung
20070236	11.07.2007	BRD	Stilllegungs- und Entsorgungsfondsverordnung
20070358	18.07.2007	VD	Änderung des Artikels 69 der Verordnung über Glücksspiele und Spielbanken (Spielbankenverordnung)
20070464	10.08.2007	VD	Änderung der Verordnung über die Gebühren des Staatssekretariats für Wirtschaft im Bereich der Akkreditierung
20070493	17.08.2007	SGD	Vergleich der Gebühren für die öffentliche Beurkundung verschiedener Rechtsakte
RRB 62	21.08.2007	RR	Obligationenrecht: Teilrevision Haftung für gefährliche Hunde
20070510	19.09.2007	VD	Verordnungsentwurf zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (RHV)
RRB 74	28.08.2007	RR	Sachplan Militär 2007
RRB 76	28.08.2007	RR	Ausführungsbestimmungen zur Agrarpolitik 2011
20070392	30.08.2007	VD	Neue AHV-Versichertennummer: Änderung von Verordnungen und Erlass von Ausführungsbestimmungen
RRB 100	11.09.2007	RR	Parlamentarische Initiative: Verbot von Pit-bulls in der Schweiz
RRB 130	24.09.2007	RR	Parlamentarische Initiative: Gleichstellung von Namen und Bürgerrecht der Ehegatten

Regierungsrat

RRB 131	24.09.2007	RR	Parlamentarische Initiativen: Scheinehen unterbinden; Nichtigkeitsklärung, Fristerstreckung
RRB 132	24.09.2007	RR	Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen
RRB 133	24.09.2007	RR	Revision des Zivildienstgesetzes und des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe
20070406	08.10.2007	SGD	Revision Opferhilfeverordnung
RRB 147	16.10.2007	RR	Aktionspläne „Energieeffizienz“ und „Erneuerbare Energien“
RRB 148	16.10.2007	RR	Stromversorgungsverordnung (StromVV) und Revision der Energieverordnung (EnV)
20070511	17.10.2007	VD	Änderung der Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV)
RRB 183	30.10.2007	RR	Volksinitiative für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung: Gegenvorschläge des Ständerats und des Nationalrats
RRB 185	30.10.2007	RR	Parlamentarische Initiative: Faire Abstimmungskampagnen
20070537	26.11.2007	SGD	Parlamentarische Initiative: Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative
20070598	29.11.2007	VD	Revision der Verordnung über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten (VASA)
20070652	30.11.2007	SGD	NFA Strasse: Weisung über die Daten für Verkehrsmanagement Schweiz
RRB 255	11.12.2007	RR	Bundesgesetz über die Organisation der Strafbehörden des Bundes
20070602	17.12.2007	SGD	Parlamentarische Initiative: Einsatz von Schutzdienstpflichtigen aus der Personalreserve

2.13 Beschwerdeentscheide des Regierungsrats

Der Regierungsrat hat im Amtsjahr 2006/07 über folgende Beschwerden entschieden:

	Amtsjahr		
	2001/02	2005/06	2006/07
Niederlassung, Aufenthalt, Ausländerrecht	1	1	2
Volksabstimmungen	1	1	2
Initiative und Referendum	–	1	–
Personalrecht	1	1	1
Einwohner- und Bezirksgemeinden	2	4	2
Bürgergemeinden, Korporationen, Teilsamen, Alpgenossenschaften	–	–	1
Namensänderungen	1	–	1
Vormundschaft	4	7	2
Erbrecht	1	–	–
Sachenrecht, Grundbuch und Schiffsregister	1	2	–
Strafvollzug	–	–	1
Volksschule	–	3	1
Mittelschule	3	–	1
Berufsbildung	–	–	1
Kulturpflege	1	–	–
Jagd	–	–	1
Raum-/Ortsplanung	12	3	8
Baupolizei	10	16	13
Wasserbau	–	1	2
Gewässernutzung	–	1	–
Strassenverkehr	1	2	2
Umweltschutz	6	–	1
Gewässerschutz	1	3	1
Natur- und Landschaftsschutz	3	–	–
Heilmittel	–	–	3
Sozialhilfe	5	1	1
Landwirtschaft	–	1	–
Bodenrecht	1	–	–
Fremdenverkehr (Kurtaxen)	5	1	–
Insgesamt	40	49	47

3 Kantonsrat

Kantonsratspräsidium im Amtsjahr 2007/2008:

Franz Enderli, Kerns

Zusammensetzung in der Amtsdauer 2006 bis 2010 nach Fraktionen:	
Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)	23 Mitglieder
Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)	10 Mitglieder
Christlichsoziale Partei (CSP)	10 Mitglieder
Sozialdemokratische Partei (SP)	6 Mitglieder
Schweizerische Volkspartei (SVP)	6 Mitglieder

„Der Kantonsrat als Legislative muss in meinen Augen neben den Alltagsgeschäften auch immer vorausschauen. Das heisst, er muss auch Grundsatzdiskussionen führen. Politik darf nicht in die Niederungen der Betriebswirtschaft absinken. Sie darf auch nicht einfach mit dem „Mainstream“ gehen. Politik muss auch über die Gegenwart hinausschauen, vorausschauen und die Weichen für die Zukunft stellen. Wir müssen hier auch immer über Werte diskutieren. Hinter allen technischen Diskussionen stehen letztlich Werte, Menschen mit ihren Weltanschauungen und Wertvorstellungen. Erst der Austausch, die Offenlegung dieser Werte, dieser Haltungen, der offene Diskurs bringen die Kommissionen und das Parlament weiter und bringen eine fruchtbare Arbeit.“

Kantonsratspräsident Franz Enderli

3.1 Kantonsratssitzungen und -geschäfte

An acht Plenarsitzungen (Vorjahr neun) behandelte der Kantonsrat im Amtsjahr 2006/07 insgesamt 117 Geschäfte (Vorjahr 105) und zwar im Vergleich zu den Vorjahren:

Geschäfte	2001/02	2005/06	2006/07
Wahlen	13	9	21
Gesetzgebung	20	28	13
Verwaltungsgeschäfte	58	54	73
Parlamentarische Vorstösse	12	14	10
Insgesamt	103	105	117

Als Folge der Hochwasserkatastrophe vom August 2005 bzw. der Renovation und des Umbaus des Rathauses hielt der Kantonsrat seine Sitzungen im Amtsjahr 2006/07 in der Aula „Altes Gymnasium“ in Sarnen ab.

Mit der Eröffnungssitzung im Amtsjahr 2007/08 hat der Kantonsrat wieder im renovierten Rathaus Einzug gehalten. Was als „Not-wendig“ in Angriff genommen wurde, ist zum rundum gelungenen Gesamtwerk gewachsen. Der Kantonsrat hat sich inzwischen bereits wieder gut eingelebt. Aufgrund der guten Erfahrungen im „Zwischenjahr“ steht nun auch im Kantonsratssaal eine Mikrofon- und Lautsprecheranlage zur

Verfügung, um sowohl die gegenseitige Verständlichkeit der Voten wie die Qualität der digitalen Aufnahme des Ratsprotokolls zu verbessern. Dazu kommt, dass die Verhandlungen in die Medienräume (Vorzimmer) übertragen werden, wo die Medienschaffenden die Verhandlungen direkt verarbeiten sowie Interviews vorbereiten können. Eine Übertragung kann auch bei einem Grossaufmarsch an Zuhörenden direkt in den Konferenzsaal im Erdgeschoss erfolgen. Umgekehrt kann die Übertragung bei vertraulichen Verhandlungen abgeschaltet werden.

Neue Kantonsratsgesetzgebung gut eingeführt

Die neue Kantonsratsgesetzgebung hat sich im ersten Amtsjahr ihrer Anwendung bewährt. Sie unterstützt die wirksame, effiziente und miliztaugliche Arbeitsweise des Kantonsrats. Die Parlamentsdienste haben die Arbeit der Ratsleitung (Staatskanzlei), der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (Finanzkontrolle), der Rechtspflegekommission (Departementssekretariat Sicherheits- und Gesundheitsdepartement) sowie der Kommission für strategische Planung und Aussenbeziehungen (Departementssekretariat Volkswirtschaftsdepartement) wirksam unterstützt.

Die Geschäfte der Ratsleitung

Die Ratsleitung behandelte ihre Geschäfte im Kalenderjahr 2007 an acht Sitzungen. Neben der üblichen Vorbereitung der Kantonsratssitzungen mit Festlegung der Geschäftsliste und der Wahl der vorberatenden Kommissionen wurden namentlich folgende Geschäfte in grundsätzlicher Hinsicht behandelt:

- Wegen der dringlichen Vorlagen zur Umsetzung der Steuerstrategie mussten zwei ausserordentliche Sitzungen einberufen werden: am 5. Juli sowie am 8. November 2007.
- Erstmals wurde gestützt auf Art. 22 Bst. h des Kantonsratsgesetzes (GDB 132.1) der Voranschlag des Kantonsrats des Jahres 2008 durch die Ratsleitung vorberaten.
- Eine von den Schülerinnen und Schülern der Kantonsschule eingereichte *Petition* „*Zeichen setzen – eine Kantonsschule bauen*“ wurde unmittelbar von der Ratsleitung beantwortet und die Antwort vom Kantonsratspräsidenten und den Fraktionspräsidenten im Rahmen einer Aussprache der Schülerschaft überbracht.
- Ein Projekt der „Interessengemeinschaft Kantonsparlamente IG“ über eine Beteiligung an der Trägerschaft einer gemeinsamen Informationsplattform www.kantonsparlamente.ch wurde ablehnend beurteilt. Die Delegation eines Ratsmitglieds jedes Kantons in den Projektausschuss wurde aus Sicht der Auswahl und der Kontinuität der Vertretung als problematisch eingestuft. Das Projekt bedeutete eine niederschwellige Konferenz der Kantonsparlamente aber nicht mit entsprechender Repräsentanz für die Kantone. Die Informationsplattform überschneidet sich mit bereits bestehenden Gefässen im Internet, wie den Kantonsportalen, den Gesetzesdatenbanken, den Portalen der Regierungskonferenzen, sowie der Publikation und dem Internetforum der schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen. Der zusätzliche Kostenaufwand im Verhältnis zum Nutzen wurde deshalb als nicht vertretbar erachtet.
- Die Grundsätze für die Verteilung schriftlicher Unterlagen bzw. Herausgabe von Adressmaterial, welche von Drittinstitutionen an die Staatskanzlei zuhanden der

Ratsmitglieder zugestellt werden, wurden für die elektronischen Mailings erweitert. Danach gilt folgende Praxis:

- Schriftliche Unterlagen werden verteilt von Institutionen an denen der Kanton beteiligt ist oder welche mit öffentlichen Beiträgen vom Kanton unterstützt werden;
 - anderes schriftlich zugestelltes Material wird auf dem Auflagetisch an den Kantonsratssitzungen aufgelegt;
 - Mailings werden an die Fraktionspräsidien weitergeleitet; diese entscheiden über die Weiterverbreitung an ihre Mitglieder; das Ratspräsidium wird jeweils mit einer Kopie bedient;
 - ergeben sich besondere Fragen, so werden diese an der Ratsleitungssitzung besprochen.
- Die jährliche Behandlung der ordentlichen Geschäftsberichte soll jeweils wie folgt zusammengefasst werden:
- Kantonale Geschäftsberichte, welche zur Genehmigung beantragt werden, jeweils an der letzten Sitzung des Amtsjahres Ende Mai/Anfang Juni, d.h.: Geschäftsbericht des Regierungsrats, des Kantonsspitals, der OKB und des EWO; das Gleiche gilt für jene des ILZ und VSZ, die ebenfalls vom Regierungsrat vorgelegt werden;
 - Geschäftsberichte der interparlamentarischen Kommissionen, die von diesen unmittelbar zur Kenntnisnahme durch den Kantonsrat unterbreitet werden, an einer der ersten drei Sitzungen des jeweils neuen Amtsjahres (Ende Juni, Anfang September oder Oktober).

Empfänge und Anlässe

Die ehemaligen Kantonsratspräsidentinnen und -präsidenten wurden zu einer Begegnung am 6. Juni 2007 auf die Fürenalp in Engelberg eingeladen. Ein Treffen in diesem Rahmen findet alle zwei bis drei Jahre statt.

Die Ratsleitung wirkte am Tag des Denkmals und offenen Rathauses vom 8. September 2007 mit. Die Gelegenheit zum Behördenkontakt wurde von Seiten der Bevölkerung rege genutzt.

Ratspräsident Franz Enderli und Vizepräsident Paul Vogler vertraten die Ratsleitung am Parlamentspräsidenten-Treffen vom 15. September 2007 in Genf.

Eine Vertretung des Kantonsrats beteiligte sich auch an der Jahrestagung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen vom 22. September 2007 in St. Gallen. An ihr wurde das Thema „Das Parlament als kreativer Gesetzgeber“ behandelt.

Am gelungenen gemeinsamen Auftritt der Urschweizer Kantone an der OLMA in St. Gallen nahm die Ratsleitung an der Eröffnungsfeier vom 11. Oktober sowie am Urschweizertag vom 13. Oktober 2007 teil.

3.2 Bericht über die überwiesenen parlamentarischen Vorstösse und Anmerkungen

Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse

Nach Art. 57 Abs. 3 und 4 des Kantonsratsgesetzes (GDB 132.1) erstattet der Regierungsrat im Geschäftsbericht über den Stand der Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse oder allenfalls unmittelbar über die Erledigung von Postulaten Bericht. Eine Kommission oder der Regierungsrat können die Abschreibung beantragen wenn:

- a. der Vorstoss erfüllt ist oder nicht aufrechterhalten werden soll;
- b. die Urheberin oder der Urheber aus dem Rat ausgeschieden ist und der Vorstoss nicht durch ein anderes Ratsmitglied aufrechterhalten wird.

Übersicht parlamentarische Vorstösse

Amtsjahr	2001/02		2005/2006		2006/07	
	Eingereicht	hängig Ende 2002	Eingereicht	hängig Ende 2006	Eingereicht	hängig Ende 2007
Motionen	2	0	5	4	2	5
Postulate	3	13	0	9	2	8
Interpellationen	2	–	3	–	2	–
Anfragen	2	–	6	–	4	–
Insgesamt	9	13	14	13	10	13

Von den im Amtsjahr 2006/07 eingereichten zwei Motionen wurden beide angenommen, von den eingereichten Postulaten wurde eines angenommen und eines nicht überwiesen.

Hängige Motionen

Stand der angenommenen, Ende 2007 noch hängigen Motionen:

Motion für die Revision des Gesetzes über den Schutz vor Feuer und andere Naturgewalten (Feuerschutzgesetz) (52.03.09) von Kantonsrat Charly Pichler, Alpnach, und Mitunterzeichnenden:

Der Regierungsrat hat einen Analysenbericht des Sicherheits- und Gesundheitsdepartements vom 21. November 2006 entgegengenommen und die Eckwerte für die Gesetzgebungsarbeiten festgelegt, welche 2008 nach durchgeführtem Vernehmlassungsverfahren vom Regierungsrat zuhanden des Kantonsrats verabschiedet werden sollen.

Motion zur Umsetzung der Familienpolitik (52.05.04) von Kantonsrat Ernst Michel, Kerns, im Namen der vorberatenden Kommission Familienpolitik:

Der Teilmotionsauftrag für die Schaffung einer Grundlage für die Ausrichtung von Kleinkinderbetreuungszulagen ist vom Kantonsrat am 30. November 2006 abgeschrieben worden. Von den weiteren familienpolitischen Anliegen sind bereits umgesetzt: Familienergänzende Tagesstrukturen und Blockzeiten in der Bildungsgesetzgebung sowie die Beiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung. Die Wirk-

samkeit der familienpolitischen Massnahmen soll 2008 in einer Gesamtschau über die Sozialleistungen dargestellt werden, welche die Notwendigkeit allfälliger weiterer Massnahmen im Sinne des Motionsauftrags aufzeigt.

Motion zur Energiepolitik (52.06.02) von fünf Unterzeichnenden namens aller im Kantonsrat vertretenen Fraktionen und weiteren Mitunterzeichnenden:

Die Motion beauftragt den Regierungsrat, im Jahr 2008 ein Energiekonzept und einen Massnahmenplan zu erarbeiten.

Motion betreffend Motorfahrzeugsteuern, Anpassung der Bemessungsgrundlagen (52.06.03) von Kantonsrätin Ruth Koch-Niederberger, Kerns, im Namen der SP-Fraktion, und Mitunterzeichnenden:

Der Motionsauftrag wird bei der laufenden Revision der Strassenverkehrs- und Schifffahrtsgesetzgebung als Alternativvorschlag bearbeitet.

Motion betreffend Reduzierung der Schulgelder an der Kantonsschule Obwalden (52.07.01) von Kantonsrat Max Rötheli, Sarnen und Mitunterzeichnenden:

Der Motionsauftrag steht im Hinblick auf eine Anpassung der Schulgelder auf das Schuljahr 2008/09 hin in Bearbeitung.

Motion betreffend Öffnung des Ruhetagsgesetzes (52.07.02) von Kantonsrat Urs Kuchler, Sarnen, und Mitunterzeichnenden.

Das Motionsanliegen wurde bereits einem Vernehmlassungsverfahren unterstellt, so dass dem Kantonsrat voraussichtlich 2008 eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden kann.

Hängige Postulate

Stand der angenommenen, Ende 2007 noch hängigen Postulate:

Postulat betreffend Strassenunterhalt der öffentlichen Wald- und Alpstrassen (53.96.02) von Kantonsrat Josef Ettlin, Kerns, und Mitunterzeichnenden:

Das eidgenössische Waldgesetz steht in Überarbeitung. Der Postulatauftrag wird in der darauf folgenden Erneuerung der kantonalen Waldgesetzgebung bearbeitet, voraussichtlich im Jahr 2011.

Postulat zur Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens von Regierungsmitgliedern (52.01.02) von Kantonsrat Franz Enderli, Kerns, und Mitunterzeichnenden:

Der Postulatsauftrag – ursprünglich als Motion eingereicht – wird im Rahmen einer künftigen Verfassungsrevision bzw. Änderung des Behördengesetzes/Personalrechts bearbeitet.

Postulat betreffend Liquidationsgewinnsteuern (52.02.01) von Kantonsrat Paul Vogler, Sachseln, und Mitunterzeichnenden:

Dem Postulatsanliegen – ursprünglich als Motion eingereicht – wird bereits in der Steuerpraxis Rechnung getragen. Sobald die Unternehmensbesteuerungsreform auf Bundesebene abgeschlossen ist, soll auch eine entsprechende Anpassung im kantonalen Recht vorgenommen werden.

Postulat für eine sozial gerechtere Ausgestaltung der Familienbesteuerung im Kanton Obwalden (53.02.04) von Kantonsrat Donat Knecht, Sarnen, und Mitunterzeichnenden: Dem Postulatsauftrag ist mit dem Erlass des Steuergesetznachtrags vom

16. Dezember 2007 bzw. dem Kinderbonus im Bereich der IPV Rechnung getragen. Das Postulat ist **abzuschreiben**.

Postulat zur Förderung von energieeffizienten Personenwagen (53.03.02) von Kantonsrat Franz Enderli, Kerns, und Mitunterzeichnenden:

Der Postulatsauftrag wird bei der laufenden Revision des Gesetzes über die Strassenverkehrssteuer in Harmonisierung mit der Verkehrssteuergesetzgebung des Kantons Nidwalden bearbeitet.

Postulat betreffend Anpassung der Prämienverbilligung (abgestufte Entlastung) an die Einkommens- und Vermögensverhältnisse (52.04.01) von Kantonsrat Dr. Guido Steudler, Sarnen:

Mit der Kenntnisnahme des regierungsrätlichen Berichts vom 22. Mai 2007 wurde das Postulat vom Kantonsrat am 29. Juni 2007 **abgeschrieben**. Für die Prämienverbilligung (IPV) 2008 wurden aufgrund von Modellrechnungen Anpassungen vorgenommen. Die Auswirkungen im gesamten Sozialleistungssystem werden 2008 untersucht.

Postulat für eine rasche Revision der Steuergesetzgebung (Tarif) zur Reduktion der Steuerbelastung(52.04.02) von Kantonsrätin Esther Gasser Pfulg, Lungern, und Mitunterzeichnenden:

Der Postulatsauftrag ist mit dem Erlass der Steuergesetznachträge vom 14. Oktober 2005 sowie 16. Dezember 2007 erfüllt. Das Postulat ist **abzuschreiben**.

Postulat zum Schutz der nichtrauchenden Mehrheit von Kantonseinwohnerinnen und -einwohnern (52.05.05) von Kantonsrat Charly Pichler, Alpnach/übernommen durch Kantonsrat Beat von Wyl, Giswil:

Massnahmen werden im Rahmen der Revision des Gesundheitsgesetzes, die gemäss IAFP im 2009/2010 geplant ist, geprüft. Bis dahin setzt sich der Kanton wie bisher aktiv für Massnahmen im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung ein und unterstützt entsprechende Projekte und Zielsetzungen der Fachstelle.

Postulat betreffend sexualpädagogischer Präventionsarbeit durch Fachpersonen (53.06.02) von Kantonsrätin Heidi Wernli Gasser, Sarnen, und Mitunterzeichnenden:

Das Anliegen wurde in den Leistungsauftrag mit dem interkonfessionellen Verein Ehe- und Lebensberatung Luzern (elbe) aufgenommen. Das Postulat ist **abzuschreiben**.

Postulat betreffend „Time-out-Angebot“ für renitente Schülerinnen und Schüler (53.07.02) von Kantonsrat Daniel Henggeler, Giswil, und Mitunterzeichnenden:

Die Möglichkeiten der Bereitstellung eines entsprechenden Angebots werden zusammen mit den Gemeinden und dem Kanton Nidwalden geprüft.

Behandlung der parlamentarischen Anmerkungen

Nach Art. 62 Abs. 3 des Kantonsratsgesetzes (GDB 132.1) informiert die zuständige Behörde in der Regel im nächsten Geschäftsbericht über die Behandlung der erheblich erklärten parlamentarischen Anmerkungen. Zu folgenden Berichten des Regierungsrats wurden parlamentarische Anmerkungen vorgebracht und behandelt, der Bearbeitung noch offen ist:

Kantonsrat

Kantonsrats-sitzung vom	Bericht	parlamentarische Anmerkung	Behandlung
30.11.2006	Bericht zur Einführung einer Kleinkinderbetreuungszulage	Anmerkung zur Entlastung der Familien mit Minderjährigen und tiefem Einkommen bei der Steuergesetzrevision	Der Anmerkung ist mit dem Erlass des Steuergesetznachtrags vom 16. Dezember 2007 bzw. dem Kinderbonus im Bereich der IPV Rechnung getragen.
27.04.2007	Bericht über das Kantonsspital	Nach Vorliegen von Spitalstrategie und Konzept ist dem Kantonsrat ein Projektierungskredit für einen Betentrakt zu unterbreiten	Ein Projektierungskredit steht in Vorbereitung

14 Staatskanzlei

Die Staatskanzlei (STK) umfasst

	Vollzeitstellen Ende	
	2006	2007
Kanzleistab	3.2	3.2
Kanzleisekretariat	4.7	4.7
Rechtsdienst	2.6	2.6
Staatsarchiv	2.5	2.5
Finanzkontrolle	1.5	1.5
Insgesamt	14.5	14.5

"Wir lernen aus Erfahrungen und optimieren auf allen Stufen die Qualitätssicherung."

Aus: Übergeordnete Leitideen der Staatskanzlei zur Jahresplanung 2007

Das Jahr 2007 in Zahlen

Die Staatskanzlei hat im Amtsjahr 2006/2007 42 Regierungsratssitzungen mit 636 behandelten Geschäften und acht Kantonsratssitzungen mit 117 Geschäften betreut. Das Regierungsratsprotokoll 2006/2007 umfasst 1 846 Protokollseiten, das Kantonsratsprotokoll 284.

Das Amtsblatt wurde mit einer beglaubigten Auflage von 8195 Exemplaren abonniert in gut 65 Prozent der Obwaldner Haushalte, bei Grossauflagen mit 100 Prozent Abdeckung verbreitet.

Grundlage für die Information der Bevölkerung über die Regierungsgeschäfte bildeten 91 Medienmitteilungen auf 220 Seiten, welche regelmässig und medienfreundlich über E-Mail verbreitet wurden.

Mit dem Inkrafttreten des so genannten Bereinigungsgesetzes II am 1. August 2007 wurden 33 Erlasse aufgehoben und 114 Erlasse geändert, bei zwei Erlassen wurde die Publikation nachgeholt, die allesamt vom Rechtsdienst in der Gesetzesdatenbank verarbeitet wurden.

Bei der Staatskanzlei wurden 82 Schriftstücke amtlich beglaubigt und 319 öffentliche Urkunden mit einer Apostille für den internationalen Schriftverkehr ausgestattet.

Das Staatsarchiv hat 2007 rund 60 Stunden für die Kundenberatung/ Bereitstellung von Materialien vor Ort und die Bearbeitung von Anfragen aufgewendet.

Die Finanzkontrolle wendete 311 Stunden für Prüfungen im Zusammenhang mit der Nationalstrasse A8 auf.

Die umgesetzten Staatskanzleiziele 2007 im Überblick (Controlling)

	Jahresziele 2007	Stand der Erfüllung
1	Der Wiederbezug des Rathauses durch Kantonsrat, Regierungsrat und Staatskanzlei ist gut vorbereitet und erfolgreich umgesetzt	Die Rathausrenovation, nach der Hochwasserkatastrophe 2005 als „Notwendig“ in Angriff genommen, konnte zeitgerecht zum rundum gelungenen Gesamtwerk Mitte 2007 abgeschlossen werden. Der Wiederbezug durch die Behörden und die Staatskanzlei gelang vortrefflich auf den Beginn des neuen Amtsjahres 2007/08 und unter Aufrechterhaltung der gewohnten Dienstleistungen der Staatskanzlei.
2	Die Strukturen und Abläufe und Geschäftsprozesse der Staatskanzlei sind mit dem Bezug des Rathauses erneuert	Die Abläufe konnten mit Wiederaufnahme des Betriebs im renovierten Rathaus, abgestimmt auf die funktionale Neuzuordnung der Räume, namentlich des Empfangsschalters und des rückwärtigen Kanzleibüros, gewährleistet werden.
3	Der Webauftritt des Kantons ist gemäss Vereinbarung mit dem Bund ausgebaut	Der Regierungsrat hat der öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz für die Jahre 2007-11 zugestimmt. Teil davon ist die Vereinbarung über die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen über den Betrieb des Schweizer Portals ch.ch für die Jahre 2007 bis 2010. In deren Rahmen wurde im Portal neu ein zusammen mit der Standortpromotion Obwalden (iOW) erarbeitetes Kantonsfenster aufgeschaltet. Die Qualität des Internetauftritts wird insgesamt als gut beurteilt. Gemäss verschiedenen Rankings liegt er wie beabsichtigt über dem Kantone-Durchschnitt, auch in Bezug auf den Behindertenzugang.
4	Die gesetzgeberische Vorbereitung/Unterstützung im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit (OW/NW, ZRK) ist gewährleistet; die Gesetzesprojekte sind gesetzestech-nisch begleitet.	Zur Vereinheitlichung der Veterinär-gesetzgebung in den Urkantonen wurde ein Konzept ausgearbeitet, das der Aufsichtskommission des Laboratoriums der Urkantone und den Kantonsregierungen unterbreitet wurde.
5	Ein Archivkonzept für die schrittweise Einführung der integralen elektronischen Archivierung für die Staatsverwaltung liegt vor.	Ein Grobkonzept als Entscheidungsgrundlage liegt vor.

6	Für die Prüfung der Staatsverwaltung ist eine Risikoanalyse durchgeführt und es liegt ein angepasstes risikoorientiertes Mehrjahres-Prüfprogramm vor	Beide Grundlagen liegen vor. Allfällige Anpassungen werden im Laufe des Jahres 2008 aufgrund der Qualitätskontrolle zur Staatsrechnungsprüfung vorgenommen.
---	--	---

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2007	Stand der Erfüllung
Gesetz über die Bereinigung der amtlichen Gesetzessammlung (Bereinigungs-gesetz II)	Vom Kantonsrat am 15. März 2007 erlassen und auf den 1. August 2007 in Kraft gesetzt sowie in der Gesetzesdatenbank verarbeitet.

Aussagen zu Querschnittsfragen

Beiträge zu Steuerstrategie/Kantonmarketing/Richtplanung

Die Staatskanzlei war in ihrer Funktion als Stabsstelle in allen strategierelevanten Bereichen beteiligt. Bei der Umsetzung der Steuerstrategie wirkte sie in der gesetzgeberischen Vorbereitung, bei der Vorbereitung und Durchführung der kantonalen Volksabstimmung sowie allgemein bei der Information mit. Das Kantonmarketing wurde unterstützt durch die Aktualisierung des Internetauftritts und namentlich die Gestaltung des neu eingerichteten Kantonsfensters im Schweizer-Portal www.ch.ch. Bei der Umsetzung der Richtplanung bestand die mittelbare Mitwirkung im Rahmen der Abwicklung der Regierungsgeschäfte.

Folgemassnahmen zur Hochwasserkatastrophe 2005

Für die Behörden und die Staatskanzlei bedeutete der Abschluss der Renovation und des Umbaus des Rathauses, welche infolge grosser Schäden nach der Hochwasserkatastrophe 2005 not-wenig geworden war, eine Herausforderung. Sie konnte neben der Erfüllung der ordentlichen Aufgaben von den zwischenzeitlich betriebenen Provisorien aus gemeistert werden. Seit dem Amtsjahresbeginn 2006/07 können die Behörden und die Staatskanzlei ihre Tätigkeiten wieder vollumfänglich vom Rathaus ausüben.

Interkantonale Zusammenarbeit

Auf der Ebene der Staatskanzlei konzentrierte sich die Zusammenarbeit auf die Geschäfte der Zentralschweizerischen sowie der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz(SSK). Zentralschweizerisch stand in Zusammenarbeit mit dem ZRK-Sekretariat die Vorbereitung der jeweiligen Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) im Frühjahr und im Herbst im Vordergrund. Die SSK behandelte schwerge-wichtig das Thema poliitsche Planung, namentlich Legislaturplanung und Controlling (mit einem Beitrag des Kantons über „Vollzugsrichtlinien über das zeit- und strufen-gerechte Controlling - Erfahrungen des Kleinkantons Obwalden).

Bei der Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden stand die gemeinsame Weiter-entwicklung des Internetauftritts, namentlich eines neuen Web-Portals für Kanton und Gemeinden im Vordergrund.

Zusammenarbeit mit den Gemeinden

Zusammen mit den Gemeindekanzleien wurden die Vorbereitungen für die Gesamt-erneuerungswahlen 2008 der Gemeinderäte und der Gerichte getroffen. Die Gemeindepräsidentenkonferenz wurde über anstehende Fragen der Qualitätssicherung bei Volksabstimmungen, der Ausübung des Stimmrechts der Auslandschweizer sowie von kantonalen Anliegen zur Anpassung der Abstimmungsgesetzgebung vorinformiert.

14 Staatskanzlei

Die Staatskanzlei wirkt als Stabsstelle des Regierungsrats und Kantonsrats, insbesondere bei der Gesamtplanung und Verwaltungskoordination. Sie erbringt Dienstleistungen bei der Information der Öffentlichkeit, als Kanzleisekretariat von Regierungsrat und Kantonsrat, bei der allgemeinen Verwaltungsauskunft und Dokumentation, bei offiziellen Anlässen sowie im Weibel- und Kurierdienst. Sie gibt das Amtsblatt heraus, stellt Beglaubigungen aus und ist kantonale Ausweisstelle für Pässe und Identitätskarten.

140 Kanzleistab

Zielerreichung

	Abteilungsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
	Die Ratsdienste sind für die effiziente Umsetzung der Parlamentsreform sichergestellt	Die Parlamentsreform konnte bisher – nach Rückmeldung der Ratsleitung und ständigen Kommissionen - gut mit den bestehenden Ressourcen der Parlamentsdienste umgesetzt werden. Auf eine Aufstockung wurde verzichtet.
	Der Webauftritt ist in Bezug auf Nachfrage und Angebot gemäss der E-Gov-Strategie Bund-Kantone im Bereich der Dienstleistungen für Unternehmen, Privatpersonen und andere Verwaltungen ausgebaut	Neu wurde im Schweizer Portal ch.ch. u.a. ein zusammen mit der Standortpromotion Obwalden erarbeitetes Kantonsfenster aufgeschaltet. Die Qualität des Internetauftritts wird insgesamt als gut beurteilt. Gemäss verschiedenen Rankings liegt er wie beabsichtigt über dem schweizerischen Durchschnitt, auch in Bezug auf die Behindertentauglichkeit.
	Das Intranet ist neu aufgebaut	Der verwaltungsübergreifende Teil, namentlich die verwaltungsinternen Vollzugsvorschriften sind in Zusammenarbeit mit den Departementen und Querschnittsämtern aktualisiert worden. Die Aufschaltung wird nach einer technisch-administrativen Verzögerung im Januar 2008 vorgenommen.

	Die Staatsempfänge sind als Kantonsmarketing erfolgreich durchgeführt	Als Behördenanlässe konnten im Sinne des Kantonsmarketings u.a. erfolgreich durchgeführt werden: Empfang der Regierungen von Glarus und Appenzell-Innerrhoden, Botschafterempfänge aus Frankreich und Japan, Einweihung und Tag der offenen Tür des neu renovierten Rathauses.
	Die neue Rechtschreibung wird in Erlassen und Amtsdrukschriften umgesetzt	Als verbindliche Grundlage wurde die gelb unterlegte Variante des Dudens ab der 24. Auflage erklärt. Ergänzend wird, wo es um den Kernwortschaft des Rechts, der Politik und der Verwaltung geht, auf den Leitfaden der Bundeskanzlei verwiesen, welcher seit Ende Oktober 2007 vorliegt.

Information und Internet

Medien

Die Staatskanzlei verbreitete 91 Medienmitteilungen auf 220 Seiten zu den Geschäften des Regierungsrats. Zusätzlich gelangten zahlreiche Mitteilungen der Departemente zum elektronischen Versand. Die Medienpräsenz des Kantons in den lokalen, regionalen und überregionalen Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen war aussergewöhnlich hoch, was insbesondere auf das nationale Interesse am neuen Obwaldner Steuergesetz mit der „Flat Rate Tax“ beziehungsweise am Urteil des Bundesgerichts zum degressiven Steuersatz zurückzuführen war. Die Medienpräsenz wird in Ergänzung zur kontinuierlichen und verständlichen schriftlichen Grundinformation wesentlich durch die persönliche Kommunikation der Entscheidungsträger/-innen geprägt, sei es über Telefonrückfragen, persönliche Interviews von Reportern oder die unmittelbare Präsenz von Stimme und Bild in den elektronischen Medien.

Information und Kommunikation

Schülerinnen und Schüler aller Schulstufen verlangten – meist als Rohstoff für Vorträge – rege nach vertieften Informationen über den Kanton Obwalden und Studierende an Hochschulen wandten sich mit vielfältigen Fragen an die Staatskanzlei. Alle diese Informationsbedürfnisse konnten in schriftlicher oder elektronischer Form befriedigt werden oder sie wurden an entsprechende Fachstellen weiterverwiesen, welche ihrerseits die entsprechenden Aufträge wahrnahmen. Im Weiteren wirkte der Informationsbeauftragte in der Arbeitsgruppe „Information und Kommunikation“ des Bildungs- und Kulturdepartements zur Erarbeitung eines Informationskonzepts mit.

Internet

Die Informationen und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen und die Verwaltung im 2006 erneuerten Internetauftritt wurden laufend erweitert, ausgebaut und verbessert. Die Webmasterinnen und Webmaster der Departemente sorgten für die dezentrale Pflege der Angebote. Diese tauschten an zwei Treffen im Frühjahr und im Herbst ihre Erfahrungen aus und wurden über Neuerungen und Weiterentwicklungsanforderungen orientiert.

Neu wurde ein eigenes Modul für die Gerichtsbehörden eingerichtet, welches von den Gerichten selbst betreut wird. Die Qualität des Obwaldner Webauftritts liegt schweizweit über dem Durchschnitt. Laut der „ZeGo-Studie“ der Universität Basel zur Zufriedenheit im E-Government lag der kantonale Auftritt auf dem 6. Rang aller Kantone. Auch bei der Bestandesaufnahme der Zugänglichkeit von Schweizer Webseiten des Gemeinwesens für Menschen mit Behinderungen (Schweizer Accessibility-Studie 2007) wurde der Zugang zum Internetangebot des Kantons – namentlich im interkantonalen Vergleich – als gut bewertet.

Eine neue, gute Möglichkeit, den Kanton schweizweit ins rechte Licht zu rücken, bot das Kantonsfenster im Schweizer Portal www.ch.ch. Das Kurzporträt wurde in Zusammenarbeit mit der Standortpromotion in Obwalden (iOW) erarbeitet. Der Bund bindet auf diese Weise alle Kantone mit „Mini-Portalen“ ein und führt die Besucherinnen und Besucher so wieder zum eigenen Auftritt des Kantons zurück. Das Kantonsfenster bietet ein kurzes Porträt und erschliesst via Links wichtige Informationen und Dienstleistungen in den Bereichen Wohnen, Arbeiten, Kultur und Sport.

Die Webstatistik im Vergleich mit dem Schweizer Portal www.ch.ch

	OW	CH	OW	CH
	Ø 2007	Ø 2007	Ø 2006	Ø 2006
Bearbeitete Anfragen (Hits)	5 823 688	7 774 245	2 434 895	5 111 939
Seitenanfragen Webbrowser (Previews)	4 306 838	1 233 064	901 715	728 660
Besuche (Visits)	117 155	359 673	74 349	171 004

Gemeinsames Portal Gemeinden/Kanton

Das ILZ startete das Projekt „Gemeinsames Portal Gemeinden/Kanton“ in den Kantonen Obwalden und Nidwalden. In diesem Portal sollen zunächst im Webauftritt der Gemeinde die kantonalen Dienstleistungen gespiegelt werden, das heisst, es sollen prozess- und serviceorientierte Dienstleistungen angeboten werden. In einem späteren Schritt sollen – nach dem Ausbau der Webauftritte der Gemeinden mit dem gleichen Contentmanagementsystem wie der Kanton – auch die elektronischen Dienstleistungen der Gemeinden direkt im Portal des Kantons zur Verfügung gestellt werden (RRB vom 29. Mai 2007).

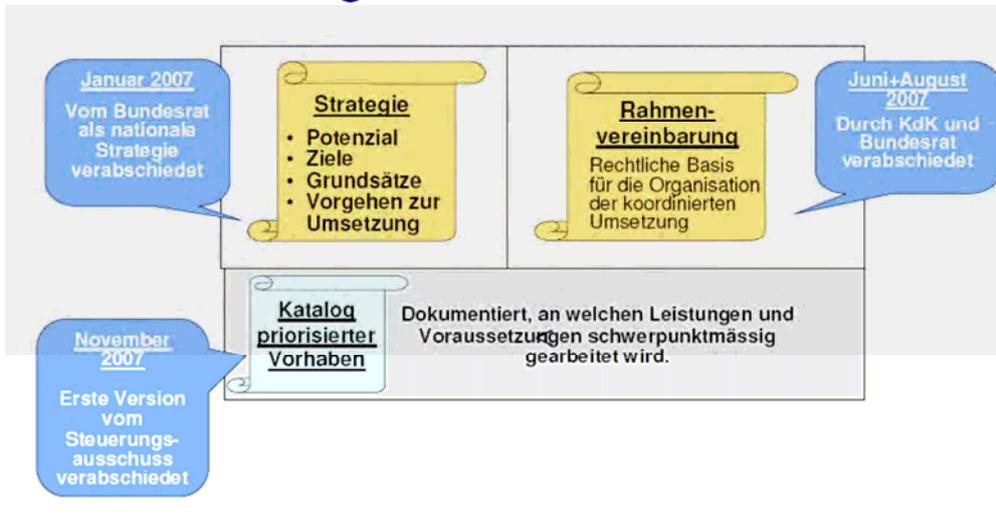
E-Government

Im Rahmen der E-Government-Strategie Schweiz, welche vom Kanton unterstützt wird und deren Umsetzung mittels einer Rahmenvereinbarung (RRB vom 10. Juli 2007) geregelt worden ist, wurde als zentrales dynamisches Umsetzungsinstrument der „Katalog priorisierter Vorhaben“ erarbeitet und beschlossen. Er bezweckt eine Fokussierung der gesamtschweizerischen Arbeiten und dokumentiert, an welchen E-Government-Leistungen und -Voraussetzungen schwerpunktmässig gearbeitet werden soll. Die Behörden erbringen Leistungen für das Gemeinwesen als Ganzes ebenso wie für Privatpersonen, Unternehmen und Institutionen. Im Katalog werden diejenigen öffentlichen Leistungen aufgelistet, die aus Sicht der Zielgruppen und aus Sicht der Verwaltung ein besonders gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis ausweisen, wenn sie elektronisch erbracht werden. Auch führt der Katalog diejenigen Voraussetzungen auf, die vorrangig zu entwickeln sind, weil sie für eine grössere Menge

von Leistungen benötigt werden und ihre Bereitstellung eine schweizweite Koordination erfordert.



E-Government-Strategie Schweiz Grundlagen



Empfänge

Am 14./15. Juni stattete der Regierungsrat des Kantons Glarus einen Gegenbesuch im Kanton Obwalden ab. Die Gäste wurden im Schützenhaus auf dem Landenberg empfangen. Nach einer Führung im Archivturm besichtigten sie die Firma HP Gasser AG, Dachfenster-Elementbau, Zimmerei und Membranbau, sowie das Brünig Indoor Schiess-Sport-Zentrum in Lungern. Am zweiten Tag wurde ein Ausflug auf den Titlis mit einer Betriebsbesichtigung der Bergbahnen-Engelberg-Titlis AG verbunden.

Am 23./24. August besuchte der Regierungsrats des Kantons Appenzell Innerrhoden den Kanton Obwalden. Nach einer Schifffahrt auf dem Vierwaldstättersee und einer Betriebsbesichtigung bei der Pasta Röthlin AG in Kerns wurden die Gäste offiziell im neu renovierten Rathaus in Sarnen empfangen. Mit einer Fahrt auf Pilatus Kulm am Folgetag und einer Vorstellung der Pilatusbahnen wurde ein touristischer Höhepunkt gesetzt.

Verschiedene ausländische Vertretungen in der Schweiz machten dem Regierungsrat ihre Aufwartung, so:

am 3. April 2007 die österreichische Generalkonsulin;

am 9. Oktober 2007 der Botschafter und die Generalkonsulin von Frankreich;

am 19. Oktober 2007 der japanische Botschafter, der nach dem Empfang im Rathaus den Archivturm besichtigte und die Firma LEISTER Process Technologies, Abteilung Microsystems, in Kägiswil besuchte.

142 Kanzleisekretariat für Kantonsrat und Regierungsrat

Abteilungsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
Der Wiederbezug des Rathauses ist gut vorbereitet und erfolgreich umgesetzt:	Der Umzug wurde kundengerecht, koordiniert und zeitgerecht durchgeführt, sodass am 21./22. Juni die Dienstleistungen sofort im Rathaus aufgenommen werden konnten. Alle Kundenkontakte (Amtsblatt, Ausweise, Beglaubigungen) werden am Empfangsschalter abgewickelt, die Abläufe kanzleiintern mit den rückwärtigen Büros koordiniert. Die Registratur wurde nachgeführt und im Rathaus neu eingerichtet.
Die Qualitätssicherung ist weiterentwickelt:	Die RR- und KR-Geschäfte werden in Konsul (elektronische Geschäftsverwaltung) geführt. Die Sitzungsverwaltung für den RR erfolgt bereits in Konsul, für den KR wird sie aufgebaut.
Das Amtsblatt- und Passbüro wird als Testeinheit KORE/NOW geführt:	Der Erfolg des Amtsblatt- und Passbüros wurde wiederum in einer Kostenträgerrechnung ausgewiesen.
Die Einführung des Biometriepasses ist auf 2008 vorbereitet:	Die Vorbereitungen wurden weitergeführt: Die Anzahl Erfassungssysteme (1–2) wurde dem Bund gemeldet. Miteinbezogen werden auch die Ausländerausweise, welche künftig mit biometrischen Daten von einer Stelle aus ausgestellt werden sollen.

Sekretariat Kantonsrat

Die Staatskanzlei unterstützte die Vorbereitung und Durchführung von acht (Vorjahr neun) Plenarsitzungen im Amtsjahr 2006/2007, an welchen 117 Geschäfte behandelt worden sind und betreute das Kantonsratsbüro bzw. neu die erweiterte Ratsleitung (siehe unter Bericht zum Kantonsrat).

Die Protokollverarbeitung zeigt folgendes Bild:

<i>Kantonsratsprotokoll</i>	<i>2001/2002</i>	<i>2005/2006</i>	<i>2006/2007</i>
Seitenzahl	301	348	284

Das genehmigte Kantonsratsprotokoll und die Beratungsgrundlagen sind im Internet einsehbar (www.ow.ch > Kantonsratssitzungen).

Sekretariat Regierungsrat

Der Regierungsrat behandelte 2006/2007 an 42 Sitzungen 636 Geschäfte, davon unter anderen 28 (Vorjahr 25) Vernehmlassungen zur Bundesgesetzgebung, 45 (32) allgemeinverbindliche Regierungsratsbeschlüsse beziehungsweise Ausführungsbestimmungen, 14 (16) Abschlüsse beziehungsweise Änderungen von interkantonalen

Vereinbarungen, 48 (10) Wahl- und Anstellungsgeschäfte und 47 (49) Beschwerdeentscheide.

Die Protokollverarbeitung zeigt folgendes Bild:

<i>Regierungsratsprotokoll</i>	<i>2001/2002</i>	<i>2005/2006</i>	<i>2006/2007</i>
Anzahl Geschäftsnummern	729	655	636
Seitenzahl gesamthaft	1 815	1 950	1 846

1422 Amtsblatt und Passbüro

Amtsblatt

Der Inseratemarkt im Kanton ist auf viele Medien-, Informations- und andere Druckerzeugnisse stark aufgesplittert. Die Inseratenannahme am provisorischen Standort war nicht ideal. Das wirkt sich auch auf den Inserateteil des Amtsblatts aus. Das Inseratenvolumen ging um rund 20 % zurück. Um die Attraktivität des Amtsblatts zu verbessern wurde ein neues Farbkonzept mit marktkonformen Tarifen eingeführt.

Die Statistik des Amtsblatts zeigt folgendes Bild:

Jahr	<i>Beglaubigte Auflage</i>	<i>Amtlicher Teil</i>	<i>Private</i>	<i>Anzeigen</i>	<i>davon Publicitas</i>
	<i>Exemplare</i>	<i>Seitenzahl</i>	<i>Seitenzahl</i>	<i>Inseratezahl</i>	<i>Inseratezahl</i>
2002	8711	1644	1842	5235	1642
2006	8264	1960	1232	3051	949
2007	8195	2145	919	2216	765

Passbüro

Die Statistik weist folgende Ausweisbezüge aus :

Altes Verfahren	<i>Pässe</i>	<i>Verlängerungen</i>	
2002	820	2 539	
Neuregelung	<i>Pass 2003 maschinenlesbar</i>	<i>Pass 2006 biometrische Daten</i>	<i>Identitätskarten 2003</i>
2006	3 785	6	4 655
2007	1 171	105	3 095

Die gesamtschweizerische Einführung der biometrischen Reiseausweise ist auf die zweite Jahreshälfte 2009 verschoben worden. Die biometrischen Merkmale werden in international genormter Form auf einem kontaktlosen Chip im Ausweis gespeichert. Dadurch erhält der Ausweis ein zusätzliches Sicherheitsmerkmal und eine elektronische Verifikation der Identität wird möglich.

16 Rechtsdienst

Der Rechtsdienst berät den Regierungsrat und den Kantonsrat in Rechtsfragen, erarbeitet und überprüft Erlassentwürfe, unterstützt die Beschwerdeinstruktion und vertritt den Kanton in Rechtsstreitigkeiten. Er ist zuständig für die kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie für die Herausgabe der Gesetzessammlung und Führung der Gesetzesdatenbank.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
	Die gesetzgeberische Vorbereitung/ Unterstützung im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit (OW/NW, ZRK) ist gewährleistet; die Gesetzesprojekte sind gesetzestechnisch begleitet.	Zur Vereinheitlichung der Veterinärgesetzgebung in den Urkantonen wurde ein Konzept ausgearbeitet, das der Aufsichtskommission des Laboratoriums der Urkantone und den Kantonsregierungen unterbreitet wurde.
	Die kantonale Gesetzgebung gemäss dem Gesetzgebungsprogramm 2007 ist gesetzestechnisch (formal und materiell) unterstützt.	Die gesetzgeberische Unterstützung erfolgte vor allem bei folgenden Projekten: Ruhetagsgesetz, Regelung der Abflussverhältnisse des Sarnersees, Umsetzung NFA, Umsetzung Partnerschaftsgesetz, Anpassung kantonales Strafrecht und Ordnungsbussenverordnung, Ausländerrecht, Feuerwehrgesetzgebung, Revision des Landwirtschaftsgesetzes sowie bei drei Wasserrechtskonzessionen.
	Die eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen 2007 sowie die Nationalrats- und Ständeratswahl sind durchgeführt.	2007 wurden zwei eidgenössische und zwei kantonale Volksabstimmungen durchgeführt. Zudem fand am 21. Oktober 2007 die Nationalratswahl statt; das Mitglied des Ständerats wurde in stiller Wahl gewählt.
	Der verwaltungsrechtliche Grundkurs 2007 ist erfolgreich durchgeführt und trägt zur formal-juristischen Qualitätssicherung der Verwaltungsarbeit bei.	14 Personen nahmen am verwaltungsrechtlichen Grundkurs vom 10. und 11. Mai 2007 teil (kantonale Verwaltung Obwalden 5, kantonale Verwaltung Nidwalden 4, Laboratorium der Urkantone (Veterinäramt) 3, Gemeinden 2). Der vom Rechtsdienst zusammen mit dem Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis der Universität St. Gallen organisierte Kurs fand insgesamt ein gutes Echo.

	Die Gesamterneuerungswahl 2008 der Gemeinderäte und der Gerichte ist auf Stufe Ausführungsbestimmungen vorbereitet.	Die Ausführungsbestimmungen konnten vom Regierungsrat am 4. Dezember 2007 erlassen werden. Der Rücktritt des Kantonsgerichtspräsidenten I bedingt eine Neuwahl, welche in enger Zusammenarbeit mit dem Obergericht und der Rechtspflegekommission des Kantonsrats vorbereitet wurde.
	Die Bereinigung II der amtlichen Gesetzessammlung ist abgeschlossen.	Das Bereinigungsgesetz II wurde vom Kantonsrat am 15. März 2007, die Ausführungsbestimmungen über die Bereinigung des Verordnungsrechts vom Regierungsrat am 1. Mai 2007 erlassen. Die Bereinigung der amtlichen Gesetzessammlung trat am 1. August 2007 in Kraft. Insgesamt wurden 32 Erlasse aufgehoben und 114 Erlasse teilweise umfangreich geändert. Die Anpassungen in der elektronischen Gesetzesdatenbank sowie die Herausgabe der Sonderdrucke hatte einen beträchtlichen Aufwand zur Folge. Ergänzend wurden die gesetzestechnischen Richtlinien überarbeitet.
	Band XVII der VVGE samt Register ist im Druck veröffentlicht und im Internet zugänglich.	Die Zusammenstellung der Urteile, Entschiede und Beschlüsse von Band XVII der VVGE ist abgeschlossen. Die Herausgabe des Bandes in gedruckter sowie in elektronischer Form wurde zurückgestellt, da die Ressourcen hierfür nicht ausreichten. Die Bereinigung der Gesetzessammlung (bis 1. August 2007) sowie die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen und Abstimmungen vom 21. Oktober, 25. November und 16. Dezember 2007 beanspruchten die gesamte Kapazität.

Rechtsberatung

In der Berichtsperiode fielen 154 (2005: 150) Geschäfte an, die sich auf folgende Bereiche verteilen:

	2002	2006	2007
Rechtsmittelentscheide, Vernehmlassungen,			
Genehmigung kommunaler Erlasse	40	48	34
Erlasse, Vereinbarungen	32	35	43
Mitwirkung bei Kantonsratsgeschäften	0	0	5
Allgemeine Rechtsberatung	56	50	72
Prozesse	2	2	0
<i>Insgesamt</i>	<i>130</i>	<i>135</i>	<i>154</i>

Wahlen und Abstimmungen

Stille Wahl in den Ständerat

Zum zweiten Mal seit der Abschaffung der Landsgemeinde war für das Mitglied des Ständerats – zusammen mit der Wahl des Nationalrats – eine Erneuerungswahl an der Urne durchzuführen. Der Regierungsrat hat aufgrund des fristgerecht eingereichten einzigen Wahlvorschlags Dr. iur. Hans Hess, 1945, Rechtsanwalt und Notar, Sarnen, FDP, als Ständerat für die Amtsdauer 2007 bis 2011 als in stiller Wahl gewählt erklärt.

Vier Kandidaten bei der Nationalratswahl

An der Erneuerungswahl des Nationalrats vom 21. Oktober 2007 nahmen vier Kandidaten teil. Die Wahlbeteiligung betrug 59.72 %. Gewählt wurde Christoph von Rotz-Spichtig, 1966, eidg. dipl. Informatiker, Sarnen, bei folgenden Gesamtergebnissen:

Gemeinde	Stimm-berechtig-te	Einge-langte Wahl-zettel	In Be-tracht fallende Wahl-zettel	VON WYL BEAT, 1957, von Sarnen, Biologe, Giswil, SP	VON ROTZ CHRISTOPH, 1966, von Kerns, eidg. dipl. Informatiker, Sarnen, SVP	GASSER LUKAS, 1966, von Lungern, Bildhauer, Kägiswil, Parteilos	IMFELD PATRICK, 1966, von Sarnen, dipl. Bankfach-experte, Sarnen, CVP	Verein-zelte Stimmen
Sarnen	6 923	4 353	4 191	526	1 256	927	1 457	25
Kerns	3 963	2 263	2 202	183	840	367	807	5
Sachseln	3 155	1 800	1 752	228	541	341	634	8
Alpnach	3 563	2 035	1 936	175	651	442	661	7
Giswil	2 446	1 438	1 369	265	491	252	358	3
Lungern	1 475	998	962	63	252	396	246	5
Engelberg	2 378	1 387	1 317	149	492	370	299	7
Insgesamt	23 903	14 274	13 729	1' 589	4 523	3 095	4 462	60

Abstimmungen

Im Berichtsjahr sind folgende Urnenabstimmungen mit den nachstehenden Ergebnissen durchgeführt worden:

<i>Eidgenössische Volksabstimmungen</i>		JA	NEIN	Stimmbe-teiligung in %
11.03.07	Volksinitiative „Für eine soziale Einheits-krankenkasse“	1 454	9 902	49
17.06.07	Änderung der Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (5. IV-Revision)	5 078	2 785	34

<i>Kantonale Volksabstimmungen</i>		JA	NEIN	Stimme- teiligung in %
25.11.07	Kantonsratsbeschluss über den Bericht über Massnahmen zur Verbesserung der Hochwassersicherheit im Sarneraatal mit Variantenentscheid und Planungskredit vom 27. April 2007	4 938	3 429	37
16.12.07	Volksbegehren (Initiative) zur Änderung von Art. 16 des Gesundheitsgesetzes	3 502	4 044	33
16.12.07	Nachtrag zum Steuergesetz	6 840	702	33
16.12.07	Nachtrag zur Kantonsverfassung (Ergänzung der Unvereinbarkeitsregelung)	5 968	1 183	33

Die Abstimmungen verliefen pannenfrei; einzig das Ergebnis der kantonalen Volksabstimmung vom 25. November 2007 musste als berichtigtes Ergebnis ein zweites Mal publiziert werden, da in der Gemeinde Alpnach am Abstimmungssonntag 15 Stimmkuverts irrtümlich nicht berücksichtigt wurden und dieser Fehler, der allerdings keinen Einfluss auf das Gesamtergebnis hatte, vom Stimmbüro zu spät bemerkt wurde.

Briefliche Stimmabgabe

Konstant hoher Anteil

Der Trend zur brieflichen Stimmabgabe stieg kontinuierlich von 38 Prozent im Jahr 1996 auf 96 Prozent im Jahr 2007. Seit 2004 bewegt sich der Anteil der brieflich Stimmenden je nach Abstimmung konstant zwischen 90 und 96 Prozent.

Entwicklung der brieflichen Stimmabgabe 1998 bis 2007:

Urnenab- stimmung vom	Eidgenössische 29. Nov. 1998		Eidgenössische 4. März 2001		Eidgenössische 8. Februar 2004		Eidgenössische 11. März 2007	
	Stim- mende	brieflich %	Stim- mende	brieflich %	Stim- mende	brieflich %	Stim- mende	brieflich %
Gemeinde								
Sarnen	3 622	61	3 645	80	3 111	94	3 861	97
Kerns	1 667	48	2 251	71	1 663	86	1 646	92
Sachseln	1 325	58	1 763	81	1 493	90	1 565	97
Alpnach	1 443	51	1 983	66	1 684	85	1 587	94
Giswil	1 081	48	1 335	75	970	89	1 015	95
Lungern	712	62	903	84	728	95	981	97
Engelberg	1 059	67	1 301	79	1 099	92	1 042	96
Kanton	10 909	57	13 181	76	10 748	91	11 697	96
	50 %		59 %		47 %		49 %	

Qualitätssicherung

Nachdem in mehreren Kantonen Fälle krassen Missbrauchs bei der brieflichen Stimmabgabe aufgedeckt wurden, erliess der Bundesrat am 31. Mai 2006 ein Kreisschreiben über Massnahmen zur Qualitätssicherung bei der brieflichen Stimmabgabe und bat die Kantonsregierungen, den darin enthaltenen Anordnungen Nachachtung zu verschaffen. Der Bundesrat präzisierte am 15. Juni 2007 sein Kreisschreiben, da mehrere der vorgeschlagenen Massnahmen lediglich in einem Teil der Kantone vollziehbar sind. Das Ziel der Qualitätssicherung bei der stark verbreiteten brieflichen Stimmabgabe ist unbestritten. Der Rechtsdienst prüfte die vorgeschlagenen Massnahmen auf ihre Vollzugstauglichkeit und ob das Ziel allenfalls durch andere Massnahmen besser erreicht werden könnte. An der Gemeindepräsidentenkonferenz vom 13. November 2007 wurden die anstehenden Fragen vorgestellt. Im Rahmen der nächsten Änderung der Abstimmungsgesetzgebung soll auch der Qualitätssicherung bei der brieflichen Stimmabgabe durch praktikable und pragmatische Anordnungen Rechnung getragen werden.

Initiativbegehren

Am 24. Januar 2007 reichte die „Aktion pro Kantonsspital Obwalden“ (Unterzeichnende: Jürgen Mayer, Sachseln, Dr. Hans Hess, Sarnen, Bruno Krummenacher, Sarnen, Ali Stöckli, Sarnen, Walter Ettlín, Kerns, Hans Geser, Ramersberg, und Erwin Odermatt, Kerns) ein Volksbegehren (Initiative) ein, welches eine Änderung von Art. 16 des Gesundheitsgesetzes verlangt.

Mit Verfügung vom 14. Februar 2007 stellte die Staatskanzlei fest, dass die Unterschriftenlisten den Formvorschriften entsprechen. Die Staatskanzlei ermittelt die Zahl der gültigen Unterschriften bis zur Erreichung des verfassungsmässigen Quorums. Nach Art. 61 Abs. 1 Bst. b der Kantonsverfassung kommt ein Volksbegehren zustande, wenn 500 Stimmberechtigte die Änderung eines Gesetzes verlangen. Insgesamt wurden der Staatskanzlei 2 095 Unterschriften eingereicht. Davon wurden 612 beglaubigt. Das Volksbegehren war damit zustande gekommen.

Am 27. April 2007 beschloss der Kantonsrat, das Volksbegehren als verfassungsmässig zu erklären und dieses mit dem Antrag auf Ablehnung ohne Gegenvorschlag der Volksabstimmung zu unterbreiten. Gleichzeitig beschloss der Kantonsrat, die gleich lautende Volksmotion vom 21. November 2006 nicht erheblich zu erklären. Das Volksbegehren der „Aktion pro Kantonsspital Obwalden“ zur Änderung von Art. 16 des Gesundheitsgesetzes wurde an der Volksabstimmung vom 16. Dezember 2007 mit 3 502 Ja zu 4 044 Nein abgelehnt.

Zwei Referendumsbegehren

Am 4. Juni 2007 reichte Rolf Dupont, Sarnen, bei der Staatskanzlei ein Referendumsbegehren ein, das verlangte, den Kantonsratsbeschluss über den Bericht über Massnahmen zur Verbesserung der Hochwassersicherheit im Sarneraatal mit Variantenentscheid und Planungskredit vom 28. April 2007 der kantonalen Volksabstimmung zu unterbreiten. Das Begehren war von 117 Personen rechtsgültig unterzeichnet. Erforderlich sind 100 Unterschriften. Es war gemäss Verfügung der Staatskanzlei vom 19. Juni 2007 zustande gekommen. An der Volksabstimmung vom 25. November 2007 wurde der Kantonsratsbeschluss mit 4 938 Ja gegen 3 429 Nein angenommen.

Am 29. November 2007 reichte Gallus Brägger, Sachseln, bei der Staatskanzlei ein Referendumsbegehren ein, das verlangt, dass der Nachtrag vom 25. Oktober 2007 zum Gesetz über die Entlohnung und Entschädigung von Behörden und Kommissionen (Behördengesetz) der kantonalen Volksabstimmung unterbreitet wird. Die Staatskanzlei stellte am 10. Dezember 2007 fest, dass das Referendum mit 197 beglaubigten Unterschriften zustande gekommen ist.

Gesetzesdatenbank

Die elektronische Gesetzesdatenbank (GDB) enthält alle in Kraft stehenden kantonalen Erlasse und Vereinbarungen gemäss den Vorschriften des Publikationsgesetzes. Sie wird nach Möglichkeit tagesaktuell nachgeführt. Im Jahr 2007 ergaben sich folgende Änderungen:

	2004	2006	2007
Aufnahme neuer Erlasse	47	49	37
Änderungen geltender Erlasse	44	76	60
Änderungen geltender Erlasse mit Bereinigung II	–	–	114
Entfernung aufgehobener Erlasse	21	44	29
Entfernung aufgehobener Erlasse mit Bereinigung II	–	–	33

Sämtliche aktuellen Erlasse sind über das Internet oder bei der Staatskanzlei als Sonderdrucke erhältlich.

Am 1. August 2007 trat die Bereinigung der amtlichen Gesetzessammlung in Kraft, d.h. das so genannte Bereinigungsgesetz II sowie die Ausführungsbestimmungen über die Bereinigung des Ordnungsrechts des Regierungsrats. Damit wurden insgesamt 33 Erlasse aufgehoben, bei zwei Erlassen wurde die Publikation nachgeholt und 114 Erlasse wurden geändert; die Änderungen waren teilweise sehr umfangreich. Damit fand das Projekt „Bereinigung der Gesetzessammlung“ seinen Abschluss. Am 1. Januar 2001 trat bereits das Gesetz über die Bereinigung des Landbuchs in Kraft, mit welchem 145 überholte Erlasse und Vereinbarungen formell aufgehoben wurden; zwei Erlasse wurden geändert und in vier Fällen wurde die bisher unterlassene Publikation nachgeholt. Mit der 2007 erfolgten Bereinigung wurden vor allem formale Korrekturen vorgenommen. Mit der nun abgeschlossenen Bereinigung der Gesetzessammlung gibt sie zuverlässig Auskunft über die geltenden Erlasse und fördert die Rechtssicherheit. Die seit August 2002 auf dem Internet veröffentlichte elektronische Gesetzessammlung wird laufend bereinigt, so dass der Kanton über eine moderne und aktuelle Gesetzessammlung verfügt.

Beglaubigungen

Für die dem sogenannten Haager Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 beigetretenen Staaten gelten vereinfachte Vorschriften für Beglaubigungen von Urkunden im internationalen Verkehr. Es genügt eine „Apostille“, worin die Staatskanzlei die Zuständigkeit der Urkundsperson bestätigt. Die übrigen amtlichen Beglaubigungen erfolgen gestützt auf das kantonale Beurkundungsgesetz. Die Zahl der Apostillen zeigt, in wie vielen Fällen Urkunden für den privaten oder geschäftlichen Gebrauch in Apostillen-Ländern beglaubigt worden sind.

Bei der Staatskanzlei wurde folgende Anzahl Schriftstücke beglaubigt beziehungsweise mit einer anerkannten Apostille versehen:

	2002	2006	2007
Beglaubigungen (Unterschriften, Kopien usw.)	58	24	82
Apostillen	<u>92</u>	<u>184</u>	<u>319</u>
Insgesamt	150	208	401

17 Staatsarchiv

Das Staatsarchiv übernimmt, sichert, erschliesst und vermittelt das konventionelle und elektronisch erstellte archivische Kulturgut des Kantons. Im Rahmen des Öffentlichkeitsprinzips und der Archivverordnung sind die Bestände den Behörden, der Verwaltung, der Forschung und einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich. In Führungen und Ausstellungen macht das Staatsarchiv seine Bestände einem breiten Publikum bekannt.

Zielerreichung

Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
Die Archivierung elektronischer Unterlagen ist vorbereitet.	Ein Grobkonzept als Entscheidungsgrundlage liegt vor.
Bewertung und Nacherschliessung des E-Bestandes (Ablieferungen) ist gewährleistet.	Provenienzen (federführende Stellen) sind festgehalten und entsprechende Kassationen durchgeführt.
Ein historisches Inventar der Kompetenzen und deren Instanzen in der kantonalen Verwaltung seit 1850 ist erstellt.	Projekt wurde eingestellt: Grundlagen (Staatskalender, Amtsberichte) zu lückenhaft und uneinheitlich. Missverhältnis von Arbeitsaufwand und Ertrag für Verwaltungsgeschichte und Verwaltungssystematik.
Die Rettung des Endarchivs im Verwaltungsgebäude ist in Zusammenarbeit mit BKD/SGD gewährleistet.	Die Erarbeitung eines Katastropheneinsatzplanes wurde verschoben, bis die Resultate einer grundsätzlichen Analyse zur Sicherheit im Staatsarchiv vorliegen.
Das Endarchiv im Turm ist in Zusammenarbeit mit BRD und externem Berater vor Zerstörung gesichert.	Die Erarbeitung eines Fachvorschlags zur räumlichen Veränderung und/oder zum Halonersatz im Turm wurde verschoben, bis die Ergebnisse einer grundsätzlichen Analyse zur Sicherheit im Staatsarchiv vorliegen.

In aller Munde: records management und Endarchivierung digitaler Unterlagen das Mass aller Dinge?

Digitale Dateien sind flüchtig. Will man sie dauerhaft erhalten, sind ständige, grosse Anstrengungen notwendig. Bei der periodisch notwendigen Datenmigration aus einem Dateiformat in ein anderes muss die Authentizität (Identität und Integrität) der

Daten unbedingt gewahrt bleiben. Administrativ-technische und Erschliessungs-Metadaten sowie Dokumentationen sind für das gesicherte Verständnis der Daten über alle Migrationszyklen hinweg von entscheidender Bedeutung.

Das Staatsarchiv hat als ersten Schritt zur Endarchivierung elektronischer Unterlagen der kantonalen Verwaltung ein Grobkonzept erarbeitet. Darin wird aufgezeigt, in welche Richtung die Anstrengungen digitaler Archivierung gehen müssen. Zunächst soll ein verwaltungsweiter Überblick verschafft werden über die systematische Aktenführung (analog)/records management (digital), unabdingbare Voraussetzung für die digitale Archivierung, über den Einsatz von Fachanwendungen und die Ablage von digitalen Daten. Diese Übersicht dient der Entwicklung einer Archivierungsstrategie. Zugleich sollen Richtlinien für eine einheitliche und konsequente Aktenführung geschaffen werden

Ablieferungen aus der Verwaltung als wichtigste Quelle der Überlieferungsbildung: Nacherschliessung und Bewertung/Ersterschliessung

In den letzten 15 Jahren wurden dem Staatsarchiv, vor allem im Zusammenhang mit mehreren Verwaltungsreorganisationen, sehr viel Material zur Übernahme angeboten. Dessen Umfang war trotz Grobkassation (Vernichtung) bei den abliefernden Stellen noch so gross, dass es bei unseren kleinen personellen Ressourcen nur sehr pauschal geordnet und verzeichnet werden konnte. Trotz geringer Strukturierung sollte so verhindert werden, dass diese Ablieferungen fast unwiederbringlich im Orkus des Staatsarchivs verschwanden. So ruhten viele Ablieferungen im Staatsarchiv, kaum benutzt, da die Einsicht viel zu zeitaufwendig war. Dieser unhaltbare Zustand wird nun nach und nach beendet. Fürs erste wurden vier grosse Ablieferungen nacherschlossen, d.h. anhand des Staatskalenders/Amtsberichtes wurde überprüft, ob die abliefernde Stelle für ein bestimmtes Geschäft tatsächlich aktenbildend, d.h. federführend war. Wenn ja, wurde das Material, falls historisch bedeutsam, erschlossen, verzeichnet und magaziniert, falls historisch belanglos, wurde es kassiert. Wenn aber die abliefernde Stelle für ein bestimmtes Geschäft nicht aktenbildend, d.h. nicht federführend war, wurde für dieses Material, falls historisch bedeutsam, die Kompetenz zur Aktenbildung/Federführung anhand des Staatskalenders/Amtsberichtes erschlossen, d.h. es wurde eine neue Ablieferung gebildet, oder das Material wurde, falls historisch belanglos, kassiert. Mit diesem Vorgehen werden Mehrfachüberlieferungen verhindert und damit unnötige Arbeit und wertvoller Platz gespart.

Nach obigem Verfahren wurden sieben neue Ablieferungen erschlossen und verzeichnet: Heinrich-Federer-Stiftung 1959-2002 (Signatur V-E.0015), Feuerwehrkommission 1946-1997 (V-E.0018), Feuerwehrinspektorat 1946-1997 (V-E.0020), Kreis-kommando, 1919-1997 (V-E.0016), Jugendrat 1991-2002 (V-E.0026), Korrespondenz Hess/Amstalden (P.0014), Sammlung Josef Bieri (P.0015)

Sicherer Archivstandort als Voraussetzung für Unversehrtheit unwiderbringlicher historischer Dokumente unseres politischen Selbstverständnisses

Archivische Überlieferung dient nicht nur der historischen Forschung, sondern im Sinne eines demokratischen Grundrechts auch der Nachvollziehbarkeit/Überprüfbarkeit staatlichen Handelns durch die Öffentlichkeit. Damit diese berechtigten, grundsätzlichen Anliegen an die Archive dauernd erfüllt werden können, braucht es Archivräume unter einem Dach, die gegen Erdbeben, Brand, Wasser, Diebstahl und Klimaschwankungen gut geschützt und für die spezifischen integrierten archivischen Arbeitsabläufe (Übernahme, Bestandsbildung, Erschliessung, Be-

standserhalt, Kundenbetreuung, Ausstellungen) betrieblich und baulich optimal aufeinander abgestimmt sind. Diese grundlegenden Anforderungen an Archivräumlichkeiten erfüllen die Räume des Staatsarchiv Obwalden nicht. Sie sind über zwei Standorte (Hexenturm, Verwaltungsgebäude) verteilt, was bei kleinem Personalbestand betriebswirtschaftlich ungünstig ist. Der Archivstandort Hexenturm ist durch seine erhöhte Lage gegen Überschwemmungen/Grundwasser zwar sicher, aber klimatisch trotz grossem technischem und energetischen Aufwand sehr instabil und betrieblich (vier Ebenen mit kleiner Fläche) aufwendig. Der Archivstandort Verwaltungsgebäude ist ein integrierter Teil des kantonalen Verwaltungsgebäudes. Wegen seiner fehlenden baulichen Abschottung (Schwachstellen: Tiefgarage, Gänge, Treppen, Türen, Versorgungs- und Entsorgungsleitungen) ist das Archiv allen Risiken des Gesamtgebäudes (Brand, Wasser usw.) mitausgesetzt. Um gesicherte fachliche Aussagen zu erhalten, wurde eine umfassende Analyse der beiden Archivstandorte auf Sicherheit, Klimastabilität und betriebliche Effizienz in Auftrag gegeben.

18 Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle prüft als fachlich selbstständige und unabhängige Instanz den staatlichen Finanzhaushalt nach den Vorgaben des Finanzhaushaltsrechts und nach anerkannten Revisionsgrundsätzen. Sie unterstützt den Kantonsrat bei seiner Oberaufsicht und den Regierungsrat bei der Dienstaufsicht über die Verwaltung. Sie führt das Sekretariat der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
	Risikoanalyse und risikoorientiertes Mehrjahres-Prüfprogramm liegen vor.	Die Risikoanalyse und ein risikoorientiertes Mehrjahres-Prüfprogramm sind erstellt. Diese beiden Grundlagen sind in Zukunft laufend anzupassen.
	Aufgabenstellung der Finanzkontrolle ist überprüft, Änderungsbedarf festgestellt und Lösungen aufgezeigt.	Aufgrund der Ergebnisse der beiden nachfolgenden Ziele (Qualitätskontrolle zur Staatsrechnungsprüfung und Beurteilung der Gemeindefinanzaufsicht) liegen die Grundlagen vor. Die Detailausarbeitung erfolgt im Zuge der Finanzhaushaltsgesetzgebung.
	Zur Staatsrechnungsprüfung 2006 ist eine Qualitätskontrolle durchgeführt.	Die Qualitätskontrolle wurde durchgeführt und ein Bericht liegt vor.
	Drittbeurteilung und Verbesserungsvorschläge über die Gemeindefinanzaufsicht liegen vor.	Die Beurteilung wurde intern durchgeführt. Es wurde zur Zeit kein Handlungsbedarf festgestellt.
	Neue Kennzahlenberechnungen bei der Gemeindefinanzstatistik sind umgesetzt.	Die Finanzstatistik 2006 der Einwohnergemeinden mit den neuen Kennzahlenberechnungen liegt vor und wurde veröffentlicht.

Qualitätskontrolle zur Staatsrechnungsprüfung 2006

Die von der Finanzkontrolle durchgeführte Staatsrechnungsprüfung 2006 wurde im Dezember 2007 durch ein externes Treuhandunternehmen überprüft. Dabei durfte zur Kenntnis genommen werden, dass gestützt auf die 2005 durchgeführte allgemeine Qualitäts- und Leistungsüberprüfung erste Massnahmen eingeleitet worden sind. Allerdings konnten infolge fehlender Ressourcen die gemäss Mehrjahres-Prüfprogramm geplanten Stellenrevisionen mit Ausnahme der Pflichtrevisionen wie Steuerbezug usw. nicht durchgeführt werden. Ebenso fehlt aus demselben Grund eine systematische Beurteilung des Internen Kontrollsystems. Zusammenfassend ist festgestellt worden, dass die vorgenommenen Prüfungshandlungen zur Staatsrechnungsprüfung 2006 sehr knapp bemessen sind, um ein Prüfungstestament nach anerkannten Grundsätzen abzugeben. Im Jahr 2008 werden in Zusammenarbeit mit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission Lösungsansätze zur Bereitstellung der notwendigen Ressourcen erarbeitet.

Beurteilung über die Gemeindefinanzaufsicht

Über die Gemeindefinanzaufsicht hat die Finanzkontrolle einen internen Bericht erstellt. Dabei wurde hauptsächlich die Einhaltung der von der Konferenz der kantonalen Aufsichtsstellen über die Gemeindefinanzen empfohlenen Minimalanforderungen beurteilt und allfällige Verbesserungsvorschläge über deren Einhaltung erarbeitet. Eine wesentliche Verbesserung der Einhaltung der erwähnten Minimalanforderungen wäre nur durch den Einsatz von grösseren Ressourcen bei der Gemeindefinanzaufsicht und durch einen Eingriff in die Gemeindeautonomie möglich. Da zusätzlich die Bundesgerichtsrechtsprechung eine Haftung des Kantons gegenüber den Schuldnerinnen bisher verneint (Fall Leukerbad), wurde auf konkrete Vorschläge zur Umsetzung verzichtet.

Prüfung der Staatsrechnung

Die Finanzkontrolle hat nach Artikel 52 der Finanzhaushaltverordnung in den Monaten März und April 2007 die Staatsrechnung 2006 geprüft. Die Buchführung und die Jahresrechnungen entsprechen gemäss Beurteilung der Finanzkontrolle den Vorschriften der Finanzhaushaltverordnung. Über das Prüfungsergebnis liegt ein Erläuterungsbericht vor. Die Jahresrechnungen 2006 konnten gemeinsam mit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission ohne Einschränkungen zur Genehmigung empfohlen werden.

Prüfung bei Organisationen und Unternehmungen

Die Revisionen der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten Informatikleistungszentrum Obwalden-Nidwalden und Verkehrssicherheitszentrum Obwalden-Nidwalden erfolgten gemeinsam mit der Finanzkontrolle Nidwalden.

Zusätzlich hat die Finanzkontrolle folgende fünf Jahresrechnungen geprüft: Regionalentwicklungsverband Sarneraatal, Verein für die Koordination von Informatikaufgaben der Strassenverkehrsämter (KISTRA), Arbeitsstiftung Obwalden, OBWALD Volkskulturfest und Stiftung BiNetON.

Aufsicht über Bau, Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen

Im Vergleich zum Vorjahr haben die im Rahmen der Aufsicht über den Bau der Nationalstrassen geleisteten Stunden um 25 auf 311 Stunden leicht abgenommen. Dabei wurden schwergewichtig die Zahlungsanweisungen mit den dazugehörenden Rech-

nungen mitschreitend geprüft. Weitere Kontrollen bezogen sich auf die Betriebsabrechnung für den betrieblichen Unterhalt und die Jahresabrechnung der Bundesbeiträge für Leistungen der Schadenwehren. Die Jahresabrechnung der Personal- und Verwaltungskosten für den Bau und den betrieblichen Unterhalt wurde durch die Finanzkontrolle erstellt.

Sekretariat Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK)

Die Finanzkontrolle ist für die Führung des Sekretariats mit Protokollführung zuständig und steht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) beratend zur Seite. Die Finanzkontrolle betreute in der Berichtsperiode 11 Plenarsitzungen der GRPK.

Aufsicht über die Gemeindefinanzen

Einheitliche Rechnungsführung

Die Finanzkontrolle überwacht die einheitliche Rechnungsführung der Obwaldner Gemeinden gemäss Finanzausgleichsverordnung. Dabei wurde die Einhaltung der mit Beschluss vom Regierungsrat für verbindlich erklärten Artikel der Finanzhaushaltreglemente der Gemeinden überprüft. Es wurden keine grundlegenden Abweichungen festgestellt. Die Finanzstatistik 2006 der Einwohnergemeinden weist nebst einer Zusammenfassung der Gemeinderechnungen neun Kennzahlen aus. Gegenüber den Vorjahren wurde aufgrund eines Beschlusses der Konferenz der kantonalen Aufsichtsstellen über die Gemeindefinanzen neu die Kennzahl Bruttoverschuldungsanteil in die Statistik aufgenommen.

Finanzlage der Obwaldner Gemeinden Ende 2006

Alle Obwaldner Gemeinden ausser Sarnen konnten das Jahr 2006 mit einem Ertragsüberschuss in der Laufenden Rechnung abschliessen. Hauptsächlich die Steuererträge, welche höher als budgetiert ausgefallen sind, haben zu dieser positiven Entwicklung beigetragen. Die Gemeinden Kerns, Sachseln, Alpnach und Engelberg weisen aufgrund der Beurteilung der Finanzkontrolle eine gute Finanzlage auf.

Als Ergebnis der Finanzanalyse wurde festgestellt, dass die Entwicklung in der Gemeinde Giswil bezüglich deren Verschuldung und in der Gemeinde Lungern bezüglich des Bilanzfehlbetrags weiterhin zu beobachten ist. Es waren keine Massnahmen seitens des Regierungsrats oder Finanzdepartements zu ergreifen.

2 Finanzdepartement

Das Finanzdepartement (FD) umfasst

	Vollzeitstellen Ende	
	2006	2007
Departementssekretariat	1.60	1.60
Personalamt	2.00	2.50
Finanzverwaltung	8.90	9.00
Kantonale Steuerverwaltung (2006 inkl. Hauswartung 1.25)	38.29	37.14*
Insgesamt	50.79	50.24

*Hauswarte sind ab 2007 im BRD kontiert

„Die Finanz- und Steuerhoheit lässt den Kantonen Handlungsfreiheit. Der daraus resultierende Standortwettbewerb wird durch den neuen Finanzausgleich austariert und sichert somit den Zusammenhalt unter den Kantonen und Regionen.“

Regierungsrat Hans Wallimann, Vorsteher des Finanzdepartements

Das Jahr 2007 in Zahlen

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 15 Lernende und 3 Praktikanten ausgebildet, nämlich 10 als Kaufleute, 3 als Betriebspraktiker/in und 2 als Küchenangestellte/r. Die 3 Praktikanten absolvieren ihr Praktikum als Kaufleute.

Beim Personalamt wurden 763 neue Bewerbungen bearbeitet. Die Fluktuationsrate betrug 8.97 Prozent (Vorjahr 8 Prozent).

Die Finanzverwaltung hat während des Jahres bei insgesamt 17 653 Zahlungen via Internet-Banking 316 030 759 Franken ausbezahlt.

Die fakturierten Steuerbussen betragen 279 650 Franken.

Insgesamt 23 157 766 Franken wurden an Steuerpflichtige für zu hohe Steuervorauszahlungen zurückbezahlt.

9 102 Mahnungen wurden an Steuerpflichtige versandt.

863 Beteiligungen gegenüber Steuerschuldnern mussten eingeleitet werden.

105 Gesuche um Erlass der Kantons- und direkten Bundessteuern sind eingegangen.

Die umgesetzten Departementziele im Überblick (Controlling)

	Jahresziele 2007	Stand der Erfüllung
5	Die gesetzlichen Grundlagen Personalrecht sind neu geordnet.	Eine umfassende Revision des Personalrechts ist bis auf weiteres sistiert; die wichtigen Teile sollen umgehend in passender Form umgesetzt werden. Eine Vorlage des Kantonsrats für die Anpassung des Behördengesetzes wurde in der Volksabstimmung vom 24. Februar 2008 abgelehnt.
6	Projekt Operative Steuerung befindet sich in Testphase.	Die Testeinheiten sind in Arbeit; eine umfassende Berichterstattung z.H. Kantonsrat findet im 2008 statt.
6/8	Eine Wirkungsanalyse zur Steuerstrategie ist erstellt.	Der Evaluationsbericht zur Steuerstrategie ist am 31. Mai 2007 durch den Kantonsrat zustimmend zur Kenntnis genommen worden.
7	Die Umsetzung NFA auf kantonaler Ebene auf anfangs 2008 ist vorbereitet.	Die NFA tritt per 1. Januar 2008 in Kraft; die kantonalen Anpassungen sind erfolgt, die Departemente und Institutionen arbeiten unter den neuen Bedingungen.
7	Die Ausgabenbremse ist auf kantonaler Ebene umgesetzt.	Die Ausgabenbremse kommt beim Voranschlag 2008 zur Anwendung.
7a	Die neuen Richtlinien im Lotteriewesen sind umgesetzt.	Ausführungsbestimmungen sind durch den Regierungsrat erlassen worden; sie treten per 1. Januar 2008 in Kraft.
8	Die Steuerstrategie befindet sich in Umsetzung und ist fortentwickelt.	Die gesetzlichen Anpassungen als Folge des Urteils des Bundesgerichts vom 1. Juni 2008 sind erfolgt, die steuerlichen Rahmenbedingungen im Sinne der Strategie wurden fortentwickelt.

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

	Gesetzgebungsprogramm 2007	Stand der Erfüllung
	Nachtrag zum Staatsverwaltungs-gesetz und zur Personalverordnung (Ausbau wirkungsorientierte Verwaltungsführung)	Sistierung durch den Regierungsrat; Umsetzung der wichtigsten personalrechtlichen Anliegen auf Ebene Ausführungsbestimmungen im 2008.
	Nachtrag über die Umsetzung des NFA (Mantelerlass)	Der Mantelerlass NFA wurde am 29. Juni 2008 durch den Kantonsrat verabschiedet.

	Nachtrag zum Steuergesetz (Anpassungen StHG, Partnerschaftsgesetz, u.a.)	Die eigentlich vorgesehene StG-Revision fand nicht statt. Nach dem BGer-Entscheid vom 1. Juni 2007 wurde durch den Kantonsrat ein Übergangstarif geschaffen, der am 5. Juli 2007 verabschiedet wurde. Am 16. Dezember 2007 genehmigte das Stimmvolk den Nachtrag zum StG („Einführung „Flat Rate Tax“); dieser ist per 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt worden.
	Nachtrag zum Behördengesetz	Der Nachtrag wurde am 25. Oktober 2007 durch den Kantonsrat genehmigt. Am 29. November 2007 ergriff auf Initiative einer Einzelperson gegen den Nachtrag das Referendum; die Volksabstimmung findet am 24. Februar 2008 statt.

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Zusammenarbeit mit Gemeinden

Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden ist einerseits institutionell, d.h. periodisch wiederkehrend, ausgerichtet auf ordentliche Abläufe im Bereich der Rechnungslegung oder des Budgetprozesses. Andererseits ist sie projektbezogen. Der Schwerpunkt bei der projektbezogenen Zusammenarbeit fokussiert sich im 2007 auf den Evaluationsbericht Steuerstrategie sowie auf die aus der besonderen Situation sich ergebenden Fortentwicklung der Steuerstrategie.

Die Gemeinden sind gemäss Art. 320 Steuergesetz zusammen mit dem Parlament die wichtigsten Ansprechpartner. Die Rechenschaftslegung über den Verlauf der Steuererträge muss auch ihnen gegenüber stattfinden. Sie waren mit informellen Anlässen stets in den Prozess involviert. Ebenso wurde die Verknüpfung zwischen Parlament und Gemeinden hergestellt. An den Informationsanlässen nahm jeweils eine Delegation der kantonsrätlichen Kommission teil. Ferner fanden mit den Gemeindeverantwortlichen auf Einladung Einzeltreffen statt, die stets auch die Entwicklung der Steuerstrategie zum Thema hatten. So zum Beispiel mit den Gemeinden Lungern und Giswil.

Beschwerdestatistik

Anzahl Beschwerden im Geschäftsjahr	2006	2007
Übertrag vom Vorjahr	3	8
Neueingänge	6	13

Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats

• gutgeheissen	1	0
• teilweise gutgeheissen	0	0
• abgewiesen	4	5
• nicht eingetreten	4	4

Erledigt ohne Entscheid des Regierungsrats

(Abschreibungsbeschluss des Departements)

Vergleich, Rückzug u. dgl. 8

Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr 0 4

20 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Der Departementssekretär ist einerseits Sekretär des Finanzdepartementes, andererseits aber ist er verantwortlich für das Projekt Neue Verwaltungsführung Obwalden (NOW). Das Departementssekretariat ist im Weiteren verantwortlich für das Lotteriewesen.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2006	Stand der Erfüllung
6	Projekte NOW (Neue Verwaltungsführung Obwalden) sind in Umsetzung.	Ausbau Personalrecht gemäss WoV ist sistiert. Das Projekt operative Steuerung ist gemäss Detailplanung in Arbeit. → Eine umfassende Berichterstattung mit Bericht an den Kantonsrat erfolgt im 2008.
7a	Umsetzung Neuorganisation gemäss Interkantonomer Vereinbarung zu Lotterien und Wetten	Der Regierungsrat hat in AB Kriterien für die Vergabe von Lotteriegeldern auf kantonaler Ebene erlassen und auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt. Als nächstes gilt es diese in den betroffenen Amtsstellen umzusetzen.

Geschäftsgang 2007: Bundesgerichtsurteil vom 1. Juni 2007 – Wechsel und Neubestellung Personalleiter

2007 wird als ein Jahr in die Annalen eingehen, das durch ausserordentliche Ereignisse geprägt war. Das Urteil des Bundesgerichts vom 1. Juni 2007, mit welchem der Steuergesetznachtrag mit degressiven Steuertarifen aufgehoben wurde, stellte eine grosse Herausforderung für das ganze Departement dar. Das Departementssekretariat

riat unterstützte die Bewältigung der Folgen des Bundesgerichtsurteils namentlich bei der Information und Kommunikation durch den Departementsvorsteher.

Nach der Auflösung der Vereinbarung über die gemeinsame Führung der Personalämter Obwalden und Nidwalden bereitete das Departementssekretariat die Rekrutierung eines neuen Personalleiters vor. Ferner arbeitete es in der Übergangsphase zu wichtigen Teilen an den beiden Personalrechts-Revisionen mit. Nach dem Wechsel in der Personalamtsleitung sorgte das Departementssekretariat zusammen mit dem Personalamt für einen reibungslosen Übergang.

Staatsleitungs- und Verwaltungsreform (SVR) – Projekt NOW: Personalrechtsrevision / Projekt Operative Steuerung

Wie jeder Entscheid hat der Verzicht des Regierungsrats auf eine umfassende Revision des Personalrechts eine gute und eine negative Seite. Negativ ist, dass sich die Einführung von Elementen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung verzögert. Das Gute daran ist, unterstützt durch eine neue Leitung im Personalbereich, dass neue Ideen eingebracht und letztlich umgesetzt werden können. Auf Mitte 2008 sollen die wichtigsten Anliegen der sistierten Revision im Rahmen von Ausführungsbestimmungen wieder aufgenommen und umgesetzt werden.

Auch der NOW-Teilbereich der Einführung von Testeinheiten im Rahmen des Projekts operative Steuerung wurde durch die Ausserordentlichkeiten des Jahres tangiert. Zusammen mit dem ehemaligen Personalleiter wurde die Evaluation einer Einführung einer IT-unterstützten Leistungserfassung beabsichtigt. Ferner sollten wichtige Elemente aus der Personalrechtsrevision neue Möglichkeiten im Bereich der Definition von Leistungsaufträgen und dem Arbeiten mit globalisierten Budgetteilen umgesetzt werden. Eine umfassende Berichterstattung im 2008 zu Händen des Kantonsrats soll die Bilanz über das Projekt NOW ziehen und Sicherheit über den weiteren Verlauf bringen.

Zentralschweizerische Regierungskonferenz (ZRK), Projekt Controlling – Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz (ZFDK)

Der Auftrag, einen Leitfaden für ein stufengerechtes Controlling bei interkantonalen Zusammenarbeitsprojekten auszuarbeiten, geht auf die 76. ZRK-Sitzung vom 3. Juni 2005 zurück. In der Folge wurden die Konkordate der Fachhochschule und der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz unter dem Aspekt des Controllings analysiert und konkrete Vorschläge der ZRK unterbreitet. Parallel dazu entstand ein Leitfaden mit allgemeingültigem Charakter. Er soll Klarheit schaffen unter anderem über den Führungsrhythmus im Zusammenhang mit Leistungsaufträgen und bei der Budgetgestaltung. Daneben sind jedoch noch andere wichtige Punkte thematisiert worden, wie bspw. die Verbesserung der (inter-) parlamentarischen Steuerung resp. der Berichterstattung gegenüber den Parlamenten.

Die 81. ZRK-Versammlung vom 29. Oktober 2007 entschied aufgrund der kontroversen Diskussion, insbesondere zwischen dem Bildungs- und Finanzbereich, eine Vernehmlassung bei den Kantonen bis Ende Januar 2008 einzuleiten. Die Antworten gehen an die ZFDK, die das Geschäft zu Händen einer nächsten ZRK-Sitzung vorbereiten wird. So wird das Jahr 2008 Klarheit über den weiteren Verlauf des Projekts verschaffen. Nach der Wahl des Nidwaldner Finanzdirektors in den Ständerat wurde das Präsidium der ZFDK Ende Oktober 2007 dem Obwaldner Finanzdirektor übertragen. Der ZFDK-Präsident wird unterstützt durch das ZRK-Sekretariat; kleinere Arbeiten werden durch das Departementssekretariat erledigt.

Ausführungsbestimmungen betreffend Lotterien und Wetten auf kantonaler Ebene – Mittelvergabe 2007 aus dem Lotteriefonds für humanitäre Hilfe – Swisslos-Tagung 2007 in Engelberg

Nachdem die interkantonale Vereinbarung über Lotterien und Wetten per Mitte 2007 in Kraft getreten ist, bestand die Herausforderung in der Ausformulierung von Kriterien für die kantonale Ebene. Ausser im Bereich des Sports (Sport-Toto) war auf Ebene Kanton bis anhin kein umfassender Kriterienkatalog gegeben. Mit Blick auf die bereits vorhandenen Richtlinien aus anderen Kantonen erarbeitete das Departementssekretariat zusammen mit dem Rechtsdienst eine Vorlage, die einem internen Mitberichtsverfahren unterzogen wurde. Unter Würdigung der Stellungnahmen der im Lotteriebereich involvierten kantonalen Amtsstellen wurde dem Regierungsrat Antrag zu neuen Ausführungsbestimmungen über Beiträge aus dem Lotterie- und Wettfonds gestellt. Der Regierungsrat verabschiedete die Ausführungsbestimmungen per 4. Dezember 2007; seit dem 1. Januar 2008 entfaltet sie nun ihre Wirkung. Das Departementssekretariat überwacht den Vollzug und sorgt somit für eine rechtskonforme Anwendung.

Die zweckgebundenen Mittel aus dem Lotteriefonds im Bereich der humanitären Hilfe werden an Projekte und Institutionen geleistet, die wohltätigen und/oder gemeinnützigen Zwecken dienen. Im Jahr 2007 waren dies rund 31 000 Franken. Davon profitierten 29 Projekte. Um Gewissheit zu haben, dass die Projekte auch uneigennützig für den angegebenen Zweck verwendet werden, dient in der Regel das ZEWO-Gütesiegel bei der Vergabe als Entscheidungshilfe. Grössere Beiträge im Rahmen der gegebenen finanziellen Verhältnisse wurden vor allem geleistet für die Opfer der Überschwemmungen in Mosambik, die Nothilfe für die Flutopfer in Asien, als Hilfe für die Flutopfer in Mexiko und in der Karibik sowie zur Nothilfe für die Opfer des Zyklons „Sidr“ in Bangladesch.

Der Kanton Obwalden hat sich 2005 spontan wiederum bereit erklärt, die Organisation der Swisslos-Frühlingstagung 2007 vom 11. Mai 2007 zu übernehmen. Nachdem im Jahr 2005 der alte Kantonsteil als Tagungsort gewählt wurde, kam im Jahr 2007 Engelberg zum Zug. Der Barocksaal des Klosters wurde als Tagungsort gewählt. Rund dreissig Personen nahmen an der Genossenschaftsversammlung teil.

Stellungnahmen zu Vernehmlassungen auf Eidgenössischer Ebene (Bund/Parlament)

Vernehmlassungen, die finanzpolitische oder –technische resp. steuerpolitische oder –technische Fragen betreffen, werden durch das zuständige Departement beantwortet. In der Regel erfolgt die Antwort über den Regierungsrat, in Ausnahmefällen kann eine Stellungnahme auch direkt über das Departement erfolgen. Entscheidend dabei ist die Einordnung bezüglich der politischen Gewichtung. Die wichtigsten Vernehmlassungsantworten, die im 2007 durch den Regierungsrat beantwortet wurden, sind die folgenden:

- Vereinfachung des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer an das Eidg. Finanzdepartement;
- Systementscheid bei der Ehepaarbesteuerung an das Eidg. Finanzdepartement;
- Anpassungen des Verordnungsrechts infolge der Ausführungsgesetzgebung NFA an das Eidg. Finanzdepartement;

- Parlamentarische Initiative „Finanzreferendum“ an die Staatspolitische Kommission des Nationalrats;
- Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen an das Eidg. Departement des Innern.

22 Personalamt

Das Personalamt ist allgemeine Stabsstelle für Personal- und Organisationsfragen. Es erarbeitet zuhanden des Regierungsrats und der Departemente fachliche Entscheidungsgrundlagen in Personal- und allgemeinen Organisationsfragen. Dazu gehören die Personalpolitik und in deren Umsetzung insbesondere Dienstleistungen in der Personalrekrutierung, Anstellung, Förderung und Betreuung. Im Weiteren pflegt das Personalamt sämtliche rechtlichen und fachlichen Grundlagen für die Personalführung (Funktionsbewertung, Lohnsystem, Personaladministration und -controlling) und sorgt für deren Umsetzung.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
5	Die gesetzlichen Grundlagen (Staatsverwaltungsgesetz, Personalverordnung) zur Personalpolitik sind zuhanden des Kantonsrates angepasst.	Mit Regierungsratsbeschluss vom 14. August 2007 (Nr. 519) wird auf eine Revision des Personalrechts in der beantragten Form zum heutigen Zeitpunkt verzichtet.
	Zentralisierung der Berechnung der jährlichen Lohnerhöhungen bei Lehrpersonen ist abgeschlossen.	Das ehrgeizige Ziel des BKD, die neue Lehrpersonenverordnung auf das Schuljahr 08/09 einzuführen, konnte nicht realisiert werden. Damit verschiebt sich auch die damit zusammenhängende Zentralisierung der Berechnung der Löhne.

Revision des Personalrechts

In den Erwägungen des Regierungsratsbeschlusses vom 14. August 2007 (Nr. 519) wird festgehalten, dass in materieller Hinsicht beim kantonalen Personalrecht kein vordringlicher tiefgreifender Handlungsbedarf, wohl aber punktueller bestehe. Die meisten wichtigen Anliegen liessen sich auf Stufe Personalverordnung oder teilweise gar Ausführungsbestimmungen (wie für 2008 im IAFP vorgesehen: Ausführungsbestimmungen über die Arbeitszeit, Ausführungsbestimmungen über die Weiterbildung, Ausführungsbestimmungen über die Stellenbewertung und Entlohnung) umsetzen. Der Regierungsrat beschloss Nichteintreten und beauftragte das Finanzdepartement, die Revision des Personalrechts im Sinne der Erwägungen weiterzubearbeiten.

Leistungsauftrag – Leistungsbeurteilung – Fördermassnahmen

Das im September 2006 von der Regierung verabschiedete neue Personalbeurteilungssystem kam im Herbst 2007 erstmals im Rahmen der Leistungsbeurteilung mit dem neuen Formular zum Tragen. Erste Ergebnisse zeigen, dass Beurteilungen mit „hervorragend“ und „sehr gut“ zahlenmässig etwas abgenommen und mit „befriedigend“ leicht zugenommen haben. Die damit beabsichtigte Stärkung der guten Beur-

teilungen wird somit auch hinsichtlich der Lohnwirksamkeit erreicht. Die Handhabung erscheint zielführend und mit klarer Logik. Eine Evaluation der Neuerungen ist nach zwei Jahren angebracht, damit allfällige Anpassungen fundiert vorgenommen werden können.

Auflösung der Vereinbarung mit dem Kanton Nidwalden

Mit Beschluss des Regierungsrates des Kantons Nidwalden vom 27. Februar 2007 wurde dem Kanton Obwalden eröffnet, dass die Vereinbarung über die gemeinsame Führung der Personalämter Obwalden und Nidwalden aufgelöst werden soll. Konkret hiess das, dass auf das bewährte Konstrukt eines gemeinsamen Personalleiters, der zu je fünfzig Stellenprozenten bei den Kantonen Obwalden und Nidwalden arbeitet, spätestens auf anfangs 2008 verzichtet werden soll. Im Rahmen einer internen Analyse und Würdigung der Zusammenarbeitsprojekte beider Kantone wurde die gemeinsame Führung der Personalämter stets als gewinnbringend benannt, insbesondere in Bezug auf die Betriebssicherheit (Stellvertreterregelungen) sowie auf die Wissens- und Kompetenzenbündelung. Der Stelleninhaber entschied sich, seine Funktion als Personalleiter wiederum vollumfänglich in Nidwalden auszuüben. Das Personalamt wurde auf den 1. Oktober 2007 wieder eigenständig in einem 80 Prozent-Pensum besetzt.

Koordination Lehrlingsausbildung OW/NW wurde aufgehoben / Anpassung der Löhne der Lernenden

Per 28. Februar 2007 wurden die Monatslöhne wie folgt angepasst:

	Bisher:	Neu:
1. Lehrjahr:	660.-	700.-
2. Lehrjahr:	850.-	910.-
3. Lehrjahr:	1'200.-	1'300.-
4. Lehrjahr:	1'440.-	1'550.-

Ebenso wurde das Gehalt für das Praktikum nach der Lehrabschlussprüfung (LAP) von 2 000 auf 2 200 Franken im Monat erhöht.

Infolge Auflösung der gemeinsamen Leitung der Personalämter Obwalden und Nidwalden per 1. Oktober 2007 wurde gleichzeitig die kantonsübergreifende Koordination der Lehrlingsausbildung OW/NW aufgehoben. Das Lehrlingskonzept behält jedoch seine Gültigkeit. Der bisherige Jahresablauf im Bereich der Ausbildung wird noch während eines Jahres von Obwalden aus für Nidwalden vorgegeben.

Statistische Angaben

	Anzahl Mitarbeitende	
	2006	2007
Austritte	40	46
Eintritte	35	44

Die Austritte waren zurückzuführen auf befristete Anstellungen (11), Kündigungen durch Mitarbeitende (18), Kündigungen durch Kanton (2), Auflösung im gegenseitigen Einvernehmen (7) sowie Pensionierungen (8).

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 763 neu eingetroffene Bewerbungen bearbeitet. Dieser Rückgang ist gegenüber dem Vorjahr (1116) ein Hinweis auf die verbesserte Ausgangslage der Stellensuchenden auf dem Arbeitsmarkt.

Die Fluktuationsrate betrug im 2007 8.97 Prozent und ist gegenüber dem Vorjahr nur wenig angestiegen (Vorjahr 8 Prozent).

Der Kanton Obwalden bildet per Ende Dezember 2007 15 Lernende in den Bereichen Kaufmann/Kauffrau, Betriebspraktiker/in und Küchenangestellte/r aus. Zusätzlich absolvieren 3 Personen ein kaufmännisches Praxisjahr beim Kanton.

<i>Der Personalbestand per Ende Jahr</i>	Anzahl Mitarbeitende	
	2006	2007
Personalbestand ohne Lernende/Praktikanten	469	479
umgerechnet in Vollzeitstellen	359	363
(samt Gerichtspersonal und Lehrpersonen an der Kantonsschule und am BWZ)		

24 Finanzverwaltung

Die Finanzverwaltung erarbeitet den Finanzplan und den Voranschlag, führt die Staatsrechnung sowie die Tresorerie. Sie besorgt die Finanz- und Lohnbuchhaltung und organisiert den Zahlungsverkehr. Ihr obliegt die Verwaltung des Finanzvermögens, der Spezialfinanzierungen (mit Vereinnahmung und Zuweisung der gebundenen Abgaben) und der Fonds. Ihr unterstellt sind der Steuerbezug, die Material- sowie die Telefonzentrale. Sie führt zudem die Sonderrechnungen für die Tierseuchenkasse, die Feuerwehrkasse sowie die Rechnungen der Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft und die Investitionskredite in der Forstwirtschaft. Sie verwaltet die Kantonsanteile an eidgenössischen Abgaben und Erträgen (u.a. eidg. Finanzausgleich/Verrechnungssteuer), des innerkantonalen Finanzausgleiches sowie die allgemeinen Kosten der Verwaltung.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
7	Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben (NFA) des Bundes ist auf Kantonebene zur Umsetzung vorbereitet.	Der Mantelerlass wurde durch den Kantonsrat an den Sitzungen vom 31. Mai und 29. Juni 2007 behandelt und einstimmig mit 52 Stimmen verabschiedet. Die Gesetzesänderungen traten am 1. Januar 2008 in Kraft.
	Beitritt zur Interkantonalen Rahmenvereinbarung (IRV) zur NFA	Der Kantonsrat hat anlässlich seiner Sitzung vom 5. Mai 2006 dem Regierungsrat die Kompetenz erteilt, die IRV

		zu unterzeichnen. Der Regierungsrat beschloss den Beitritt am 26. Juni 2007.
	Nachtrag zur Gebührenordnung für die Rechtspflege	Der Nachtrag zur Gebührenordnung wurde an der Sitzung des Kantonsrats vom 30. November 2006 behandelt und mit 49 Stimmen ohne Gegenstimme verabschiedet. Die Inkraftsetzung erfolgte per 15. Januar 2007 (GDB 134.15).

2400 Finanzverwaltung

Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben (NFA) des Bundes

Im ersten Halbjahr 2007 wurde von den eidgenössischen Räten auch die dritte Botschaft zur NFA (Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs) ohne grössere Differenzen oder Änderungen verabschiedet. Als Folge davon konnte auf Stufe Kanton der Regierungsrat den Beitritt zur Interkantonalen Rahmenvereinbarung (IRV) zur NFA anlässlich seiner Sitzung vom 22. Juni 2007 beschliessen.

Analog zur Bundesebene sind auch auf kantonaler Ebene im Hinblick auf die Einführung der NFA verschiedene Erlasse (Gesetze, Verordnungen, Reglemente) anzupassen, Verfahrensabläufe umzustellen, Finanzströme zu regeln, Budgetanpassungen vorzunehmen und – ganz generell – Übergangsprobleme zu lösen. 2007 wurde sodann unter Einbezug der Departemente die Botschaft zum Mantelerlass vorbereitet und dem Kantonsrat zur Behandlung unterbreitet. Der Kantonsrat verabschiedete diesen Mantelerlass anlässlich seiner Sitzung vom 29. Juni 2007 einstimmig.

Investitionsbeitrag an das Verkehrshaus der Schweiz in Luzern

Der Kanton Obwalden beteiligt sich bereits seit 1998 mit einem jährlichen Defizitbeitrag von bis zu 25 000 Franken am Verkehrshaus der Schweiz (VHS) in Luzern. Der Regierungsrat ist auch in Zukunft an einem attraktiven und über die Region hinaus bedeutenden Verkehrshaus interessiert, weshalb er dem Kantonsrat einen Beitrag von 606 000 Franken für das Renovationsvorhaben des VHS, der sich auf die Bevölkerungsgrösse und den Besucheranteil abstützt, zur Genehmigung beantragte. Der Kantonsrat stimmte an der Sitzung vom 27. April 2007 dem Unterstützungsbeitrag an das VHS zu.

Das VHS hat eine wichtige touristische und volkswirtschaftliche Funktion und ist in der ganzen Region Zentralschweiz breit abgestützt. Als traditionelles und beliebtes Ausflugsziel für Schulen und Familien aus der ganzen Schweiz, insbesondere aber auch aus Obwalden, kommt ihm darüber hinaus eine identitätsstiftende Bedeutung zu. Es ist wichtig, dass das VHS auch in Zukunft seine Publikumsattraktivität beibehalten kann. Dazu dient das geplante Investitionsvorhaben von fünfzig Millionen Franken, dessen Bedarf ausgewiesen ist. An der Finanzierung beteiligt sind der Bund, der Kanton Luzern und verschiedene Anrainerkantone, so auch Obwalden.

Neuer Lohnausweis für die kantonale Verwaltung eingeführt

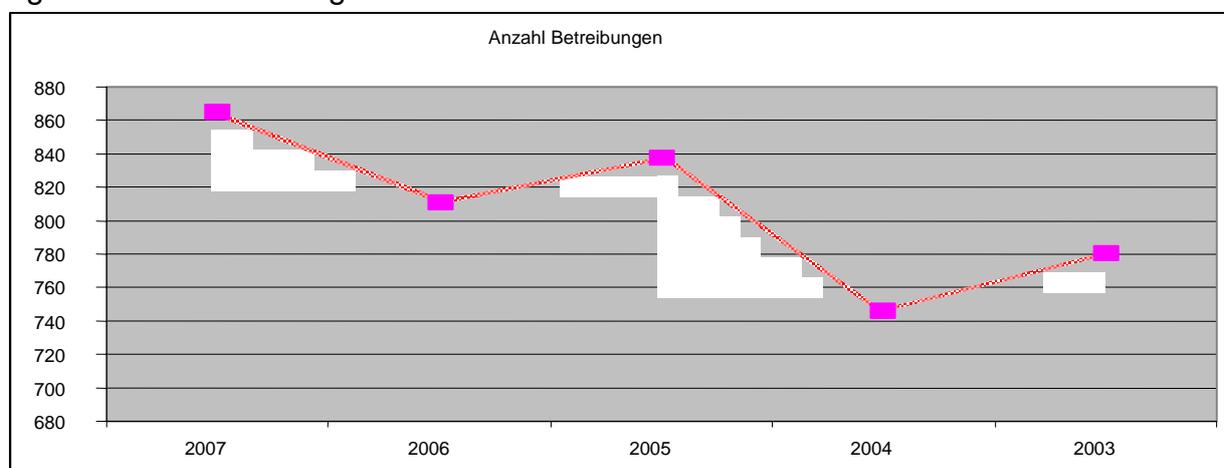
Nachdem der neue Lohnausweis auf schweizerischer Ebene definitiv eingeführt wird, ist die kantonale Verwaltung bei den ersten Betrieben, die ihren Mitarbeitenden be-

reits für das Jahr 2007 den neuen Lohnausweis zustellen kann. Von der kantonalen Steuerverwaltung wurde das massgebende Spesenreglement (Ausführungsbestimmungen über die Spesenentschädigungen und Zulagen im Staatsdienst) mit Datum vom 26. Oktober 2006 genehmigt.

2420 Steuerbezug

Nachdem der Steuerbezug in den Vorjahren von den Einwohnergemeinden Giswil (2005) und Engelberg (2006) den Bezug der Abgaben auf den Liegenschaften zur Finanzierung der Wasserbau-Tätigkeiten im Auftragsverhältnis übernommen hat, kamen 2007 keine weiteren Aufgaben dazu. Sowohl die Gemeinde Sachseln als auch Sarnen haben beschlossen, diese Tätigkeiten mit den ordentlichen Gemeindesteuern zu finanzieren.

Beim ordentlichen Bezug der Staatssteuern hat sich der Trend der Vorjahre bestätigt, dass vermehrt Mahnungen und Beteiligungen ausgelöst werden müssen, um der Tätigkeit des Steuerbezuges nachkommen zu können.



Finanzausgleich von rund 10 Mio. Franken an Gemeinden

Der Kanton Obwalden richtete die Finanzausgleichszahlungen für das Jahr 2007 an die Einwohnergemeinden aus. Nebst dem ordentlichen Finanzausgleich (Ressourcenausgleich und Lastenausgleich Schule) von 4,2 Millionen Franken erhalten die Gemeinden aus dem Steuerstrategieausgleich 5,2 Millionen Franken ausbezahlt.

Die finanzschwachen Gemeinden Lungern und Giswil erhalten dadurch aus dem Finanzausgleich über 25 Prozent ihrer Gemeinde-Steuerereinnahmen.

	Steuerstrategie- Ausgleich 2007 in Fr.	Lastenausgleich 2007/2008 in Fr.	Ressourcenaus- gleich 2007 in Fr.	Total Finanzausgleich in Fr.	In % des Steuerertrages der Gde
Gemeinde Sarnen	1'248'535			1'248'535	5.0%
Gemeinde Kerns	595'019	492'537	732'735.00	1'820'291	15.7%
Gemeinde Sachseln	621'280			621'280	5.0%
Gemeinde Alpnach	647'161	133'440	144'603.65	925'205	6.9%
Gemeinde Giswil	540'617	459'611	1'333'616.75	2'333'845	28.7%
Gemeinde Lungern	508'829	414'412	475'268.25	1'398'509	25.5%
Gemeinde Engelberg	550'516			550'516	3.5%
Katholische Kirchgemeinden	502'126			502'126	
Evangelisch-ref. Kirchgemeinde	35'917			35'917	
Insgesamt	5'250'000	1'500'000	2'686'223.65	9'436'223.65	

Informatikleistungszentrum Obwalden und Nidwalden

Die Informatik ist auch in der Verwaltung zum unentbehrlichen Produktionsmittel geworden. Die breite Anwendung verlangt vermehrt nach Sicherungsmassnahmen. Das ILZ erarbeitet aus diesem Grund ein Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS), das nach der internationalen Norm ISO 27001 aufgebaut ist. Damit soll ein verwaltungsweiter Sicherheitsstandard festgelegt und ein einheitliches Vorgehen im Bereich der Informationssicherheit angestrebt werden. Ein erster Schritt stellt die Verwendung von PKI-Zertifikaten (Public Key Infrastructure) für die Authentifizierung von Benutzern dar. Zahlreiche Bundesanwendungen können nur mehr über geschützte SSO-Zugänge (Single SignOn) benützt werden. Das ILZ hat sich durch das Bundesamt für Informatik (BIT) zertifizieren lassen und kann selbständig PKI Zertifikate ausstellen. Im Moment sind bereits über 250 PKI Karten im Einsatz. Durch die Einführung eines ISMS werden die Vorgaben der Datenschutzgesetzgebung weitgehend erfüllt.

Im Herbst 2006 hat das ILZ den gesamten Informatikbetrieb der Kantonsschule Obwalden - mit über 180 Schüler PC - übernommen. Aus Sicherheitsgründen wurde jedoch die Schulinformatik vollständig von der Verwaltung getrennt. Das Konzept basiert weitgehend auf einem OSS-Ansatz (Open Source Software – „fast“ gratis Software). Es ist sehr variabel und kann als Plattform für weitere kantonale und kommunale Schulen verwendet werden.

Zusammen mit dem Kanton Nidwalden und den Gemeinden von Obwalden und Nidwalden wurde das Projekt Optima gestartet. Optima hat zum Ziel, die Registerharmonisierung sowie die Volkszählung 2010 abzuwickeln. Gleichzeitig soll aber auch die Effizienz und Effektivität der Prozesse zwischen kantonalen und kommunalen Organisationseinheiten verbessert werden. Im Speziellen wird eine vollständige Durchgängigkeit der Geschäftsfälle und Datenflüsse angestrebt.

Im 2007 konnte zusammen mit den Gemeinden erfolgreich ein Projekt zu einem gemeinsamen WEB-Portal gestartet und umgesetzt werden, das der Kanton mit einem Betriebskostenbeitrag finanziell unterstützt. Eine wichtige Voraussetzung für die Interaktion der Verwaltung mit ihren Kunden (Bevölkerung und Wirtschaft) stellen heutzutage WEB-Portale dar. WEB-Portale sind Anwendungen, die über das Internet Zugriff auf personalisierte Inhalte und kontrollierte Zugänge auf Prozesse bereitstellen. Mit einem Kantons-WEB-Portal, das die Gemeinden mit einbezieht, kann sich der Kanton einen weiteren Vorteil im Kantonsmarketing erarbeiten und sich als fortschrittlicher, wirtschafts- und bürgerfreundlicher Partner präsentieren.

Die Zusammenarbeit mit dem Informatikleistungszentrum Obwalden und Nidwalden (ILZ) kann auch nach 15-jähriger Tätigkeit aus Sicht der Verwaltung als ausgesprochen gut bezeichnet werden. Es besteht nach wie vor unternehmerisch aber auch organisatorisch eine enge Verbindung zwischen der Staatsverwaltung und dem ILZ, was beiderseits eine synergetische Wirkung hat.

26 Steuerverwaltung

Die Kantonale Steuerverwaltung ist für die Umsetzung des Steuergesetzes verantwortlich und beschafft einen wesentlichen Teil der Einnahmen des Kantons. Sie veranlagt die Einkommens- und Vermögenssteuern von den Unselbstständigerwerbenden, sekundär Steuerpflichtigen, Selbstständigerwerbenden und den Landwirten, die Gewinn- und Kapitalsteuer bei den juristischen Personen sowie die Erbschafts-, Schenkungs- und Quellensteuern und die Grundstückgewinn- und Handänderungs-

steuern. Sie veranlagt zudem die direkte Bundessteuer. Weiter kontrolliert die Kantonale Steuerverwaltung die Verrechnungssteuer-Anträge und fordert die notwendigen Rückerstattungsbeträge bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung an. Das Schätzungssekretariat ist ebenfalls Teil der Steuerverwaltung. Auch der Vollzug der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung ist organisatorisch bei der Kantonalen Steuerverwaltung angegliedert. Daneben fallen interkantonale Aufgaben wie Meldewesen, Repartitionswesen, usw. bei der Kantonalen Steuerverwaltung an.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
8	Umsetzung Steuerstrategie / Erstellung Wirkungsbericht	Die Wirkungen des wettbewerbsfähigen Steuerrechts waren auch im zweiten Jahr der Vorwärtsstrategie positiv. Einerseits konnten rein steuerlich motivierte Wegzüge von Steuerpflichtigen vermieden, andererseits dank den attraktiven Steuersätzen neue Steuerpflichtige gewonnen werden. Die Steuererträge haben sich stärker als das allgemeine Wirtschaftswachstum entwickelt.
	Teilrevision des Steuergesetzes (Anpassung an diverse Änderungen von Bundesrecht, wie StHG, Partnerschaftsgesetz usw.)	Der Entscheid des Bundesgerichtes vom 1. Juni 2007 erforderte ein schnelles Handeln betreffend Festsetzung von neuen Einkommens- und Vermögenssteuertarifen. Die Anpassungen des Steuergesetzes an die diversen Änderungen des höherrangigen Bundesrechtes wurde deshalb auf die Steuergesetzrevision per 1. Januar 2009 verschoben.
	Umsetzung Revision Schätzungs- und Grundpfandgesetz (insbesondere Organisation)	Die Umsetzung der per 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Bestimmungen ist erfolgt, ebenfalls die verwaltungsorganisatorischen Massnahmen (Integration Schätzungskommission).

Entscheid des Bundesgerichtes vom 1. Juni 2007

Gegen das teilrevidierte Steuergesetz gemäss Nachtrag vom 14. Oktober 2005 wurde eine staatsrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht eingereicht. Beschwerdegegenstand waren die partiell degressiven Tarifelemente bei den Einkommens- und Vermögenssteuertarifen. Das Bundesgericht urteilte am 1. Juni 2007, dass partiell degressive Tarifelemente gegen das verfassungsmässige Gebot der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vorstossen würden. Ferner hob das Bundesgericht mit Urteil vom 1. Juni 2007 die Einkommens- und Vermögenssteuertarife gemäss Nachtrag vom 14. Oktober 2005 auf.

Sofortmassnahmen nach dem Bundesgerichtsentscheid vom 1. Juni 2007

Die mit dem Bundesgerichtsentscheid vom 1. Juni 2007 verbundene Aufhebung der Einkommens- und Vermögenssteuertarife gemäss Nachtrag zum Steuergesetz vom 14. Oktober 2005 führte dazu, dass der Kanton Obwalden ab dem 1. Juni 2007 keine Einkommens- und Vermögenssteuertarife mehr hatte. Der Regierungsrat reagierte umgehend und erliess am 12. Juni 2007 auf dem Verordnungsweg neue Einkommens- und Vermögenssteuertarife, die den verfassungsmässigen Vorgaben entsprechen. Der Kantonsrat verankerte per Beschluss vom 5. Juli 2007 die auf dem Verordnungsweg festgesetzten Einkommens- und Vermögenssteuertarife im ordentlichen, aber beschleunigten Gesetzgebungsverfahren im Steuergesetz. Die Referendumsfrist lief unbenutzt ab, womit diese Tarife ab dem 16. August 2007 rechtmässig in Kraft waren.

Einführung des Obwaldner Modells (die sog. „Flat Rate Tax“)

Ursprünglich war vom Regierungsrat eine Teilrevision des Steuergesetzes, mit welcher die unteren und mittleren Einkommen weiter entlastet werden sollten, auf den 1. Januar 2009 geplant. Weil im Rahmen der Sofortmassnahmen nach dem Bundesgerichtsentscheid vom 1. Juni 2007 der politische Meinungsbildungsprozess aus zeitlichen Gründen nicht zum Zuge kam, entschloss sich der Regierungsrat im Juni 2007, die auf den 1. Januar 2009 geplante Teilrevision des Steuergesetzes vorzuziehen. Parallel zu den Sofortmassnahmen leitete der Regierungsrat deshalb im Juli 2007 eine Teilrevision des Steuergesetzes mit beabsichtigter Wirkung ab 1. Januar 2008 ein, bei welcher der politische Meinungsbildungsprozess seinen Raum erhalten und der Schwerpunkt bei der Senkung der Einkommenssteuerbelastung für die unteren und mittleren Einkommen liegen sollte.

Dieses Ziel wollte der Regierungsrat mittels Einführung einer „Flat Rate Tax“ erreichen. Die „Flat Rate Tax“ bewirkt, dass der Einkommenssteuertarif durchgehend linear verläuft und damit die prozentuale Steuerbelastung für alle Einkommenskategorien dieselbe ist. Neben dem linearen Tarif wurde im Sinne eines Sozialabzugs ein Steuerfreibetrag von 10 000 Franken geschaffen. Dieser kann pro Haushalt einmal geltend gemacht werden und bewirkt vor allem in den unteren Einkommensbereichen eine stark entlastende Wirkung (indirekte Progression). Ebenso minimiert werden mit einer „Flat Rate Tax“ die nachteiligen Wirkungen der Progression bei steigenden Einkommen bspw. im Falle einer Heirat oder eines Pensionskassenvorbezuges. (Diese Aussagen gelten ausschliesslich für die kantonale Steuer, bei der direkten Bundessteuer bleibt die Progressionswirkung nach wie vor gleich intensiv.) Die Steuerpflichtigen können mit einem Einheitstarif mit geringem Aufwand ihre persönliche Steuerbelastung berechnen. Das Modell der „Flat Rate Tax“ ist innovativ, einfach und transparent. Um die definitive Kantons- und Gemeindesteuerbelastung zu berechnen, muss die einfache Steuer einzig mit dem Steuerfuss multipliziert werden.

Die Stimmberechtigten haben anlässlich der Volksabstimmung vom 16. Dezember 2007 dem Nachtrag zum Steuergesetz (Einführung „Flat Rate Tax“) mit einem Ja-Stimmenanteil von 90.7 Prozent gutgeheissen. Obwalden ist somit der erste Kanton, der für die Einkommenssteuer die „Flat Rate Tax“ eingeführt hat. Ähnliche Vorhaben sind ganz konkret im Kanton Uri sowie im Kanton Thurgau geplant.

Individuelle Prämienverbilligung in der Krankenversicherung

Bis und mit 2006 wurde allen Steuerpflichtigen, welche aufgrund der bekannten Steuerdaten voraussichtlich Anspruch auf Prämienverbilligung haben, automatisch ein Antragsformular zum Ausfüllen und zur Geltendmachung der Prämienverbilligung

in der Krankenversicherung zugestellt. Zu Beginn des Jahres 2007 erfolgte ein Systemwechsel, indem alle Steuerpflichtigen direkt die Verfügung aufgrund der aktuellen Steuerdaten und dem zugesprochenen Prämienverbilligungsbetrag erhalten. Falls die Anspruchsberechtigten nicht die Auszahlung der Prämienverbilligung begehren, wird dieser Betrag automatisch mit den im Monat Mai verfügbaren provisorischen Steuern verrechnet. Dieses neue System hat sich bewährt und den administrativen Aufwand auf Seiten der Anspruchsberechtigten sowie bei der Steuerverwaltung merklich gesenkt.

NEST@NET

Mit dem Projekt NEST@NET ist es den steuerpflichtigen Personen möglich, verschiedene Dienstleistungen der Steuerverwaltung via Internet in Anspruch zu nehmen. So wird die Möglichkeit, über das Internet Fristerstreckungen zu beantragen, von den Steuerpflichtigen rege benutzt.

Veranlagungsstand

Per 31. Dezember 2007 bestehen folgende pendente Veranlagungen:

Steuerperiode	2004	2005	2006
Unselbstständig-, Selbstständig-Erwerbende, Sekundärsteuerpflichtige, Landwirte	162	1'013	9'527
Erledigung in Prozent des Totalbestandes	99.30 %	95.68 %	60.04 %

Viele der offenen Veranlagungen der Steuerjahre 2004 bis 2006 beziehen sich auf ausserkantonale (sekundäre) Steuerpflichtige, bei denen die Steuerauscheidung des Wohnsitzkantons abgewartet werden muss. Nach Eingang der Steuerauscheidung des Wohnsitzkantons werden auch diese Veranlagungen erledigt.

Veranlagungsstand juristische Personen				
Steuerjahre	2003	2004	2005	2006
Aktiengesellschaften, GmbH, Vereine, Genossenschaften	4	21	252	1'150
Erledigung in Prozent des Totalbestandes	99.78 %	98.86 %	86.60 %	48.73 %

Pendente Einsprachen

Steuerjahre	2004	2005	2006	2007
Anzahl pendente Einsprachen (beinhaltet alle Steuerarten)	53	38	44	41
<i>Stand per 31. Dezember</i>				

Per 31. Dezember 2007 waren insgesamt 41 Einsprachen (beinhaltet alle Steuerarten) unerledigt. Im Vergleich zum Vorjahr bewegt sich dies auf gleichem Niveau.

268 Prämienverbilligung

Folgende Statistik gibt Auskunft über die verarbeitete Menge:

Prämienverbilligung 2007	Anträge (Stück)	Auszahlung Fr.
Anspruch berechtigt	10'082 (9'596)	19'412'326 (17'886'265)

2655 Grundstückschätzungen

Im Berichtsjahr 2007 wurden insgesamt 903 Grundstück-Steuerschätzungen vorgenommen. Davon entfielen 129 auf landwirtschaftliche und 465 auf nichtlandwirtschaftliche Grundstücke sowie 309 auf Stockwerk- und Miteigentumsanteile.

Nach der Änderung des Schätzungs- und Grundpfandgesetzes auf den 1. Januar 2007 ist für die Errichtung von Schuldbriefen bei nichtlandwirtschaftlichen Grundstücken keine amtliche Schätzung mehr erforderlich. Für landwirtschaftliche Grundstücke gelten weiterhin die Vorschriften gemäss dem Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht.

Es wurden 72 Grundpfandschätzungen mit einem Gesamtbetrag von rund 16,2 Millionen Franken erstellt, davon entfielen 71 auf landwirtschaftliche und 1 auf nichtlandwirtschaftliche Grundstücke. Danebst wurden 206 Verkehrswertschätzungen mit einem Schätzungswert von rund 86,7 Millionen Franken vorgenommen.

Perimeter

Für die Wuhrgenossenschaften Laui Lungern, Vereinigte Lungerer Dorfbäche, Ramersbergerbäche Sarnen, Grosse Schlieren sowie Kleine Schlieren Alpnach wurden insgesamt 75 Nachschätzungen berechnet.

Liegenschaftssteuer / Wasserbau

Für die Einwohnergemeinden Engelberg und Giswil stellte man wiederum die Grundlagendaten für die Rechnungsstellungen der Liegenschaftssteuer zur Verfügung.

3 Sicherheits- und Gesundheitsdepartement

Das Sicherheits- und Gesundheitsdepartement (SGD) umfasst

	Vollzeitstellen Ende	
	2006	2007
Departementssekretariat	1.6	2.3
Justizverwaltung	11.1	11.3
Kantonspolizei	61.3	63.0
Gesundheitsamt	5.7	5.87
Sozialamt	4.1	4.0
Verhöramt/Staatsanwaltschaft/Jugendanwaltschaft	6.4	6.35
Insgesamt	90.2	92.82

***"Zusammenkunft ist der Anfang.
Zusammenhalt ist ein Fortschritt.
Zusammenarbeit ist der Erfolg."
Henry Ford***

Regierungsrätin Esther Gasser Pfulg, Vorsteherin des Sicherheits- und Gesundheitsdepartements

Das Jahr 2007 in Zahlen

Crime Crash Clock der Kantonspolizei Obwalden:

- eine Straftat alle 3.5 Stunden
- ein Diebstahl alle 19 Stunden
- eine Sachbeschädigung alle 33 Stunden
- ein Einbruch-Einschleiddiebstahl alle 3 Tage
- eine strafbare Handlung gegen Leib & Leben alle 6 Tage
- eine Häusliche Gewalt alle 11 Tage
- eine Sexualstraftat alle 3.5 Wochen
- ein aussergewöhnlicher Todesfall monatlich
- ein Brandfall monatlich

Die Staatsanwaltschaft konnte alle noch hängigen, vom Verhöramt im Jahr 2006 oder früher überwiesenen Fälle erledigen.

Die Jugendanwaltschaft erledigte 169 Fälle, wovon ein Fall dem Jugendgericht zur Beurteilung überwiesen werden musste, da eine Unterbringung in ein Jugendheim anzuordnen war.

An einer vom Sozialamt und der Kantonspolizei organisierten Weiterbildung zum Thema „Häusliche Gewalt in Obwalden“ nahmen 45 Personen der kantonalen und kommunalen Verwaltungen (inkl. Schulleitungen) teil.

Im Rahmen des Strafvollzugs leisteten 17 Personen 1 523 Stunden gemeinnützige Arbeit.

Es nahmen 64 Personen die Dienste der Opferberatungsstelle in Anspruch.

Festveranstalter bezogen bei der Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention insgesamt 90 000 farbige Eintrittsbändeli und 512 Hinweisschilder zur Umsetzung von Jugendschutzmassnahmen.

Alle Feuerwehren im Kanton erbrachten gesamthaft knapp 6 800 Einsatzstunden. Davon fielen 1 600 Stunden auf Brand- und 3 900 Stunden auf Wasserwehreinsätze.

Der wirtschaftliche Gesamtverlust aus den im Berichtsjahr abgeschlossenen Konkursverfahren beläuft sich auf Fr. 108 849 746.80.

Der Kantonsarzt prüfte 1 583 Kostengutsprachegesuche für ausserkantonale Spitalaufenthalte. Rund 20 Prozent der Gesuche wurden wegen fehlender medizinischer Indikation abgelehnt.

Der Schulgesundheitsdienst gab 2 992 Gutscheine für zahnärztliche Kontrolluntersuchungen an Eltern ab. 78 Prozent der Gutscheine wurden eingelöst. Bei den Gutscheinen für die ärztlichen Schuleintrittuntersuchungen lag die Einlösquote bei 63 Prozent.

Die umgesetzten Departementziele im Überblick (Controlling)

	Jahresziele 2007	Stand der Erfüllung
5.1	<p>Die auf Art. 16 des Gesundheitsgesetzes gestützte Spitalstrategie wird umgesetzt durch:</p> <p><i>Eine neue interkantonale Vereinbarung über die operative Zusammenarbeit mit den Kantonsspitalern von Obwalden und Nidwalden.</i></p>	<p>Noch nicht umgesetzt, da die Abstimmung über das Volksbegehren zur Änderung des Gesundheitsgesetzes vom 16. Dezember 2007 abgewartet werden musste.</p>
5.2	<p>Die spitalmässige Grundversorgung ist sichergestellt.</p> <p><i>Die Weiterentwicklung des Kantonsspitals zu einem Gesundheitszentrum wird geprüft.</i></p> <p><i>Die Entwicklung des Kantonsspitals zu einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt wird geklärt und je nach Ergebnis umgesetzt.</i></p> <p><i>Der Investitionsbedarf eines Umbaus des Kantonsspitals ist geklärt.</i></p>	<p>Erledigt. Die Aufsichtskommission stellte ihre neue Strategie 2007 – 2012 im September 2007 der Öffentlichkeit vor.</p> <p>Noch nicht geklärt, da die Abstimmung über das Volksbegehren der „Aktion pro Kantonsspital Obwalden“ vom 16. Dezember 2007 abgewartet werden musste.</p> <p>Kickoff Sitzung zu den Planungsarbeiten fand statt und das Vorgehen wurde in den Grundzügen festgelegt.</p>

<p>5.4</p>	<p>Die kantonale Gesetzgebung im Gesundheitsbereich und in der Gesundheitsförderung sind den Entwicklungen im Bund angepasst.</p> <p><i>Die Teilentflechtung zwischen Bund und Kanton im Bereich Spitex (NFA) ist vorbereitet.</i></p>	<p>Erledigt. Die Regelungen wurden in den Mantelerlass NFA aufgenommen.</p>
<p>5.5</p>	<p>Die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung ist an das geänderte KVG angepasst und auf den NFA ausgerichtet.</p> <p><i>Die gesetzlichen Grundlagen für die Prämienverbilligung sind an die NFA angepasst.</i></p>	<p>Erledigt. Der Kantonsrat verabschiedete am 25. Januar 2008 einen Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz. Das bisherige einfache Prozentmodell wird durch ein linear progressives Modell abgelöst.</p>
<p>6.1</p>	<p>Die Stärkung von Familien und Kindern erfolgt nach den gutgeheissenen Prioritäten des Familienleitbildes.</p> <p><i>Die Einführung und Finanzierung von Kleinkinderbetreuungszulagen sind entschieden.</i></p>	<p>Erledigt. Der Kantonsrat nahm den Bericht über die Einführung einer Kleinkinderbetreuungszulage am 30. November 2006 zur Kenntnis und schrieb den Motionsauftrag vom 27. Oktober 2005 ab. Auf eine Kleinkinderbetreuungszulage wird verzichtet. Statt dessen wurden gesetzliche Grundlagen für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung geschaffen.</p>
<p>6.2</p>	<p>Für die NFA ist der Bereich des Heim- und Betreuungswesens vollzogen.</p> <p><i>Die Gesetzgebung zur Umsetzung des NFA-Projektes im Heim- und Betreuungswesen ist in Bearbeitung.</i></p>	<p>Im Mantelerlass NFA wurden Bestimmungen der Verordnung über die Beitrag an Kinder- und Jugendheime sowie Behinderteneinrichtungen angepasst. Weitere gesetzliche Grundlagen zur Umsetzung NFA sind in Erarbeitung.</p>

<p>7.1</p>	<p>Die polizeiliche Leistungskapazität im Kanton wird angepasst und die Zusammenarbeit in der Zentralschweiz verstärkt.</p> <p><i>Die Überarbeitung des Gesetzes über die Kantonspolizei und der Verordnung zum Gesetz über die Kantonspolizei ist an die Hand genommen.</i></p> <p><i>Die Projektarbeiten zum Sicherheitsfunknetz sind weitergeführt.</i></p> <p><i>Die Projekte Polizei XXI sind weitergeführt.</i></p>	<p>Das Projekt konnte aus Kapazitätsgründen und dem Kommandantenwechsel noch nicht an die Hand genommen werden.</p> <p>Die Entscheidungsgrundlagen für einen Richtungsentscheid des Regierungsrats sind erarbeitet.</p> <p>Alle sieben Projekte der Polizei XXI sind in der Schlussbearbeitung zur Antragstellung an die Zentralschweizer Polizeidirektorinnen und -direktorenkonferenz (ZPDK). Die ablehnende Haltung der Kantone Luzern und Schwyz im Vernehmlassungsverfahren zu einem neuen Polizeikonzordat in der Zentralschweiz hatten mehrere Anpassungen in den Teilprojekten zur Folge.</p>
<p>7.2</p>	<p>Die Zusammenarbeit und Einsatzkoordination der Partnerorganisationen (Führungsstab) ist optimiert.</p> <p><i>Die Grundlagenarbeit und Weiterentwicklung des KFS ist abgeschlossen.</i></p>	<p>Der kantonale Führungsstab wurde unter der Leitung eines externen Coach in zwei Workshops und einer Stabsübung trainiert. Es wurde Handlungsbedarf ersichtlich und weitere Ausbildungsmodule sind vorgesehen.</p>
<p>7.3</p>	<p>Die Revision des Feuerschutzgesetzes ist umgesetzt.</p> <p><i>Die Totalrevision der Feuerschutzgesetzgebung ist auf Anfang 2008 in Kraft.</i></p>	<p>Die Projektarbeit ist abgeschlossen. Gesetzesentwürfe und Botschaft zuhanden der ersten Lesung im Regierungsrat liegen vor. Aufgrund anderer Prioritäten im Departement erfolgte noch keine Überweisung an den Regierungsrat.</p>

<p>7.4</p>	<p>Die Verwaltungs-, Zivil- und Strafrechtspflege sind den Neuerungen des Bundes (Rechtsweggarantie, Bundesgerichtsgesetz, eidgenössische Strafprozess- und Zivilprozessordnung) angepasst.</p> <p><i>Die internationalen und nationalen Datenschutzbestimmungen sind umgesetzt.</i></p> <p><i>Für die Verwaltungsrechtspflege betreffend Neuerungen des Bundes liegt ein Gesetzesentwurf vor.</i></p>	<p>Erledigt. Der Kantonsrat verabschiedete am 25. Januar 2008 ein neues Datenschutzgesetz.</p> <p>Das Projekt konnte aus Kapazitätsgründen noch nicht an die Hand genommen werden.</p>
-------------------	--	--

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2007	Stand der Erfüllung
Mantelerlass zur Umsetzung des Partnerschaftsgesetzes	Erledigt. Der Kantonsrat verabschiedet am 25. Oktober 2007 ein Einführungsgesetz zum Partnerschaftsgesetz.
Neue Feuerschutzgesetzgebung	Die Projektarbeit ist abgeschlossen. Gesetzesentwürfe und Botschaft zuhanden der ersten Lesung im Regierungsrat liegen vor.
Nachtrag zum Sozialhilfegesetz (Erweiterung des Aufgabenbereichs, Familienfragen)	Der Projekt musste aus Kapazitätsgründen um ein Jahr verschoben werden.
Nachtrag zur Verordnung über Beiträge an Kinder- und Jugendheime sowie an Behinderteneinrichtungen (Umsetzung NFA; in Verbindung mit ZRK-Projekt)	Im Mantelerlass NFA wurden Bestimmungen der Verordnung über die Beitrag an Kinder- und Jugendheime sowie Behinderteneinrichtungen angepasst. Weitere gesetzliche Grundlagen zur Umsetzung NFA sind in Erarbeitung.
Nachtrag zur Jugendhilfegesetzgebung (familienergänzende Kinderbetreuung)	Erledigt. Anstelle eines Nachtrags zum Jugendhilfegesetz verabschiedete der Kantonsrat am 29. November 2007 ein Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung.
Anpassung der kantonalen Gesetzgebung zur Umsetzung des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuchs (AT StGB)/ Vollzug der Nachbesserung des Bundes	Bereits im Geschäftsjahr 2006 erledigt.
Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Anpassen der Datenschutzbestimmungen an Schengen/Dublin)	Erledigt. Der Kantonsrat verabschiedete am 25. Januar 2008 ein neues Datenschutzgesetz.

Neue Gesetzgebung zur Umsetzung der DNA-Profil-Gesetzgebung des Bundes	Das Projekt konnte aus Kapazitätsgründen noch nicht an die Hand genommen werden.
Neues Hundegesetz	Noch nicht umgesetzt. Er wird die Entwicklung der Gesetzgebung auf Bundesebene abgewartet und es soll die Hundehaltung im Rahmen der Vereinheitlichung der Veterinärgesetzgebung in den Urkantonen geregelt werden. Konzept für die Vereinheitlichung der Veterinärgesetzgebung in den Urkantonen wurde vom Regierungsrat mit Beschluss Nr. 324 vom 15. Januar 2008 verabschiedet.
Kantonales Strassenverkehrsgesetz/Verordnung über die Schifffahrt/Gesetz über die Strassenverkehrssteuern/Interkantonale Vereinbarung zur Vereinheitlichung der Strassenverkehrssteuern in den Kantonen Obwalden und Nidwalden (Vereinbarung Strassenverkehrssteuern)	Die revidierten Gesetzesentwürfe und eine Botschaft sind erarbeitet und bereit für die erste Lesung im Regierungsrat.
Neues Polizeikonkordat Zentralschweiz	Das Vernehmlassungsverfahren ist durchgeführt. Aufgrund unterschiedlicher Vernehmlassungen sind zur Zeit ein neues Polizeikonkordat Zentralschweiz, oder die Ergänzung des bestehenden Konkordats oder der Abschluss punktueller Leistungsvereinbarungen in Prüfung.

Parlamentarische Anmerkungen

Bericht des Regierungsrats	Art der Behandlung
<p><i>IAFP 07 bis 10:</i> Die Überarbeitung des Gesetzes über die Kantonspolizei und die Verordnung ist an die Hand genommen.</p> <p><i>Anmerkung:</i> Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Polizeipräsenz in den Gemeinden zu verstärken. Er hat aufzuzeigen, wie er die festgestellten Leistungsdefizite beheben will.</p>	Der Regierungsrat bewilligte im Mai 2007 zusätzlich 1.4 Polizeistellen bis zum gesetzlich zulässigen Höchstbestand von 50 Stellen sowie eine Aufgabenumlagerung von 1.35 Stellen. Die Polizei hat die Präsenz in der zweiten Nachthälfte punktuell verstärkt. Es wurde eine Verordnung zur direkten Bussenerhebung durch die Kantonspolizei erlassen.
<p><i>IAFP 07 bis 10:</i> Sicherheitsfunknetz Obwalden.</p> <p><i>Anmerkung:</i> Der Regierungsrat hat vor der Projektierung und Umsetzung des Funknetzes Polycom, welches ab dem Jahr 2008 Investitionen von drei bis zehn Millionen Franken vorsieht, dem Kantons-</p>	Es sind Entscheidungsgrundlagen für den Regierungsrat mit Vor- und Nachteilen des Sicherheitsfunknetzes Polycom sowie Alternativen erarbeitet. Es soll dem Kantonsrat Bericht und Antrag unterbreitet werden.

rat die Vor- und Nachteile sowie die Betriebskosten von Polycom aufzuzeigen.	
<p><i>IAFP 07 bis 10:</i> Die Gesetzesanpassungen zur Einführung der Kleinkinderbetreuungszulage sind abgeschlossen.</p> <p>Die Gesetzgebung zur Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung ist abgeschlossen.</p> <p><i>Anmerkung:</i> Die Umsetzung familienpolitischer Massnahmen soll zügig und ohne weitere Verzögerung erfolgen.</p>	<p>Dem Kantonsrat wurde ein Bericht unterbreitet. Die Einführung einer Kleinkinderbetreuungszulage wurde abgelehnt.</p> <p>Es wurde ein Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung erlassen.</p> <p>Ist erfolgt.</p>
<p><i>IAFP 07 bis 10:</i> Die Objektfinanzierung an die Tagesstätten und Familienplätze ist geregelt.</p> <p><i>Anmerkung:</i> Der im Finanzplan vorgesehene Aufwand von Fr. 100 000.-- ist zu verdoppeln.</p>	<p>Der Regierungsrat verabschiedete Ausführungsbestimmungen über die Beiträge in der familienergänzenden Kinderbetreuung, die eine angemessene Entlastung der Familien vorsieht.</p>

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Interkantonale Zusammenarbeit

Polizei: Einsatz / Ausbildung

Im Berichtsjahr waren mehrere Ordnungsdienstleistungstage ausserhalb des Kantons zu leisten. Ein Cup-Fussballspiel in Sarnen erforderte den Einsatz von Polizeikräften der Kantons- und der Stadtpolizei Luzern.

Neben den laufenden gemeinsamen Ausbildungen fanden auf dem Flugplatz Alpnach in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Luzern Fahr- und OD-Ausbildungen statt.

Projektarbeit Polizei XXI

Die Teilprojekte "Gemeinsame Einsatzleitzentrale Zug" (GELZ), Gewässer, Logistik, Diensthunde, Intervention, Ordnungsdienst und Schwerverkehr sind in den Arbeitsgruppen und bis auf Stufe der Zentralschweizer Polizeikommandantenkonferenz weiter bearbeitet und präzisiert worden. Die Unterlagen liegen soweit vor, dass sie politisch beurteilt werden können.

Zur Vorbereitung der EURO-Einsätze 2008 hat ein interkantonaler Planungsstab seine Arbeit aufgenommen, wie er auch in den Projekten Ordnungsdienst und Intervention künftig vorgesehen ist.

NFA

Die Zentralschweizer Kantone führten die interkantonale Zusammenarbeit für das Erstellen von Grundlagendaten und für die Bedarfsplanung mit Rahmenkonzept im Heim- und Betreuungswesen weiter. Es handelt sich um ein Projekt der Zentralschweizer Regierungskonferenz, dem die Regierungen der Zentralschweizer Kantone im Dezember 2005 zustimmten.

Häusliche Gewalt

Die Regierungen der Zentralschweizer Kantone nahmen am 23. November 2007 den Bericht und den Antrag zur Beratung von gewaltausübenden Personen im Bereich der Häuslichen Gewalt vom 12. Juni 2007 zur Kenntnis und beauftragten die Arbeitsgruppe, ein koordiniertes Angebot im Bereich der Beratung von gewaltausübenden Personen zu schaffen und in den nächsten zwei Jahren die Begleitmassnahmen zur Förderung der Pflichtberatung umzusetzen. In die Arbeitsgruppe wurden vom Regierungsrat die beiden Leiter der Kriminalpolizei und des Sozialamtes delegiert.

„Such(t)-Runden“

Im Rahmen des Projekts „AlCOhOL“ der Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention OW/NW lancierten die Jugend- und Elternberatungen der Kantone Obwalden und Nidwalden gemeinsam mit den Jugendanwältinnen Obwalden und Nidwalden das Projekt „Such(t)-Runden“ als Angebot für straffällige Jugendliche mit Suchtproblemen. Ein erster Kurs fand im Frühling 2007 in Hergiswil statt. Die Evaluation des Kurses zeigte klar positive Resultate, weshalb die Weiterführung des Angebots beschlossen wurde.

Zusammenarbeit mit den Gemeinden

Nachtlärm und Vandalismus

Die Kantonspolizei erarbeitete in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden Strategien gegen Nachtlärm, Vandalismus und Sachbeschädigungen. Insbesondere in Engelberg wurden unter der Leitung der Gemeinde verschiedene Massnahmen umgesetzt. Erste Erfolge stellten sich ein. Sie geben sehr gute Anhaltspunkte für die Umsetzung in anderen Gemeinden.

Optimierung des Einbürgerungsverfahrens

Seit 1. April 2006 ist das revidierte Einbürgerungsrecht des Kantons Obwalden in Kraft. Erste Erfahrungen haben gezeigt, dass sich das angepasste Einbürgerungsverfahren bewährt und die entsprechenden Verfahren in der Regel problemlos ablaufen. In einzelnen Fällen musste auf kantonaler Ebene festgestellt werden, dass die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts trotz fraglicher oder mangelhafter Eignung, jedenfalls aber ohne adäquate Prüfung erteilt worden war. Vor diesem Hintergrund und auf Einladung des Departements trafen sich am 6. September 2007 die im Bürgerrecht zuständigen Behörden zu einer Informationsveranstaltung. Nebst einzelnen Neuerungen wie Formulare, Merkblätter etc. wurden vor allem die Eignungsprüfungen auf kommunaler Ebene erörtert. Zentrales Element für die Beurteilung der Eignung ist der polizeiliche Führungsbericht. Dieser wird zusammen mit der eidg. Einbürgerungsbewilligung bei der Justizverwaltung beantragt. Gestützt auf den Bericht ist auf den konkreten Einzelfall einzugehen. Schliesslich sollte die maximale Behandlungsdauer von zwei Jahren - auch aufgrund der Aktualität der Akten - nicht überschritten werden.

Handbuch für das Sozialwesen

In Zusammenarbeit mit den Sozialvorsteherinnen und Sozialvorstehern und den Sozialdiensten der Einwohnergemeinden konnte im Mai 2007 das Sozialamt das neue Obwaldner Handbuch für das Sozialwesen fertig erstellen. Das vorliegende Handbuch und das Handbuch für private Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Erwachsenenschutz kann von den Gemeindeverantwortlichen mit einem Passwort im Extranet des Kantons eingesehen werden.

Koordination verschiedener sozialpolitischer Themen

Das kantonale Sozialamt besprach mit den Sozialvorsteherinnen und Sozialvorstehern sowie mit den Sozialdiensten der Einwohnergemeinden insbesondere die Änderungen im Asyl- und Flüchtlingsbereich, die Sozialhilfestatistik, den neuen Finanzausgleich des NFA, die familienergänzende Kinderbetreuung sowie die Sozialkonferenz und die Weiterbildung der Vormundschaftsbehörden.

Beschwerdestatistik	<u>2006</u>	<u>2007</u>
Anzahl Beschwerden im Geschäftsjahr	35	41
Übertrag vom Vorjahr	20	21
Neueingänge Geschäftsjahr	15	20
erledigt durch Entscheid Regierungsrat:		
• gutgeheissen	1	0
• teilweise gutgeheissen	0	0
• abgewiesen	4	3
• nicht eingetreten	1	7
ohne Entscheid Regierungsrat:		
• (Vergleich, Rückzug)	8	5
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	21	26

Amtsübergreifende Departementaussagen

Neue Aufgaben infolge der NFA

Mit Einführung des NFA auf Januar 2008 geht die finanzielle Verantwortung für Wohnheime, Werkstätten und Tagesstätten sowie die Sonderschulung in die alleinige Verantwortung des Kantons. Die Kantone sind neu zuständig für die Bedarfsplanung, Steuerung der Angebote, Controlling, Leistungsbeschreibungen, Finanzierung usw. Diese Aufgaben werden in Zusammenarbeit mit dem Bildungs- und Kulturdepartement, Amt für Volks- und Mittelschulen, koordiniert und es werden die notwendigen Instrumente für die Steuerung und das Controlling aufgebaut.

Jugend und Alkohol an den Schulen

Die Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention setzte an vier Schulen Massnahmen um, die im kantonalen Aktionsplan „Jugend und Alkohol“ empfohlen werden. Es wurden Weiterbildungsmassnahmen für Lehrpersonen und Elternveranstaltungen durchgeführt sowie Aufführungen des Forumtheaters Blitz organisiert.

Jugendliche und ihr Einstieg ins Berufsleben

Die Jugend- und Elternberatungsstelle berät immer wieder Jugendliche, die Schwierigkeiten haben, den Einstieg ins Berufsleben zu finden. Zu diesem Thema wird departementsübergreifend mit dem Amt für Berufsbildung zusammengearbeitet.

30 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher oder die Departementsvorsteherin nach deren besonderen Anordnung insbesondere bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
	Die Strassenverkehrs- und Schifffahrtsgesetzgebungen sind revidiert.	Die revidierten Gesetzesentwürfe und eine Botschaft sind erarbeitet und bereit für die erste Lesung im Regierungsrat.
	Die Organisation der Gefängnisverwaltung ist optimiert und die Nutzung des Gefängnisses ist geklärt.	Die Schnittstellen in der Gefängnisverwaltung sind geklärt und Optimierungen aufgezeigt. Zur künftigen Nutzung des Gefängnisses ist ein Bericht erstellt.

3000 Departementssekretariat

Unterstützung der Ämter

Priorität hatte die Spitalpolitik, deren Geschäfte infolge der Vakanz in der Leitung des Gesundheitsamtes zur Hauptsache vom Departementssekretariat aus geführt wurden. In der ersten Jahreshälfte standen die personellen Wechsel in der Aufsichtskommission und der Spitaldirektion im Vordergrund. In der zweiten Jahreshälfte galt es, die Abstimmung über die Volksinitiative zur Änderung des Gesundheitsgesetzes vom 16. Dezember 2007 vorzubereiten. Das Departementssekretariat war zuständig für die Koordination und Kommunikation sowie für die Erarbeitung der Abstimmungsbotschaft.

Im Gesundheitsbereich wurde zudem ein Bericht über die künftige Ausgestaltung der Prämienverbilligung verfasst, der dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme unterbreitet wurde und zur Abschreibung des Postulats betreffend Anpassung der Prämienverbilligung an die Einkommens- und Vermögensverhältnisse führte.

Weiter hatte das Departementssekretariat die Federführung in der Erarbeitung der Verordnung über die direkte Bussenausfällung durch die Kantonspolizei. Der Auftrag war im Dezember 2006 vom Regierungsrat erteilt worden. Die Arbeiten dazu mussten umgehend an die Hand genommen werden, denn es war vorgesehen, dass die neuen gesetzlichen Bestimmungen vor der Wintersaison 2007/08 in Kraft treten. Das Ziel wurde erreicht.

Im Sozialbereich wurde in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Amtsleiter ein Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung mit entsprechenden Ausführ-

rungsbestimmungen erarbeitet. Die neuen Bestimmungen traten auf den 1. Januar 2008 in Kraft.

Bereinigung der Gesetzgebung im Strassenverkehrsrecht

Ein erster Revisionsentwurf konnte dem Regierungsrat vorgelegt werden. Dieser legte im Sinne eines Zwischenentscheids neue Eckwerte für eine Revision der Strassenverkehrssteuer fest und verlangte eingehendere Abklärungen und Ausführungen im Bereich der Administrativmassnahmen. Dieser Auftrag konnte erfüllt werden und die Vorlage ist bereit für die erste Lesung im Regierungsrat.

Projekt Gefängnis

Eine Arbeitsgruppe bestehend aus den Zuweisern des Gefängnisses Sarnen und unter der Leitung der Departementssekretärin erarbeitete verschiedene Varianten zur künftigen Nutzung des Gefängnisses im Polizeigebäude. Gemeinsam mit Vertretungen des Hochbauamts wurden die für jede Variante zu erwartenden Baukosten evaluiert. Es ist ein Bericht über die Ausgangslage und die Varianten verfasst.

31 Justizverwaltung

Die Justizverwaltung ist für folgende Aufgabenbereiche zuständig: Gleichstellung von Frau und Mann, Datenschutz, Enteignungsrecht, Beurkundungsrecht, Amtsnotariat und Anwaltsrecht, Straf- und Massnahmenvollzug, Schutzaufsicht, Gefängnis und Begnadigungen, Einbürgerungen, Namensänderungen, Zivilstandswesen, Miete und Pacht, Schuldbetreibungs- und Konkurswesen, öffentliche Versteigerungen, Sekretariat der Steuerrekurskommission sowie Aufsicht über die Gemeinden und andere öffentlich-rechtlichen Körperschaften wie Korporationen und Teilsamen

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
7	Die internationalen (Schengen/Dublin), EU-Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten bzgl. Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitender Datenübermittlung) und nationalen Datenschutzbestimmungen sind umgesetzt.	Erledigt. Der Kantonsrat verabschiedete am 25. Januar 2008 ein neues Datenschutzgesetz.
7.4	Für die Verwaltungsrechtspflege betreffend Neuerungen des Bundes (Rechtsweggarantie, Bundesgerichtsgesetz) liegt ein Gesetzesentwurf vor.	Projekt konnte aus Kapazitätsgründen nicht an die Hand genommen werden.
7.4	Die Ausführungsgesetzgebung ist an den neuen Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches angepasst.	Bereits im Geschäftsjahr 2006 erledigt.

7	Die DAN-Profil-Gesetzgebung des Bundes ist auf kantonaler Ebene umgesetzt.	Das Projekt konnte aus Kapazitätsgründen nicht an die Hand genommen werden.
7	Die Ausführungsbestimmungen über Aufenthalts- und Verpflegungskosten der Gefängnisinsassen sind den Kostenentwicklungen angepasst.	Das Projekt konnte aus Kapazitätsgründen nicht an die Hand genommen werden.
7	Die Änderungen des Zivilgesetzbuches betreffend Stalking (Nachstellungen) und häusliche Gewalt ist auf kantonaler Ebene umgesetzt.	Erledigt. Die Abklärungen ergaben, dass Gesetzesanpassungen auf kantonaler Ebene nicht erforderlich sind.
	Die Ausführungsbestimmungen über die Gebührenerhebung der Einwohnerkontrollen sind entsprechend den Bedürfnissen der Gemeinden aktualisiert.	Erledigt. Der Regierungsrat erliess am 10. Juli 2007 entsprechende Ausführungsbestimmungen.

3100 Amtsleitung

Einbürgerungen

In Bezug auf das Schweizer Bürgerrecht wurden 52 ausländische Personen ordentlich eingebürgert. Ein Gesuch wurde zwecks weiterer Abklärungen zurückgestellt. An 70 erleichterten Einbürgerungen wurde mitgewirkt; eine erleichterte Einbürgerung wurde wieder für nichtig erklärt. In Bezug auf das Kantonsbürgerrecht wurden sechs Einbürgerungen und drei Entlassungen von Schweizer Bürgern vorbereitet.

Beschwerden betreffend Nichteinbürgerung gab es im Berichtsjahr keine.

Seit dem 1. April 2006 ist der Nachtrag des Bürgerrechtsgesetzes, die neue Bürgerrechtsverordnung, in Kraft. Die Gemeinden und der Kanton konnten erste Erfahrungen mit der neuen Rechtslage machen. An einer gemeinsamen Informationsveranstaltung im September 2007 wurden der Abschluss der Umsetzung der Bürgerrechtsrevision festgestellt und die mit der neuen Gesetzgebung gemachten Erfahrungen ausgetauscht.

Aufsicht über die Gemeinden

Im Rahmen der Aufsicht des Regierungsrats über die Gemeinden gingen 18 Beschwerdefälle ein. Elf Beschwerdefälle konnten erledigt werden. Des Weiteren wurden 26 Gesuche um Vorprüfung und 31 Gesuche um Erlassgenehmigung behandelt (dies entspricht einer Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr).

Daneben wurden zahlreiche Auskünfte und Beratungen getätigt. Die Beratung der Gemeinden und der anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften ist eine wichtige Voraussetzung der Gemeindeaufsicht. An der diesjährigen Generalversammlung des Gemeindeschreiberverbandes Obwalden stellte sich die Justizverwaltung mit einem gleichnamigen Impulsreferat vor.

Im Weiteren wurden 17 Namensänderungen und zwei Steigerungsbewilligungen erteilt.

Datenschutz

Im Vordergrund stand die Umsetzung der Verträge von Schengen/Dublin. Dies beinhaltete erstens die Schaffung eines neuen Datenschutzgesetzes, zweitens die Vorbereitungen zur diesbezüglichen Datenschutz-Evaluation in der Schweiz durch die EU-Behörden und drittens die Mitwirkung an den Projekten zur Schaffung eines zentral-schweizerischen Datenschutzorgans.

Daneben wurden im Berichtsjahr 21 Anfragen einer weiteren Prüfung unterzogen und 18 mit einer schriftlichen und drei mit einer mündlichen Stellungnahme abgeschlossen.

Gesetzgebung

Neben den bisher erwähnten Gesetzgebungsprojekten (Amtsprojekte 2007) konnten schliesslich Arbeiten in folgenden Gesetzgebungsprojekten geleistet werden: Einführungsgesetz zum Partnerschaftsgesetz (inklusive Nachtrag zur Kantonsverfassung), Nachtrag zur Zivilprozessordnung, Umsetzung der Justizreform (Auftrag und Projektorganisation), Totalrevision des Strafvollzugskonkordats Nordwest- und Innerschweiz (Genehmigung), Registerharmonisierung (für die Volkszählung 2010).

312 Abteilung Betreuung und Konkurs

Konkursamt

Der Abbau der Pendenzen des Konkursamtes konnte im Jahr 2007 praktisch abgeschlossen werden. Im Berichtsjahr wurden 26 neue Konkursverfahren eröffnet, 40 Verfahren konnten abgeschlossen werden. Der wirtschaftliche Gesamtverlust aus diesen Verfahren beläuft sich auf CHF 108'849'746.80 und resultiert primär aus dem Abschluss mehrjähriger grosser Konkursverfahren.

Neben den Konkursverfahren des Kantons Obwalden nahm das Konkursamt folgende Aufgaben wahr: Durchführung von zwei öffentlichen Inventaren, Bearbeitung von sechs Rechtshilfeverfahren sowie Durchführung von zwei Spezialliquidationen.

Betreibungsamt

Das Betreibungsamt Obwalden (inkl. Engelberg) stellte insgesamt 5'148 Zahlungsbeehle und 233 Konkursandrohungen aus und führte 2'840 Pfändungsvollzüge durch. Es wurden 1'371 Pfändungs-Verlustscheine in der Höhe von CHF 4'675'421.20 ausgestellt.

3140 Dienststelle Straf- und Massnahmenvollzug

Vollzugsstatistik

Die Dienststelle war mit dem Vollzug von insgesamt 118 Fällen betraut. Im Verlaufe des Jahres konnten davon 83 Vollzugsangelegenheiten erledigt werden, so dass deren 35 ins Jahr 2008 übertragen werden mussten. Davon sind sechs Personen wegen unbekanntem Aufenthalts zur Verhaftung ausgeschrieben, bei drei Personen bleibt der Strafvollzug zu Gunsten einer ambulanten oder stationären Massnahme aufgeschoben und zwei Personen verbleiben weiterhin unter Schutzaufsicht.

Von den erledigten Vollzugsangelegenheiten im Jahr 2007 wurden folgende Strafen oder Massnahmen direkt und abschliessend durch die Dienststelle vollzogen:

Personen	Strafart/Massnahme
17	Gemeinnützige Arbeit (1 523 Stunden)
5	Freiheitsstrafe/Halbgefängenschaft (354 Tage)
18	Freiheitsstrafe/Normalvollzug (2 001 Tage)
10	Ambulante Massnahme aufgehoben (erfolgreich)
2	Ambulante Massnahmen aufgehoben (nicht erfolgreich/Rückweisung)
2	Entlassungen aus Schutzaufsicht
22	Bussenumwandlung/Busse nachträglich bezahlt

Gefängnisbelegung Sarnen

17 Personen waren auf Anordnung des Verhöramts während insgesamt 98 Tagen in Untersuchungshaft. Zwölf Asylbewerber befanden sich während 93 Tagen im Gefängnis Sarnen in Ausschaffungshaft. 15 Untersuchungshäftlinge, eingewiesen von ausserkantonalen Untersuchungsrichterämtern, verbüssten zusammengekommen 301 Tage Untersuchungshaft im Gefängnis Sarnen. Schliesslich waren 20 Personen während 20 Tagen in polizeilichem Gewahrsam. Ausserdem verbrachten zwei Personen aufgrund einer Arrestation in Rechtshilfe insgesamt drei Tage im Gefängnis Sarnen.

Inkassostelle in Strafsachen

Die kantonale Inkassostelle in Strafsachen, welche auch das Inkasso der Jugendanwaltschaft, des Jugendgerichts, des Kantons- und Obergerichts in Strafsachen besorgt, stellte 22 Bussenumwandlungsbegehren sowie 223 Betreibungs- und 107 Fortsetzungsbegehren. Zudem mussten den Schuldner 846 erste und 613 zweite Mahnungen zugestellt werden.

3112 Zivilstandsdienst

Erwartungsgemäss liessen sich im Kanton Obwalden wenig gleichgeschlechtliche Paare eintragen. Einzelne Paare liessen ihre im Ausland geschlossene Partnerschaft in ihr heimatliches Zivilstandsregister eintragen.

In Engelberg zeigte sich, dass eine zeitweise Besetzung der Aussenstelle von der Bevölkerung kaum genutzt wird. Mit der Einwohnergemeinde Engelberg wurde deshalb vereinbart, dass die Aussenstelle nur noch nach Bedarf, hauptsächlich für Trauungen, besetzt sein soll. Die systematische Rückerfassung in das elektronische Register Infostar aller nach dem 1. Januar 1988 eröffneten Familienregisterblätter konnte auch in Bezug auf das Engelberger Familienregister abgeschlossen werden.

Vom Inspektorat waren rund 150 ausländische Urkunden über Obwaldner Bürger zu bearbeiten, was dem Mittel der früheren Jahre entspricht. Kantonale Kreisschreiben, Verwaltungsentscheide oder Verfügungen sowie Gerichtsentscheide zum Bereich Zivilstandsdienst erfolgten keine.

3104 Schlichtungsbehörde für Miet- und Pachtverhältnisse

Neu informiert die Schlichtungsbehörde mit einer Broschüre über ihre Aufgabe und das Vorgehen bei Mietstreitigkeiten. Die Broschüre ist beim Sekretariat sowie unter www.ow.ch abrufbar, ebenso die offiziellen Formulare für Kündigungen und Mietvertragsänderungen.

Der Gesamtaufwand der Schlichtungsbehörde blieb im Berichtsjahr im üblichen Rahmen. Im Vordergrund stand vor allem die Beratungstätigkeit inklusive Rechtsauskünfte.

3102 Kommission und Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann Obwalden/Nidwalden

Schwerpunkte der Gleichstellungsarbeit 2007 in Obwalden und Nidwalden

Die Fachstelle (FS) und die Kommission organisierten verschiedene Veranstaltungen und brachten Inputs ein:

- a) „Wiedereinstieg ins Berufsleben“, Januar 07 in der Sarna in Sarnen
- b) Theater „8 wie Achterbahn“ im Rahmen der Kampagne „Stark durch Erziehung“ im BWZ in Sarnen
- c) Öffentlichkeitsanlass des Familiennetzwerkes Nidwalden (zwei Referentinnen aus Uri zum Thema Familienpolitik) im Juni sowie eine Input-Referat der Fachstelle „UND Familien und Erwerbsarbeit für Männer und Frauen“ im September in Stans
- d) „Beruf und Familie verbinden“ – Eine Veranstaltung der Berufsberatungen OW und NW mit einem Input der FS, Stans
- e) Ein Netz für alle Fälle? – Je eine Veranstaltung zum Thema Sozialversicherung in Sarnen und Stans; als Referentin konnte die neue Direktorin der Ausgleichskasse Nidwalden gewonnen werden.

Im Juni konnte das Zentralschweizer Projekt „Fit für Familien“ mit der Intervision beendet werden. Weiterhin wird die Homepage www.fit-fuer-familien betreut und aktualisiert; ebenfalls erscheint zwei- bis dreimal im Jahr ein Newsletter, der von der FS erarbeitet wird.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Berichtsjahr erschien dreimal das Bulletin „LEA&LEO“ in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Fachstelle bearbeitete Anfragen aus der Bevölkerung, wurde von ausserkantonalen Stellen zur Situation in Obwalden (und Nidwalden) kontaktiert und nahm zu verschiedenen Vernehmlassungen Stellung.

3106 Steuerrekurskommission

Im Jahr 2007 hat die Steuerrekurskommission 15 hängige Verfahren aus der Vorperiode übernommen. Als Eingänge waren 33 Fälle zu verzeichnen. Dabei ist ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahr (38 Eingänge) zu verzeichnen.

Die Steuerrekurskommission erledigte an vier Sitzungen 42 Verfahren. Sechs Verfahren werden auf das nächste Jahr übertragen.

3110 Notariatskommission

Es fanden keine Eignungsprüfungen (Nachweis für die Befähigung des Bewerbers zur Vornahme von Beurkundungen) statt.

Die Notariatskommission als Aufsichtsbehörde musste wegen Pflichtverletzungen oder Ordnungswidrigkeiten von Urkundspersonen ein Verfahren eröffnen.

Ferner hatte die Notariatskommission den Verzicht auf die Beurkundungsbefugnis eines Gemeindenotars entgegenzunehmen und festzustellen.

3108 Anwaltskommission

Im Berichtsjahr fällte die Anwaltskommission einen Disziplinaentscheid. Weiter erteilte sie eine Praktikantenbewilligung, führte drei Anwaltsprüfungstermine durch und verlieh fünf erfolgreichen Kandidaten das Anwaltspatent. Schliesslich verfügte die Anwaltskommission zwei Eintragungen ins Anwaltsregister des Kantons Obwalden.

32 Kantonspolizei

Die Kantonspolizei ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig. Das Polizeikorps übt die gerichtliche Polizei aus, ist durch Aufklärung und Präsenz präventiv tätig, leistet Hilfe an die Bevölkerung und ist ständig erreichbar. Es sorgt für den Schutz von Personen, Sachen und Umwelt, bekämpft alle Formen der Kriminalität aktiv und vorbeugend, verbessert die Sicherheit auf den Strassen und ist auf die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen vorbereitet. Die als Abteilung in die Kantonspolizei integrierten Bereiche Militär und Bevölkerungsschutz umfassen die Dienststellen Militär, Zivilschutz und Feuerwehr. Ihnen obliegt der Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlage bei Katastrophen und in Notlagen sowie im Falle eines bewaffneten Konflikts. Sie tragen dazu bei, Schäden zu begrenzen und zu bewältigen.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
7.1	Die Überarbeitung des Gesetzes über die Kantonspolizei und der Verordnung zum Gesetz über die Kantonspolizei ist an die Hand genommen.	Das Projekt konnte aus Kapazitätsgründen und dem Kommandantenwechsel noch nicht angegangen werden.

7.2	Die Projektarbeiten zum Sicherheitsfunknetz sind weitergeführt.	Die Entscheidungsgrundlagen für einen Richtungsentscheid des Regierungsrats sind erarbeitet.
7.1	Die Nachrüstung im Ordnungsdienst (Pol XXI) ist erfolgt.	Die Nachrüstung ist erfolgt. Die im OD eingeteilten Mitarbeitenden sind einsatzbereit.
7.1	Die Projekte Pol XXI sind weitergeführt.	Alle sieben Projekte der Polizei XXI sind in der Schlussbearbeitung zur Antragstellung an die Zentralschweizer Polizeidirektorinnen und -direktorenkonferenz. Die ablehnende Haltung der Kantone Luzern und Schwyz im Vernehmlassungsverfahren zu einem neuen Polizeikonkordat in der Zentralschweiz hatten mehrere Anpassungen in den Teilprojekten zur Folge.
7.2	Die Grundlagenarbeit und Weiterentwicklung des KFS ist abgeschlossen.	Der kantonale Führungsstab (KFS) wurde unter der Leitung eines externen Coach in zwei Workshops und einer Stabsübung trainiert. Es wurde Handlungsbedarf ersichtlich und weitere Ausbildungsmodule sind vorgesehen.
7.3	Die Totalrevision der Feuerschutzgesetzgebung ist auf Anfang 2008 in Kraft.	Die Projektarbeit ist abgeschlossen. Gesetzesentwürfe und Botschaft zuhanden der ersten Lesung im Regierungsrat liegen vor. Aufgrund anderer Prioritäten im Departement erfolgte noch keine Überweisung an den Regierungsrat.

3200 Kommando

Neue Polizeiausbildung

Mit dem Zustandekommen des Konkordats vom 25. Juni 2003 über Errichtung und Betrieb einer interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH) und dem Berufsbild Polizist, abgestützt im bildungspolitischen Gesamtkonzept, begann im Berichtsjahr eine neue Epoche der Polizeiausbildung. Die IPH löst die Zentralschweizerische Polizeischule (ZSPS) ab. In den total 39 Lehrgängen der ZSPS erhielten 1717 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter ihre Grundausbildung, davon 68 Personen für die Kantonspolizei Obwalden.

3201 Verkehrs- und Sicherheitspolizei

Nachtruhestörung, Unfug, Vandalismus und Sachbeschädigungen

Nachtruhestörung, Unfug, Vandalismus und Sachbeschädigungen sind Erscheinungen, die in den letzten Jahren häufiger auftreten und in der Bevölkerung für Unmut sorgen. Die Ausgehzeit hat sich in die zweite Nachthälfte verschoben, massiver Alkoholkonsum ist insbesondere bei Jugendlichen festzustellen.

Neben verschiedenen Präventionsmassnahmen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Gastrobetrieben, Veranstaltern und der Gesundheitsförderung verstärkte die Polizei die personelle Besetzung punktuell in der zweiten Nachthälfte. Bei gleichem Bestand ergeben sich mit diesen unregelmässigen Arbeitszeitverschiebungen höhere Belastungen beim Personal. Zudem sind Lücken bei bisherigen Aufgaben in Kauf zu nehmen.

Anfang Jahr wurde die Erarbeitung einer Verordnung für Direktbussen durch die Kantonspolizei an die Hand genommen. Die Verordnung konnte auf Mitte Dezember in Kraft gesetzt und umgesetzt werden. Ebenfalls sind im kantonalen Strafrecht Präzisierungen zur Nachtruhe vorgenommen worden. Die ersten Erfahrungen sind positiv, insbesondere kam eine rege öffentliche Diskussion in Gang. Konkrete Auswirkungen lassen sich aber erst nach einer längeren Erfahrungsperiode eindeutig feststellen.

Ordnungsdienst

Am Wochenende vom 11./12. August 2007 fand in Engelberg ein Hockey-Turnier mit den NLA Mannschaften EHC Kloten-Flyers, HC Ambri-Piotta und dem SC Bern sowie der russischen Mannschaft Avangard Omsk statt. Um die Sicherheit vor, während und nach den Spielen im Sporting Park zu gewährleisten, sowie Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Engelberg während den zwei Spieltagen aufrecht zu erhalten, wurde ein entsprechendes Aufgebot an Polizei- und Sicherheitskräften erlassen.

Der Fussballclub Sarnen hatte sich für den Swisscom-Cup qualifiziert und empfing in der Folge am 15. September den Super League Club FC Aarau. Die Lagebeurteilung ergab vorerst ein relativ ruhiges Lagebild, für welches die eigenen OD-Kräfte hätten ausreichen sollen. Im Verlauf der Veranstaltung zeigt sich aber, dass problematische Fans mehrerer grosser Fussballclubs Auseinandersetzungen nach dem Spiel planten. Dies machte einen grösseren Reserveeinsatz der Kantons- und der Stadtpolizei Luzern in Sarnen notwendig. Damit konnte die Lage ohne Ausschreitungen bereinigt werden.

Als Vorbereitung auf die EURO 2008 und allgemein zur Bewältigung der zunehmenden Aufgaben im unfriedlichen Ordnungsdienst sind in der ganzen Zentralschweiz bezüglich Ausrüstung, Ausbildung und Einsatzführung Anpassungen erfolgt. Die Kantonspolizei Obwalden ist im Verhältnis zur Grösse auf dem gleichen Stand wie die übrigen Kantone. Eine Ausnahme bildet der Kauf besonders geschützter Einsatzbusse. Aus Gründen der Verhältnismässigkeit wurde vorerst von einer Beschaffung abgesehen. Der Mannschaftstransport ist aber sichergestellt.

3202 Kriminalpolizei

DNA – Ein wichtiges Element in der Verbrechensbekämpfung

Die Täteridentifikation durch den Vergleich von DNA-Profilen (genetische Spur) ist bei der Ermittlung von Straftätern für die Kantonspolizei Obwalden zu einem wertvollen, erfolgreichen und unverzichtbaren Instrument geworden.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 54 Wangenschleimhautabstriche (WSA) und 25 Tatortspuren-Proben ausgewertet, woraus vier Spur-Personen-Hits (Treffer) resultierten. Seit Oktober 2000 gab es für die Kantonspolizei Obwalden 27 solcher Spur-Personen-Hits. Sie verteilten sich auf folgende Deliktskategorien: Diebstahl und Einbruchdiebstahl: 19, Raub: fünf, Betrug: einer und Körperverletzungen: zwei. Im Weiteren ergaben sich einige Hits, bei denen eine Spur mit einer anderen übereinstimmte. Diese Hits geben wertvollen Aufschluss über Tat-Zusammenhänge. Der Umgang mit den Daten richtet sich nach dem DNA-Profil-Gesetz des Bundes.

Jugendliche Sprayerbande überführt

Die Kantonspolizei Obwalden konnte verschiedene Sprayereien an Gebäuden klären. In einem Ermittlungsverfahren wurden zehn junge Männer im Alter von 15 bis 19 Jahren wegen diversen Sprayereien in Sarnen, Kerns und Alpnach zur Anzeige gebracht.

Den Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden von Frühling 2006 bis Herbst 2007 rund 26 Tatbestände zur Last gelegt. Die Angeschuldigten führten die Sachbeschädigungen alleine oder in unterschiedlicher Zusammensetzung durch. Sie benutzten Spraydosen und Filzstifte und brachten ihre Farbschmierereien bei Hausfassaden, Fussgängerunterführungen, Verkehrssignalen, Snack- und Getränkeautomaten usw. an und verursachten einen Sachschaden von mehreren zehntausend Franken.

325 Militär und Bevölkerungsschutz

3250 Zivilschutz

Alarmierung der Bevölkerung

In einer Projektarbeit in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden, der Swisscom und dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz wurden die Grundlagen für die individuelle Alarmierung jeder Obwaldner Gemeinde erarbeitet. Die definitive Umsetzung ist auf Frühjahr 2008 vorgesehen. Ergänzend dazu wurde auch das Alarmierungsprozedere mit den fahrbaren Sirenen durch Spezialisten des Zivilschutzes den aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Einsätze

Nach heftigen Niederschlägen im Juli und August 2007 wurden Teile der Taskforce in der Gemeinde Kerns zur Spontanhilfe im Nachgang zu den Feuerwehreinsetzungen eingesetzt. In der Gemeinde Alpnach wurden Zivilschutzpioniere unter der Leitung des Forstbetriebs zu Hangsicherungsarbeiten zugezogen und in Giswil half der Zivilschutz der Feuerwehr mit Material und Personal in der Wasserwehr.

Auch im Jahr 2007 wurden Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft für den FIS-Damen-Nachtlalom im Januar und für das internationale Schanzenspringen in Engelberg im Dezember mit gesamthaft über 70 Angehörigen des Zivilschutzes geleistet.

Schutzanlagen und Schutzbauten

Die Schutzanlagen in den Gemeinden Sachseln und Engelberg werden aktiv durch die kantonale Zivilschutzorganisation bewirtschaftet. Die Anlage Engelberg musste altersbedingt einer Teilsanierung unterzogen werden. Die weiteren Anlagen in den übrigen Gemeinden sind betriebsbereit oder können nach kurzer Vorbereitung in Betrieb genommen werden (Lungern).

Die geschützte Sanitätshilfsstelle Foribach in Sarnen, welche durch Hochwasser im Sommer 2005 stark beschädigt wurde, ist in der Zwischenzeit saniert und steht dem Zweckverband der Obwaldner Gemeinden im Sarneraatal ab Frühjahr 2008 wieder zur Verfügung.

Die gesetzlich vorgeschriebene Schutzraumbausteuerung wurde aktualisiert und der heutigen Bautätigkeit im Kanton Obwalden angepasst.

3251 Schadenwehr (Feuerwehr)

Unter der Leitung des Feuerwehrinspektorats Obwalden und in Zusammenarbeit mit den kantonalen Feuerwehrinstruktoren, den Feuerwehr-Kadern und -spezialisten erfolgten vielfältige Ausbildungsmodule. Vor allem die neu konzipierte vierstufige Atemschutzausbildung und der einwöchige Gruppenführerkurs in Kerns, welcher gemeinsam mit dem Feuerwehrinspektorat Nidwalden durchgeführt wurde, fanden grossen Anklang und wurden rege besucht.

3255 Kreiskommando

Orientierungstage / Rekrutierung

An den Orientierungstagen nahmen 218 Stellungspflichtige im Alter von 18 Jahren teil und liessen sich über die Armee, den Zivildienst, den Zivilschutz, die Rechte und Pflichten, die Ausbildung und Dienstmodelle sowie über die Rekrutierung informieren. Gleichzeitig konnte mit allen Teilnehmern der RS-Zeitpunkt vereinbart und das Dienstbüchlein abgegeben werden.

Entlassung aus der Wehrpflicht

Erstmals seit der Neuorganisation des Logistik-Centers Othmarsingen (LOTH), fand die Entlassung aus der Militärdienstpflicht für 150 Obwaldner Armeeangehörige statt. Dabei wird die militärische Ausrüstung zurückgegeben und der Eigentumsanspruch der persönlichen Waffe geregelt. Wer diese behalten will, muss einer einfachen polizeilichen Registerabfrage zustimmen.

3257 Kantonaler Führungsstab

Einsätze

Die Gemeinden Kerns, Sachseln, Giswil und Alpnach wurden im Juli nacheinander von heftigen Gewittern betroffen. Um allen Bedürfnissen der betroffenen Gemeinden gerecht zu werden, wurden Teile des Kantonalen Führungsstabs und die entsprechenden Gemeindeführungsorgane zu einem Orientierungs- und Abspracherapport aufgeboden. Glücklicherweise konnten die Schäden in Grenzen gehalten werden, so dass kein längerer Einsatz des Führungsstabs nötig wurde.

Ausbildung

Unter der Leitung einer externen Fachperson wurde das Gefährdungsspektrum für den Kanton Obwalden nach Eintretenswahrscheinlichkeit priorisiert. Daraus abgeleitet hatte der Kernstab des KFS bei zwei Workshops „Pandemie und Unwetter“, gemeinsam je eine Problemerkfassung und die entsprechenden Führungsprozesse erarbeitet. In einer halbtägigen Stabsübung „Klima Uno“ wurden die Führungstätigkeiten überprüft und bewertet, es wurde dabei Handlungsbedarf ersichtlich. Weitere Ausbildungssequenzen mit der Vermittlung einer konzentrierten Stabsausbildung in Zusammenarbeit mit den Gemeindeführungsorganisationen sind noch in Vorbereitung.

34 Gesundheitsamt

Das Gesundheitsamt sorgt für eine ausreichende und koordinierte medizinische Versorgung der Bevölkerung. Es vollzieht die aufgrund der Krankenversicherungsgesetzgebung den Kantonen übertragenen Aufgaben, erteilt Bewilligungen für Berufe der Gesundheitspflege sowie therapeutische Einrichtungen und koordiniert die Betagtenbetreuung und die Spitexdienste. Es sorgt für die Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung der Bevölkerung und stellt die Koordination mit dem Laboratorium der Urkantone sicher, welches insbesondere die Vollzugsaufgaben in den Bereichen Lebensmittelgesetzgebung, Veterinärwesen, Giftgesetzgebung, Stoffverordnung sowie Gewässer- und Umweltanalytik erfüllt.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
5.2	<p>Kantonsspital: Prüfung der Weiterentwicklung des Kantonsspitals zu einem Gesundheitszentrum.</p> <p>Klärung und je nach Ergebnis Umsetzung der Entwicklung des Kantonsspitals zu einer öffentlich-rechtlichen Anstalt.</p>	<p>Erledigt. Die Aufsichtskommission stellte ihre neue Strategie 2007 – 2012 im September der Öffentlichkeit vor.</p> <p>Noch nicht geklärt, da die Abstimmung über das Volksbegehren zur Änderung des Gesundheitsgesetzes vom 16. Dezember 2007 abgewartet werden musste.</p>

	Klärung des Investitionsbedarfs betreffend Umbau des Kantonsspitals.	Kickoff Sitzung zu den Planungsarbeiten fand statt und das Vorgehen wurde in den Grundzügen festgelegt.
5.3	Teilentflechtung zwischen Kanton und Bund im Bereich Spitex (NFA) ist vorbereitet.	Erledigt. Die Regelungen wurden in den Mantelerlass NFA aufgenommen.
5.3	Die Massnahmen aus dem Projekt „Im Alter in Obwalden leben“ sind umgesetzt.	Nachtrag zum Gesundheitsgesetz und Verordnung über die Förderung der Betagtenbetreuung sind erarbeitet und in Vernehmlassung.
5.5	Die gesetzlichen Grundlagen für die Prämienverbilligung sind dem NFA angepasst.	Erledigt. Der Kantonsrat verabschiedete am 25. Januar 2008 einen Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz. Das bisherige einfache Prozentmodell wird durch ein linear progressives Modell abgelöst.
7	Ein neues Hundegesetz ist erlassen.	Noch nicht umgesetzt. Zum einen wird die Entwicklung der Regelungen zur Verhütung von Verletzungen durch Hunde auf Bundesebene abgewartet, zum anderen soll der Bereich Hundehaltung im Rahmen der Vereinheitlichung der Veterinärgesetzgebung in den Urkantonen geregelt werden. Das Konzept für die Vereinheitlichung der Veterinärgesetzgebung in den Urkantonen wurde im Regierungsrat mit Beschluss Nr. 324 vom 15. Januar 2008 verabschiedet.

3400 Amtsleitung

Kantons- und Gemeindebeiträge an die Tierseuchenkasse

Der Fondsbestand der Tierseuchenkasse fiel im 2007 unter den gesetzlich vorgeschriebenen Betrag von 250 000 Franken. Der Kantonsrat beschloss darum im November, dass Kanton und Einwohnergemeinden 550 000 Franken im Jahr 2008 und 360 000 Franken im Jahr 2009 in die Tierseuchenkasse einzahlen sollen. Davon entfallen je die Hälfte auf den Kanton und die Gemeinden. Die Gemeindebeiträge werden nach Einwohnerzahl und Bestand an Grossvieheinheiten aufgeschlüsselt.

Ausführungsbestimmungen über gefundene Tiere

Der Regierungsrat erliess im September Ausführungsbestimmungen über gefundene Tiere und stimmte einem Leistungsvertrag zwischen dem Kanton Obwalden und der Stiftung Paradiesli, Tierheim für Obwalden und Nidwalden, Ennetmoos, das als kantonale Meldestelle verankert wird, zu.

Leistungsvertrag mit elbe

Zwischen dem Kanton Obwalden und dem interkonfessionellen Verein Ehe- und Lebensberatung (elbe) konnte im Dezember ein Leistungsvertrag abgeschlossen werden. Die elbe wird für den Kanton Obwalden künftig zwei zusätzliche Dienstleistungen erbringen: eine unabhängige Informations- und Beratungsstelle für pränatale Untersuchungen und sexualpädagogische Prävention.

Hausärzte

Die Themen „ambulanter ärztlicher Notfalldienst“ und „Mangel an Hausärzten“ wurden an zwei Sitzungen mit der Unterwaldner Ärztesgesellschaft diskutiert. Die konkreten Massnahmen werden in der Zentralschweiz als Region koordiniert, wobei die jeweiligen öffentlichen Spitäler einbezogen sind.

Ausnahmen vom Krankenversicherungsobligatorium

Für Personen, die in der Schweiz leben, gilt ein Krankenversicherungsobligatorium. 32 aus dem Ausland einreisenden Personen wurde eine Ausnahme vom Krankenversicherungsobligatorium gewährt und elf Anfragen von Einwohnergemeinden wurden schriftlich beantwortet. Zuständig für die Überwachung des Krankenversicherungsobligatoriums sind gemäss kantonaler Gesetzgebung die Einwohnergemeinden.

Projekt „Im Alter in Obwalden leben“

Das Projekt „Im Alter in Obwalden leben“ ist formell abgeschlossen. Im Rahmen des Projekts wurden die Entwürfe für einen Nachtrag zum Gesundheitsgesetz und eine Verordnung über die Förderung der Betagtenbetreuung erarbeitet, welche zur Zeit bei den Einwohnergemeinden in Vernehmlassung sind. Es wird vorgeschlagen, die Gewährung von kantonalen Baubeiträgen an die Erweiterung der Betagten- und Pflegeheime nach einer Übergangsfrist von fünf Jahren abzuschliessen. Gleichzeitig sollen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden für die Gewährung von kantonalen Förderbeiträgen für den Aufbau von neuen Angeboten oder die Durchführung von Pilotprojekten, welche dazu dienen, den steigenden Bedarf an Pflegeheimplätzen zu vermindern.

Laboratorium der Urkantone

Der Regierungsrat hiess im September auf Antrag der Aufsichtskommission über das Laboratorium der Urkantone Ergänzungen am Leistungsauftrag und Globalkredit 2006 – 2009 gut. Der bisherige Leistungsauftrag wurde sowohl beim Kantonschemiker-Amt als auch beim Kantonstierarzt-Amt in mehreren Produktgruppen ergänzt.

3406 Schulgesundheitsdienst

Ärztliche Eintrittsuntersuche

Die Einlösquote ist mit rund 62 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Gemeinde Alpnach weist mit 44 Prozent die tiefste und Engelberg mit 91 Prozent die höchste Einlösungsquote auf.

Verhalten/Psychologie: Die Anzahl der verhaltensauffälligen Kinder ist bei den Erhebungen in diesem Schuljahr gesunken. Es dürfte sich jedoch um einen Zufallswert han-

deln. Erfahrungszahlen belegen, dass ein gewisser Prozentsatz der Kinder jeden Jahrgangs psychisch verhaltensauffällig sind.

Genitalien: Bei fast vier Prozent der untersuchten Kinder wird ein Krankheitsbild festgestellt. Grösstenteils handelt es sich dabei um Knaben mit behandlungsbedürftigen Problemen der Hodenlage.

Visuskontrollen

Im Schuljahr 2006/2007 wurden wiederum sämtliche 414 Kindergartenkinder untersucht. Dabei wurde bei zehn Kindern eine schwere und bei vierzehn Kindern eine mittelschwere Amblyopie (Sehschwäche) diagnostiziert. Das Resultat unterstreicht die Wichtigkeit der Screening-Untersuche. Im zehnten Altersjahr hört die Entwicklungsfähigkeit der Augen auf, danach sind keine Verbesserungen mehr möglich. Bei sieben Kindern wurde ein Schielen festgestellt.

Haltungskontrollen

Bei 417 Kindern wurde im 5. Schuljahr die Körperhaltung und das Körpergewicht kontrolliert. Durchschnittlich finden sich 10 Prozent haltungsschwache Kinder. Die Haltungsinsuffizienz wird einerseits durch die Psyche und andererseits durch gesellschaftliche Aspekte und das Freizeitverhalten wesentlich beeinflusst.

Körpergewicht

Bei 13 Prozent der untersuchten Kinder im 5. Schuljahr wurde ein Übergewicht und bei 9 Prozent starkes Übergewicht (Adipositas) festgestellt. Es wurden dabei keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern beobachtet.

Fussdeformitäten

Bei 17 Prozent der Knaben und 12 Prozent der Mädchen im 5. Schuljahr wurde ein fehlendes mediales Gewölbe festgestellt. Dies ist hauptsächlich auf eine allgemeine Bandschwäche und/oder Übergewicht zurückzuführen.

Gesundheitsberatungsgespräch im 9. Schuljahr

Die Jugendlichen wurden schriftlich zu folgenden Themen befragt: Körperliches Wohlbefinden, Sexualität, Stimmung, soziale Akzeptanz, Gewalt und Konsum-/ Suchtverhalten. Bei der Auswertung der Fragebogen ist unter anderem aufgefallen, dass die Hälfte aller Jugendlichen nicht weiss, was im Fall einer „Verhütungspanne“ unternommen werden kann. Generell wurde festgestellt, dass sich die Schulabgängerinnen und Schulabgänger wohl und gesund fühlen und über ein intaktes soziales Umfeld verfügen. Erfreulich ist, dass bereits 43 Jugendliche (Vorjahr 32) den Gut-schein für ein individuelles Beratungsgespräch in Anspruch genommen haben.

Zahngesundheit

Der Tarif für die zahnärztlichen Untersuchungen wurde nach zehn Jahren erstmals leicht erhöht. Die durchschnittlichen Kosten für eine Zahnbehandlung betragen Fr. 235.– pro Kind.

Am 8. November fand eine gemeinsame Weiterbildungsveranstaltung der Schulzahnpflegehelferinnen aus den Kantonen Obwalden, Nidwalden und Uri zum Thema „Kreative Ideen zur Gestaltung von Klassenbesuchen“ auf dem Landenberg statt.

3409 Prämienverbilligung Krankenkassen

Neues Bemessungssystem

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) sowie die Einführung der „Flat Rate Tax“ im Steuergesetz führten zu wesentlichen Änderungen bei der Individuellen Prämienverbilligung (IPV) in der Krankenversicherung. Zur Berechnung der IPV wird das bisherige einfache Prozentmodell durch ein linear progressives Modell ersetzt. Anstelle des bisherigen fixen Prozentsatzes wird der Selbstbehalt aufgrund einer Tariftabelle festgelegt.

Mit der NFA sinkt der Bundesbeitrag von bisher rund 16,3 Millionen Franken (2007) im nächsten Jahr auf 7,85 Millionen Franken. Der Kantonsrat beschloss auf Antrag des Regierungsrats seinen eigenen Beitrag für die Prämienverbilligung von bisher 1,3 Millionen Franken (2007) auf 8,89 Millionen Franken zu erhöhen.

3410 Gesundheitsförderung Obwalden/Nidwalden

Alkoholprävention und Jugendschutz

Insgesamt zwölf Gemeinden aus den Kantonen Obwalden und Nidwalden verpflichteten sich zu handeln und setzten Massnahmen in der Alkoholpolitik um. Zehn Gemeinden vollzogen dies gemeinsam, was unter www.gemeindenhandeln.ch ersichtlich ist. Es wurden Richtlinien und Bewilligungen für Feste und Veranstaltungen festgesetzt und dabei Jugendschutz und Alkoholprävention integriert sowie ein freiwilliges Jugendschutzlabel eingeführt: „Alkoholverkauf erst ab 18“, das Detaillisten erhalten, die sich an diese Weisung halten.

In Obwalden und Nidwalden wurden erstmals Testkäufe durchgeführt. Trotz des gesetzlichen Verbots erhielten 15-jährige Jugendliche in über 50 Prozent der Fälle alkoholische Getränke in Restaurationsbetrieben, in über 30 Prozent in Läden. Die Fehlbaren wurden angezeigt.

Im Anschluss an die Testkäufe wurden Schulungen für Personal von Gastrobetrieben und Detailhandel durchgeführt. Ziel war es, die Teilnehmenden in Sachen Jugendschutz und Alkoholkonsum zu sensibilisieren.

Freizeitorganisationen und Veranstalter wurden im Einhalten des Jugendschutzes bei Festveranstaltungen beraten und geschult. Die Internetseite www.jugendschutz-zentral.ch wird immer mehr genutzt. Es konnten 90 000 farbige Eintrittsbändeli und 512 Hinweisschilder zur Umsetzung von Jugendschutzmassnahmen abgegeben werden.

"gesundes Körpergewicht"

Die Fachstelle konzipierte in Zusammenarbeit mit interessierten Fachleuten für die Kantone Obwalden und Nidwalden Massnahmen zum gesunden Körpergewicht. Dabei unterstützt Gesundheitsförderung Schweiz im Rahmen ihrer langfristigen Strategie „gesundes Körpergewicht“ die Kantone bei der Erarbeitung und Umsetzung von Aktionsplänen für die Jahre 2008 bis 2011. Die Kantone Obwalden und Nidwalden konzentrieren sich auf die Zielgruppe der Kinder von der Geburt bis zum 6. Lebensjahr.

"sichere Eltern - starke Kinder"

In vier Schulen besuchten Eltern gemeinsam mit Kindergarten-Lehrpersonen einen vierteiligen Erziehungskurs. Acht Eltern, die den vierteiligen Kurs absolviert hatten, liessen sich von der Fachstelle als Moderatoren/Moderatorinnen weiterbilden, so dass sie weitere Treffen mit interessierten Eltern veranstalten können. Es entstanden „ElternTische“, an denen sich Eltern über ihre Erziehungsfragen austauschen. In zwei Schulen besuchten Eltern von ORS-Schülern und -Schülerinnen zusammen mit ihren Lehrpersonen einen vierteiligen Erziehungskurs.

3420 Kantonsspital Obwalden

Initiative zur Änderung des Gesundheitsgesetzes vom Stimmvolk abgelehnt

Die „Aktion pro Kantonsspital Obwalden“ reichte eine Initiative ein, mit der eine Änderung von Art. 16 Gesundheitsgesetz verlangt wurde. Es sollte gesetzlich verankert werden, dass das Kantonsspital Obwalden ein selbstständiges Spital ist und unter eigener Leitung steht. Regierungsrat und Kantonsrat sprachen sich klar für den Erhalt des Spitalstandortes Obwalden aus. Sie empfahlen die Ablehnung der Initiative mit der Begründung, dass die Forderungen der Initianten den Handlungsspielraum des Kantonsspitals unnötig einschränke. Die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen folgten an der Abstimmung vom 16. Dezember 2008 der regierungs- und kantonsrätlichen Empfehlung.

Tarifvertrag für stationäre Akutpatientinnen und -patienten

Der Regierungsrat verlängerte im März den bisherigen Tarifvertrag zwischen dem Kantonsspital Obwalden und santésuisse für das Jahr 2007, nachdem sich die Vertragspartner nicht einigen konnten. Im Oktober wurde beim Regierungsrat ein Gesuch um Festsetzung der Spitaltaxen ab dem 1. Januar 2008 eingereicht, weil wiederum keine vertragliche Regelung erzielt werden konnte. Der Rechtsschriftenwechsel ist eröffnet.

Vertrag mit dem Luzerner Kantonsspital

Der Regierungsrat stimmte im Dezember einem Vertrag über die Zusammenarbeit in der Radiologie zwischen dem Kantonsspital Obwalden und dem Radiologieinstitut Luzerner Kantonsspital vom 5. November 2007 zu. Die Beschaffung der digitalen Radiologie wird gemäss Planung der Aufsichtskommission aus dem bestehenden Eigenkapital finanziert. Das Kantonsspital wird die notwendigen Investitionen so vornehmen, dass die Radiologie unter der Leitung von Luzern ab 2008 entweder durch Anwesenheit von Fachärzten vor Ort oder bei Abwesenheit mittels Teleradiologie möglich ist.

3424 Ausserkantonale Spitalbehandlungen

Zahlungen für medizinisch zwingende ausserkantonale Behandlungen

Für das Jahr 2006 wurden für medizinisch zwingende ausserkantonale Behandlungen rund 6,6 Millionen Franken ausgewiesen (Vorjahr 6,0 Millionen Franken). Die

Kostensteigerung ist auf Einzelfälle in Spitälern, mit denen der Kanton keine Vereinbarung abgeschlossen hat, zurückzuführen.

Aufstellung der Leistungserbringer, an welche der grösste Teil der ausserkantonalen Zahlungen erfolgte:

	2006 in Franken	2005 in Franken	2004 in Franken	2003 in Franken	2002 in Franken
Epilepsie-Klinik	32 195.–	98 377.–	121 291.–	185 258.–	24 960.–
Forel Klinik	–.–	18 705.–	–.–	18 833.–	25 344.–
Inselspital Bern	280 701.–	78 079.–	234 936.–	121 034.–	70 250.–
Kantonsspital Aarau	103 751.–	117 332.–	183 262.–	297 958.–	142 243.–
Kantonsspital Luzern	3 833 173.–	4 190 788.–	3 904 541.–	4 347 380.–	3 760 962.–
Kantonsspital NW*	292 546.–	117 862.–	127 709.–	145 360.–	502 901.–
Klinik Adelheid	71 210.–	59 225.–	54 244.–	29 221.–	36 132.–
Klinik Littenheid	46 480.–	18 923.–	–.–	–.–	–.–
Klinik St. Anna	425 195.–	568 253.–	672 472.–	542 951.–	328 747.–
Luzerner Höhenklinik	142 687.–	107 074.–	120 960.–	88 515.–	111 209.–
Privatklinik Meiringen	190 004.–	208 052.–	330 945.–	416 256.–	253 248.–
Psych. Münsingen	9 782.–	12 426.–	–.–	–.–	48 585.–
Psych. Klinik Oberwil	409 259.–	272 162.–	268 813.–	188 678.–	120 812.–
Psych. Sonnenhof	–.–	28 215.–	–.–	–.–	–.–
Unispital Basel	196 698.–	199 470.–	162 523.–	378 523.–	139 514.–
Kinderspital Basel	–.–	56 169.–	–.–	–.–	–.–
Unispital Zürich	240 264.–	113 814.–	207 273.–	308 294.–	419 562.–
Kinderspital Zürich	–.–	23 045.–	–.–	–.–	–.–

Grau schattiert: Leistungserbringer, mit welchen der Kanton Obwalden Spitalabkommen abgeschlossen hat.
* Gilt nur für Engelberger Patientinnen und Patienten.

35 Sozialamt

Das Sozialamt fördert und koordiniert die private und öffentliche Sozialhilfe durch Beratung von Behörden und Sozialdiensten. Es führt besondere Beratungs- und Vermittlungsdienste (Suchtberatung, Jugend- und Elternberatung, Opferberatung, Ehe- und Familienberatung, Behindertenberatung, Betagtenberatung, Beratung Psychischkranke) oder überträgt sie an private Institutionen. Das Sozialamt beaufsichtigt Heime und Einrichtungen der Sozialhilfe und organisiert die Zuweisung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
6.1	Die Gesetzesanpassungen zur Einführung der Kleinkinderbetreuungszulage sind abgeschlossen.	Erledigt. Der Kantonsrat nahm den Bericht über die Einführung einer Kleinkinderbetreuungszulage am 30. November 2006 zur Kenntnis und der Motionsauftrag vom 27. Oktober 2005 wurde abgeschrieben. Auf eine Kleinkinderbetreuungszulage wurde verzichtet.
6	Die Gesetzgebung zur Umsetzung des NFA Projekts im Heim- und Betreuungswesen ist in Erarbeitung.	Im Mantelerlass NFA wurden Bestimmungen der Verordnung über die Beitrag an Kinder- und Jugendheime sowie Behinderteneinrichtungen angepasst. Weitere gesetzliche Grundlagen zur Umsetzung der NFA sind in Erarbeitung.
6.1	Die Gesetzgebung zur Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung ist abgeschlossen.	Erledigt. Der Kantonsrat verabschiedete an seiner Sitzung vom 29. November 2007 das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung.
6	Über die Einsetzung einer Fachkommission Soziales ist entschieden (SOHIO-Projekt).	Erledigt. Nachdem die Gemeinden die Umsetzung einer kantonalen Fachkommission Soziales ablehnten, entschied der Regierungsrat mit Beschluss vom 30. Januar 2007 (Nr. 379), das Projekt nicht weiter zu verfolgen.

3500 Amtsleitung***Gemeinsam wirksam „Häusliche Gewalt“***

Anlässlich einer eintägigen Weiterbildung im März 2007, organisiert vom kantonalen Sozialamt und der Kantonspolizei sowie dem Sozialdienst Giswil, wurde das Thema „Häusliche Gewalt in Obwalden“ zur Sprache gebracht. 45 Personen (Gemeinderäte, Gemeinderätinnen, Gemeindeschreiber, Mitarbeitende der Migration und der Kriminalpolizei, Schulleitungen der Gemeinden und Rektorat der Kantonsschule Sarnen) interessierten sich für diese Thematik. Das Ziel der Weiterbildung war die Optimierung der Zusammenarbeit zwischen den Vormundschaftsbehörden, den Sozialdiensten, der Polizei, der Opferhilfe, der Kinder- und Jugendschutzgruppe sowie den Verantwortlichen der Schulen. Es wurden in Workshops aktuelle Fragen besprochen. Dank dieser Veranstaltung konnten in der Folge in einzelnen Fällen Doppelspurigkeiten vermieden werden, weil die Zuständigkeiten und Arbeitsweisen bekannt waren.

Finanzhilfe für familienergänzende Kinderbetreuung: Beitrag für eine moderne Familienpolitik

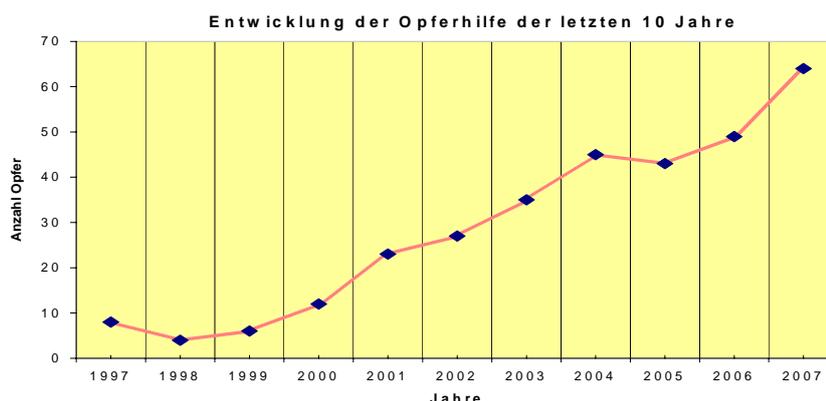
Die Situation der Familien in der Schweiz und im Kanton Obwalden hat sich in den letzten Jahren markant verändert. Die Geburtenrate nimmt stetig ab, immer mehr Kinder wachsen ohne Geschwister auf. Die Zahl der Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, wächst. Im Familienleitbild der Kantone Obwalden und Nid-

walden wurde auf die Lücke im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung hingewiesen. Mit dem neuen Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung ab 1. Januar 2008 bleiben primär die Eltern entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für die Übernahme der Kosten zuständig. Eine allfällige Differenz zwischen den Normkosten der Kindertagesstätte oder der Tagesfamilie und dem Elternbeitrag wird von Kanton und Gemeinden je hälftig übernommen. Das neue Gesetz trägt einen wesentlichen Teil zu einer modernen Familienpolitik und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Kanton Obwalden bei. Die Richtlinien bezüglich Qualitätsstandard für Kinderkrippen und krippenähnliche Einrichtungen sowie der Vermittlung und Begleitung von Tagesfamilien aus dem Jahr 2003 wurden überarbeitet. Die revidierten Richtlinien werden ab 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt.

3502 Beratungen

Opferberatungsstelle: Markante Zunahme der Beratungen

Die Opferberatungsstelle beriet und unterstützte 64 Personen (2006: 49 Personen). Es waren dies insgesamt 18 männliche und 46 weibliche Personen aller Altersgruppen. Die Zahl der Opferberatungen nimmt von Jahr zu Jahr zu, im Berichtsjahr ist im Vergleich zum Vorjahr eine markante Zunahme von rund 30 Prozent festzustellen.



Suchtberatung: Alkohol im Vordergrund

Im legalen Suchtbereich steht die Suchterkrankung durch Alkohol klar im Mittelpunkt. Die Betroffenen selber suchen die Suchtberatungsstelle in den meisten Fällen aufgrund des Drucks des Arbeitgebers oder auch erst aufgrund massiver körperlicher Folgeerkrankungen auf. Fast die Hälfte der Klienten und Klientinnen sind Angehörige von Betroffenen, die auf der Beratungsstelle Rat suchten.

Durch die methadongestützte Behandlung sind die meisten Personen im Arbeitsmarkt und im sozialen Umfeld integriert. 36 Personen befinden sich im Methadonprogramm, vier Personen konnten die Behandlung erfolgreich abschliessen.

Im März fand in Stans die jährliche Ärztefortbildung zum Thema "Anorexie" statt, die von den Suchtberatungsstellen Uri, Obwalden und Nidwalden organisiert wurde.

*Alkoholberatungen	2002	2006	2007
<i>Männer</i>			
Anzahl Männer Anfang Jahr	31	14	6
Neuaufnahmen	21	10	19
Total Fälle	52	24	23
Abschlüsse	27	17	7
Anzahl Männer Ende Jahr	25	6	18
<i>Frauen</i>			
	2002	2006	2007
Anzahl Frauen Anfang Jahr	10	12	5
Neuaufnahmen	18	8	5
Total Fälle	28	20	10
Abschlüsse	21	15	6
Anzahl Frauen Ende Jahr	7	5	4
<i>*Anmerkung: In den Fallzahlen der Statistik sind auch einige wenige Fälle von Glücksspielsucht erfasst</i>			

Beratungen illegaler Drogen	2002	2006	2007
<i>Männer</i>			
Anzahl Männer Anfang Jahr	30	34	23
Neuaufnahmen	12	4	6
Total Fälle	42	38	29
<i>Davon Total im Methadonprogramm</i>	<i>(29)</i>	<i>(22)</i>	<i>(26)</i>
Abschlüsse	20	15	2
Anzahl Männer Ende Jahr	22	23	27
<i>Frauen</i>			
Anzahl Frauen Anfang Jahr	8	13	10
Neuaufnahmen	5	3	4
Total Fälle	13	16	14
<i>(Vom Total sind im Methadonprogramm)</i>	<i>(8)</i>	<i>(7)</i>	<i>(10)</i>
Abschlüsse	6	6	2
Anzahl Frauen Ende Jahr	7	10	12

* Beratungsgespräche (Intensität)	2002	2006	2007
1 - 4 Mal Beratungsgespräche		30	42
5 -10 Mal Beratungsgespräche			26
Mehr als 10 Mal Beratungsgespräche			8

* Die Intensität der Beratungsgespräche wurde erst ab 2007 erhoben.

Anzahl telefonische Beratungen			22
--------------------------------	--	--	----

Jugend- und Elternberatung

Aufgrund der Einführung der elektronischen Datenerfassung anfangs 2006 und zur Angleichung an die Statistiken anderer Beratungsstellen erfolgte ein Wechsel in der Praxis der Erfassung und Auswertung der Personendaten. Ein direkter Zahlenvergleich der Beratungstätigkeit mit den früheren Jahren ist daher nicht möglich.

Die Anzahl Dossiers per Ende Jahr ist aufgrund der oben erwähnten Änderung der Erfassung der Personen wie erwartet auf 50 gesunken. Auffallend ist bei den Neuaufnahmen das Verhältnis 2 : 1 der weiblichen zu den männlichen Jugendlichen. Die Dauer der Beratungen zeigt ein bekanntes Bild. Mehrheitlich kommen die Betroffenen für ein bis vier Beratungsgespräche zur Jugend- und Elternberatung. Insgesamt hat sich die Beratungshäufigkeit erhöht.

Telefonisch wurden 38 Beratungsgespräche geführt. Die Anfragenden waren hauptsächlich Eltern oder Erwachsene aus dem Umfeld von Jugendlichen.

Mehrere Male wurde die Fachstelle bei Mobbing in Schulklassen beigezogen. Nebst der Beratung der betroffenen Schüler/innen und Lehrpersonen, wird mit dem Schulpsychologischen Dienst und der Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention OW/NW ein Lehrerfortbildungsangebot zu diesem Thema erarbeitet.

Beratungsgespräche (Intensität)	2002	2006	2007
1 - 4 Mal Beratungsgespräche	51	56	83
5 -10 Mal Beratungsgespräche	14	27	49
Mehr als 10 Mal Beratungsgespräche	20	32	36
Anzahl telefonische Beratungen			38

Jugendhilfekommission:

Jugendhilfekonferenz 2007 zum Thema „Lebenswelt Internet – Chancen und Risiken“

Das Schwergewicht der Arbeit der kantonalen Jugendhilfekommission lag 2007 bei der Organisation der Jugendhilfekonferenz im Mai zum Thema „Lebenswelt Internet – Chancen und Risiken“ in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention OW/NW. Ein Publizist und Medienspezialist und eine Mitarbeiterin der Kripo Obwalden informierten über die Gefahren im Internet.

Jugendkulturraum Obwalden

Die Notwendigkeit eines Jugendkulturraums für Obwalden ist unbestritten. Die Umsetzung stockt nach wie vor mangels eines dafür geeigneten Raums oder Grundstücks.

Das Projekt Jugendbeauftragter hat sich etabliert

Der Ausschuss der Jugendhilfekommission, ergänzt mit einem Vertreter aus den Gemeinden, traf sich mit dem Jugendbeauftragten, um seine Aufgabenschwerpunkte zu besprechen und die weiteren Schritte zu planen. Der Jugendbeauftragte begleitet

und unterstützt die Gemeinden in der Jugendpolitik und der offenen Jugendarbeit. Er stellt die Koordination und Zusammenarbeit mit anderen kantonalen Stellen sicher und sorgt für eine institutionalisierte Vernetzung der Gemeinden im Bereich Jugend.

In Sachseln, Sarnen und Kerns sind bereits professionelle Jugendarbeiter/innen angestellt oder Mandate an Dritte vergeben worden. In Alpnach und Engelberg sind Gemeindevertreter/innen daran, ihre Strategien und Massnahmen für die Jugendlichen konkret zu planen.

3504 Asylsuchende, Flüchtlinge

Anzahl Asylsuchende weiterhin rückläufig

Es reisten wie bereits im Vorjahr 48 Asylsuchende in den Kanton Obwalden ein, 76 Personen verliessen den Asylbereich. Davon erfüllten 23 Personen die Bedingungen für eine B-Bewilligung, vier Flüchtlinge erhielten eine C-Bewilligung, eine Person heiratete, die restlichen Personen mussten die Schweiz aufgrund eines negativen Entscheids verlassen.

Seit Jahren sind die Zahlen im Asylbereich rückläufig. Caritas Schweiz als beauftragte Institution in der Betreuung und Beratung von Asylsuchenden und Flüchtlingen passt daher laufend ihre Strukturen den neuen Gegebenheiten an. Im Januar 2007 verfügte die Caritas über 17 Wohneinheiten mit total 103 Schlafplätzen, wovon alle belegt waren. Per Ende 2007 sind noch 14 Wohneinheiten mit total 86 Schlafplätzen vorhanden.

	2006	2007
Asylsuchende		
Total betreute Personen	176	157
Davon im laufenden Jahr neu eingereist	48	48
Wohnhaft in Caritas Unterkünften	107	84
Arbeitstätige Personen	45	49
Ohne Arbeitsrecht (z.B. Kinder, Arbeitsverbot Bund)	90	67
Flüchtlinge		
Total betreute Personen	29	22
Arbeitstätige Personen	3	4
Ohne Arbeitsrecht (Kinder)	13	8

Die Gemeinden sind durch die Neuerungen im Asylbereich mitbetroffen

Die Teilrevision des Asylgesetzes sowie das neue Ausländergesetz wurden am 24. September 2006 von der Schweizer Bevölkerung angenommen. Dadurch traten wichtige Änderungen auf Anfang 2007 resp. auf Anfang 2008 in Kraft.

Seit Anfang 2007 fallen alle Personen mit einem Nichteintretensentscheid unter den Sozialhilfestopp des Bundes, ab 2008 auch die rechtskräftig Abgewiesenen. Gemäss Sozialhilfegesetz sind Personen, die unter den Sozialhilfestopp fallen und nicht ausreisen können, berechtigt Nothilfe zu beziehen. Die Ausrichtung der Nothilfe fällt in die Kompetenz der Gemeinden. Ebenfalls sind die Gemeinden ab 2008 für alle vorläufig aufgenommenen Personen zuständig, die länger als sieben Jahre in der

Schweiz anwesend sind. Die Sozialhilfebehörden der Gemeinden wurden daher bereits Ende 2006 über die Auswirkungen auf ihre Sozialhilfestrukturen informiert. Im Berichtsjahr wurden in einer Arbeitsgruppe alle Schnittstellen beleuchtet und das Übergabeprozedere festgelegt. Per 1. Januar 2008 gehen 25 vorläufig aufgenommene Personen sowie 14 abgewiesene Personen, bei denen die Papierbeschaffung noch nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnte, auf die Gemeinden über.

Der Leistungsvertrag mit der Caritas Schweiz angepasst

Mit dem Inkrafttreten der revidierten Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen lanciert der Bund per 1. Januar 2008 ein ganz neues Abgeltungssystem im Asyl- und Flüchtlingsbereich. Die bisherigen Abgeltungen, die aufgrund von Quartalsabrechnungen erfolgten, werden durch Globalpauschalen ersetzt. Dabei wird die Anzahl bezugsberechtigter Personen anhand des neuen Zentralen Migrationsinformationssystem ZEMIS ermittelt. Im Zug der eidgenössischen Sparmassnahmen wurde auch der Sockelbetrag gestrichen, der jedem Kanton unabhängig von seiner Grösse ausgerichtet wurde. Die neuen Finanzabläufe des Bundes bedingten eine Anpassung des Leistungsvertrags mit Caritas Schweiz.

3506 Heime

NFA als grosse Herausforderung im Heimbereich

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) lässt im Heimbereich nichts beim Alten. Die Finanzierung, das Controlling sowie die Bedarfsplanung von Wohnheimen, Werkstätten und Sonderschulen gehen an den Kanton über. Die Übergangsbestimmung in der Bundesverfassung verpflichtet die Kantone, die bisherigen Leistungen der IV zu übernehmen, bis sie über ein genehmigtes Behindertenkonzept verfügen, jedoch mindestens während drei Jahren seit Inkrafttreten der NFA per 1. Januar 2008.

Neben der Berechnung des neu auf die Kantone fallenden Kostenanteils müssen die Dienstleistungen der Institutionen und die gewünschte Qualität festgelegt werden. Die Bedarfsplanung wird in Zusammenarbeit mit der Zentralschweiz aufgebaut. Die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen ist für den Kanton Obwalden von grösster Wichtigkeit, da wir innerhalb des Kantons kein eigenes Angebot für spezielle Dienstleistungen im Behindertenbereich z.B. Sonderschule für blinde oder taube Kinder oder geschützte Arbeitsplätze für stark körperbehinderte Personen zur Verfügung stellen können. Die Erarbeitung von Leistungsvereinbarungen mit den Institutionen Rütimattli und Juvenat wurden an die Hand genommen.

36 Strafverfolgung: Verhöramt, Staatsanwaltschaft und Jugendanwaltschaft

360 Verhöramt

Das Verhöramt führt die Strafuntersuchungen gegen Erwachsene durch. Soweit es für den Untersuchungszweck notwendig ist, kann es beim Polizeikommando Polizeiorgane zur Mitwirkung auffordern. Das Verhöramt stellt Strafbefehle aus (Freiheitsstrafen [unbedingt] bis zu sechs Monaten, Geldstrafen von nicht mehr als 180 Tagessätzen [bedingt, teilbedingt, unbedingt] sowie Bussen [unbedingt]) und es kann

(mit Zustimmung des Angeschuldigten) gemeinnützige Arbeit bis 720 Std. (bedingt, teilbedingt, unbedingt) anordnen. Weiter verfügt es die Einstellung des Verfahrens oder beantragt der Staatsanwaltschaft die Überweisung an das Gericht. Das Verhöramt ist ausserdem zuständig für die Verfügung der Administrativmassnahmen gemäss Strassenverkehrsgesetz (Verwarnungen und Führerausweisentzüge). Im Weiteren obliegt ihm die Erledigung der Rechtshilfebegehren auswärtiger Strafbehörden, die Aufsicht über die Haftlokalitäten, die Behandlung der Untersuchungsgefangenen sowie die Festsetzung der Höhe der Entschädigung und Genugtuung gemäss Opferhilfegesetz.

3600 Verhöramt

Eingänge und Erledigungen

Im Jahr 2007 gingen beim Verhöramt 2 672 neue Fälle ein (2006: 2 795). Zusammen mit den pendenten Fällen der Vorjahre ergab dies eine Geschäftslast von 2 883 Fällen. Von diesen konnten 2 694 im Berichtsjahr erledigt werden (2006: 3 044). Per Ende 2007 waren somit insgesamt 189 unerledigte Fälle (2006: 211) zu verzeichnen, wovon 172 aus dem Jahre 2007 stammen. Per Stichtag 31.12.2007 waren beim Verhöramt mithin 17 überjährige Fälle pendent. Gegenüber dem Vorjahr konnten die Pendenzen um 22 Fälle reduziert werden.

Strafuntersuchungen

Die Mehrheit der im Berichtsjahr eingegangen 2 672 Straffälle betrafen wiederum das Strassenverkehrsgesetz (1 363). Bei den übrigen Strafuntersuchungen handelte es sich grösstenteils um Vermögensdelikte sowie Delikte gegen Leib und Leben (Körperverletzungen und Tötlichkeiten), sowie zu einem kleineren Teil um strafbare Handlungen gegen die öffentliche Gewalt und Widerhandlungen gegen die Nebenstrafgesetzgebung (Betäubungsmittelgesetz, Baugesetz, Bundesgesetz über den Aufenthalt und die Niederlassung der Ausländer, Umweltschutzgesetz, Gewässerschutzgesetz sowie das Gesetz über das kantonale Strafrecht). Gegenüber dem Vorjahr war eine Zunahme der Betrugsdelikte, Brandfälle, Drohungen und verbotenen Pornographie zu verzeichnen. Abgenommen haben indessen die Wegweisungen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt.

Administrativmassnahmeverfahren

Das Verhöramt verfügte im Administrativmassnahmeverfahren nach Strassenverkehrsgesetz 300 Führerausweisentzüge (2006: 307) und acht Aberkennungen (2006: 25) wegen Verkehrsregelverletzungen. Wegen Fahrens in angetrunkenem Zustand wurde 35 Fahrzeuglenkerinnen und -lenkerinnen der Führerausweis entzogen (2006: 46) sowie 14 Verwarnungen (0.5 – 0.79 ‰) ausgesprochen (Vorjahr: 22). 36 Personen musste der Führerausweis wegen nicht gegebener Fahreignung auf unbestimmte Zeit entzogen werden (2006: 56). Insgesamt wurden 281 Verwarnungen ausgesprochen (2006: 394) und 13 Sperrfristen (2006: 7) verfügt.

361 Staatsanwaltschaft

Die Staatsanwaltschaft überwacht die Untersuchungshandlungen des Verhöramts und der Jugendanwaltschaft. Sie ist zuständig für die Erhebung von Einsprachen ge-

gen Strafbefehle von Verhöramt und Jugendanwaltschaft, die Genehmigung von Verfahrenseinstellungen von Verhöramt und Jugendanwaltschaft sowie die Anklageerhebung und Einstellung in den vom Verhöramt an die Staatsanwaltschaft überwiesenen Fällen. Zudem können nicht vollständig untersuchte Fälle an das Verhöramt zurückgewiesen werden. Im gerichtlichen Verfahren vertritt sie die Anklage gegen Erwachsene vor Gericht und entscheidet für den Staat über die Ergreifung von Rechtsmitteln gegen Strafurteile des Kantons- und Obergerichts. Im Bereich der Administrativmassnahmen vertritt die Staatsanwaltschaft das Verhöramt vor Gericht. Zudem ist die Staatsanwaltschaft auch für die Beaufsichtigung des a.o. Verhorrichters für Wirtschaftsdelikte gemäss Vereinbarung vom 21.08.1995 über die Zusammenarbeit der Kantone Obwalden, Nidwalden und Uri bei der Verfolgung von Wirtschaftsdelikten zuständig.

3610 Staatsanwaltschaft

Eingänge und Erledigungen

Im 2007 ist es der Staatsanwaltschaft gelungen, alle noch hängigen, vom Verhöramt im Jahr 2006 oder früher an die Staatsanwaltschaft überwiesenen Fälle zu erledigen. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen 20 Personen Anklage, stellte zwei Strafverfahren ein und wies eines an das Verhöramt zurück. Somit konnten 50 Prozent mehr Fälle erledigt werden als im Vorjahr (damals waren es insgesamt 15) – und dies obwohl der Brandfall Melchsee-Frutt die Staatsanwaltschaft rund sechs Monate voll beschäftigte. Für die Erledigung von zwei Wirtschaftsfällen mit über 200 Delikten wurde ein ausserordentlicher Staatsanwalt eingesetzt.

Nebenher wurden von der Staatsanwaltschaft 691 Strafbefehle oder Einstellungsverfügungen des Verhöramts und der Jugendanwaltschaft genehmigt (2006: 662). Damit wurde auch in diesem Jahr die letztjährige Fallzahl wieder deutlich übertroffen, obschon hier nach der sprunghaftigen Zunahme im Jahr 2004 um 40 Prozent in den letzten zwei Jahren eine Entschärfung erhofft wurde.

Das Hauptaugenmerk der Staatsanwaltschaft lag aber nicht bei der Erledigung der Anklagen oder der Visumstätigkeit, sondern in der reibungslosen Umsetzung des neuen Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches. Dieses Unterfangen ist zufriedenstellend angelaufen, wenn es auch mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden war.

Aufsicht über Verhorrichter für Wirtschaftsdelikte

Zu Beginn des Jahres 2007 waren beim Verhöramt für Wirtschaftsdelikte für die Kantone Nidwalden, Obwalden und Uri vier Fälle aus dem Kanton Obwalden pendent. Einer davon konnte zwischenzeitlich gerichtlich abgeschlossen werden. In einem bereits hängigen Fall wurde eine umfangreiche, zusätzliche Strafanzeige eingereicht, die mit dem bestehenden Verfahren vereinigt werden konnte. Somit waren Ende 2007 noch drei Fälle aus dem Kanton Obwalden pendent. Insgesamt waren beim Verhöramt für Wirtschaftsdelikte zu diesem Zeitpunkt 15 Fälle hängig. Der zeitliche Aufwand für den Kanton Obwalden lag im Jahre 2007 mit 23,6% des Gesamtaufwands etwas unter dem Richtwert von 25%. Neue Fälle wurden im Jahr 2007 aus Obwalden (wie auch aus Uri) nicht an das Verhöramt für Wirtschaftsdelikte überwiesen. Nidwalden überwies deren zwei.

Der Verhörer für Wirtschaftsdelikte nimmt für den Kanton Obwalden auch die Aufgabe als Meldestelle für Geldwäscherei wahr. Im Jahr 2007 gingen keine Meldungen ein.

362 Jugendanwaltschaft

Die Jugendanwaltschaft ist zuständig für die Strafverfolgung sowie den Straf- und Massnahmenvollzug bei Jugendlichen im Alter 10 bis 18 Jahren mit Wohnsitz im Kanton Obwalden. Die Jugendanwaltschaft führt die Strafuntersuchung, erlässt in leichten Fällen einen Strafbefehl oder vertritt die Anklagen vor dem Jugendgericht.

3620 Jugendanwaltschaft

Im Jahr 2007 gingen insgesamt 151 neue Fälle ein. Bei einem Pendenzenstand von 31 Fällen per 31. Dezember 2006 ergab dies eine Geschäftslast von insgesamt 182 Fällen (2006: 183). Davon konnten 169 Fälle erledigt werden, was einen Pendenzenstand per 31. Dezember 2007 von 13 Fällen ergab. Davon sind ein Fall aus dem Jahr 2006 und 12 Fälle aus dem Jahr 2007 hängig. Ein Fall wurde dem Jugendgericht zur Beurteilung überwiesen, da eine Unterbringung in ein Jugendheim angeordnet werden musste.

Die meisten Verstösse von Jugendlichen liegen nach wie vor im Bereich des Strassenverkehrsgesetzes. Danach folgen Diebstähle, Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz, Tätlichkeiten/Körperverletzungen und Sachbeschädigungen. Eine Zunahme von Gewaltdelikten von Jugendlichen konnte nicht festgestellt werden.

4 Volkswirtschaftsdepartement

Das Volkswirtschaftsdepartement (VD) umfasst

	Vollzeitstellen Ende	
	2006	2007
Departementssekretariat	1.6	1.6
Volkswirtschaftsamt	13.95	14.20
Amt für Arbeit	6.20	6.20
Amt für Landwirtschaft und Umwelt	14	14
Insgesamt	35.75	36

„Die Umsetzung der Langfriststrategie 2012+, im Besonderen die Steuergesetz-revision und die Verabschiedung des Richtplanes, hat Obwalden in der Schweiz und im Ausland ausgezeichnet positioniert. Jetzt gilt es diese gute Ausgangslage optimal zu nutzen!“

Regierungsrat Niklaus Bleiker, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements

Das Jahr 2007 in Zahlen

Beim Handelsregister stieg die Geschäftszahl um 28 Prozent auf 1 283. Der Bestand an Firmen erhöhte sich um 336 auf 2 725, was den höchsten prozentualen Zuwachs in der Schweiz ergibt.

Die Nachfrage nach Wohneigentum durch Personen im Ausland ist weiter stark ge-stiegen. Mit 28 Geschäften, wovon 25 Gesuche für Ferienwohnungen und Ferien-häuser hauptsächlich in Engelberg, überstiegen die Gesuche das jährliche Kontin-gent. Diese zusätzlichen Gesuche konnten dank des Übertrags aus dem Vorjahr be-willigt werden.

Die Arbeitslosenquote betrug 1.1 Prozent, gegenüber 2.8 Prozent im Landesdurch-schnitt.

Mehr als die Hälfte der zugezogenen Personen sind aus Deutschland.

2007 trat in Obwalden erstmals Feuerbrand bei Obstbäumen auf. 28 befallene Bäu-me mussten gerodet werden.

Seit 2001 unterstützte der Kanton 17 innovative Projekte zur Absatzförderung land-wirtschaftlicher Produkte mit Starthilfebeiträgen von insgesamt Fr. 118 000.–.

76 Anlagen zur Gewinnung von Erdwärme wurden bewilligt. Das sind über zehnmal mehr als neu erstellte Tankanlagen für Heizöl.

Die umgesetzten Departementziele im Überblick (Controlling)

	<i>Jahresziele 2007</i>	Stand der Erfüllung
1.1	Die Leistungsvereinbarung mit der Standort Promotion in Obwalden mit Indikatoren ist abgeschlossen, die Abläufe sind eingespielt.	Der Regierungsrat hat die Leistungsvereinbarung genehmigt. Die Standort Promotion hat die Leistungsindikatoren erfüllt.
1.4	Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Schwarzarbeit ist mit einer Interkantonalen Vereinbarung erlassen.	Die Interkantonale Vereinbarung über den Vollzug des Entsendegesetzes ist um den Auftrag zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ergänzt.
1.5	Die freien Flächen für Wohnen sowie für Industrie und Gewerbe und deren Verfügbarkeit sind in einem Baulandkataster erfasst.	Die Standort Promotion in Obwalden hat in Zusammenarbeit mit den Gemeinden die verfügbaren Parzellen erfasst. Die Publikation im Internet hängt von der Inkraftsetzung der Änderung der Grundbuchverordnung ab.
2.1	Die Zusicherung des Kantonsbeitrages ab 2008 an das MCCS ist sichergestellt.	Der Kantonsrat hat den Beitrag für 2008 zugesichert, die künftige Finanzierung soll in das Hochschulkonkordat aufgenommen werden.
2.3	Der Nachtrag zum kantonalen Landwirtschaftsgesetz ist vorbereitet. Die Ausführungsbestimmungen für die Umsetzung der AP 2011 liegen vor. Für die Weiterführung der Wohnbausanierung liegt ein Gesetzesentwurf vor.	Der Nachtrag wurde vom Kantonsrat in erster Lesung am 30. November 2007 beraten. Die Entwürfe sind erarbeitet und werden bis zur Inkraftsetzung des Nachtrags des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes vom Regierungsrat erlassen. Die Wohnbausanierung ist Teil des Nachtrags des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes.
3.2	Die Anpassung des Tourismusgesetzes führt in den touristischen Schwergemeinden die Tourismusförderungsabgabe ein.	Ein Entwurf liegt vor.
6.2	Ein auf die NFA abgestimmtes Gesetz für die Ergänzungsleistungen liegt vor.	Das Gesetz über Ergänzungsleistungen tritt auf den 1. Januar 2008 in Kraft.
7.5	Für die Bereinigung des Grundbuches liegt ein Langfristplan mit Meilenstein vor. Die offenen Fragen um das Grundbuch Engelberg sind gelöst.	Der Langfristplan mit den Meilensteinen liegt vor. Schrittweise werden die offenen Punkte abgearbeitet.

9.2	Der Kataster der belasteten Standorte ist erstellt.	Die möglichen Deponiestandorte sind erfasst. 80 Prozent der betroffenen Betriebs- und Unfallstandorte sind beurteilt.
	Der Auftritt der Urkantone an der OLMA 2007 wirkt nach innen und aussen.	Der Auftritt der Urkantone hat ein überaus positives Echo ausgelöst.
	Für das LIS ist die optimale Organisationsstruktur eingeführt.	Mit der LIS Nidwalden AG ist eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Die Aufgaben der GIS-Koordination nimmt die Abteilung Grundbuch und Vermessung wahr.

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2007	Stand der Erfüllung
Nachtrag zum Gesetz und zur Verordnung über die regionale Wirtschaftspolitik (Neue Regionalpolitik).	Vom Kantonsrat am 30. November 2007 verabschiedet.
Verordnung zum Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts.	Die Erarbeitung wurde aufgrund anderer Prioritäten auf 2008 verschoben.
Verordnung über die Beurkundungs-, Grundbuch- und Schätzungsgebühren (Nachtrag Fusionsgesetz und Anpassung Gebührenansätze).	Wird 2008 zusammen mit weiteren Änderungen gemäss IAFP 2008 bis 2011 an die Hand genommen.
Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer.	Erlassen durch den Kantonsrat am 30. November 2007.
Nachtrag zur Vollziehungsverordnung zum Asylgesetz (Anpassung an das revidierte Asylgesetz).	Geregelt in der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer.
Nachtrag zum Landwirtschaftsgesetz.	Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Landwirtschaft sowie zum bäuerlichen Boden- und Pachtrecht wurde vom Kantonsrat am 30. November 2007 in erster Lesung beraten.
Nachtrag zum Tourismusgesetz (Tourismusförderungsabgabe in touristischen Schwerpunktgebieten).	Ein Entwurf liegt vor. Eine Abstimmung mit den Nachbarkantonen Nidwalden und Uri wird wegen der unterschiedlichen Ausrichtung nicht möglich.
Nachtrag zum Ruhetagsgesetz.	Vom Kantonsrat am 27. April 2007 verabschiedet.

Nachtrag zur Chemiewehr und Strahlenschutzverordnung.	Erste Anpassungen sind im Gesetz über die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) vom 29. Juni 2007 enthalten. Weitere Punkte werden in die Feuerschutzgesetzgebung aufgenommen.
Nachtrag zur Ölwehrverordnung.	Vgl. Nachtrag zur Chemiewehr und Strahlenschutzverordnung.
Nachtrag zur Vollziehungsverordnung über die amtliche Vermessung (in Mantelerlass zur NFA).	Im Gesetz über die Umsetzung der NFA enthalten.
Gesetzgebung über Ergänzungsleistungen (NFA-Umsetzung).	Vom Kantonsrat am 25. Oktober 2007 erlassen.
Gesetz über die Wohnbausanierung.	Im Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Landwirtschaft sowie zum bäuerlichen Boden- und Pachtrecht enthalten.
Kantonsratsbeschluss über die Familienzulagen für Arbeitnehmer.	Erlassen vom Kantonsrat am 29. Juni 2007.
Nachtrag zum Gesetz über Familienzulagen.	Der Entwurf ging in die Vernehmlassung.
Verordnung zum Arbeitsgesetz.	Die Jugendarbeitsschutzverordnung des Bundes tritt erst auf den 1. Januar 2008 in Kraft. Die kantonale Verordnung wird 2008 angepasst.
Verordnung über das Campieren.	In Vorbereitung.

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Kantonsmarketing erfolgreich angelaufen

Nachdem sich 2006 die Standort Promotion in Obwalden noch ganz dem Aufbau widmete, übernahm diese 2007 weitestgehend die Betreuung von Anfragen, den Auftritt an Veranstaltungen in der Schweiz wie im Ausland sowie die Vertretung in den entsprechenden Organisationen. Das Zusammenspiel und die Aufgabenteilung haben sich bewährt. Die Koordinationsstelle für Wirtschaftsfragen beim Volkswirtschaftsdepartement kann sich vorwiegend auf jene Fragen beschränken, die durch kantonale Amtsstellen zu lösen sind. Einige wenige Dossiers werden auf Wunsch der Kunden weiter betreut.

Die Umsetzung der Richtplanung fordert heraus

Das Volkswirtschaftsdepartement ist bei der Umsetzung der Richtplantexte bei rund der Hälfte mitverantwortlich. Alle Ämter sind gefordert. Zudem ist das Departement an der Projektsteuerung beteiligt. Mit dem Baulandkataster und der entsprechenden Anpassung der Grundbuchverordnung wurde ein erstes Projekt bereits umgesetzt.

Schadenbehebung Hochwasserkatastrophe 2005 weit voran geschritten.

Die Sanierung und Finanzierung der landwirtschaftlichen Rufenprojekte als Folge der Hochwasserkatastrophe 2005 sind, soweit sie unterstützt werden können, weitestgehend abgeschlossen, Teilzahlungen entsprechend den Krediten des Bundes sind erfolgt. Die Schlusszahlungen stehen noch an.

Die Kommission finanzielle Hilfen Hochwasser 2005 hat die privaten Gesuche, soweit die Abrechnungen vorliegen, behandelt und abgeschlossen. Ausstehend sind noch eine Reihe von Gesuchen, die beim Elementarschädenfonds hängig sind. An die Folgekosten des Hochwassers, die bei den Gemeinden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften entstanden sind, hat die Glückskette Schweiz den ausserordentlich grosszügigen Beitrag von 12.1 Millionen Franken zugesichert. Davon wurden 2006 bereits 3.5 Millionen Franken als Vorschuss an die Gemeinden weitergeleitet. Bei der endgültigen Zuteilung wurden die verbleibenden Restkosten der Gemeinden im Verhältnis zum Gemeindesteueraufkommen und den finanziellen Möglichkeiten bewertet, wie dies auch bei privaten Gesuchstellern der Fall ist. Bei den öffentlich-rechtlichen Körperschaften wurden Kategorien entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und der Betroffenheit gebildet. Da einzelne Projekte noch nicht aufgenommen oder abgeschlossen wurden, gab es für die Gemeinden Sarnen und Alpnach Zusicherungen auf Beiträge. Diese Beiträge werden nur ausgelöst, wenn die Arbeiten und Abrechnungen innerhalb von drei Jahren erfolgen.

Als Folge des Unwetters mussten für die amtliche Vermessung Fixpunkte und Terrainveränderungen erfasst werden. Diese wurden schwergewichtig im Bereich der wasserbaulichen Sofortmassnahmen und der Rufenprojekte ausgeführt.

Interkantonale Zusammenarbeit

Am 1. Januar 2008 tritt das Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in Kraft. Die zuständigen Regierungsräte der Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden und die Leiter der Arbeitsämter haben die Sozialpartner, die involvierten Amtsstellen und Gemeinden über die gemeinsame Umsetzung in den drei Kantonen informiert.

Mit einer Leistungsvereinbarung wurde der operative Teil von GIS Obwalden an die LIS Nidwalden AG übertragen. Die Zusammenarbeit hat sich bewährt und die erhofften Synergien gebracht.

Der Auftritt der Urschweizer Kantone Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden unter dem Titel „CHärngsund“ an der OLMA 2007 fand grosse Beachtung. Die OLMA verzeichnete die zweithöchste Besucherzahl. Herausragend waren die gelungene Eröffnungsfeier mit eindrücklichen Bildern, begleitet von Musikvorträgen sowie die Sonderausstellung mit dem Vierwaldstättersee und der 30 m breiten Multivisionsshow. Der farbenprächtige Umzug am Tag der Gastkantone zeigte Brauchtum und Auszüge aus der Wirtschaft der vier Kantone.

Beschwerdestatistik

Beschwerdeentscheide des Regierungsrats

(Vorbereitung und Antragstellung durch das Volkswirtschaftsdepartement)

	2006	2007
Anzahl Beschwerden:	11	5
Übertrag vom Vorjahr	3	3

	2006	2007
Neueingänge	8	2
Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats:		
– gutgeheissen	–	–
– teilweise gutgeheissen	–	1
– abgewiesen	5	3
– nicht eingetreten	–	–
Ohne Entscheid des Regierungsrats:		
(Abschreibungsbeschluss des Departements)	3	1
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	3	0
Beschwerdeentscheide des Volkswirtschaftsdepartements:		
Anzahl Beschwerden	7	4
Übertrag vom Vorjahr:	2	3
Neueingänge	5	1
Erledigt durch Entscheid des Departements:		
– gutgeheissen	–	–
– teilweise gutgeheissen	–	–
– abgewiesen:	1	–
– nicht eingetreten	1	–
Ohne materiellen Entscheid des Departements:		
Vergleich, Rückzug und dgl.	2	2
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr:	3	2

40 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat nimmt die Aufgaben der öffentlichen Wirtschaftsförderung als Koordinationsstelle für Wirtschaftsfragen wahr, ist Bindeglied für die interkantonale Zusammenarbeit sowie Europafragen und setzt die Massnahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung um. Es unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling).

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
	Die Leistungsvereinbarung mit der Standortpromotion in Obwalden mit Indikatoren ist in Kraft, die Aufgabenteilung festgelegt.	Die Standort Promotion in Obwalden hat die Leistungsziele erfüllt, die Zusammenarbeit hat sich eingespielt.
	Der Auftritt an der OLMA 2007 ist aktiv begleitet und wirkt nach innen.	Der Auftritt der Urschweiz hat ein begeistertes Echo ausgelöst. Das Departement war in der Regierungskommission und in den Sonderkommissionen Umzug, flankierende Massnahmen sowie Landwirtschaft vertreten.
	Über die verfügbaren Liegenschaften und Objekte besteht ein Kataster.	In Zusammenarbeit mit den Gemeinden hat die Standort Promotion in Obwalden alle verfügbaren Liegenschaften und Objekte erfasst. Die Aufschaltung auf das Internet ist vorbereitet.
	Die Finanzierung des Micro Center Central-Switzerland ab 2008 ist sichergestellt.	Eine Zwischenfinanzierung für 2008 sowie 2009 ist beschlossen. Die längerfristige Finanzierung soll in das Hochschulkonkordat übergeführt werden.
	Der Flugplatz Kägiswil ist erworben und steht für Kantonsaufgaben zur Verfügung.	Im Zusammenhang mit dem Dispositionsbestand der vom VBS nicht mehr gebrauchten Objekte und Liegenschaften werden die Verhandlungen über den Flugplatz weitergeführt.
	Das Interesse von Kanton und Gemeinden an Objekten des militärischen Dispositionsbestandes sind dem VBS eingereicht.	Kanton und Gemeinden sind über das Angebot informiert. Ete Angebote sind eingereicht.
	Ein Wirtschaftsgespräch zur Strategieplanung ist durchgeführt.	Das Wirtschaftsgespräch wird mangels Themen auf 2008 verschoben.
	Die Ziele der wirtschaftlichen Landesversorgung sind erreicht.	Entsprechend den Vorgaben des Bundes sind die Vorbereitungsmaßnahmen getroffen.

4000 Departementsdienste

Durch die Nutzung der bisherigen Hauswartwohnung im Verwaltungsgebäude als Büros ist nun das ganze Departement unter einem Dach zusammengeführt. Mit der Übersiedlung der Abteilung Umwelt in das Verwaltungsgebäude können die Synergien im Amt für Landwirtschaft und Umwelt voll genutzt werden.

Die Breite der Aufgabenfelder des Volkswirtschaftsdepartements nach der Integration des Grundbuchs und der Abteilung Umwelt macht sich in den Stellungnahmen und

Vernehmlassungen bemerkbar. Zu 20 Vorlagen des Bundes, die teilweise sehr umfangreich waren, wurde Stellung genommen oder die Stellungnahme vorbereitet.

Der Auftritt der Urschweiz an der OLMA 2007 unter dem Motto „CHärngsund“ brachte neue Erfahrungen für die Beteiligten. Bei den Vorbereitungen und an der OLMA selbst war das Departement vertreten in der Sonderausstellung, beim Umzug mit Beteiligung von Obwaldner Gruppen sowie in der Landwirtschaft mit der Viehausstellung.

Als ein erstes Projekt der Richtplanung 2006 bis 2020 ist der Baulandkataster für die Aufschaltung auf dem Internet vorbereitet. Die Standort Promotion in Obwalden hat mit allen interessierten Liegenschaftsbesitzern in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Kontakt aufgenommen. Durch eine Änderung der Grundbuchverordnung sind die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, damit die parzellenweise Übersicht auf das Internet aufgeschaltet werden kann. Ein Sperrmechanismus wird verhindern, dass Massenabfragen getätigt werden können.

4001 Aussenbeziehungen

Die erstmalige Beteiligung der Zentralschweiz an der Interregionalen Zusammenarbeit der Europäischen Union (Interreg III) ist abgeschlossen. Obwalden war über den Regionalentwicklungsverband Sarneraatal bei der Umsetzung des Alpinetwerks direkt in ein Projekt eingebunden. Die Wissens- und Technologievermittlung an KMU soll damit gefördert werden. Bei den andern drei Projekten ergab sich kein direkter Einbezug von Obwalden. Die Ausarbeitung der regionalen Innovationsstrategie (RIS), ein weiteres europäisches Forschungsprojekt, wurde durch das Departementssekretariat begleitet. Deren Umsetzung in der Zentralschweiz ab 2008 wird geprüft.

Für die Analyse und die Perspektiven der Zusammenarbeit in der Zentralschweiz, ein Projekt der Zentralschweizer Regierungskonferenz, erfolgte die Vorbereitung der Stellungnahme ebenso wie zur Europapolitik des Bundes durch die Konferenz der Kantonsregierungen.

4002 Wirtschaftsförderung

Die Aufgaben der Wirtschaftsförderung sind weitgehend an die Standort Promotion in Obwalden übertragen. Die mit der Langfriststrategie des Regierungsrates 2012+ in die Wege geleitete Steuergesetzrevision hat zu einer hohen Beachtung national und international geführt. Entsprechend blieb die Zahl der Kontakte mit Interessierten sehr hoch. Die Auswirkungen zeigen sich direkt beim Handelsregister (vgl. Bericht des Volkswirtschaftsamtes).

Eine Kurzpräsentation des Kantons im Powerpoint-Format steht nun für den micro-Park Pilatus und die Wirtschaftsförderung zur Verfügung.

41 Volkswirtschaftsamt

Das Volkswirtschaftsamt ist Anlaufstelle für die Submission und den Binnenmarkt. Es behandelt die Gesuche der Investitionshilfe für Berggebiete und der Regionalpolitik des Bundes, unterstützt überkantonale Träger des Tourismus und ist Koordinationsstelle für Fragen der Welthandelsabkommen (GATT/GATS/TRIPS). Beim Volkswirt-

schaftsamt wird das Handelsregister geführt und die Stiftungsaufsicht mit Ausnahme der BVG-Vorsorgeeinrichtungen wahrgenommen. Das Volkswirtschaftsamt richtet Beiträge für die Wohnbau- und Eigentumsförderung aus. Es ist die statistische Anlaufstelle und Bewilligungsbehörde für den Grundstückerwerb durch Personen im Ausland. Die Abteilung Grundbuch und Vermessung führt im Sarneraatal das Grundbuch und ist für die Grundbuchbereinigung besorgt. In Engelberg besteht eine eigene Dienststelle. Die Abteilung ist darüber hinaus mit Aufgaben in der Vermessung betraut. Zusätzlich betreut das Volkswirtschaftsamt die Betriebskommission und die Dienststelle GIS Obwalden.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
	Die IH-Mittel werden für Projekte gemäss Strategie- und Amtsdauerplanung des Regierungsrates eingesetzt.	Für drei Projekte wurden die letzten Investitionshilfen aufgrund des IHG zugesichert.
	Gestützt auf die Vorgabe des Mehrjahresprogramms des Bundes wird zusammen mit dem REV ein mehrjähriges Umsetzungsprogramm erarbeitet.	Das kantonale Umsetzungsprogramm zur Neuen Regionalpolitik 2008-2011 wurde vom Regierungsrat genehmigt. Die Programmvereinbarung zwischen Bund (SECO) und Kanton liegt vor.
	Das Gesetz über die regionale Wirtschaftspolitik ist an das neue Bundesgesetz über die Regionalpolitik (NRP) sowie das Bundesgesetz über die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) angepasst.	Der Nachtrag tritt auf den 1. Januar 2008 in Kraft.
	Das Handelsregister ist so organisiert, dass die Geschäfte termingerecht erledigt werden können.	Trotz wiederum starker Zunahme an Geschäften war eine termingerechte Erledigung sichergestellt, es mussten aber andere gesetzgeberische Aufgaben zurückgestellt werden.
	Die Kontrollstellen und die nicht zeichnungsberechtigten Mitglieder des Stiftungsrates sind im Handelsregister vollständig eingetragen.	Die Anmeldungen sind weitgehend erfolgt. Einzelne Kontrollstellen erfüllen jedoch die Anforderungen des am 1. September 2007 in Kraft getretenen neuen Revisionsaufsichtsgesetzes nicht und müssen ersetzt werden.
	Das neue System HRnet ist eingeführt.	Da die Einführung des neuen HRnet koordiniert mit dem Kanton Nidwalden erfolgen soll, wurde sie auf 2009 verschoben.
	Der Entscheid über die elektronische Archivierung (evtl. zusammen mit anderen Kantonen) ist erfolgt.	Der Zeitpunkt und Umfang der elektronischen Archivierung hängt von der Einführung des neuen Systems HRnet ab.

	Die räumlichen Probleme (Archiv und Büro) sind gelöst.	Der notwendige Büroraum steht zur Verfügung. Für das Archiv konnte eine vorläufige Lösung gefunden werden.
	Das Tourismusgesetz ist revidiert (abgeglichen mit Nidwalden und Uri). Die Anpassung führt in den touristischen Schwerpunktgemeinden die Tourismusförderungsabgabe ein.	Aufgrund der hohen Belastung durch das Handelsregister liegt erst ein Entwurf vor. Eine Abstimmung mit den Nachbarkantonen Nidwalden und Uri wird jedoch wegen der unterschiedlichen Ausrichtung nicht möglich sein.
	Die weitere Finanzierung der Beherbergungsstatistik und die Frage der Ausweitung auf Ferienwohnungen ist bestimmt.	Die künftige Beherbergungsstatistik ist auf schweizerischer Ebene immer noch hängig.
	"simap2" wird implementiert. Die Anwender sind über die Neuerungen informiert.	Das Projekt simap2 wurde durch die Trägerschaft definitiv abgebrochen. Eine Ersatzlösung wird gesucht.
	Falls die digitale Signatur im Kanton übernommen wird, sind die Ausführungsbestimmungen zum Submissionsgesetz entsprechend anzupassen.	Die kantonale Rechtsgrundlage für die digitale Signatur steht noch aus.
	Die Website „Obwalden in Zahlen“ erfährt mindestens jährlich ein Update. Aktualisierungen werden bei Bedarf auch laufend vorgenommen.	Die Website ist aktuell und wird regelmässig nachgeführt.
	Für die Grundbuchbereinigung liegt ein Langfristplan mit Meilensteinen vor.	Der Langfristplan enthält die notwendigen Meilensteine.
	Die Nachfolge des Leiters Grundbuchbereinigung ist sichergestellt. Eine zusätzliche Bereinigungsfachperson ist angestellt und eingeführt. Die Strukturen sind eingespielt. Das Büroproblem ist im Sinne von zweckmässigen Abläufen gelöst.	Mit der Nachfolge und einer zusätzlichen Bereinigungsfachperson sind die Strukturen aufgebaut. Die notwendigen Arbeitsplätze stehen zur Verfügung.
	Die offenen Fragen um das Grundbuch Engelberg sind gelöst.	Viele Berichtigungen wurden bearbeitet. Dies wird noch einige Zeit die Arbeit prägen.
	Nachbereinigung Grundbuch Engelberg (Pilotprojekt liegt vor).	Das Pilotprojekt wurde wegen der grossen Zahl an Berichtigungen noch nicht in Angriff genommen.
	Vermessung: Abschluss Realisierung AV 93 in die Wege geleitet.	Die technische Aufarbeitung sämtlicher Informationsebenen mit Ausnahme der Nomenklatur ist abgeschlossen. Sobald die Flurnamen durch die Nomenklaturkommission freigegeben werden, wird die operative Datenüberführung gemeindeweise angegangen.

	Für das GIS Obwalden ist die optimale Organisationsstruktur eingeführt.	Im GIS-Bereich konnte eine Leistungsvereinbarung mit der LIS Nidwalden AG abgeschlossen werden. Der amtliche Teil der GIS-Koordination ist der Abteilung Grundbuch und Vermessung übertragen.
	Eine kantonale Geoinformationsgesetzgebung ist geprüft.	Die kantonale Regelung soll 2009 zusammen mit der Umsetzung des eidgenössischen Geoinformationsgesetzes erfolgen.
	Die Vernetzung GIS-relevanter Applikationen von Kanton und Gemeinden ist voranzutreiben.	Umfangreiche zusätzliche Datensätze stehen zur Verfügung. Nutzungsplanung, Beleuchtungskataster und teilweise Fernwärme sind in den Gemeinden erfasst.

4100 Amtsleitung

Durch die personelle Verstärkung beim Handelsregister und bei der Grundbuchbereinigung konnte die weitere Zunahme an Geschäften beim Handelsregister bewältigt und bei der Grundbuchbereinigung die Voraussetzungen für eine Beschleunigung geschaffen werden. Der amtliche Teil der GIS-Koordination wurde dem Leiter der Abteilung Grundbuch und Vermessung übertragen, der operative Teil an die LIS Nidwalden AG.

Aufgrund der Vorgaben des Bundes musste in einem engen zeitlichen Rahmen das Umsetzungsprogramm für die Neue Regionalpolitik erarbeitet werden.

Statistik: Die Register werden harmonisiert

Für die Ausarbeitung eines Vollzugserlasses zum Registerharmonisierungsgesetz wurde eine kantonale Projektorganisation unter Aufsicht des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartements unter Einbezug der Gemeinden eingesetzt. Es ist vorgesehen, die Rechtsgrundlagen gemeinsam oder zumindest in gegenseitiger Absprache mit dem Kanton Nidwalden zu erarbeiten. Dieser ist auch an der technischen Umsetzung beteiligt. Das ILZ hat eine kantonsübergreifende Umsetzung in die Wege geleitet. Ein Realisierungskonzept liegt vor.

Grundstückwerb durch Personen im Ausland

Die Nachfrage nach Wohneigentum durch Personen im Ausland ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Im Berichtsjahr wurden 28 Geschäfte verzeichnet, wovon 25 Gesuche für Ferienwohnungen und Ferienhäuser hauptsächlich in Engelberg. Das zur Verfügung stehende Kontingent von 20 Einheiten reichte erstmals nicht mehr aus. Es musste jedoch noch keine Warteliste erstellt werden, weil die im Vorjahr nicht ausgeschöpften Kontingente jeweils auf das darauffolgende Jahr übertragen werden konnten. Die ersten 14 Bewilligungen des Jahres 2007 konnten deswegen noch zu Lasten des Kontingentes 2006 vergeben werden. Elf Bewilligungen wurden dem Kontingent 2007 belastet. Die verbleibenden neun Kontingente werden auf 2008 übertragen.

4101 Regionalpolitik

Tourismus

Der Leistungsauftrag über die Dienstleistungen im Bereich Service Public mit der Luzerner Tourismus AG lief Ende 2006 aus. Der erneuerte Zusammenarbeitsvertrag für die Jahre 2007–2010 konnte im Frühjahr 2007 abgeschlossen werden.

Obwalden beteiligt sich finanziell am Projekt „House of Switzerland“ während der Olympischen Spiele in Peking 2008 zusammen mit den Kantonen Luzern, Uri, Schwyz und Nidwalden.

Die Neue Regionalpolitik löst die Investitionshilfe für Berggebiete ab.

Die letzten drei Projekte der auslaufenden Investitionshilfe für Berggebiete, eine Beschneigungsanlage Melchsee-Frutt, der Bau einer Membranhalle für den Tennis-Winterbetrieb in Kerns und der Ausbau des Betagtenheims Huwel in Kerns wurden bewilligt.

Für die Neue Regionalpolitik (NRP), die auf den 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist, wurde ein kantonales Umsetzungsprogramm in Zusammenarbeit mit dem Regionalentwicklungsverband Sarneraatal und durch Begleitung einer externen Fachstelle für die Periode 2008-2011 erstellt. Es stützt sich ab auf die vorhandenen Planungsinstrumente wie Strategie des Regierungsrates 2012+, Richtplanung 2006-2020 und das Agrarleitbild. Die Schwerpunkte des Umsetzungsprogramms liegen bei den Wertschöpfungssystemen (Ausbau und Intensivierung von bestehenden regionalen Potenzialen durch unternehmensübergreifende Wertschöpfungssysteme wie Mikrotechnologie in der Zentralschweiz oder Vermarktung regionaler Produkte), bei Infrastruktureinrichtungen für den Tourismus von kantonaler und überkantonaler Bedeutung sowie wertschöpfungsstarken Arbeitsplätzen, bei der überregionalen Zusammenarbeit zur Umsetzung der Regionalpolitik (wie Aufbau eines Städtensetzes Luzern / Sarnen / Stans) sowie der Förderung von KMU durch Beratung und Begleitung.

Bei der Zuteilung der Bundesgelder für die Periode 2008-2011 nahm das SECO erhebliche Kürzungen vor. Obwalden werden für die Periode 2008-2011 von den angeforderten vier Millionen Franken für Darlehen und 800 000 Franken für A-fonds-perdu-Beiträge 2 400 000 Franken für Darlehen, 500 000 Franken an A-fonds-perdu-Beiträgen für rein kantonale ausgerichtete Aktivitäten und wenigstens 200 000 Franken für die überkantonale Zusammenarbeit zugeteilt. Darüber hinaus kann für genau bezeichnete überregionale Projekte mit zusätzlichen Beiträgen gerechnet werden.

Wohnbau- und Eigentumsförderung

2007 leistete der Kanton Obwalden noch an 30 Objekte Zusatzverbilligungen für die Wohnbau- und Eigentumsförderung (WEG). Heute sind nur noch Mittel des Bundes für indirekte Hilfen (Bürgschaften und Beiträge an Wohnbaugenossenschaften) möglich.

Gemeinde	2002		2006		2007	
	Anzahl Projekte	Fr.	Anzahl Projekte	Fr.	Anzahl Projekte	Fr.
Sarnen	10	39 084	4	27 259	4	8 657
Kerns	30	93 618	12	36 012	6	19 288
Sachseln	10	95 058	7	62 524	4	48 081
Alpnach	1	29 736	1	6 428	1	1 704
Giswil	16	47 721	8	24 402	5	12 298
Lungern	10	30 990	5	14 414	5	16 079
Engelberg	14	52 824	8	23 792	5	13 278
Total	91	389 031	45	194 831	30	119 385

4110 Handelsregister und Stiftungsaufsicht

Handelsregister

Die Steuergesetzrevisionen von 2006 und 2007 des Kantons und die gute Konjunktur haben dazu geführt, dass die Geschäftszahl gegenüber dem Vorjahr um weitere 28 Prozent auf 1 283 stieg. Der Bestand an Firmen erhöhte sich von 2 389 im Vorjahr auf 2 725. Sowohl die Neueintragungen als auch die Sitzverlegungen nach Obwalden nahmen im Vergleich zu den Vorjahren weiter zu. So wurde bei den Aktiengesellschaften eine Zunahme von 1 010 auf 1 193 Gesellschaften verzeichnet. Bei den GmbH stieg die Zahl von 493 auf 630.

Veränderungen Bestand 2007:

Bestand	01.01.2007	bis 31.12.2007			
		Neueintragungen	Sitzverlegungen nach OW	Löschungen	Saldo
AG	1 008	172	61	50	183
GmbH	489	136	25	24	137
Einzelfirma	583	40	5	42	3
Übrige	306	26	2	15	13
Total	2 386	374	93	131	336

412 Grundbuch / Vermessung / GIS Obwalden

Grundbuch Kreis I (Sarneraatal)

Die Anzahl Grundbuchgeschäfte (+ 91 Geschäfte oder + 4.8 Prozent) wie die Summe der Handänderungen (+ 47.3 Millionen Franken) haben gegenüber dem Vorjahr erneut zugenommen. Auch die Summe der errichteten Pfandrechte stieg um 110.5 Millionen Franken. Gleichzeitig war jedoch auch bei der Summe der gelöschten Pfandrechte ein Anstieg um 63 Millionen Franken zu verzeichnen.

Mit der Revision des Schätzungs- und Grundpfandgesetzes sowie der neuen Schätzungs- und Grundpfandverordnung wurde auf den 1. Januar 2007 die bestehende Belastungsgrenze für Schuldbriefe bei nicht landwirtschaftlichen Grundstücken aufgehoben. Anstelle von Grundpfandverschreibungen sind deshalb grossmehrheitlich Schuldbriefe errichtet worden. Im Sinne einer Umwandlung und Zusammenlegung sind auch viele Grundpfandverschreibungen und alte Pfandtitel gelöscht und an deren Stelle neue Schuldbriefe errichtet worden. Die Ausstellung dieser neuen Schuldbriefe erfolgt durch das Grundbuch, was einen erheblichen, zusätzlichen Arbeitsaufwand bedeutet. Die dazu angeschaffte EDV-Software bewährt sich bestens und ermöglicht eine reibungslose Auslieferung der Titel an die Gläubiger.

Grundbuchbereinigung Kreis I (Sarnen und Kerns)

Für den Perimeter Grundbuch Sarnen, Teilgebiet Spital- und Aamate, Brunnenmatt, Goldmatt, Ziegelhüttenmatte wurde das eidgenössische Grundbuch in Kraft gesetzt. Die Bereinigungsprotokolle im Perimeter im Gebiet Spitalmatte, Ried, Kirchhofen sind bis auf ein Grundstück abgeschlossen. Die Bereinigungsarbeiten werden neu im Teilgebiet in Sarnen zwischen Schwanderstrasse und Brünigbahnlinie sowie in Kägiswil fortgesetzt.

Ebenso stehen die Bereinigungsprotokolle für die Grundstücke im Perimeter Grundbuch Kerns im Gebiet Boll, Chatzenrain, Huwel, Untergass, vor dem Abschluss. Die Bereinigung wird im Teilgebiet Huwel, Chlewigen, weitergeführt.

Grundbuch Kreis II (Engelberg)

Die rege Bautätigkeit in Engelberg führte zu einer weiteren Zunahme auf 376 Handänderungen (2006: 316). Dieser Trend zeigt sich auch in den 155 eröffneten Miteigentums-, bzw. Stockwerkeigentumsblätter (2006: 72).

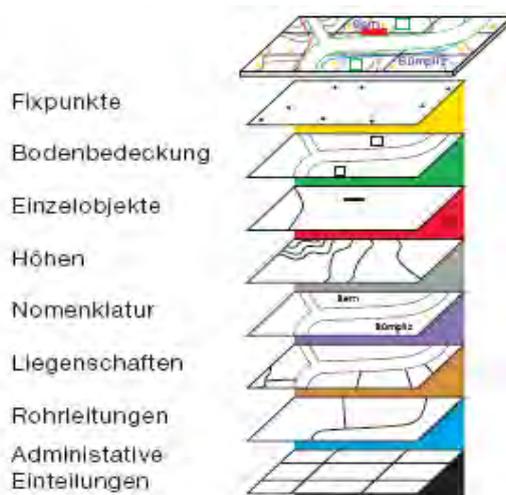
Bei 183 neu errichteten Grundpfandrechten wurde in 167 Fällen das Wertpapier Schuldbrief gegenüber der Grundpfandverschreibung bevorzugt.

Neben der Erledigung der ordentlichen Geschäfte mussten auch dieses Jahr wieder viele Berichtigungen gemäss Art. 977 ZGB bearbeitet werden. Die letztgenannte Tätigkeit wird noch einige Zeit die Arbeit prägen.

Amtliche Vermessung

In der amtlichen Vermessung (AV93) wurden sämtliche Informationsebenen mit Ausnahme der Nomenklatur technisch aufgearbeitet und für die Überführung in das Grundbuch (Aktualisierung der Grundstückbeschriebe) vorbereitet.

Informationsebenen der amtlichen Vermessung



Sobald die Flurnamen durch die Nomenklaturkommission freigegeben werden, wird die operative Datenüberführung gemeindeweise angegangen.

In der laufenden Nachführung konnte das Meldewesen mit den Gemeinden verbessert werden. Aufgrund der Baubewilligungen wird nun auch die Ebene „projektierte Bauten“ bewirtschaftet und zur Verfügung gestellt werden.

Als Folge des Unwetters mussten für die amtliche Vermessung Fixpunkte und Terrainveränderungen erfasst werden. Diese wurden schwergewichtig im Bereich der wasserbaulichen Sofortmassnahmen und der Rufenprojekte ausgeführt.

GIS Obwalden

Die Schwerpunkte des GIS Obwalden lagen im Geschäftsjahr 2007 in der Erweiterung der Zusammenarbeit mit der LIS Nidwalden AG. Mit der Vereinbarung betreffend Erbringung von Leistungen im Bereich Geoinformation wurden auf den 1. Juli 2007 die Rechte und Pflichten der bisherigen Betriebskommission GIS Obwalden auf die LIS Nidwalden AG übertragen. Die Aufgaben des amtlichen Teils wurden von der Abteilung Grundbuch und Vermessung und die des operativen Teils durch die Geschäftsstelle GIS Obwalden übernommen.

Auf der Datendrehscheibe des GIS Obwalden sind nun auf kantonaler Stufe das Gewässernetz, die Gewässerschutzkarte, die Naturgefahren, der Wald, der Natur- und Landschaftsschutz, die Beurteilungsgebietsgrenzen des Bevölkerungsschutzes sowie die landwirtschaftlichen Betriebe verfügbar. Zusätzlich wurden weitere Themen der Gemeinden wie Nutzungsplanung, Beleuchtungskataster und teilweise Fernwärme erfasst. Für Berechtigte sind nun auch die Werkleitungen des EWO und der Swisscom einsehbar.

Das Obwaldner Projekt "Datenerfassung der Kulturobjekte mittels Web" leistet einen guten Beitrag für eine geordnete und fortschrittliche Erfassung von Geodaten mit den dazugehörigen Fachdaten.

42 Amt für Arbeit

Das Amt für Arbeit ist die kantonale Stelle für Fragen und Belange des Arbeitsmarktes und des Arbeitsrechts. Zusammen mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszent-

rum OW/NW und der Arbeitslosenkasse OW/NW in Hergiswil vollzieht es das Arbeitslosenversicherungsgesetz und fällt die Vorentscheide für Kurzarbeit und Schlechtwetter. Es ist Anlaufstelle für Personen ausländischer Nationalität im Zusammenhang mit ihren Bewilligungen für den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit. Es vollzieht die Ausländer- und Asylgesetzgebung und ist Koordinationsstelle bei Fragen der Integration von ausländischen Personen, der Rassismusbekämpfung und zu den Fahrenden. Die dem Arbeitsgesetz unterstellten Betriebe werden hinsichtlich der Vorsorge gegen Betriebsunfälle und Berufskrankheiten, dem Gesundheitsschutz, der Arbeitshygiene und dem Umgebungsschutz beraten und überwacht. Um- und Neubauten werden in feuerpolizeilicher Hinsicht beurteilt. Die Einhaltung der Vorschriften bezüglich des Messwesens und der Preisbekanntgabe, des Entsendegesetzes und des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit wird überwacht. Für das Markt-, Reisenden- und Unterhaltungsgewerbe, die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih, das Konsumkreditwesen und das Campieren werden die erforderlichen Bewilligungen erteilt.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
	Die Verordnung über das Campieren ist überarbeitet. Die Grundlagen für die Überarbeitung der Campingverordnung liegen vor.	Das Anliegen wird im Rahmen der Richtplanung 2008 bearbeitet.
	Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts ist in Zusammenarbeit mit dem SGD erlassen.	Der Vollzug ist gewährleistet. Die Vorlage wird aufgrund der Belastung 2008 verabschiedet.
	Ein allfälliger Nachtrag zum Gesetz über Familienzulagen ist erlassen.	Der Entwurf ist vom Regierungsrat in 1. Lesung behandelt worden. Der Kantonsratsbeschluss über die Familienzulagen für Arbeitnehmer wurde angepasst.
	Das Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung ist angepasst.	Wurde durch den Kantonsrat am 25. Oktober 2007 erlassen.
	Die Arbeitslosenkasse OW/NW ist im Rahmen des Leistungsauftrages mindestens in der neutralen Zone.	Die endgültigen Zahlen für 2007 liegen noch nicht vor. Für 2006 wurde das Ziel erreicht.
	Das RAV OW/NW erreicht im Rahmen des wirkungsorientierten Leistungsauftrages mit dem Bund eine Wirkung grösser 100 Prozent.	Die endgültigen Zahlen für 2007 liegen noch nicht vor. Mit einem Wirkungsinde- x von 100 Punkten lag das RAV Ar- Obwalden und Nidwalden 2006 im schweizerischen Mittelfeld.

Die Einführungsgesetzgebungen zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ist im Rahmen der interkantonalen Vereinbarung über den Vollzug des Entsendegesetzes erlassen.	Zusammen mit der Tripartiten Arbeitsmarktkommission wurden die Vollzugsarbeiten vorbereitet.
Das neue Informatiktool AVAM für den Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist eingeführt.	Die erste Etappe für die Erfassung der Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigung ist eingeführt.
Das neue zentrale Migrationssystem ZEMIS ist anstelle von ZAR und AUPER mit entsprechender Schulung eingeführt.	Der Start von ZEMIS erfolgt durch den Bund erst im März 2008.
Die Produktion der neuen Ausländerausweise ist geklärt sowie technisch und vertraglich sichergestellt.	Das Projekt wurde vom Bund zurückgestellt.
Die Koordinationsgruppe Ausländer Integration (KAI) initiiert, dass gestützt auf das kantonale Leitbild in den Gemeinden je ein Integrationsprojekt umgesetzt wird.	In sechs Gemeinden sind Projekte zur Integration von Zugezogenen aus dem Ausland in Umsetzung.
Der Bericht über den Stand der Umsetzung der im Integrationsleitbild formulierten Massnahmen und Empfehlungen ist verfasst.	Der Bericht liegt im Entwurf vor.
Der Vollzug einer allfällig neuen Ausländer- und Asylgesetzgebung ist mit dem Inkrafttreten rechtlich gewährleistet.	Die Verordnung zum Ausländerrecht ist auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt.
Auf der Grundlage der neuen Bundesgesetzgebung (VO 5) ist die Ausführungsbestimmung zum Arbeitsgesetz vom März 1966 angepasst.	Die Jugendarbeitsschutzverordnung liegt nun vor. Die Verordnung zum Arbeitsgesetz wird 2008 überarbeitet.
Die organisatorischen Vorbereitungen zur Umsetzung der revidierten Feuerschutzgesetzgebung sind getroffen.	Wird im Sicherheits- und Gesundheitsdepartement ausgearbeitet.

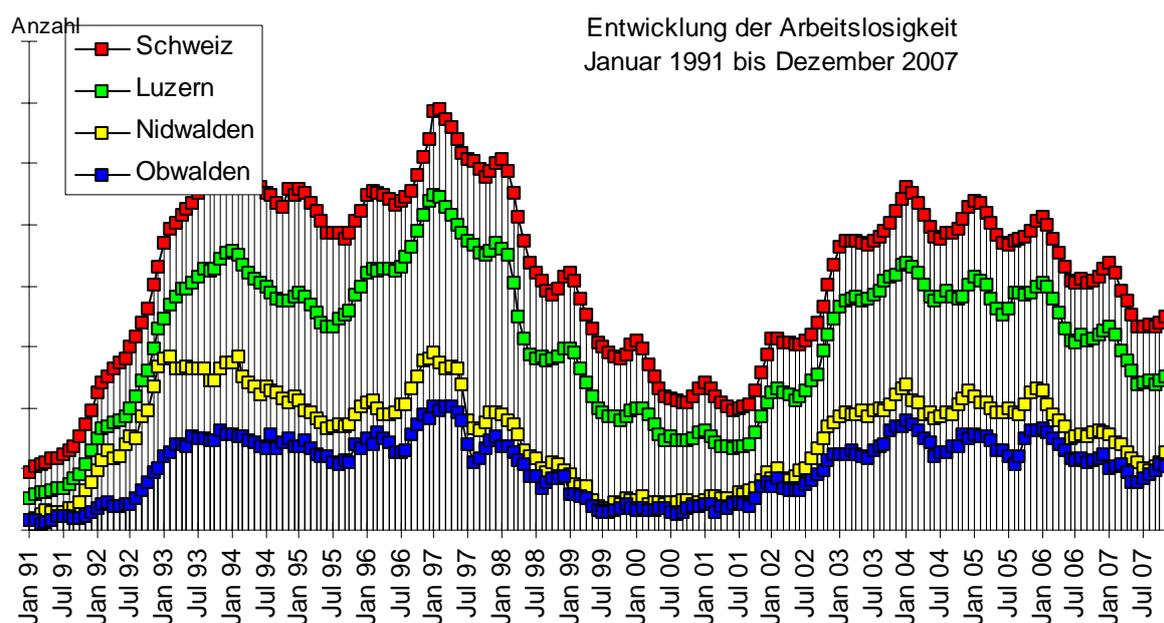
4200 Amtsleitung

Arbeitsmarkt in robuster Verfassung

Die Schweizer Volkswirtschaft war 2007 in einer ausserordentlich robusten Verfassung. Kräftige Exporte und der lebhaft Privatkonsum hielten das Wirtschaftswachstum auf Kurs. Der Schweizer Franken ist gegenüber dem Euro auf ein historisches Tief gesunken, was sich für den Tourismus sehr förderlich auswirkte. Die Arbeitslosenquote ist in Obwalden im Jahresdurchschnitt um vier Zehntel Prozent auf 1.1 Pro-

zent gesunken. Im Schweizer Mittel betrug die Quote 2.8 Prozent. Die Beschäftigung nahm entsprechend weiter zu: in der Zentralschweiz um 4.1 Prozent im Vorjahresvergleich. Die gute Nachfrage nach Arbeitskräften hat dazu geführt, dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen gemessen an der Gesamtzahl der gemeldeten Arbeitslosen von 18.3 Prozent auf 16.3 Prozent gesunken ist. Im Kanton Obwalden waren im Dezember 2007 15 Personen länger als zwölf Monate als arbeitslos gemeldet.

Trotz positiver Wirtschaftsstimmung bleibt die Angst vor Arbeitslosigkeit – gemäss dem CS-Sorgenbarometer 2007 – die grösste Befürchtung der Schweizer Bevölkerung.



Kosten sinken bei der Arbeitslosenversicherung

Obschon die Taggeldgesuche leicht angestiegen sind (von 515 auf 535), ist die Anzahl der Bezugstage von 54 648 auf 38 189 zurückgegangen. Die Auszahlungen im Bereich der Arbeitslosenentschädigung haben sich von 6.7 Millionen Franken auf 4.8 Millionen Franken vermindert. Die Ausfallstunden wegen Kurzarbeit sind von 17 620 Stunden auf 2 637 Stunden zurückgefallen, diejenigen infolge von Schlechtwetter gar von 18 635 auf 1 748 Stunden. Für Insolvenzen sind die Versicherungsleistungen von 158 000 Franken auf rund 25 000 Franken gesunken.

Tripartite Arbeitsmarktkommission von Obwaldner geleitet

Die gemeinsame Tripartite Arbeitsmarktkommission (TAK) der Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden wurde die letzten beiden Jahre von Alfred von Ah, Arbeitnehmervertreter Obwalden, als Präsident geleitet. Neben den üblichen Aufgaben mussten hauptsächlich die Vorbereitungen für den Vollzug des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit getroffen werden. Die Vollzugsstelle hat 2007 insgesamt 439 Kontrollen im Zusammenhang mit dem Entsendegesetz vorgenommen, davon 57 im Kanton Obwalden. Wegen Verstössen mussten zwölf Bussen ausgesprochen werden, davon zwei in Obwalden. Die TAK UR/OW/NW kann feststellen, dass in rund neun von zehn Fällen die Bedingungen der Entsendung korrekt eingehalten werden.

4210 Abteilung Migration

Positive Wanderungsbilanz

Die gute Arbeitsmarktlage hat dazu geführt, dass in der Schweiz vermehrt Arbeitskräfte aus dem Ausland benötigt worden sind. Mit der Zunahme von netto 68 Personen ist der Bestand der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung im Kanton Obwalden auf 4 036 Personen angestiegen. Aus den EU/EFTA-Staaten beträgt die Zuwanderung 218 Personen, während die Anwesenden aus Drittstaaten gegenüber dem Vorjahr um 150 Personen abgenommen haben. Dem Zuwachs von 616 Personen steht ein Abgang von 548 Personen gegenüber. Davon sind 192 Personen ausgewandert, 184 Personen haben den Kanton gewechselt, 113 Personen wurden eingebürgert. Der freie Personenverkehr hat durch die Mutationen zu einem Mehraufwand bei der Abteilung Migration geführt.

2002 war das Verhältnis zwischen dem Bestand der Drittstaatsangehörigen und EU/EFTA-Angehörigen 52 zu 48 Prozent. Ende 2007 liegt dieses Verhältnis bei 41 zu 59 Prozent zu Gunsten der EU/EFTA-Angehörigen.

Arbeitgebende rekrutieren mehrheitlich in Deutschland

Von den 218 in Obwalden Zugewanderten aus den EU/EFTA-Staaten sind 144 Personen aus Deutschland. Beim Bestand führt Deutschland in dieser Gruppe mit 906 Personen, gefolgt von Portugal (620) und Italien (346). Seit dem 1. Juni 2007 besteht für die EU-15 (Bilaterale I) plus Malta und Zypern auch auf dem Arbeitsmarkt der freie Personenverkehr. Erwerbstätige können sich kontingentsfrei am Arbeitsmarkt in der Schweiz beteiligen.

Asylgesuche stagnieren auf Vorjahresniveau

0.5 Prozent der in der Schweiz Asyl Suchenden werden dem Kanton Obwalden zugewiesen. Die Ende 2007 Anwesenden stammen aus folgenden Ländern: Serbien 36, Irak 31, Russland 22, Türkei 20, Sri Lanka 13, Eritrea 11, Iran 8, Bosnien 7, Tibet 5, Somalia 2, Usbekistan 1 und Nigeria 1 (Nichteintretensentscheid).

Zahlen im Vergleich

Jahr	Einreisen	NEE ¹⁾	Vorläufige Aufnahmen	Bestand Ausweis N ²⁾	Bestand Ausweis F ³⁾	Bestand anerkt. Flüchtlinge
2002	128	0	42	151	111	63
2006	52	4	54	59	112	82
2007	48	11	7	73	83	81

1) Nichteintretensentscheide 2) hängiges Asylverfahren 3) vorläufige Aufnahme

Im Jahr 2007 haben 67 Asylsuchende den Asylprozess verlassen und sind somit in Obwalden nicht mehr als Asylsuchende registriert.

Zehn Personen ausgeschafft

Sieben Personen aus dem Asylbereich wurden 2007 zwangsweise ausgeschafft. Vier abgewiesene Asylsuchende konnten in ihr Herkunftsland und drei Personen im Rahmen von Rückübernahmeabkommen nach Belgien bzw. Deutschland zurückgeführt werden. Drei Ausschaffungen betrafen Personen aus dem Ausländerbereich.

Insgesamt weist der Vollzug 214 Hafttage aus. Davon mussten 124 Tage ausserkantonal gesucht und vollzogen werden. Drei Personen wurden direkt ab dem Strafvollzug ausgeschafft.

Haftplätze fehlen

Weil sich das Untersuchungsgefängnis Sarnen für die ausländerrechtliche Ausschaffungs- bzw. Durchsetzungshaft nicht eignet, darf es mit Zustimmung des Häftlings nur noch für zehn Tage eingesetzt werden. Dadurch hat sich ein Engpass bei den Haftplätzen ergeben. In zwei Fällen konnte die rechtlich begründete Durchsetzungshaft wegen Platzmangel nicht angeordnet werden.

Integration einen Schritt weiter

Die Sensibilisierung für Integrationsarbeit kommt langsam zum Tragen. In den Gemeinden sind verschiedene Projekte vorbereitet, abgeschlossen oder zur Weiterführung im Jahr 2008 eingereicht worden. Der Bund finanziert Integrationsprojekte mit, wenn Kanton, Gemeinde oder andere Dritte sich an den Kosten beteiligen. Ausgezeichnete Integrationsarbeit hat die Gemeinde Lungern mit dem Schulprojekt „Myni Wält – dyni Wält“ durchgeführt. Wertvoll ist die Koordinationsarbeit in der Zentralschweizer Fachgruppe Integration (ZFI). In dieser Zusammenarbeit ist der Dolmetscherpool Zentralschweiz und die Internetseite www.integration-zentralschweiz.ch entstanden. Über diese Website erhalten Migrantinnen und Migranten Zugang zu Integrationsangeboten und die Projekte stehen als Idee auch Projektanbietenden zur Verfügung.

4220 Technische Inspektorate

Die Technischen Inspektorate wurden durch die Eidgenössische Arbeitsinspektion, Zürich, einem System-Audit unterzogen. Dabei wurden die Organisation, die Büro- und EDV-Einrichtungen, Fachkenntnisse, Weiter- und Fortbildungen, Betriebskontrolle vor Ort, die Messeinrichtungen, die Schutzbekleidungen und die Prozessbeschreibungen kontrolliert. Das Audit weist eine sehr gute Beurteilung nach.

Arbeits- und Ruhezeit

Wenn die gesetzlichen Arbeitszeiten eingehalten werden, ist das Unfallrisiko geringer als in denjenigen Betrieben, die über die gesetzliche Grenze hinausarbeiten. Die Überwachung der Arbeitszeitvorschriften dient der Arbeitssicherheit.

Die sehr gute Auftragslage in den Betrieben führt zu Sondereinsätzen der Belegschaft und dadurch zu einer Zunahme der Arbeitszeitbewilligungen. Die Gesuche wurden meist sehr spät – am Vortag – eingereicht.

Arbeitszeitbewilligungen	2002	2006	2007
Stundenplan	1	0	0
Sonntagsarbeit	8	19	24
Nachtarbeit	3	6	6
2-Schicht	0	2	0
3-Schicht	6	4	1
Total Arbeitszeitbewilligungen	17	31	31

Unternehmen haben vielfach wenig Verständnis, wenn ein Gesuch für das Arbeiten an kantonalen Feiertagen abgelehnt werden muss. Es gehört aber zu den Aufgaben des Unternehmers, sich rechtzeitig über die Vorschriften in für ihn neuen Arbeitsmarktregionen zu orientieren. Das gilt auch für Personal, das aus dem Ausland in die Schweiz entsandt wird.

Heimarbeit

Heimarbeit wird auf dem Markt kaum mehr nachgefragt. Zur Zeit sind es noch zwei Betriebe mit zehn Heimarbeitnehmenden.

Spezialisten der Arbeitssicherheit in den Betrieben (ASA)

Die ASA-Richtlinie wurde aufgrund einer Regulierungsfolgeabschätzung (RFA) überarbeitet und am 1. Februar 2007 in Kraft gesetzt. Sie sieht wesentliche Erleichterungen der KMU vor. So müssen Betriebe ohne besondere Gefährdungen mit weniger als 50 Mitarbeitenden die Grundanforderungen der Verordnung über Unfallverhütung erfüllen, brauchen hierzu aber keine Systemdokumentation mehr. In den meisten Fällen empfiehlt sich nach wie vor eine Branchenlösung.

Druckbehälter

Mit der Revision der Druckgeräteverwendungsverordnung wurden die Abläufe vereinfacht. Es muss nur noch für Druckbehälter mit besonderen Gefährdungen eine Bewilligung für das Aufstellen und den Betrieb eingeholt werden. Bei den übrigen Druckbehältern wird gestützt auf die Konformitätsbewertung davon ausgegangen, dass sie den geltenden Sicherheitsanforderungen entsprechen.

Dies bedeutet, dass weniger Gesuche nach der Druckbehälterverordnung beurteilt werden müssen, zur Überprüfung der Brandschutzvorschriften ist eine Kontrolle jedoch weiterhin notwendig.

Baulicher Brandschutz

Im vergangenen Jahr konnte bei der Erarbeitung von speziellen Projekten (Feuerwehrtunnel Lungern und Erschliessung des Hotel Terrace Engelberg) das vorhandene Fachwissen schon in der Planungsphase miteingebracht werden, so dass bei der Baubewilligung keine Schwierigkeiten mehr auftreten sollten.

Immer mehr werden die Technischen Inspektorate zur feuerpolizeilichen Beurteilung von bestehenden Gebäuden, Einstellhallen für Motorfahrzeuge, aber auch zur fachlichen Unterstützung der Gemeindefeuerschauer bei heiklen Beurteilungen beigezogen.

4221 Gewerbebewilligungen

Geschicklichkeitsspielautomaten weiter rückläufig

Das Spielen an bewilligungspflichtigen Geschicklichkeitsspielautomaten hat offensichtlich weiter an Anziehungskraft eingebüsst. Der Einbruch ist augenfällig, nachdem die altrechtlichen Geldspielautomaten vom Bund verboten wurden.

	2002	2006	2007
Geschicklichkeits-Geldspielautomaten	78	17	11
Geschicklichkeits-Spielautomaten (Videospiele, Krangreifer, Flipperkästen)	85	30	24
Total	163	47	35

Reisendenkarten

Eine im Kanton ansässige Firma ist berechtigt, die Ausweiskarten für ihre Reisenden auszustellen. Im Jahr 2007 wurden insgesamt 59 Karten ausgestellt (2006: 52).

Private helfen vermitteln

Als Folge des spürbaren Arbeitskräftemangels haben sich zwei neue Firmen, die Arbeitsvermittlung und Personalverleih anbieten, im Kanton niedergelassen. Zum ersten Mal wurde einer Firma die Bewilligung zur Konsumkreditvermittlung erteilt.

43 Amt für Landwirtschaft und Umwelt

Das Amt für Landwirtschaft und Umwelt ist Anlaufstelle für die Bereiche Landwirtschaft, Umweltschutz und Gewässerschutz sowie Fischerei. Es berät und unterstützt Bäuerinnen und Landwirte bei Fragen der Betriebswirtschaft, der Alpwirtschaft, der Tierhaltung, der Milchwirtschaft, des Marketings, des Pflanzenbaus, der Ökologie, des Tier- und Gewässerschutzes sowie der Strukturverbesserungen. Es ist zuständig für das Boden- und Pachtrecht, die Ausrichtung der Investitionshilfen (Beiträge und Investitionskredite), der Betriebshilfedarlehen, der Umschulungsbeihilfen sowie der Beiträge zur Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet (WS Beiträge). Es wirkt mit bei der Beurteilung der Gesuche bei nicht versicherbaren Elementarschäden auf land- und alpwirtschaftlichen Nutzflächen. Im Weiteren werden die Agrardatenerhebung als Grundlage für die Auszahlung der Direktzahlungen und Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb der Bauzonen und zur Zonenplanung erarbeitet.

Die Abteilung Umwelt koordiniert die kantonalen Umwelt- und Gewässerschutzaufgaben. Diese umfassen im Umweltschutz die Fachgebiete Luftreinhaltung, Lärmschutz, Störfallvorsorge sowie Abfallbewirtschaftung und Tankanlagen. Im Gewässerschutz sind es die Fachbereiche Gewässerschutz, Bodenschutz, umweltgefährdende Stoffe und die Umweltverträglichkeitsprüfung. Im Weiteren ist sie für die Fischerei zuständig und stellt Fischerpatente aus.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
	Der Nachtrag zum kantonalen Landwirtschaftsgesetz liegt zur Verabschiedung durch den Regierungsrat vor.	Der Kantonsrat hat den Nachtrag in erster Lesung an der Sitzung vom 30. November 2007 beraten.

	<p>Die Ausführungsbestimmungen zum kantonalen Landwirtschaftsgesetz, die aufgrund des Nachtrags bzw. der AP 2011 geändert werden müssen, sind durch den Regierungsrat verabschiedet.</p>	<p>Die Entwürfe liegen vor. Die Ausführungsbestimmungen werden mit dem Inkrafttreten des Nachtrags des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes vom Regierungsrat in Kraft gesetzt.</p>
	<p>Die gesetzlichen Grundlagen zur eigenständigen, kantonalen Unterstützung von Wohnbausanierungen liegen zur Verabschiedung durch den Regierungsrat vor.</p>	<p>Die gesetzlichen Grundlagen sind im Nachtrag zum kantonalen Landwirtschaftsgesetz enthalten.</p>
	<p>Das Gebietsmanagement auf den Flyschalpen sowie für das Gebiet Mettental-Astel-Wengen wird in Abstimmung mit der Richtplanung umgesetzt (Agrarleitbild L2 M3).</p>	<p>Das Gebietsmanagement liegt vor und bildet die Grundlage für die entsprechenden Richtplanprojekte und deren Vollzug.</p>
	<p>Alpwirtschaftliche Strukturverbesserungen werden mittels alpwirtschaftlichen Nutzungsplanungen integral beurteilt (Agrarleitbild L2 M3).</p>	<p>Alpwirtschaftliche Nutzungsplanungen bilden die Grundlage für alpwirtschaftliche Strukturverbesserungen.</p>
	<p>Zur Reduktion der Ammoniakemissionen der Landwirtschaft liegen auf den Kanton abgestimmte Massnahmenpakete vor (Agrarleitbild L3 M6).</p>	<p>Ein mögliches Massnahmenpaket liegt vor. Dieses wird im Rahmen des Massnahmenplanes Luft gemeinsam mit den Zentralschweizer Kantonen umgesetzt.</p>
	<p>Im Hinblick auf die Neuerungen der AP 2011 werden Informations- und Beratungsveranstaltungen angeboten. Die Bauernfamilien werden beim Strukturwandel beratend unterstützt.</p>	<p>Verschiedene, gut besuchte Veranstaltungen haben stattgefunden. Auf Nachfrage werden die Bauernfamilien einzeln beraten.</p>
	<p>Zur wirtschaftlichen Wiederverwertung von landwirtschaftlichen Nebenprodukten (v.a. Kompost, Biogas) bestehen Beratungshilfsmittel.</p>	<p>Die Beratungsmittel werden genutzt.</p>
	<p>Die Bereinigung der landwirtschaftlichen Nutzflächen über den ganzen Kanton ist abgeschlossen.</p>	<p>Die Bereinigung der Landwirtschaftlichen Nutzflächen (LN) ist abgeschlossen. Die gesamte LN des Kantons hat sich um 204 ha verringert.</p>
	<p>Die amtstierärztlichen, lebensmittelrechtlichen und ÖLN-Kontrollen auf den Landwirtschaftsbetrieben werden koordiniert durchgeführt, um Doppelspurigkeiten und Überschneidungen zu verhindern.</p>	<p>Die Koordination wird für alle Kontrollen durch das Amt für Landwirtschaft und Umwelt sichergestellt.</p>

	Die Milchinspektion auf den Landwirtschaftsbetrieben ist in die amtstierärztliche und ÖLN-Kontrolle integriert.	Die Integration ist ab 1. Januar 2007 geregelt.
	Die durch das Unwetter 2005 bedingte Wiederherstellung der Erschliessungen und die Sanierung der Rufen (Landwirtschaftliches Projekt) sind mehrheitlich abgeschlossen. 90 Prozent der landwirtschaftlichen Finanzhilfen sind an die Betroffenen ausbezahlt.	Die Wiederherstellung ist mehrheitlich abgeschlossen. Aufgrund der begrenzt verfügbaren Finanzmittel von Bund und Kanton konnten 88 Prozent der Finanzmittel ausbezahlt werden. Die Endauszahlung sämtlicher Finanzmittel wird 2008 vorgenommen.
	Das Verfahren für die Programmvereinbarungen für öffentliche Finanzhilfen bei Strukturverbesserungen (im Zusammenhang mit der NFA) ist festgelegt.	Das Verfahren ist im Nachtrag zum kantonalen Landwirtschaftsgesetz geregelt.
	Die Nachträge zur Chemiewehr- und Strahlenschutzverordnung sowie der Ölwehrverordnung liegen zur Verabschiedung durch den Regierungsrat vor, sofern diese nicht im Rahmen der Feuerschutzgesetzgebung (SGD) angepasst werden.	Die Chemiewehr- und Strahlenschutzverordnung wird mit der Anpassung der Feuerschutzgesetzgebung durch das für die Feuerschutzgesetzgebung zuständige SGD geändert. Diese steht 2008 an.
	80 Prozent der mit Altlasten betroffenen Betriebs- und Unfallstandorte sind erfasst und beurteilt.	80 Prozent der betroffenen Betriebs- und Unfallstandorte sind erfasst und beurteilt.
	Die Wärmenutzungskarte ist erstellt.	Die Wärmenutzungskarte ist digital öffentlich verfügbar.
	Die systematische Kontrolle der Holzfeuerungen ist eingeführt.	Gestützt auf die entsprechenden Ausführungsbestimmungen haben die Gemeinden die systematische Kontrolle der Holzfeuerungen vorbereitet.
	Das mit den Zentralschweizer Kantonen koordinierte Vorgehen zur kurzfristigen Bekämpfung von übermässigen Luftschadstoffen ist festgelegt.	Der Regierungsrat hat das Interkantonale Interventionskonzept verabschiedet. Die sich daraus ergebenden Vorbereitungen sind getroffen, um bei Smog-Situationen entsprechende Massnahmen auszulösen.
	Der Vollzug der Restwassermengen ist geklärt.	Der Vollzug ist in Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Kanton Nidwalden geregelt.
	Die Aufsicht über den Entsorgungszweckverband (EZV) ist wahrgenommen.	Die Aufsicht wird laufend wahrgenommen und auch durch die Teilnahme an den Sitzungen des EZV sichergestellt.

	Die Abteilung Umwelt hat die Büroräume im Verwaltungsgebäude bezogen.	Die Abteilung Umwelt ist am 6. Juni 2007 ins Verwaltungsgebäude umgezogen. Die Synergiegewinne sind erheblich.
--	---	--

4300 Amtsleitung

Weiterentwicklung der kantonalen Agrarpolitik

Die Weiterentwicklung der Agrarpolitik des Bundes (AP 2011), die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) sowie die Neuausrichtung eigenständiger kantonalen Massnahmen und Änderungen der Zuständigkeiten beim kantonalen Vollzug machten eine Anpassung der kantonalen Landwirtschaftsgesetzgebung notwendig. In einem breiten Vernehmlassungsverfahren bei den Gemeinden, landwirtschaftlichen Organisationen sowie den politischen Parteien und weiteren interessierten Kreisen fand die Vorlage gute Zustimmung.

Für die Weiterentwicklung der kantonalen Fördermassnahmen wurden neben den allgemeinen agrarpolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem spezifische wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte der Obwaldner Landwirtschaft berücksichtigt. Als wichtigste Grundlage diente dabei das vom Regierungsrat und Kantonsrat im Jahre 2004 verabschiedete Agrarleitbild. In einem ersten Zwischenbericht vom 29. Dezember 2006 hat das Amt für Landwirtschaft und Umwelt die bisherige Zielerreichung der Umsetzung des Agrarleitbildes aufgezeigt und den weiteren Handlungsbedarf abgesteckt.

Die bisherigen kantonalen Massnahmen zur Förderung der nachhaltigen und ökologischen Bewirtschaftung, der Tierzucht und des Viehabsatzes, des Absatzes von Produkten mit innovativen Projekten und der Strukturverbesserungen haben sich bewährt und sollen weitergeführt werden. Zusätzlich ist eine Gesetzesgrundlage zur Unterstützung der Arbeitsteilung in der Tierhaltung als Ersatz für die wegfallenden Zusatzkontingente vorbereitet. Ebenso ist eine Gesetzesvorlage zur Unterstützung für die Sanierung und Erstellung von landwirtschaftlichen Wohnbauten im Berggebiet vorgesehen. Mit dem Inkrafttreten der NFA wird nämlich die finanzielle Unterstützung des Bundes zur Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet wegfallen. Zudem sollen die Zuständigkeiten des Vollzugs beim Boden- und Pachtrecht neu geregelt und die Bodenrechtskommission aufgehoben werden.

Landwirtschaft und Umwelt an einem Ort

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Departementsorganisation (Phase II) wurde der Bereich Umwelt ab 1. Januar 2005 als Abteilung der Landwirtschaft zugewiesen. Seit dem 6. Juni 2007 ist die Abteilung Umwelt auch im Verwaltungsgebäude untergebracht und damit das ganze Amt im gleichen Gebäude. Dadurch konnten die Arbeitsabläufe im Hinblick auf eine effiziente, kostengünstige und kundenfreundliche Arbeitserfüllung weiter optimiert werden.

Zentralschweiz arbeitet in Gewässer- und Umweltschutz zusammen

Durch die Zusammenarbeit unter den Zentralschweizer Kantonen im Gewässer- und Umweltbereich können Synergien optimal genutzt und Kosten gespart werden. Schwerpunkte der Zusammenarbeit im Jahr 2007 waren die Erarbeitung des Mass-

nahmenplanes Luftreinhaltung II und der Abschluss des neuen Basisleistungsauftrages 2008–2011 für die Luftschadstoffmessungen in der Zentralschweiz. Für den Vollzug des Gewässer- und Umweltschutzes schliessen die sechs Kantone gemeinsam mit einzelnen Branchen Vollzugsvereinbarungen ab. Die Betriebe werden dadurch in der gesamten Zentralschweiz vollständig und einheitlich überwacht. Marktverzerrungen werden dadurch weitgehend vermieden.

4311 Beratung

Landwirtschaftliche Weiterbildung ist gefragt

In Zusammenarbeit mit den bäuerlichen Organisationen stellten die landwirtschaftlichen Beratungsdienste der Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden wiederum ein gemeinsames Weiterbildungsprogramm zusammen. Wie die hohen Teilnehmerzahlen bestätigen, kam das umfassende Weiterbildungsprogramm äusserst gut an. Im vergangenen Jahr haben an den 104 Weiterbildungsangeboten der drei Kantone insgesamt 3 080 Personen teilgenommen. Rund 1 200 beziehungsweise 40 Prozent waren Teilnehmende aus Obwalden.

Zu den bestbesuchten Veranstaltungen gehörten die Informationsabende über aktuelle agrar- und umweltpolitische Themen, Informationsveranstaltungen für Milchviehzüchter sowie Kurse über die Betriebsführung.

Erste Feuerbrandfälle

Ende Juni wurde der erste Feuerbrandbefall im Kanton Obwalden festgestellt. Sofort wurde ein Bekämpfungskonzept erarbeitet, die Bevölkerung für die Beobachtung und Meldung von Feuerbrandherden sensibilisiert und die Feuerbrandexperten der Gemeinden ausgebildet sowie in ihrer Kontroll- und Rodungstätigkeit beratend unterstützt. Insgesamt mussten 28 feuerbrandbefallene Pflanzen, davon zwölf Quittenbäume und acht Weissdornsträucher gerodet werden. Alle Gemeinden wiesen Feuerbrandbefallsherde auf. Gleichzeitig erliess der Regierungsrat Ausführungsbestimmungen, in welchen insbesondere die Entschädigung der Ausfälle geregelt wurden.

Massnahmen gegen Maikäferplage

Aufgrund des äusserst starken Maikäferfluges, welcher auf Grund der warmen Witterung bereits Mitte April begann und bis Mitte Juni dauerte, forderte der Beratungsdienst die Landwirte zu Engerlingskontrollgrabungen auf. Wie Grabungen in Stalden, Giswil und Lungern bestätigten, besteht örtlich ein starker Engerlingsdruck. Die Landwirte wurden angewiesen, ihre Wiesen zu kontrollieren und nötigenfalls für das Hauptschadenjahr 2008 eine biologische Bekämpfung der Engerlinge mit Beauveria-Pilzen (weisse Muskardine) in die Wege zu leiten.

Bäuerlich-hauswirtschaftliche Beratung

Die Anforderungen an die Bäuerin sind sehr vielseitig. Neben der Haushaltführung, der Familienbetreuung u.a. ist die Bäuerin immer mehr auch verantwortlich für einzelne Betriebszweige wie zum Beispiel die Direktvermarktung oder den Agrotourismus. Der Beratungsdienst begleitete die Bauernfamilien bei einzelbetrieblichen Anfragen und führte insbesondere für die Neuerungen im Lebensmittelrecht Weiterbildungsveranstaltungen durch.

Schule auf dem Bauernhof

Fünf Landwirtschaftsbetriebe im Kanton Obwalden bieten bereits seit vier Jahren erfolgreich Schule auf dem Bauernhof (SchuB) an. Bei diesem Angebot wird den Schülern ermöglicht, den Unterricht vom Klassenzimmer auf den Bauernhof zu verlegen und dort die Landwirtschaft besser kennen zu lernen. Um den Bekanntheitsgrad dieses Angebotes bei den Obwaldner Schulen zu fördern, führte der Beratungsdienst gemeinsam mit Nidwalden einen Lehrerweiterbildungskurs direkt auf den SchuB-Betrieben durch.

4312 Strukturverbesserungen

Unterstützung im Alpggebiet und im Tiefbau nehmen zu

2007 wurden im Alpggebiet vier Projekte (Vorjahr ein Projekt) mit Beiträgen von Bund und Kanton in der Höhe von 424 000 Franken unterstützt, was rund ein Fünftel der total verfügbaren Beiträgen entspricht. Zudem profitierte ein Alpbetrieb von einer im angrenzenden Gebiet unterstützten Sanierung einer Wasserversorgung. Die Investitionen sind zur langfristigen Erhaltung der Alpwirtschaft, welche nicht nur hochwertige Nahrungsmittel herstellt, sondern auch einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt und der Pflege der Landschaft leistet, ausserordentlich wichtig.

Im Tiefbau wurden 2007 gleich viele Beiträge zugesichert wie im Hochbau, im Vorjahr waren es lediglich 14 Prozent (ohne Unwetterprojekte).

Verfügte Finanzhilfen und Investitionsvolumen 2007 in Franken (inkl. Wohnbausanierungen)

Kategorien	Finanzhilfen ¹⁾		Investitionsvolumen ²⁾
	Investitionskredite ³⁾	Beiträge ⁴⁾	
8 Heimställe (Neu- und Umbauten) (davon 7 Milchviehställe)	667 000.–	787 800.–	3 583 200.–
Wohnhäuser (Neu- und Umbauten)	690 000.–	270 000.– ⁶⁾	3 360 155.–
Starthilfe für Junglandwirte ⁵⁾ und Betriebskäufe durch den Pächter	1 070 000.–	0.–	3 046 700.–
Erschliessungen und Wasserversorgungen	250 000.– (Baukredite)	705 354.–	1 093 015.–
Investitionen im Alpggebiet (1 Alpggebäude, 2 Alpgstrassen und 1 Stromversorgung)	188 000.–	424 000.–	1 077 746.–
Total	2 865 000.–	2 187 154.–	12 160 816.–

1) Durch Bund und Kanton verfügte Finanzhilfen; 2) Investitionsvolumen der mit Finanzhilfen unterstützten Objekte gemäss Angaben der Bauherrschaft; 3) 100% Bundesmittel; 4) Bundes- und Kantonsbeitrag; 5) 7 Betriebsübernahmen 6) Wohnbausanierungsbeiträge von Bund und Kanton

Durchschnittliche Strukturen der Milchbetriebe mit Investitionshilfen, 2007

Kategorien	Fälle	LN ¹⁾	RGVE ¹⁾	SAK ¹⁾	Milchkontingent	Art der Unterstützung
Stallbauten (Neu- und Umbauten) für die Verkehrsmilchproduktion	7	15.26	28.3	2.2	90 729 kg	6 IK und Beiträge 1 nur IK

1) Abkürzungen: LN = Landwirtschaftliche Nutzfläche in ha; RGVE = Raufutter-Grossvieheinheiten; SAK = Standard-Arbeitskräfte

Verbesserungen der Wohnverhältnisse in Berggebieten

Zusicherungen von Beiträgen für Wohnbausanierungen in Berggebieten wurden für das Jahr 2007 durch den Bund weiter gekürzt. In Obwalden konnten deshalb noch an drei Projekte Finanzhilfen von total 270 000 Franken (wovon 90 000 Franken als kantonale Gegenleistung) zugesichert werden. Das Investitionsvolumen dieser Objekte im 2007 beträgt knapp 2.1 Millionen Franken. Für die auslaufende Weiterführung der Wohnbausanierungen für Landwirtschaftsbetriebe auf kantonaler Stufe wurden gesetzliche Grundlagen in den Nachtrag des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes aufgenommen.

Schadenbehebung Unwetter 2005

2007 stand vielerorts der Abschluss der Bauarbeiten und die Abrechnungen der Schadenstellen im Vordergrund. Knapp 90 Prozent der kantonalen Beiträge konnten ausbezahlt werden. Die noch ausstehenden Beiträge sind für 2008 in Aussicht gestellt, sobald die restlichen Projekte abgerechnet sind.

Stand der Auszahlungen der Projekte für die Behebung von Unwetterschäden in der Landwirtschaft

Hauptprojekte	Rüfenprojekt Landwirtschaft	Wiederherstellung der Erschliessungsanlagen
Investitionskosten	2 830 000.–	2 712 000.–
Zugesicherte Beiträge Bund und Kanton	2 326 000.–	2 230 120.–
Bisher ausbezahlte Beiträge Bund und Kanton	1 804 029.–	2 114 853.–

Bund zufrieden mit Vollzug Strukturverbesserungen

2007 fanden zwei Oberkontrollen durch das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) statt. Bei der ersten Kontrolle wurde der Vollzug und die Buchführung der Investitionskredite und Betriebshilfe und bei vier unterstützten Objekte die Einhaltung der Vorschriften der Strukturverbesserungsverordnung überprüft. Bei der zweiten Kontrolle wurde der Vollzug und der Einsatz der Bundesbeiträge bei der Wasserversorgung Hintergraben sowie im Beisein der Gemeindevertreter die Bauausführung vor Ort überprüft. Beide Kontrollen blieben ohne Beanstandungen.

Bodenrecht

An zehn Sitzungen wurden folgende Entscheide gefällt:

Entscheide	2007
Pachtfälle	18
Realteilung von Gewerbe und Zerstückelung von Grundstücken	42
Feststellungen über den Geltungsbereich des BGGB davon Entlassungen aus dem BGGB	50 43
Überschreitung der Belastungsgrenze	4
Handänderungen	21
Spezialfälle	1
Total	136

Insgesamt wurden 48 740 m² (Vorjahr 57 049 m²) aus dem Geltungsbereich des Bodenrechts entlassen.

4321 Landwirtschaftliche Beiträge

Mehr Direktzahlungen aufgrund Milchkuhprämie

Aufgrund der Änderung der Direktzahlungsverordnung im Rahmen der AP 2011 mit der teilweisen Umlagerung der Gelder der Milchmarktstützung können 200 Franken je Grossvieheinheit zusätzlich zum üblichen Raufutterverzehr-Beitrag ausbezahlt werden. Dies ergab für die 672 direktzahlungsberechtigten Betriebe 1.5 Millionen Franken mehr Direktzahlungen. Mit der Einführung dieses Beitrages auf 2007 wurde hingegen die Verkäsungszulage um drei auf 15 Rappen und die Siloverzichtszulage um ein auf neu drei Rappen vermindert.

Die Herabsetzung des Flächenbeitrags um 50 Franken pro Hektare ergab unter Berücksichtigung der bereinigten, landwirtschaftlichen Nutzflächen rund eine halbe Million Franken weniger Flächenbeiträge.

Sämtliche Flächenmasse wurden überprüft

Flächenbezogene Direktzahlungen dürfen nur für offene landwirtschaftliche Nutzflächen ausbezahlt werden. Diese Flächen dürfen jedoch nicht nur auf den Plänen und in Verzeichnissen, sondern sie müssen auch in Realität bestehen. Da es immer wieder vorkommt, dass sie zwischenzeitlich durch Wald oder Buschwerk bestockt oder überbaut sind, sind sie immer wieder zu überprüfen. Korrekte Flächenangaben bilden die Grundlage für Nährstoffbilanzen, betriebswirtschaftliche Berechnungen (Strukturverbesserungsbeiträge) und für landwirtschaftliche Statistiken. Auf Anweisung des Bundesamts für Landwirtschaft (BLW) wurden die notwendigen Arbeiten in enger Zusammenarbeit mit der Trigonet AG durch das Amt für Landwirtschaft und Umwelt 2005 in Angriff genommen und Ende 2007 abgeschlossen.

Nach der Bereinigung hatten 434 (55 Prozent) der Betriebe weniger Fläche, 158 (20 Prozent) der Betriebe mehr Fläche und die restlichen hatten Flächendifferenzen von weniger als zehn Aren pro Betrieb. Insgesamt gibt es nach der Bereinigung 204 Hektaren (2.5 Prozent) weniger Landwirtschaftliche Nutzfläche.

Vollzug der Sömmerungsbeiträge einer Oberkontrolle unterzogen

Im Rahmen der Aufsichtspflicht des Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW) wurde die Ausrichtung der Sömmerungsbeiträge kontrolliert. Dabei wurde sowohl der Ablauf des Erhebungs- und Kontrollsystems wie auch der Ablauf der Kontrolle des Kantons auf Sömmerungsbetrieben beurteilt. Das Prüfergebnis des Vollzugs war gut.

Insgesamt hatten von den 42 durch den Kanton kontrollierten Sömmerungsbetrieben nur drei Betriebe Beanstandungen, die zu Kürzungen der Beiträge führten.

Vielbeachtete Tieraussstellung an der OLMA

Im Rahmen des Gastauftritts der Urschweizer Kantone an der OLMA 2007 war das Tierzuchtsekretariat zusammen mit Vertretern der anderen Kantone für die Organisation und Durchführung der Tieraussstellung zuständig. Die Ausstellung der qualitativ überzeugenden Tiere sowie die Tierpräsentationen fanden sehr grosse Beachtung.

Grossviehschauen mit Rekordauffuhr

Sowohl die Grossviehschau in Sarnen als auch jene in Engelberg erlebte eine Rekordauffuhr. In Sarnen waren es 912 Tiere. In 50 Abteilungen präsentierten sich 48 Stiere, 565 Kühe und 299 Rinder den Preisrichtern. In Engelberg wurden 226 Tiere aufgeführt.

433 Umwelt

4331 Gewässer und Umweltschutz

Auch Holzfeuerungen werden kontrolliert

Die Luftreinhalte-Verordnung des Bundes verpflichtet die Kantone, Holzfeuerungsanlagen unter 70 Kilowatt (kW) Leistung einer periodischen Kontrolle zu unterziehen. Diese Vollzugsaufgabe ist durch die kantonale Umweltschutzverordnung an die Gemeinden delegiert. In Abstimmung mit den andern Zentralschweizer Kantonen erliess der Regierungsrat Ausführungsbestimmungen über die Emissionskontrollen bei Feuerungsanlagen.

Durch die systematischen Kontrollen wird eine Verminderung der Feinstaubemissionen von Holzfeuerungen angestrebt. Mit der Kontrolltätigkeit verbunden ist auch eine Beratung der Anlagebetreiber über den richtigen Betrieb von Holzfeuerungsanlagen.

Langfristige Luftreinhaltemassnahmen sind weiterhin notwendig

Weil die Belastung der Luft mit Schadstoffen trotz den ergriffenen Massnahmen im Massnahmenplan I immer noch übermässig sind, verabschiedete die Zentralschweizer Umweltschutzdirektorenkonferenz (ZUDK) einen zweiten gemeinsamen Massnahmenplan. Der Plan umfasst Massnahmen für die Bereiche Strassenverkehr, übriger Verkehr, Verbrennung von Grünabfällen, Landwirtschaft und Energie sowie eine Informations- und Motivationskampagne. Er steht zur Beratung im Januar 2008 an.

Ein neues Konzept für das Luftmessnetz in-LUFT

Für die Messung der Luftschadstoffe betreiben die Zentralschweizer Kantone und der Kanton Aargau ein gemeinsames Messnetz in-LUFT. Für die Vertragsperiode 2008-2011 stimmte die ZUDK einer neuen Leistungsvereinbarung zu. Das neue Messkonzept sieht u.a. die Aufhebung der Ozonmessstation Lungern-Schönbüel vor. Im Gegenzug wird zukünftig in Engelberg eine voll ausgerüstete Messstation im jährlichen Turnus mit der Station Stans betrieben.

Folgende Dienstleistungen werden auch weiterhin im Rahmen der in-LUFT angeboten:

- Technischer Jahresbericht und Kurzbericht (Flyer) über die Ergebnisse der Luftqualitätsmessungen
- Bereitstellung von aktuellen Messwerten und Archivwerten („Datawarehouse“) auf der Homepage der in-LUFT unter www.in-luft.ch
- Publikationen zur Luftqualität auf der Homepage der in-LUFT unter www.in-luft.ch
- SMS-Dienst mit aktuellen Ozon-Werten im Sommer (www.ozon-info.ch)
- SMS-Dienst mit aktuellen Feinstaubwerten im Winter (www.feinstaub.ch)

Elektrosmog – das Unsichtbare fassbar gemacht

Die Bevölkerung der Zentralschweiz wird seit Mitte 2007 umfassend über nichtionisierende elektromagnetische Strahlung („Elektrosmog“) informiert. Die Zentralschweizer Kantone betreiben dazu ein Netz mit 24 variablen Stationen zur langfristigen Überwachung der elektromagnetischen Strahlung, die hauptsächlich von Mobilfunkbasisstationen und Rundfunksendern stammt. Um auch flächendeckende Aussagen über die Belastungssituation machen zu können, wurden die Immissionen von Mobilfunkbasisstationen und Rundfunksendern mit einem Computermodell für das Gebiet der Zentralschweiz modelliert. Messwerte und Belastungskarten sind auf der Homepage www.e-smogmessung.ch abrufbar.

Kataster der belasteten Standorte

Während der Kataster der Ablagerungsstandorte (Deponien) 2006 erstellt wurde, wurden dieses Jahr die belasteten Betriebsstandorte erhoben. Bei 186 Standorten besteht ein Verdacht auf eine Belastung. Diese Betriebe wurden provisorisch in den Kataster der belasteten Standorte eingetragen. Der definitive Entscheid über einen Katastereintrag wird nach Vorliegen weiterer Abklärungen vorgenommen.

Die natürlichen Kugelfänge von Schiessanlagen gehören ebenfalls zu den belasteten Betriebsstandorten. Die betroffenen Schützenvereine und Gemeinden wurden über den Vollzug bei den Schiessanlagen informiert, so dass sie noch frühzeitig die notwendigen Massnahmen in die Wege leiten konnten, damit sich der Bund mit 40 Prozent der anrechenbaren Kosten an den Massnahmen beteiligt.

Abfallanlagen

Gestützt auf die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Umweltschutz wurde die erste umweltrechtliche Bewilligung für den Bau und Betrieb einer Abfall- und Sortieranlage erteilt. Die Grundlage für die Erteilung der umweltrechtlichen Bewilligung bildete eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Weitere umweltrechtliche Bewilligungen wurden bearbeitet und können nach Abschluss der Umweltverträglichkeitsprüfung erteilt werden.

Zurück zu mehr Eigenverantwortung bei Tankanlagen

Mit den Anpassungen der Gewässerschutzgesetzgebung wurden die staatlichen Vorschriften im Bereich der Tankanlagen gelockert. So wurden u.a. sämtliche Kleintankanlagen von der Bewilligungs- und Kontrollpflicht befreit. Für diese besteht aber weiterhin eine Meldepflicht. Anlagen mit mittelgrossen Tanks (mehr als 4 000 l Volumen) müssen nur noch in den besonders gefährdeten Bereichen bewilligt und regelmässig kontrolliert werden. Für die Kontrollen und den einwandfreien Betrieb von Tankanlagen, welche von der Kontrollpflicht befreit wurden, ist der Tankeigentümer selber verantwortlich.

Wo und wie viel Grundwasser in Engelberg fliesst

Die hohen Grundwasserstände in der Talebene von Engelberg führten in den vergangenen Jahren wiederholt zu Problemen. Fehlende Kenntnisse über die aktuellen Grundwasserverhältnisse erschwerten zudem die Beurteilung von Bauvorhaben und hatten gar Einsprachen gegen erteilte Baubewilligungen zur Folge. Im Sommer 2007 wurde daher eine Untersuchung der Grundwasserverhältnisse in Auftrag gegeben. Damit sollen Lage und Schwankungsbereich des Grundwasserspiegels aufgezeigt sowie Problemgebiete bei Grundwasserhochständen bezeichnet werden. Ferner sollen mögliche Massnahmen zur Reduktion von Beeinträchtigungen durch bestehende

und neue Bauten beurteilt und ein künftiges Überwachungsprogramm des Grundwassers vorgeschlagen werden. Der Bericht liegt im Sommer 2008 vor.

Sarnersee und Lungernersee in ökologisch gutem Zustand

Die Untersuchungen vom Frühjahr und Herbst 2007 zeigten, dass der Sarner- und Lungernersee weiterhin nährstoffarm sind. Beide Seen wiesen auch in den tiefsten Wasserschichten genügend Sauerstoff auf, so dass der ganze See selbst empfindlichen Wassertieren Lebensraum bietet.

Auffallend war die gegenüber früheren Untersuchungen markante Temperaturzunahme in den tiefen Wasserschichten. Der Grund dafür liegt im aussergewöhnlich milden Winter 2006/2007. Bei den Nährstoffen blieb die Phosphorkonzentration seit Anfang der 90er Jahre mehr oder weniger konstant. Die Konzentration der Stickstoffverbindungen, wie z.B. dem Nitrat, nahm dagegen im Vergleich zu den letzten Untersuchungen von 2003 deutlich zu.

Erdwärmekarte ist auch elektronisch verfügbar

Die Erarbeitung der Erdwärmekarte wurde im Dezember 2007 fertiggestellt. Die Karte steht ab sofort zur Verfügung und wurde auch ins Geographische Informationssystem (GIS) aufgenommen. Sie wird kantonalen und kommunalen Behörden sowie Privaten eine rasche Übersicht über vorhandene Wärmenutzungsmöglichkeiten aus Wasser und Boden und über mögliche Nutzungskonflikte bieten. Zudem ist eine Beschleunigung und Vereinheitlichung des Bewilligungsverfahrens zu erwarten.

Nutzung der Erdwärme steigend

Im Jahr 2007 wurden 76 neue Erdsondenanlagen und drei neue Grundwasserwärmepumpen bewilligt. Ende 2007 waren im Kanton Obwalden somit 420 Anlagen mit Wärmequelle Erdwärme und 43 Anlagen mit Wärmequelle Grundwasser in Betrieb.

	2002	2006	2007
Bewilligungen für Wärmepumpen	21	62	76

Abwasserreinigungsanlagen

Zurzeit sind drei zentrale Abwasserreinigungsanlagen (Sarneraatal, Engelberg und Melchtal), 11 Gruppenanlagen und 72 Kleinkläranlagen in Betrieb. Im Berichtsjahr wurden 14 Kleinkläranlagen neu bewilligt.

	2002	2006	2007
Bewilligungen für Kleinkläranlagen	6	9	14

Seit 2006 ist für alle Kleinkläranlagen ein jährlicher Service obligatorisch. Aus den Serviceprotokollen von 2007 geht hervor, dass die meisten Anlagen gut funktionieren und zu keinen Beanstandungen Anlass geben.

4332 Fischerei

Hindernisfreie Fischwanderung vom Alpnachersee zum Sarnersee

Mit der Neukonzessionierung des Kraftwerks Sarneraa musste die freie Fischwanderung in der Sarneraa von der Mündung der Grossen Schliere bis in den Wichelsee wieder hergestellt werden. Der entsprechende Fischpass bei der Wehranlage des Wichelsees und die Fischrampe bei der Etschschwelle wurden im Dezember 2007 in Betrieb genommen. Mit der zugleich vorgeschriebenen Dotierung von Restwasser können die Fische nun die ganze Strecke zwischen Alpnachersee und Sarnersee durchschwimmen. Damit wird eine bedeutende Aufwertung des aquatischen Lebensraums Sarneraa erzielt.

Gewässerökologisch verträglicher Wasserbau

2007 wurden wiederum einige bedeutende Wasserbauprojekte gewässerökologisch und fischereilich begleitet, so etwa am Kernmattbach in Kerns und Sarnen, am Türli- bach in St. Niklausen sowie am Mühlebach und am Rütibach in Giswil. Bei allen Projekten konnte sicher gestellt werden, dass Fische und andere Wassertiere auch in den neu verbauten Gerinnen geeignete Lebensräume vorfinden.

14 Fischarten in der Sarneraa

Der Hitzesommer 2003 und das Hochwasser 2005 stellten für den Fischbestand in der Sarneraa eine grosse Belastung dar. Vor allem bei der wärmeempfindlichen und gefährdeten Äsche mussten grössere Verluste befürchtet werden. Bei einer Bestandeserhebung im Jahr 2006 wurden zwischen Wichelsee und Sarnersee insgesamt 14 Fischarten nachgewiesen, fünf davon finden sich auf der sogenannten "Roten Liste" der gefährdeten Arten.

Erfreulicherweise erwies sich der Äschenbestand als recht resistent. Trotzdem wurden 2007 einige Schutzmassnahmen umgesetzt. Das Fangmindestmass der Äsche wurde von 32 cm auf 35 cm angehoben und auf den Einsatz von fangfähigen Bachforellen wurde verzichtet. Dieser Verzicht stärkt die Äschenpopulation, weil der Konkurrenzdruck um den beschränkten Lebensraum wegfällt.

4333 Chemiewehr und Strahlenschutz

Der Regierungsrat stimmte der Verwaltungsvereinbarung über die Strahlenwehr Zentralschweiz zu. Der Kanton Uri führt nun den Strahlenwehr-Hauptstützpunkt. Daneben betreiben die Kantone Luzern und Zug regionale Stützpunkte. Mit der Vereinbarung werden Unfälle mit Strahlenquellen im Kanton Obwalden durch den Hauptstützpunkt Uri bearbeitet.

5 Bildungs- und Kulturdepartement

Das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) umfasst

	Vollzeitstellen Ende			
	2006		2007	
	<i>mit Schul- verwaltung</i>	<i>LP</i>	<i>mit Schul- verwaltung</i>	<i>LP</i>
Departementssekretariat	3.83		2.50	
Amt für Volks- und Mittelschulen	17.60	38.35	16.75	39.40
Amt für Berufsbildung	14.16	24.27	12.45	26.65
Abteilung Kultur	4.79		5.19	
Abteilung Sport	2.10		2.10	
Insgesamt	42.48	62.62	38.99*	66.05

*Hauswarte sind ab 2007 im BRD kontiert.

"Bildung hat nicht nur Wissen und Können, sondern auch Werte und Tugenden zu vermitteln."

Regierungsrat Hans Hofer, Vorsteher des Bildungs- und Kulturdepartements

Das Jahr 2007 in Zahlen

Für Ausbildungen und Weiterbildungen wurden Stipendien im Umfang von insgesamt 1 146 140 Franken an 209 Personen ausgerichtet, davon 685 640 Franken an 132 Frauen.

Bei der gemeinsamen Evaluation von fünf Schulen in Obwalden und Nidwalden wurden 1 130 Schülerinnen und Schüler, 570 Eltern und 230 Lehrpersonen befragt und 60 000 Aussagen verarbeitet.

Mit Hilfe des Networkers (Projekt Speranza 2000) konnten 39 Ausbildungsplätze für die 2-jährige Grundbildung mit Attest akquiriert werden.

An der Zentralschweizer Bildungsmesse zebi haben 43 Schulklassen aus Obwalden mit 686 Jugendlichen teilgenommen.

60 Obwaldnerinnen und Obwaldner haben das Berufsmaturitätszeugnis erhalten. Das entspricht 14 Prozent der 21-Jährigen.

Die Kantonale Kulturförderungskommission und die Fachstelle für Kulturförderung behandelten insgesamt 110 Gesuche um finanzielle Unterstützung. Insgesamt wurden aus dem Lotteriefonds Beiträge in der Höhe von rund 380 000 Franken an Projekte, Veranstaltungen, Auszeichnungen, Kulturinstitutionen und Werkankäufe vergeben.

Es konnten 23 Restaurierungen von Denkmalschutzobjekten abgeschlossen werden. An die Restaurierungskosten geschützter Kulturobjekte wurden insgesamt 3 068 504 Franken ausbezahlt; der Kantonsanteil betrug 902 452 Franken.

4 107 Jugendliche (2 300 Buben, 1 807 Mädchen) besuchten 281 J+S - Kurse und Lager, dafür richtete der Bund den Organisationen 291 232 Franken aus. Diese Angebote wurden in 28 verschiedenen Sportarten von insgesamt 818 Leitenden betreut.

501 Jugendliche sind zur Kantonalen Turnprüfung angetreten. 86.5 Prozent haben erfüllt.

Die umgesetzten Departementsziele im Überblick (Controlling)

APL Nr.	Massnahmen der Amtsdauerplanung 2006 – 2010	Bemerkungen
4.1	Kantonales Konzept Sonderschulen und Umsetzung im Kontext mit NFA ist erarbeitet	Der Konzeptentwurf liegt vor.
4.2	Rahmenbedingungen für den Aufbau und Betrieb von Tagesstrukturen im Volksschulbereich <i>Die departementalen Weisungen sind erarbeitet und die ersten Gesuche um Kantonsbeiträge sind bearbeitet.</i>	Das Reglement ist erlassen.
4.4	Die Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen aller Stufen sind vereinheitlicht. <i>Die Lehrpersonenverordnung ist im Parlament verabschiedet.</i>	Die Verordnung wurde zuhänden des Kantonsrats verabschiedet.
11.1	Die Integrationsmassnahmen aus dem Bildungsgesetz sind umgesetzt. <i>Das Konzept Integrationsmassnahmen liegt im Entwurf vor.</i>	Nicht erfüllt, zurückgestellt auf Grund von Kapazitätsengpässen und Prioritätensetzung.
12.1	Folgende Massnahmen der Richtplanung sind umgesetzt: - Erarbeitung Sportanlagenkonzept - Anpassung Sportgesetzgebung	Beide Aufgaben sind zurückgestellt auf Grund personeller Kapazitätsengpässen.
12.2	Die NFA ist umgesetzt, namentlich im Bereich von: - Beiträge an die Denkmalpflege - interkantonaler Lastenausgleich Kulturangebote	Erfüllt (Nachtrag Denkmalschutzverordnung) Nicht erfüllt (folgt 2008)
12.3	Das Kulturfest OBWALD wird als national ausstrahlender Anlass unterstützt.	erfüllt

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2007	Stand der Erfüllung
Lehrpersonenverordnung	erfüllt
Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die Ausbildungskosten in der beruflichen Grundbildung (Berufsfachschulvereinbarung)	erfüllt
Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die höhere Berufsbildung (HFSV)	von der EDK zurückgestellt
Nachtrag zur Denkmalschutzverordnung (Auswirkungen NFA)	erfüllt

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Information und Kommunikation (I+K)

Allgemein

Nebst den ordentlichen Anstrengungen wie Pflege der Zusammenarbeit mit den Bildungspartnern, Infobulletin, Informationsbulletin des Amts für Volks- und Mittelschulen, Berufsbildungsbulletin, jährliche Berichte der Kantonsschule und des Berufs- und Weiterbildungszentrums sowie Kulturblatt OW/NW, wurden folgende ausserordentlichen Veranstaltungen durchgeführt: Informationsveranstaltungen zur neuen Bildungsbroschüre sowie zum Ausbau/Sanierung Kantonsschule und Turnhallen.

Im 2007 wurden 27 Medienmitteilungen in allen Bereichen (Aus- und Weiterbildung, Ausbildungsbeiträge, Kultur, Sport usw.) verschickt, was in den meisten Fällen zur Berichterstattung durch die lokalen und regionalen Medien führte.

I+K - Konzept: Vorschläge für Schulungseinheiten

Aufgrund der letztjährigen Evaluationsergebnisse zum I+K-Konzept wurden im Rahmen eines Praktikums Vorschläge für die departmentsinterne Schulung der I+K – Verantwortlichen und Vorschläge für die Ergänzungen des I+K – Konzepts erarbeitet. Dazu liegt ein ausführlicher Bericht vor.

Projekt ImaSch: Aktive PR für die Schule und Ausbildung

Aufgrund von Berichten in den lokalen Medien, die sich kritisch bis negativ über verschiedene Reformprojekte äusserten, ergriff das Departement die Initiative und startete das Projekt ImaSch (*Imagebildung Schule*). Ziel des Projektes ist es, positive und kraftvolle Beispiele in Schule und Ausbildung zu schildern und darzustellen, die Nachhaltigkeit der Kommunikation mit den Bildungspartnern zu fördern und den Stellenwert der Bildung als Standortfaktor hervorzuheben. Dieses Ziel soll auf drei Aktionsebenen erreicht werden: mit einer *Artikelserie im Obwaldner Wochenblatt*, wo konkrete Leistungen der Institution Schule, über alle Gemeinden und Schulstufen verteilt, thematisiert werden; mit einer *Referatsreihe (in Zusammenarbeit mit Nidwalden)*, wo spezielle Themen vertieft und mit dem Publikum/Bildungspartnern und Fachleuten diskutiert werden; mit einem *Event*, wo ein spezielles Thema, bei dem Handlungsbedarf besteht, initiiert, mit den beteiligten Bildungspartnern erste Vorstellungen, Ideen, Grobkonzepte usw. vorgestellt und diskutiert sowie der Handlungsbedarf ausgelotet werden sollen.

Bildungsbroschüre: Obwalden setzt auf Bildung

Unsern Kindern und Jugendlichen stehen im Kanton die wichtigsten Ausbildungen im Volksschul-, Mittelschul- und Berufsfachschulbereich zur Verfügung. Für jene Ausbildungen, die nicht im Kanton besucht werden können, hat der Kanton Vereinbarungen mit andern Kantonen abgeschlossen (Berufsfachsschulen, Fachhochschulen, Universitäten usw.). Der Kanton Obwalden hat somit insgesamt ein sehr gutes Bildungsangebot. Leider ist dies oft nicht bekannt oder es bestehen Unsicherheiten, wo sich die Ausbildungsstandorte befinden und welche Ausbildungswege möglich sind. Die neue Bildungsbroschüre füllt diese Lücke. Einerseits werden auf einer Bildungslandschaftskarte alle Ausbildungsangebote im Kanton und in der Zentralschweiz aufgezeigt. Andererseits wird das Obwaldner Bildungssystem und seine Spezialitäten kurz beschrieben und es werden Hinweise für vertiefere Informationen gegeben.

Ausbau und Sanierung Kantonsschule und der Dreifachturnhallen

Das Bildungs- und Kulturdepartement war insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahres gefordert. Sowohl Parlament wie auch die Direktbetroffenen und die Öffentlichkeit erwarteten mehr Informationen zum Projekt. Nach den Grundsatzentscheiden des Regierungsrats Ende Oktober, sowohl die Kantonsschule wie auch die Dreifachturnhalle am selben Ort zu sanieren, wurden vier Petitionen eingereicht. Das Bildungs- und Kulturdepartement führte in Verbindung mit dem Bau- und Raumentwicklungsdepartement vier Informationsveranstaltungen durch. Zudem wurden mit dem Einwohnergemeinderat Sarnen Verhandlungen über die Beteiligung an einer vierten Halle geführt, nachdem der Kantonsrat den Bericht des Regierungsrats zur Ergänzung zurückgewiesen und den Einbezug einer vierten Halle (im Umfang einer Vereinshalle) in die Planung gefordert hatte.

Zäme Zmittag: Der Kanton beteiligt sich am Public Private Partnership-Projekt

Auf private Initiative hin wurde auf Beginn des Schuljahres eine Mittagsverpflegung „Zäme Zmittag“ an der Kantonsschule aus der Taufe gehoben. Die Aufgaben wurden zwischen dem Verein mit gleichem Namen und dem Kanton aufgeteilt. Der Kanton beteiligte sich mit einem Investitionsbeitrag und stellte in Aussicht, ein allfälliges Betriebsdefizit zu übernehmen. Auf Grund der ersten Erfahrungen entschied der Regierungsrat, bei der Sanierung/Ausbau der Kantonsschule zusätzliche Raumflächen für eine Mittagsverpflegung vorzusehen.

Bildungskommission: Start geglückt

Die Bildungskommission, zusammengesetzt aus neun Mitgliedern sowie dem Bildungsdirektor, dem Departementssekretär Obwalden und dem Direktionssekretär Nidwalden, startete im Frühjahr mit der ersten Sitzung und traf sich insgesamt zu fünf Sitzungen. Themenschwerpunkte waren: Organisation der Kommission mit Ressortbildung, Planung und Strategie (Verabschiedung eines Zielkatalogs und Priorisierung der Themen „Familienmodelle“ und „Eltern-/Erziehungsaufgaben“), Stellungnahmen (Lehrpersonenverordnung, Imagebildung Schule), Information. Die Bildungskommission verfasste zum ersten Jahr einen ausführlichen Tätigkeitsbericht.

Zusammenarbeit mit den Gemeinden

Im Volksschulbereich findet ein regelmässiger Austausch zwischen dem Departement und den Gemeinden im Rahmen der Schulpräsidien- und der Schulleiterkonferenz statt.

Zusammenarbeit Obwalden/Nidwalden

Die Zusammenarbeit der beiden Departemente wurde an drei Besprechungen der beiden Departementsleitungen vertieft. Themen dieser Besprechungen waren u.a.: Bildungskommissionen in OW und NW, gemeinsame Referatsreihe, Schulferienordnung, Schulgeldbeiträge Sportmittelschule Engelberg, Expertenhonoreare Lehrabschlussprüfungen, Case Management, Lehrpersonenbesoldung, Time-Out usw.

Zudem hat einerseits der Departementssekretär Obwalden Einsitz in der Bildungskommission Nidwalden, der Direktionssekretär Nidwalden hat andererseits Einsitz in der Bildungskommission Obwalden. Weitere ständige Zusammenarbeitsfelder: Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung (inkl. Uri), Berufsbildung, externe Evaluation OW/NW/UR.

Interkantonale Zusammenarbeit: (Sprach-) Regionale Zusammenarbeit soll neu geregelt werden

Mit dem HarmoS-Konkordat wird eine Rechtsgrundlage für eine sprachregionale Zusammenarbeit geschaffen werden. Für die Bewältigung der Aufgaben, die im HarmoS-Konkordat den Sprachregionen übertragen werden, soll eine Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK) gegründet werden. Die regionale Konferenzen sollen erhalten bleiben, sie entscheiden in eigener Kompetenz, welche Aufgaben sie in Zukunft bearbeiten wollen. Von dieser Reorganisation ist auch der Kanton Obwalden betroffen. Es soll das Ziel der Reorganisation sein, dass auch die kleinen Kantone in der D-EDK ein angemessenes Mitspracherecht erhalten und die Umlagerung der Aufgaben ressourcenneutral erfolgt.

Beschwerdestatistik*

Beschwerdeentscheide des Regierungsrats

(Vorbereitung und Antragstellung durch Bildungs- und Kulturdepartement)

	2007
<i>Anzahl Beschwerden</i> (einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)	
Übertrag vom Vorjahr	0
Neueingänge	10
Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats:	
- gutgeheissen	0
- teilweise gutgeheissen	0
- abgewiesen	7
- nicht eingetreten	0
Ohne Entscheid des Regierungsrats: (Abschreibungsbeschluss des Departements)	
Vergleich, Rückzug und dgl.	1
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	2

Beschwerdeentscheide des Bildungs- und Kulturdepartements 2007

Anzahl Beschwerden

Übertrag vom Vorjahr	0
Neueingänge	9

Erledigt durch Entscheid des Departements

- gutgeheissen	1
- teilweise gutgeheissen	0
- abgewiesen	4
- nicht eingetreten	0

Ohne materiellen Entscheid des Departements:

Vergleich, Rückzug und dgl.	3
-----------------------------	---

Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	1
---	---

* 2006 nicht erhoben

50 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat nimmt folgende Aufgabenbereiche wahr: Höhere Schulen, Fachhochschulen, Hochschulen, Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Ausbildungsbeiträge (Stipendien/Darlehen), kirchliche Angelegenheiten. Es unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, die Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departementes, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling).

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
APL 4 WZ 2	Bildungsqualität wird auf allen Stufen und im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit gesichert und entwickelt.	
	<i>Controlling</i> Bildungskonzept: Wirkungsüberprüfung von definierten Massnahmen ist fortgesetzt und in Teilbereichen abgeschlossen.	Wirkungsanalyse zu den Themen „Durchlässigkeit in der Orientierungsschule“ und „Berufswahl Obwalden“, ist durchgeführt, Projektberichte liegen vor.

<p>APL 4 WZ 3</p>	<p>Für die Aus- und Weiterbildung werden die Rahmenbedingungen mit einem Beratungs- und Unterstützungsnetz optimiert.</p>	
	<p><i>Folgearbeiten Bildungsgesetz:</i> Lehrpersonenverordnung ist für die Beratung im Kantonsrat vorbereitet. Die Ausführungsbestimmungen für die Kantonsschule, Schulpsychologischer Dienst und Logopädischer Dienst sind erarbeitet.</p> <p><i>Bildungskommission:</i> Die Bildungskommission ist konstituiert und arbeitet nach den Vorstellungen des Bildungs- und Kulturdepartement.</p> <p><i>Ausbildungsbeiträge:</i> Die kantonale Situation ist reflektiert und es sind allenfalls Massnahmen getroffen.</p>	<p><i>Lehrpersonenverordnung:</i> Der Entwurf samt Bericht wurde zuhanden des Kantonsrats verabschiedet.</p> <p><i>Berufs- und Weiterbildung:</i> Der Regierungsrat erliess die Ausführungsbestimmungen über die Berufsbildung und die Weiterbildung.</p> <p><i>Reglemente:</i> Das Bildungs- und Kulturdepartement erliess das Reglement über die Blockzeiten im Kindergarten und in der Primarschule (Blockzeitenreglement) sowie das Reglement über die schulergänzenden Tagestrukturen und die Entrichtung von Kantonsbeiträgen (Tagesstrukturenreglement).</p> <p><i>Ausführungsbestimmungen</i> für die Kantonsschule, die Schuldienste und die Kantonsbibliothek sowie die Überarbeitung Sportgesetzgebung wurden aus Kapazitätsengpässen zurückgestellt.</p> <p>Sie hat an den ersten fünf Sitzungen grosse Arbeit im Strategiebereich geleistet.</p> <p>Die Situationsanalyse musste aus Kapazitätsgründen zurückgestellt werden.</p> <p>Das Reglement über den Kathriner-Egger-Fonds wurde erarbeitet.</p>
<p>APL 13 WZ 2</p>	<p>Die Verwaltung wird wirkungsorientiert und kundenfreundlich geführt.</p>	
	<p><i>Information + Kommunikation (I+K):</i> Broschüre Bildung ist fertiggestellt und vorgestellt.</p>	<p>Unter anderem wurde das Projekt ImaSch gestartet sowie die Bildungsbroschüre erarbeitet und vorgestellt.</p>

Bildungsgesetz und die Folgearbeiten

Die Folgearbeiten zum Bildungsgesetz wurden plangemäss weitergeführt:

Der Regierungsrat verabschiedete im Frühjahr die *Lehrpersonenverordnung* in erster Lesung und beauftragte das Bildungs- und Kulturdepartement mit der Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens. Das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens zur Lehrpersonenverordnung war grundsätzlich positiv. Einzelne Vorschläge des Regierungsrats stiessen jedoch auf Ablehnung, insbesondere die Altersentlastung, lohnwirksame Beurteilung der Lehrpersonen und Zuständigkeit für die Anstellung der Lehrpersonen. Der Regierungsrat entschied, auf die grosszügigere Altersentlastung bei den Volksschullehrpersonen und auf die Lohnwirksamkeit der Beurteilung der Lehrpersonen vorerst zu verzichten sowie die verfassungsmässige Regelung bei der Anstellung der Lehrpersonen der Volksschule offener zu formulieren. Er liess die Verordnung entsprechend überarbeiten und verabschiedete diese zuhanden des Kantonsrats in zweiter Lesung.

Der Regierungsrat verabschiedete die *Ausführungsbestimmungen über die Berufsbildung und die Weiterbildung*. Damit wird die Berufsbildung im Kanton Obwalden auf eine zeitgemässe rechtliche Basis gestellt. Die Attraktivität der Berufslehre wird erhöht, die höhere Berufsbildung und die Weiterbildung werden gestärkt. Die Ausführungsbestimmungen traten am 1. April 2007 in Kraft.

Das Bildungs- und Kulturdepartement erliess ein Reglement zur Ausgestaltung der Blockzeiten im obligatorischen Kindergartenjahr und in der Primarschule (*Blockzeitenreglement*). Das Reglement trat am 1. August 2007 in Kraft.

Das Bildungs- und Kulturdepartement erliess zudem das *Tagesstrukturenreglement*. Dieses legt Mindestanforderungen, Qualitätskriterien, Finanzierungsvorgaben sowie das Verfahren für die Entrichtung von kantonalen Beiträgen an schulergänzende Tagesstrukturen der Einwohnergemeinde fest. Es trat am 1. Juli 2007 in Kraft.

Aufgrund personeller Kapazitätsengpässen musste auf die Erarbeitung der Ausführungsbestimmungen im Bereich Kantonsschule und Schuldienste sowie auf die Überarbeitung der Sportgesetzgebung verzichtet werden.

Bildungskonzept: Weitere Wirkungsanalysen durchgeführt

Nach dem Pilotprojekt Englisch Nachqualifikation folgten in diesem Jahr zwei weitere Wirkungsanalysen. Zum ersten wurde die *Durchlässigkeit der Orientierungsschule (OS)* auf Grund des Stammklassen- und Niveau-Fach-Wechsels überprüft. Ergebnisse: Fünf von sieben Gemeinden haben die Koordinierte Orientierungsschule (KOS) oder die Integrierte Orientierungsschule (IOS) eingeführt. Diese Einführung hat in den Orientierungsschulen zu Stammklassen- und Niveau-Fach-Wechsel geführt. Die angestrebte Wirkung der KOS- und IOS-Einführung wurde damit grundsätzlich erreicht, d.h. die Wechselmöglichkeiten wurden genutzt und das OS-System wurde dadurch durchlässig.

Zum Zweiten wurde das Projekt *„Berufswahl Obwalden“* überprüft. Das Bildungs- und Kulturdepartement befragte im Sommer 2007 mittels eines Online-Fragebogens 874 Personen, davon antworteten 439 (Ausbildungsverantwortliche in aktiv ausbildenden Lehrbetrieben, Lehrpersonen in Abschlussklassen, Schülerinnen und Schüler in Orientierungsschulklassen). Die Ergebnisse der durchgeführten Wirkungsanalyse bestätigen die vom Konzept ‚Berufswahl Obwalden‘ angestrebten Wirkungen: Das Konzept und die Instrumente der ‚Berufswahl Obwalden‘ sind bei allen Beteiligten

bestens bekannt. Der Berufswahlfahrplan, der dem Konzept zu Grunde liegt, wird als nützlich oder gar sehr nützlich beurteilt (Detailergebnisse siehe unter 5430).

Weiterbildung: BKD-Tag in Engelberg

Der BKD-Weiterbildungstag Ende August fand in Engelberg statt. Nebst einem sportlichen Teil (nach Wahl Curling, Softtennis oder Klettern) gaben departementseigene Fachpersonen Einsicht in ihre Tätigkeiten in den Bereichen Denkmalpflege (u.a. Besichtigung der Klosterkirche), Psychomotorik und Logopädie. Den Abschluss fand dieser lehrreiche Tag bei einem Nachtessen im Kloster.

5002 Stipendien

Ausbildungsbeiträge:

Insgesamt wurden 330 Gesuche bearbeitet und 13 provisorische Berechnungen erstellt. Der Anteil an Studierenden an Hochschulen und Fachhochschulen, welche ein Stipendengesuch stellten, betrug 131, davon 63 Frauen. Im Hoch- und Fachhochschulbereich erhielten 89 Studierende, davon 44 Frauen einen Ausbildungsbeitrag zugesprochen. In Ergänzung zu Stipendien wurden 8 Studiendarlehensverträge von insgesamt Fr. 116 000.– abgeschlossen.

Kathriner-Egger-Fonds

Das Reglement über den Kathriner-Egger-Fonds trat am 1. Februar 2007 in Kraft. Der Fonds bezweckt die Unterstützung von Personen in Ausbildung und Familien mit Kindern in Ausbildung, für welche keine oder ungenügend kantonale Stipendien gesprochen werden können und die finanziell schlecht gestellt sind. Die Bestände, insgesamt 175 826.35 Franken, der folgenden Stiftungen wurden in den Kathriner-Egger-Fonds überführt: Bannerherr Spichtig-Stiftung, Hauptmann Fanger-Stiftung und Landammann Franz Wirz-Stiftung. Neu wird nicht der aufgelaufene Zins aus dem Fondsvermögen ausgeschüttet, sondern während fünf Jahren können jährlich 30 000 Franken ausgerichtet werden, wobei pro Gesuch höchstens 3 000 Franken pro Jahr gesprochen werden kann. Die jährlich zur Verfügung stehende Summe wurde nur zu zwei Drittel ausgeschöpft.

53 Amt für Volks- und Mittelschulen

Das Amt für Volks- und Mittelschulen nimmt Beratungs-, Entwicklungs-, Steuerungs- und Sachbearbeitungsaufgaben im Bereich des Kindergartens, der Volksschule und der Mittelschulen wahr. Die Abteilungen Schulaufsicht und Schulevaluation, Lehrpersonenweiterbildung und Schulentwicklung sowie die schulischen Dienste (Schulpsychologischer Dienst, Psychomotorik und Logopädischer Dienst) stehen vor allem Lehrpersonen und Schulbehörden zur Verfügung, die schulischen Dienste zusätzlich auch Kindern, Jugendlichen und deren Bezugspersonen.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
<p>APL 4 WZ 1</p>	<p>Die Bildungsstrategien, -strukturen und –angebote werden in Richtung Familienfreundlichkeit und Integrationsfähigkeit, Arbeitsmarkttauglichkeit und Sprachkompetenz weiterentwickelt. Der Zugang zur Tertiärstufe wird gefördert.</p>	
	<p><i>Englisch an den Primarschulen:</i> Die Nachqualifikation der Lehrpersonen ist gemäss Konzept vom 1. Juli 2002 sichergestellt.</p> <p><i>Projekt 8plus (9. Schuljahr):</i> Das Projekt 8plus mit Standortbestimmung, Projektunterricht und Abschlussarbeit im 9. Schuljahr ist gemäss Projektplanung umgesetzt und erstmals evaluiert.</p> <p><i>Beurteilungskultur:</i> Die lernziel- und förderorientierte Beurteilungskultur an der Volksschule ist optimiert und gemäss Planungsvorgaben weiterentwickelt.</p> <p><i>Sonderpädagogik:</i> Das Konzept für die Sonderpädagogischen Angebote ist erstellt, bei den Schulpartnern ist eine Stellungnahme eingeholt.</p>	<p>Die zweite und letzte Gruppe von Primarlehrpersonen schloss den geforderten Didaktikkurs ab</p> <p>Die sprachliche Nachqualifikation konnte entgegen ersten Zielsetzungen noch nicht von allen Lehrpersonen abgeschlossen werden.</p> <p>Die Standortbestimmung im 8. Schuljahr und der Einsatz des Testwerkzeugs „Stellwerk“ wurde flächendeckend eingesetzt und evaluiert. Das Projekt stösst bei allen Beteiligten auf Akzeptanz und wird als Verbesserung des schulischen Angebots erlebt.</p> <p>Die elektronische Zeugnis- und Notenverwaltung (WinSchule Teacher) wurde wesentlich verbessert, die Handhabung der Beurteilungsbogen und der Orientierungsarbeiten den Lehrpersonen erläutert und entsprechende Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildungen wurden regelmässig angeboten.</p> <p>Das Sonderpädagogische Konzept liegt im Entwurf vor. Verzögerung auf Grund von personellen Engpässen und EDK.</p> <p>Die Stellungnahme der Schulpartner ist für das Folgejahr vorgesehen.</p>

<p>APL 4 WZ 2</p>	<p>Bildungsqualität wird auf allen Stufen und im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit gesichert und entwickelt.</p>	
	<p><i>Qualitätssicherung und -entwicklung (QSE):</i> Das Konzept ist dem Bildungsgesetz entsprechend umgesetzt und weiterentwickelt.</p> <p><i>Kantonsschule:</i> Das QM wird nach kantonalen Vorgaben installiert.</p> <p><i>Schulleitung:</i> Die Einarbeitung der neuen Schulleitung in die Personalführung ist vollzogen.</p>	<p>Die Weiterentwicklung der QSE-Konzepte der Volksschule konnte aus personellen Gründen nicht umgesetzt werden. Verbindliche Vorgaben für die Volksschulen und die Kantonsschule zur Ausgestaltung der Aufsichtsfunktionen konnten aus dem gleichen Grund noch nicht bereitgestellt werden.</p> <p>Auf allen Ebenen (Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen, usw.) wurde eine Feedbackkultur eingeführt.</p> <p>Es wurden verschiedene Instrumente für die Beurteilung der Lehrpersonen erarbeitet, die bei den Mitarbeitergesprächen Verwendung fanden.</p>
<p>APL 4 WZ 3</p>	<p>Für die Aus- und Weiterbildung werden die Rahmenbedingungen mit einem Beratungs- und Unterstützungsnetz optimiert.</p>	
	<p><i>Schulpsychologischer Dienst:</i> Kundenbefragung im Fachbereich Psychomotorik-Therapie ist erfolgt und Schlussfolgerungen sind gezogen.</p> <p><i>Logopädischer Dienst:</i> Weitere Vertiefung der Öffentlichkeitsarbeit ist erfolgt, Zuweisungspraxis durch andere Fachstellen (Kinderärzte, usw.) ist im Zusammenhang mit der Einführung der NFA geklärt.</p>	<p>Die Rückmeldungen über die Psychomotorik-Therapie und -Beratung auf die schriftliche Befragung der Eltern sind mehrheitlich positiv.</p> <p>Über die wichtigsten Angebote wurde ein Flyer erstellt.</p> <p>Die Abklärungs- und Zuweisungspraxis wurde extern einweisenden Instanzen kommuniziert.</p>

APL 13 WZ 2	Die Verwaltung wird wirkungsorientiert und kundenfreundlich geführt.	
	<p><i>Kommunikation:</i></p> <p>Die Kommunikation des Amtes gegenüber den Anspruchsgruppen, insbesondere den Lehrpersonen, ist geklärt und definiert (I+K).</p>	<p>Die Kommunikationskanäle wurden zielgruppenspezifisch ausgerichtet.</p> <p>Der Newsletter „Das AVM informiert!“ wurde herausgegeben.</p>

5300 Amtsleitung

Erste Auswertung des Projektes 8plus

Das Projekt 8plus startete im Sommer 2006. 406 Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2006/07 die 8. Klasse der Orientierungsschule Obwalden besuchten, wurden in diesem Projekt mittels einer ausgedehnten Standortbestimmung beurteilt. Das Projekt wurde im Juli 2007 erstmals evaluiert.

Die Durchführung der Standortbestimmung wurde von den Lehrpersonen als erfolgreich bewertet. Dies trifft im Detail speziell für das Standortgespräch zu. Der Mehrwert gegenüber der bisherigen Beurteilungspraxis scheint erkannt.

Das Testwerk „Stellwerk“ wurde ebenfalls erfolgreich eingesetzt. „Stellwerk“ ist ein diagnostisches Förderinstrument innerhalb der Volksschule. Das Resultat der Kontrolle gibt Rückschlüsse auf den Lernstand im Frühjahr des 8. Schuljahres, bezogen auf eine summative, einmalige Bewertung. Getestet wurden Deutsch und Mathematik. Im kantonalen Schnitt erreichten Schülerinnen und Schüler der Schulen mit erhöhten Ansprüchen (A-Klassen bzw. Sekundarklassen) einen guten Wert von 512 in Deutsch und 494 in Mathematik. Dies bedeutet, dass rund 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler aus der Referenzpopulation (alle 8-Klässler aus dem Kanton St. Gallen) in Deutsch ein höheres Testergebnis erreichten als die Obwaldner Schülerinnen und Schüler, jedoch rund 60 Prozent ein tieferes. In Mathematik liegt das Testergebnis ziemlich genau in der Mitte der Referenzpopulation. Schülerinnen und Schüler der Schule mit Grundansprüchen (B-Klassen bzw. Realschulen) erreichten erwartungsgemäss tiefere Werte. Der Wert aus dem Deutschttest von 425 bedeutet, dass rund ein Viertel der St. Galler-Schülerinnen und Schüler einen tieferen Wert erreichten. In Mathematik, mit 371, sind dies aber nur noch 10 Prozent der Referenzpopulation.

Kommunikationskanäle optimiert

Die verschiedenen „Kunden“ des Amtes für Volks- und Mittelschulen, allen voran die Lehrpersonen und Schulleitungen, haben berechnete Ansprüche an eine zeitgemässe, schnelle und zielgruppenspezifische Information über die wichtigsten Entwicklungen und Änderungen im Schulwesen. Die bisherigen eher schwerfälligen und oft nur lückenhaft besuchten Stufenkonferenzen, welche zusammen mit dem Lehrerinnen- und Lehrerverein Obwalden organisiert wurden, eigneten sich für die rechtzeitige Übermittlung von Informationen nur beschränkt. Die Schaffung des Newsletters „Das AVM informiert!“ und amtsspezifischer Stufensitzungen ermöglichten die rasche und zielgerichtete Übermittlung von unterrichtsrelevanten Informationen. Auch die Schaf-

fung von Formularen für die Lehrmittelbestellung und die Buchung von Weiterbildungskursen auf der Website des Amtes berücksichtigt die elektronischen Möglichkeiten und dienen der Arbeitserleichterung. Daneben wurde das Angebot von Austauschgesprächen der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes mit den Stufenteams vor Ort intensiviert.

Projekt Englisch-Nachqualifikation / Lehrmittel

Der Englischunterricht konnte planmässig auf das fünfte Schuljahr ausgedehnt werden. Es sind genügend Lehrpersonen nachqualifiziert. Der Englischunterricht erfreut sich bei Kindern und Eltern grosser Beliebtheit. Auch die Lehrpersonen unterrichten diese Fach sehr motiviert. Das ursprünglich für die vierten bis sechsten Klassen vorgesehene Lehrmittel „Explorers“ erwies sich zumindest für die vierten Klassen als weniger geeignet als das Lehrmittel „Young World“, welches in der dritten Klasse zum Einsatz kam und deshalb entgegen ersten Planungen auf die vierte Klasse weitergezogen wurde.

Sonderpädagogisches Konzept

Durch die Neuregelung der Finanz- und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) zieht sich die Invalidenversicherung aus der Sonderschulung für behinderte Kinder und Jugendliche im Volksschulalter per 1. Januar 2008 zurück. Die Kantone sind angewiesen, in einem sonderpädagogischen Konzept aufzuzeigen, wie die Sonderschulung kantonsintern geregelt wird. In einer Übergangsfrist von drei Jahren sind die Kantone verpflichtet, die bisherigen Leistungen der Invalidenversicherung zu gewährleisten. Das entsprechende sonderpädagogische Konzept wurde vom Amt entworfen. Darin werden die Anspruchsberechtigten, die Angebote und die Zuweisungsverfahren sowie die Finanzierung definiert. Auf dieser Grundlage wurden in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Sozialamt Leistungsaufträge mit der Sonderschule Rütimattli in Sachseln und dem Juvenat der Franziskaner in Flüeli-Ranft erarbeitet. Die Unterzeichnung der Leistungsaufträge ist für das Jahr 2008 vorgesehen. Die Verabschiedung des Konzeptes durch den Regierungsrat wird im Jahre 2008 entsprechende Gesetzgebungsarbeiten auslösen.

Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung (LWB)

Auf das Schuljahr 2007/08 wurde zum ersten Mal das mit Nidwalden und Uri gemeinsam erstellte NORI-Programm mit neuem Erscheinungsbild herausgegeben. Das dünne – im Pocketformat gestaltete – Programm gibt alle Kurse (inkl. ausgewählter PHZ- Kurse) wieder. Die detaillierten Kursbeschreibungen können im Internet (www.lwb.phz.ch Nori) nachgelesen werden.

Das angestrebte Ziel, die LWB-Organisation vermehrt auf dem digitalen Weg funktionieren zu lassen, zeigt allmählich Wirkung: im Vergleich zum Vorjahr erfolgten deutlich mehr Anmeldungen per Internet.

Die Obwaldner Lehrpersonen konnten aus einem Kursangebot von 315 NORI-Kursen ihre Weiterbildung zusammenstellen. Insgesamt wurden von der LWB Obwalden 75 Kurse angeboten. Davon wurden 14 mangels Teilnehmenden abgesagt. Auf Grund grosser Nachfrage wurden sechs Kurse zweifach und drei Kurse dreifach durchgeführt.

Insgesamt gingen aus den Kantonen OW, NW, UR, LU und ZG bei der LWB Obwalden um die 1020 Kursanmeldungen für Obwaldner-Kurse ein.

Erfreulich markant zeigte sich, dass sich die Obwaldner Lehrpersonen vermehrt für Kurse in den PHZ-Kantonen anmeldeten und somit die Umstellung auf ein regionales PHZ-Weiterbildungsprogramm schon in Ansätzen vorwegnehmen.

Maturitätsprüfungskommission

Die Kommission traf sich zu fünf Sitzungen, die zur Vorbereitung und Auswertung der Maturitätsprüfungen der Kantonsschule Sarnen und der Stiftsschule Engelberg dienten. Die Schweizerische Sportmittelschule hatte im Berichtsjahr keine Maturanden. An den diesjährigen Prüfungen bestanden 69 von 70 Kandidatinnen und Kandidaten die Maturaprüfungen (46 an der Kantonsschule Sarnen, 23 von 24 an der Stiftsschule Engelberg). An der Handelsmittelschule der Stiftsschule Engelberg (HMS+) konnten elf Berufsmaturitätszeugnisse und zwölf Handelsdiplome ausgehändigt werden.

5330 Abteilung Schulpsychologischer Dienst

Weniger Fallzahlen aber zeitlich aufwändigere Beratungen

Im Schuljahr 2006/07 wurden im Vergleich zum Vorjahr rund 10 Prozent weniger Einzelanmeldungen beim Schulpsychologischen Dienst registriert. Im Gegensatz dazu nahmen aber die Kurzberatungen (z.B. Anfragen und Beratungen am Telefon oder per E-mail), die Komplexität der Fälle und der damit verbundene Beratungsaufwand stark zu.

Psychomotorische Therapie

Die Abteilungsleitung führte im Herbst 2007 bei Eltern eine Befragung zur psychomotorischen Therapiestelle durch. Insgesamt sind die befragten Eltern mit der Arbeit, der Beratung und Therapie der Therapeutinnen gut bis sehr gut zufrieden. Die Eltern erlebten die Therapeutinnen als fachlich kompetent und schätzten die Zusammenarbeit mit der Schule. Die Leistungen entsprachen den Erwartungen der Eltern. Nach Rückmeldung der Eltern erlebten auch die Kinder die Therapiezeit als sehr gut. Mehrheitlich als angemessen wurde auch die Dauer der Therapie eingeschätzt, obwohl einige Eltern auch bedauerten, dass bei ihrem Kind die Therapie nicht weitergeführt werden konnte.

Etwas kritischer äusserten sich die Eltern zur Frage nach den Wartezeiten: Ein Drittel empfand sie als lang bis sehr lang. Seit Eröffnung der Therapiestelle im Jahr 1987 bis 2006 musste die Arbeit mit 100-Stellenprozente bewältigt werden. Die notwendige Pensenerhöhung erfolgte 2007 und zwar auf 150 Prozent; seither verkürzten sich die Wartezeiten bereits.

Die insgesamt positive Einschätzung widerspiegelte sich auch darin, dass über 84 Prozent der Eltern bei ähnlichen Problemen sicher (11 Prozent wahrscheinlich) wieder die psychomotorische Beratung in Anspruch nehmen würden. Sehr geschätzt wurde auch der herzliche Kontakt zu den Therapeutinnen, ihr „offenes Ohr“ für Anliegen und Sorgen und die grosse Hilfe für die Eltern und Kinder.

Kinder mit psychomotorischen Schwierigkeiten

Jahr	Kindergarten u. Vorschule	1. und 2. Klasse	3. bis 6. Klasse	Total Anmeldungen	Mädchen	Knaben
2002	21	20	7	48	14	34
2006	26	13	9	48	12	36
2007	27	24	10	61	13	48

5340 Logopädischer Dienst

Entspannung bei der Behandlung von schweren Sprachstörungen

Seit zwei Jahren zeichnet sich bei der Anzahl der zu behandelnden Kindern mit schweren Sprachstörungen eine stetige Entspannung ab. Das führt unter anderem dazu, dass die Wartefristen verkürzt und leichte Sprachstörungen schneller behandelt werden können. Wie jedes Jahr wurden wieder bedeutend mehr Knaben als Mädchen behandelt. Allerdings sind die Zahlen bei den Knaben stärker rückläufig als bei den Mädchen. Trotzdem kann daraus nicht zwingend abgeleitet werden, dass weniger Fälle mit schweren Sprachstörungen auftreten. Erfahrungsgemäss belegen diese Kinder über längere Zeit die Therapieplätze. Da es aus therapeutischer Sicht unsinnig ist, ein Kind ununterbrochen über Jahre logopädisch zu behandeln, werden im Laufe der Therapie Pausen von mehreren Monaten eingeplant. Dieses Vorgehen ermöglicht den Logopädinnen eine flexiblere Gestaltung des Stundenplans und eine Verkürzung der Wartelisten. So werden die logopädischen Therapien von schwer sprachgestörten Kindern oft nicht abgeschlossen, sondern nur unterbrochen und sind daher in der Statistik mit dem Stichtag 31.12. nicht erfasst.

Schwer sprachgestörte Kinder (Stichtag: 31.12.)

Jahr	In Behandlung		Warteliste		Total
	Mädchen	Knaben	Mädchen	Knaben	
2002	20	47	0	9	76
2006	23	48	0	3	74
2007	21	42	1	4	68

5350 Abteilung Kantonsschule

Leitbild und Feedbackkultur an der Kantonsschule Sarnen (KSO)

Die Steuergruppe der Kantonsschule Obwalden widmete sich in der letzten Phase ihrer Projektarbeit dem Thema des Feedbacks. Das 360° Feedback, ein wesentlicher Bestandteil des Qualitätsmanagements beschäftigte nicht nur die Steuergruppe, sondern das ganze Kollegium im letzten Jahr in verschiedenen Teamsitzungen und an einer zweitägigen schulinternen Veranstaltung.

Der Entwicklungsprozess wurde mit einer Inputveranstaltung des Amtleiters gestartet, gefolgt von einer Darstellung der Schulleitung unter dem Motto „nur wenn ich weiss, wie ich auf andere wirke, kann ich mich verhalten und mein Potenzial gut nutzen“. Angestrebte Wirkung dieser aktiven Feedbackkultur an der KSO ist die transpa-

rente Kommunikation, die Förderung des gegenseitigen Verständnisses und die Unterstützung des Kerngeschäftes.

Nachdem die Steuergruppe der KSO bereits für die Entwicklung des Leitbildes mit Eltern und Ehemaligen verschiedene Feedbackveranstaltungen durchgeführt und genutzt hatte, stand die Überarbeitung des Feedbackbogens für die Schülerinnen und Schüler als Rückmeldeinstrument an die Lehrpersonen im Zentrum der Arbeit.

Nach der Erarbeitung von Feedback-Regeln, welche bei Rückmeldungen berücksichtigt und angewendet werden sollen, entwickelte und verabschiedete das Gesamtkollegium einen Fragebogen für Studierende unter Mitwirkung einzelner Schülerinnen und Schüler aus dem Schülerrat. Heute ist der Fragebogen für Schülerinnen und Schüler ein wichtiges und akzeptiertes Instrument und integrierter Bestandteil für das Mitarbeitergespräch. Er ist für alle Lehrpersonen auf der Homepage als Online-Umfrage-Tool mit automatischer, digitaler Auswertung für den Einsatz mit den Klassen aufgeschaltet und jederzeit einsatzbereit. Als Ergänzung zum offiziellen Fragebogen für das Mitarbeitergespräch wurden verschiedene alternative Feedbackinstrumente für den Unterricht in Kleingruppen vorgestellt und in einer Kurzversion verteilt. Als letzter Bestandteil des 360°-Feedbacks steht die Evaluation der Schulleitung bei den Lehrpersonen an. Eigentlich hatte sich die Schulleitung dies für das Schuljahr 2007 nach Beendigung des ersten Amtsjahres vorgenommen. Verschiedene unvorhergesehene, aber prioritäre Projekte, wie „Zämä Zmittag“ oder die „Überprüfung des Raumprogramms der KSO“ mit dem Gesamtkollegium stiessen den Terminplan um.

In der Zwischenzeit hielt die Feedbackkultur in allen Bereichen der Zusammenarbeit Einzug. Beispielsweise im Bereich der Mandate für eine bessere Ordnung, die Entwicklung der Maturaarbeit und die Optimierung des Projektwochenkonzepts etablierte sich das Feedback als Instrument bei allen Beteiligten für das gegenseitige Verständnis und trug zu einer wirksamen Entwicklung bei. Die Kerngruppe übernahm von der Steuergruppe Folgeaufgaben im Schnittbereich zur Feedbackkultur und der Umsetzung des Leitbildes. Parallel zur Feedback-Arbeit arbeitete sie an der Beurteilungskultur und verabschiedete mit dem Kollegium zusammen ein Prüfungsreglement.

54 Amt für Berufsbildung

Das Amt für Berufsbildung sorgt in Zusammenarbeit mit Betrieben, Organisationen der Arbeitswelt und Berufsschulen dafür, dass in den verschiedenen Wirtschaftszweigen genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und das Bildungsangebot laufend den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Nachfrage der Jugendlichen und Erwachsenen angepasst wird. Es informiert und berät die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner den Lehrbetrieben, die Lehrpersonen, die Lernenden sowie deren Eltern in allen Fragen rund um Grund- und Weiterbildung, Lehrverhältnis und Lehrverträge und überprüft die Qualität der beruflichen Grundbildung gemäss den gesetzlichen Vorschriften des Bundes und des Kantons. Es plant und steuert die Weiterentwicklung der Berufsbildung im Kanton in Zusammenarbeit mit den Berufsbildungspartnern im Interesse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Kantons (Standortattraktivität). Es arbeitet im Rahmen der Zentralschweizerischen Kooperation in der Berufsbildung mit den andern Kantonen zusammen und vollzieht die daraus resultierenden Verpflichtungen. Das Amt für Berufsbildung sorgt für die Durchführung der Qualifikationsverfahren (z.B. Teil- und Abschlussprüfungen) und stellt die entsprechenden Prüfungsdokumente aus.

Zielerreichung

	Amtsziele 2007	Stand der Erfüllung
APL 4 WZ 1	Die Bildungsstrategien, -strukturen und -Angebote werden in Richtung Familienfreundlichkeit und Integrationsfähigkeit, Arbeitsmarkttauglichkeit und Sprachkompetenz weiterentwickelt. Der Zugang zur Tertiärstufe wird gefördert.	
	<p><i>Neue Berufe:</i></p> <p><i>Umsetzung bzw. Einführung der neuen Berufe gemäss Ticketvergabe BBT im Dienste des Lehrstellenmarketings sind erfolgt.</i></p> <p><i>Beobachten des Lehrstellenmarktes:</i></p> <p><i>Die Aktivitäten sind auf die interne Problemanalyse (z.B. Berufsattest) ausgerichtet.</i></p> <p><i>Kantonale Vollzugsrichtlinien:</i></p> <p>Die Folgearbeiten sind bestimmt und die <i>Umsetzung</i> erfolgt priorisiert.</p>	<p>Insgesamt wurden 17 Berufe eingeführt. Die Einführungskonzepte haben sich bewährt.</p> <p>Dank optimaler Zusammenarbeit zwischen Networker und Lehraufsicht konnten 39 Ausbildungsplätze für die Grundbildung mit Berufsattest akquiriert werden.</p> <p>Die neuen Ausführungsbestimmungen über die Berufsbildung und die Weiterbildung wurden auf den 1. April in Kraft gesetzt. Die Folgearbeiten werden priorisiert umgesetzt.</p>
APL 4 WZ 2	Bildungsqualität wird auf allen Stufen und im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit gesichert und entwickelt.	
	<p><i>Qualifikationsverfahren:</i></p> <p>Die Neukonzeption für den Detailhandel und andere Berufe ist praxistauglich und wirtschaftlich umgesetzt.</p> <p><i>Interkantonale Zusammenarbeit:</i></p> <p>Der kantonale Vollzug ist kohärent zur Strategie der Zentralschweizerischen Berufsbildungsämter Konferenz ZBK.</p>	<p>Die Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum Qualifikationsverfahren Luzern und dem BWZ Nidwalden hat sich bewährt. Die Datenbewirtschaftung hat jederzeit reibungslos funktioniert. Der Prüfungskosten-Vergleich war auf Grund ausstehender Rechnungen nicht rechtzeitig möglich.</p> <p>Erfolgreiche Teilnahme an den regionalen Veranstaltungen „Lehrstellenkonferenz“ und „zebi“.</p>

	<p><i>Schulentwicklung / QMS:</i> Projekt „Neue Lernkultur“ ist weitergeführt.</p>	<p>Die Arbeiten am neuen Schullehrplan ABU, koordiniert mit den Berufsfachschulen Luzern, laufen gemäss Plan (etappierte Einführung ab Schuljahr 2007/08).</p> <p>Das BWZ bestand die ISO-Rezertifizierung erfolgreich.</p> <p>Das Projekt Kompetenzenportfolio läuft in acht Pilotklassen.</p>
APL 4 WZ 3	Für die Aus- und Weiterbildung werden die Rahmenbedingungen mit einem Beratungs- und Unterstützungsnetz optimiert.	
	<p><i>Betriebsbesuche:</i> Die Betriebsbesuche stehen im Dienste der QSE und des Lehrstellenmarketings.</p> <p><i>Nahstelle:</i> Angebots- und Strukturoptimierung am Übergang Sek I – Berufslehre ist in Zusammenarbeit mit Partnern erfolgt.</p>	<p>Es wurden rund 40 Lehrbetriebe besucht und dabei bei der Hälfte die Q-Karte vorgestellt. Die Betriebsbesuche werden geschätzt (WIN-WIN-Situation).</p> <p>Das BBT genehmigte das Konzept Case Management Berufsbildung in der Zentralschweiz und der Regierungsrat stimmte der Umsetzung im Kanton zu und bewilligte den entsprechenden Rahmenkredit.</p> <p><i>Brückenangebote:</i> Die neuen Ausführungsbestimmungen sind vollzogen.</p> <p><i>Berufs-Chancen-Sitzung:</i> An vier Sitzungen wurden neben Fallbesprechungen auch Wirkung und Zukunft dieser interinstitutionellen Zusammenarbeit thematisiert.</p>

5400 Amtsleitung

Berufsbildung Obwalden im Gleichschritt mit den Bundesvorgaben

Ende 2007 läuft die Übergangsfrist zur Einführung einer völlig neu gestalteten Finanzierung in der Berufsbildung ab. An die Stelle der bisherigen aufwandorientierten Betriebs- und Investitionsbeiträge des Bundes an die Kantone tritt eine leistungsorientierte Pauschalfinanzierung (Basis: Anzahl Lehrverhältnisse in der Grundbildung).

Für die Umsetzung des neuen Finanzierungsmodus wurden im Kanton rechtzeitig die entsprechenden Grundlagen geschaffen. In den neuen Ausführungsbestimmungen sind insbesondere die Finanzierungsgrundsätze geregelt. Darüber hinaus wurden die präzisen Zahlen für die Weiterleitung der Bundesanteile (Leistungen Dritter) ermittelt und die betroffenen Partner rechtzeitig über Inhalt und Verfahren informiert. Aufgrund fehlender Anpassungen bei interkantonalen Schulgeldabkommen mussten kantonale Übergangsbestimmungen erlassen werden. Schliesslich wurden die erforderlichen Dokumente, z.B. Leistungsverträge, ausgearbeitet.

Projekt Speranza 2000

Nationalrat Otto Ineichen lancierte 2006 das Projekt Speranza 2000. Das Amt war wesentlich an der Konzeption des Projektes beteiligt und auch der erste Kanton der Schweiz, der das Konzept umsetzte.

Mit 39 akquirierten Lehrstellen gelang es dem Networker Leo Furrer aus Alpnach, das Lehrstellenangebot für die Berufe mit eidgenössischem Berufsattest stark zu erhöhen. Mit Hilfe des Projektes Speranza 2000, dem Engagement des Networkers und dem aktiven Mitmachen der Lehrbetriebe konnte der Anteil der neu abgeschlossenen Attestlehrverhältnisse auf 7.7 Prozent angehoben werden (2006: 3.9 Prozent).

Zentralschweizer Bildungsmesse zebi – Musterbeispiel für Zusammenarbeit

Die 4. Zentralschweizer Bildungsmesse zebi (Träger: Verein Berufsbildung Zentralschweiz) steht symbolhaft für die gute Zusammenarbeit in der Berufsbildung. Die 28 000 Besucherinnen und Besucher, davon 18 000 Jugendliche im Berufswahlalter (850 Oberstufen-Klassen), konnten rund 120 Berufe näher kennen lernen. Die 10 000 Erwachsenen konnten sich über rund 600 Weiterbildungsangebote informieren.

Die zebi als eigentliche Plattform der Berufsbildung hat für die Schülerinnen und Schüler im Berufswahlprozess einen hohen Stellenwert. Die zebi ist aufschlussreich, weil sie viele Berufe an der Arbeit zeigt. Vor allem besteht die Möglichkeit, mit den Standbetreuern Gespräche zu führen und Fragen zu stellen. Das Konzept „Berufswahl Obwalden“ sieht denn auch den Einbezug der zebi in die Berufswahl-Aktivitäten vor.

Die grosse Teilnehmerzahl aus dem Kanton Obwalden (43 Schulklassen mit rund 700 Jugendlichen, darunter sämtliche 8. Klassen) rechtfertigt den Messeaufwand des Amtes (insgesamt 70 Arbeitsstunden).

Betriebsbesuche – eine lohnende Investition

Im Rahmen der Aufsichtspflicht hat es sich das Amt zur Aufgabe gemacht, pro Jahr mindestens in einem Beruf alle Lehrbetriebe zu besuchen. Im Zentrum der Besuche steht nicht die Kontrolle, sondern die Vernetzung und die Kontaktpflege zwischen dem Amt und den Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern.

Im vergangenen Jahr standen rund 40 Betriebsbesuche in den Automobilberufen und in Dienstleistungsberufen an. Mit Hilfe der Betriebsbesuche gelingt es, Barrieren zwischen Amtsstellen und Lehrbetrieben abzubauen, einander kennen zu lernen und vor allem den Kontakt zur Ausbildungsbasis aufrecht zu erhalten. Die Betriebe profitieren davon, dass sie aus erster Hand Informationen zur Berufsbildung erhalten und damit Neuerungen frühzeitig erfahren. Beim Amt für Berufsbildung liegt der Nutzen darin, den Puls der Wirtschaft zu fühlen. Die daraus resultierenden Erfahrungen helfen, sich

anbahnende wirtschaftliche Veränderungen frühzeitig zu erkennen und in die Strategien des Amtes einzubeziehen.

5430 Berufs- und Weiterbildungsberatung

Wirkungsbericht „Berufswahl Obwalden“

Das Konzept und die Instrumente von „Berufswahl Obwalden“ wurden zwischen Sommer 2004 und Sommer 2006 etappiert bei Betrieben und Lehrpersonen eingeführt.

Die Wirkung von „Berufswahl Obwalden“ wurde im Sommer 2007 überprüft (siehe 5000)

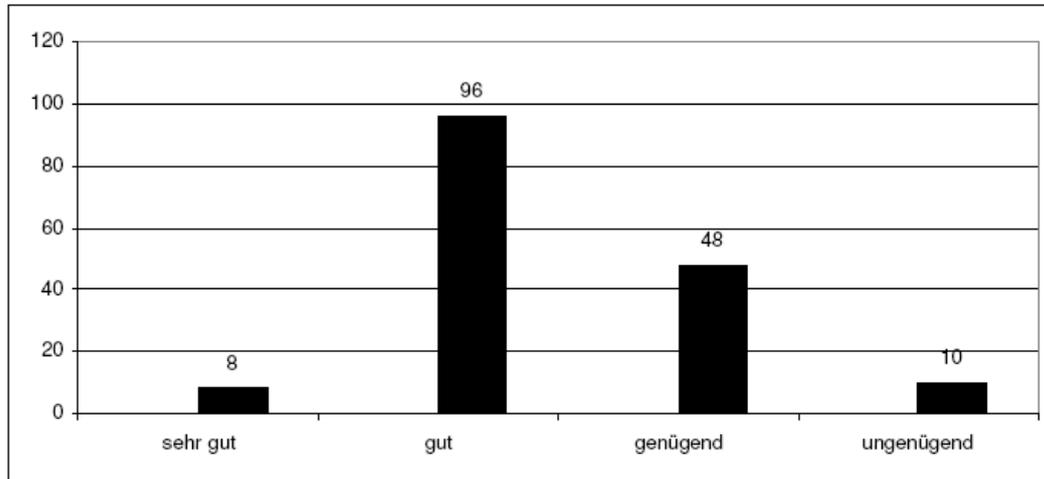
Die Arbeitsunterlagen zu „Berufswahl Obwalden“ sind obligatorische Lehrmittel an den Volksschulen. Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler sind daher mit ihnen und dem Konzept vertraut. 71 Prozent der antwortenden Ausbildungsverantwortlichen kennen „Berufswahl Obwalden“.

Hinter „Berufswahl Obwalden“ steht die Sorge um die Berufswahl und den Berufswahl-Prozess sowie die erfolgreiche Auswahl der Lernenden. Ziel ist das Fördern der Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten. Dies soll erreicht werden durch

- das Vermitteln von klaren Vorgehensschritten und Terminen im Berufswahlprozess.
Die Umfrage ergab: Der Berufswahl-Fahrplan wird von 96 Prozent der Ausbildungsverantwortlichen und 100 Prozent der Lehrpersonen als nützlich oder eher nützlich beurteilt.
- das Erwägen von mehreren Berufen durch die Jugendlichen.
Die Umfrage ergab: 41 Prozent der Schülerinnen und Schüler geben an, am Ende des 8. Schuljahrs zwei Berufe in der ernsthaften Auswahl gehabt zu haben; weitere 32 Prozent geben drei und mehr Berufe an. Ihre Lehrpersonen meinen, dass 63 Prozent drei echte Berufsalternativen erarbeitet hätten.
- Hilfsmittel für eine breit abgestützte Lernenden-Auswahl.
Die Umfrage ergab: 58 Prozent der Ausbildungsverantwortlichen erwarten den Berufswahlpass im Bewerbungsdossier. 95 Prozent der Lehrpersonen instruierten ihre Schülerinnen und Schüler, dass der Berufswahlpass ein Bestandteil des Bewerbungsdossiers ist und 78 Prozent wiesen darauf hin, dass der Berufswahlpass dem Lehrbetrieb vor Berufswahl-Schnupperlehren zu zeigen sei.

Frage an die Ausbildungsverantwortlichen in den Betrieben

Wie beurteilen Sie aufgrund Ihrer bisherigen Erfahrungen die Aussagekraft der ausgefüllten Berufswahlpässe (Vollständigkeit, Anzahl Einträge, Selbsteinschätzung usw.)? (n=162)



Die Umfrage zeigt, dass die Eltern für die Schülerinnen und Schüler die wichtigsten Ratgebenden in ihrem Berufswahlprozess sind. Aber nur 47 Prozent der Lehrpersonen bezogen die Eltern intensiv oder eher intensiv in den Berufswahlunterricht ein. Diese Problematik ist sowohl von den zuständigen Ämtern als auch auf der politischen Ebene erkannt.

Insgesamt ist „Berufswahl Obwalden“ ein erfolgreiches, nachhaltig wirkendes Konzept, weil es die Zusammenarbeit zwischen den Berufsbildungsverantwortlichen des Kantons Obwalden, den Ausbildungsverantwortlichen der Lehrbetriebe und den Lehrpersonen der Orientierungsschulen auf vielfältige Art unterstützt. Dies ist eine Erklärung dafür, weshalb die Schülerinnen und Schüler den Berufswahlprozess mehrheitlich positiv erleben und viele von ihnen kurz vor Prozessabschluss sagen: „Ich würde alles nochmals gleich machen wollen“.

Interinstitutionelle Zusammenarbeit am Beispiel „Berufs-Chancen-Sitzung“

Die „Berufs-Chancen-Sitzung“ will jenen Jugendlichen (ab Ende der Schulpflicht bis etwa 20), welche ohne Erfolg auf Lehrstellen- oder Arbeitssuche sind, eine nachhaltige Chance geben. Es fanden vier Sitzungen statt. Folgende Institutionen waren aktiv beteiligt: Berufs- und Weiterbildungsberatung (Leitung), Lehraufsicht, RAV, Jugend- und Elternberatung, Arbeitsmarkt OW/NW.

Im 2007 wurden 16 Jugendliche von den betreuenden Institutionen gemeldet. Die Jugendlichen nahmen nicht selber an den Sitzungen teil. Die Vertretenden der einzelnen Institutionen tauschten im Sinne einer Intervision ihre Fall-Kenntnisse und ihr Berufs-Know-How aus und bestimmten in einigen Fällen, wer die Führung bei der Betreuung hat. An den nächsten Sitzungen erfolgte die Rückmeldung über die Wirkung des Besprochenen.

Ende Jahr waren noch sieben Fälle pendent. Je vier Fälle wurden mit/ohne nachhaltige Lösung abgeschlossen, zu einer Jugendlichen ging der Kontakt verloren.

Die teilnehmenden Fachleute waren einstimmig der Meinung, dass die Berufs-Chancen-Sitzung ihre Arbeit optimiert habe und daher fortgeführt werden solle.

5440 Berufs- und Weiterbildungszentrum

Fachkundige individuelle Begleitung – ein neues Angebot

Die Fachkundige individuelle Begleitung (FiB) ist eine Hilfestellung für Lernende der zweijährigen Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest (EBA). Sie stützt sich auf die Bundesgesetzgebung. Ziel ist es, vorhandene Begabungspotentiale zu fördern und Lerndefizite zu verringern. FiB startet frühestens mit dem vertraglich definierten Lehrbeginn und endet spätestens mit dem Lehrende. Praktisch begabte Jugendliche sollen dazu befähigt werden, die standardisierten Anforderungen der Attestbildung zu erfüllen. Die leistungsstärkeren Jugendlichen sind durch individuelle Förderung auf einen Übertritt in eine Grundbildung mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis vorzubereiten. Gleichzeitig sollen die Lernenden auch in ihrer Sozial- und Selbstkompetenz gestärkt werden. FiB umfasst sämtliche bildungsrelevanten Aspekte im Umfeld der Lernenden und wird in zwei Bereiche unterteilt: Schulische Begleitung (SB) und Individuelle Begleitung (IB). Die SB wird am BWZ als vollintegrierter Modelltyp angeboten und nennt sich Lernwerkstatt. Die individuelle Lernförderung erhalten alle Lernenden im regulären Unterricht. Während einer Doppellektion betreuen zwei Lehrpersonen die Lernenden in Form eines Lerncoachings.

Obwaldner Innovation wird auch im Ausland geschätzt

Im Zusammenhang mit der Lernwerkstatt (LWS) wird die Attestabteilung des BWZ Obwalden regelmässig von verschiedensten Institutionen besucht. Unter anderem waren im Mai 22 Schulleiter aus Hamburg im BWZ zu Besuch. Sie waren vom BWZ-intern entwickelten Modell der LWS so begeistert, dass daraus eine Einladung für eine Weiterbildung an ihren Schulen in Hamburg resultierte. Sie haben an ihren Schulen ähnliche Situationen, vergleichbar mit dem Brückenangebot. Schülerinnen und Schüler, die den Hauptschulabschluss nicht schaffen, haben die Möglichkeit in einem Berufsvorbereitungsjahr diesen nachzuholen und sich auf die Berufsausbildung vorzubereiten.

Vom 1. bis 3. November wurden zwei Kolleginnen und zwei Kollegen nach Hamburg eingeladen. Dort wurde das Arbeitsbuch „Unterwegs zum Lernprofi“ vorgestellt und mit über 50 Lehrpersonen an Themen wie Mentaltraining, Lern- und Arbeitstechnik, Checklisten und Portfolios, Prüfungsvorbereitungstechnik und Lernwerkzeuge in Mathematik und Sprache gearbeitet. Den Rückmeldungen konnte entnommen werden, dass alle Kursteilnehmenden viel profitieren konnten und sogar anerkannten, dass die Schweiz in diesem Bereich der Bildung meilenweit voraus sei.

Ein Jahr atlantikgrün – die neue Corporate Identity des BWZ

Im November 2006 durfte das BWZ die erweiterte und sanierte Schulanlage in Sarnen beziehen. Das Gebäude ist äusserlich zu einem modernen und doch angepassten Schwerpunkt im Zentrum Sarnens geworden und strahlt im Innern viel Atmosphäre aus. Eine Schulanlage, in der sich Mitarbeitende, Lernende, Kursteilnehmende und Besucher wohl fühlen. Dabei spielt die von den Architekten gewählte Farbe der Aussenfassade eine entscheidende Rolle: atlantikgrün. Was anfänglich zu Diskussionen Anlass gab, ist heute zur offiziellen BWZ-Farbe geworden. Damit führte der äussere Erneuerungsprozess zu einer inneren Erneuerung.

55 Kulturabteilung

Die Abteilung Kultur nimmt gegenüber der Departementsleitung Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Kulturförderung, Kultur- und Denkmalpflege, Kulturgüterschutz, Archäologie, Kantonsbibliothek und Medienfragen wahr.

Zielerreichung

	Abteilungsziele	Stand der Erfüllung
APL 12 WZ 2	Ereignisse und Projekte mit über-regionaler Ausstrahlung im Kultur- und Sportbereich werden durch Koordination und/oder Beiträge mitgetragen.	
	<i>Kulturförderung:</i> Das Projekt OBWALD ist begleitet und unterstützt (Verantwortung bei Trägerverein).	Die Vorbereitung und Umsetzung des Projektes OBWALD wurden begleitet. Veranstaltung fand vom 22. – 24. Juni 2007 statt.
APL 13 WZ 2	Die Verwaltung wird wirkungsorientiert und kundenfreundlich geführt.	
	<i>Kulturförderung:</i> Ein schriftlicher Ratgeber für Veranstalterinnen und Veranstalter von Kulturanlässen ist erstellt. <i>Denkmalpflege:</i> Die Zukunft der Denkmalpflege ist auch unter neuen Rahmenbedingungen gewährleistet. <i>Kantonsbibliothek:</i> Die Zusammenarbeit mit der Kantonsschule und der Volksschule Sarnen wird intensiviert.	Alle Anbieter von Kulturräumen beantworteten Fragebogen. Schriftlicher Ratgeber liegt vor. Der Entwurf zu einem Nachtrag zur Denkmalschutzverordnung wurde erarbeitet und vom Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Die Bedürfnisse bei den besagten Schulen wurden abgeklärt und Zusammenarbeit effizienter gestaltet.

5500 Kulturförderung

Verleihung des Obwaldner Kulturpreises an Ruedi Ryman

Am 23. Juni 2007 überreichte der Bildungs- und Kulturdirektor dem Jodler und Komponisten Ruedi Ryman aus Giswil den Obwaldner Kulturpreis. Wohl zum erstenmal zeichnete ein Kanton einen Jodler und volkstümlichen Komponisten mit dem Kulturpreis aus. Die Verleihung fand unter dem Zelt des Volkskulturfestes OBWALD statt. Sogar Bundesrat Samuel Schmid liess es sich nicht nehmen, Ruedi Ryman persön-

lich zu gratulieren. Edi Gasser, der musikalische Begleiter des Preisträgers, gab in seiner Laudatio Einblicke in das kulturelle Schaffen von Ruedi Rymann. Am Abend folgte im Rahmen von OBWALD und vor fast 1'500 Zuhörern eine musikalische Ehrerbietung an den frischgebackenen Träger des Obwaldner Kulturpreises.

Interkantonale Kulturprojekte

Die Zentralschweizer Kantone führen regelmässig gemeinsame Kulturförderungsprojekte durch. Im Dezember sprach die Kantonale Kulturförderungskommission dem in Luzern wohnhaften Engelberger Graphiker und Musiker Martin Infanger einen viermonatigen Aufenthalt in Zentralschweizer Atelier in New York zu. Zudem schrieben die Zentralschweizer Kantone gemeinsam und zum dritten Mal einen Theaterwettbewerb aus (Preis ging im März an Heinz Stalder, Kriens) und im Dezember entschied eine Fachjury über die Vergabungen der Zentralschweizer Literaturförderung (Hauptpreisträger Ruedi Leuthold aus Luzern). Schliesslich übernahmen die Vorsteherin der Bildungsdirektion Nidwalden und ihr Obwaldner Kollege das Patronat für die Retrospektive des Nidwaldner Künstlers Josef Maria Odermatt. Die Ausstellung fand im Sommer in der Turbine Giswil statt.

5510 Kultur- und Denkmalpflege

Kulturpflege

Die Fachstelle bearbeitete insgesamt sieben Beitragsgesuche zur Sicherung von Kulturgütern und zu Buchprojekten. Es wurden Beiträge im Betrag von 28 000 Franken zugesichert und 55 351 Franken zum Teil auf Grund früherer Zusagen ausbezahlt.

Denkmalpflege

Die bedeutendsten der insgesamt 23 abgeschlossenen Gesamt- oder Teilrestaurierungen waren die Sanierung und der Umbau des Rathauses sowie die Innenrestaurierungen der Klosterkirche Engelberg und des Schulhauses 1 in Sarnen. Diese drei Grossprojekte bildeten zugleich den Schwerpunkt der Arbeit.

Insgesamt konnten 3 068 504 Franken Denkmalpflegebeiträge an Restaurierungen ausgezahlt werden (Gemeinden 42 480 Franken; Kanton 902 452 Franken, davon 400 000 Franken Klosterkirche Engelberg; Bund 2 123 572 Franken, davon 945 572 Franken Klosterkirche Engelberg). Der aussergewöhnlich hohe Bundesbeitrag ergibt sich aus dem Abtragen alter Verpflichtungen vor Inkrafttreten der NFA per 1. Januar 2008.

Die Fachstelle verfasste 88 Stellungnahmen zu Bauvorhaben in Ortsbild- und Umgebungsschutzgebieten.

Kulturgüterschutz

Die vom Regierungsrat eingesetzte Arbeitsgruppe „Organisation Kulturgüterschutz“ schloss ihren Bericht im März fristgerecht ab. Auf Grund der daraus resultierenden Empfehlungen versah der Regierungsrat die bisher im Milizsystem geleistete Aufgabe eines kantonalen Kulturgüterschutzverantwortlichen per 1. Januar 2008 mit 15 Stellenprozenten. Daneben wurde in Zusammenarbeit mit Zivilschutz und Feuerwehr an verschiedenen KGS-Einsatzplanungen gearbeitet, u.a. für das Rathaus.

Kulturpflegekommission

Die fünfköpfige kantonale Kulturpflegekommission (KKPK) tagte neunmal. Sie befasste sich mit der inhaltlichen Bereinigung der geplanten Revision der Denkmalschutzverordnung sowie mit der Vorbereitung für die Überarbeitung des Inventars. Auf Antrag der Fachstelle für Kultur- und Denkmalpflege fasste sie 19 Beschlüsse zu Bauvorhaben in Ortsbild- und Umgebungsschutzgebieten.

5520 Kantonsbibliothek

Die Kantonsbibliothek war auch 2007 ein Publikumsmagnet: Rund 110 000 Bücher, Filme, Hörbücher und Comics wurden ausgeliehen. 385 Personen liessen sich neu einschreiben, um vom grosszügigen Bestand an Sach- und Unterhaltungsliteratur zu profitieren.

An die hundert Benutzendenwünsche wurden letztes Jahr berücksichtigt. Um den Bestand aktuell und attraktiv zu halten, wurden fast 4 500 Medien neu gekauft oder ausgetauscht, fast ebenso viele wurden ausgeschieden. Die Dezimalklassifikation der Sachbücher wurde überarbeitet und verfeinert, so sind einzelne Themen einfacher im Gestell zu finden.

Der alte Kärtchenkatalog wurde ganz ins EDV-System eingegeben. Die Bücher und Artikel sind nun im Online-Katalog abfragbar, d.h. der ganze Bestand inklusive Obwaldner Literatur kann jetzt auch von zu Hause aus abgefragt werden (www.kantonsbibliothek.ow.ch).

56 Sportabteilung

Die Abteilung Sport nimmt gegenüber der Departementsleitung Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Jugend+Sport, Schulsport, Vereinssport, Sport-Toto-Beiträge wahr. Sie berät und unterstützt Sportorganisationen, bildet in Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen J+S Leiterinnen und Leiter aus, entrichtet Sport-Totobeiträge und beaufsichtigt den Schulsport.

Zielerreichung

	Abteilungsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
APL 4 WZ 2 APL 12	Der Kanton Obwalden bietet seiner Bevölkerung ein optimales Umfeld für Sport und Kultur.	
	<p><i>Sportkonzept:</i> Das Sportkonzept ist schrittweise und konsequent umgesetzt.</p>	<p><i>Bereich Schulsport:</i> Das neue Schwimmreglement wurde in Kraft gesetzt und vermittelt, die Ausbildung der Lehrpersonen ist flächendeckend erfüllt und die Lehrziele sind bekannt. Die Broschüre „Sicherheit im Schulsport“ ist erstellt und vermittelt.</p> <p>Das Projekt „Schule bewegt“ ist in fünf Gemeinden eingeführt.</p> <p><i>Bereich Leistungssport:</i> Das Konzept für die Nachwuchsförderung ist in das Bundesprojekt „J+S Kids“ überführt. In vier Gemeinden ist es bereits eingeführt. Die entsprechenden Leiterinnen und Leiter sind ausgebildet.</p> <p><i>Bereich Raum & Infrastruktur:</i> Die Mitarbeit und fachliche Mitgestaltung im Projekt „Ausbau und Sanierung Kantonsschule/Sportanlagen“ ist erfolgt.</p>

Jugend+Sport

An 281 Sportfachkursen und Lager mit insgesamt 4 107 Teilnehmenden (2 300 Buben, 1 807 Mädchen) entrichtete der Bund 291 232 Franken Entschädigungen an die Sportorganisationen für deren Leiterinnen und Leiter sowie Coachtätigkeit. Für diese Angebote standen insgesamt 818 Leiterinnen und Leiter im Einsatz. Das Sportangebot verteilt sich auf 28 verschiedene Sportfächer.

Im Rahmen der Ausdaueranlässe (kantonales Angebot zur Förderung der Dauerleistungsfähigkeit) wurden total 23 Anlässe durchgeführt mit einer Beteiligung von 1 130 Jugendlichen (645 Buben, 485 Mädchen).

Die J+S Aktivitäten im Jahr 2007 konnten beim Kurswesen im Gegensatz zum Vorjahr um neun Prozent und bei den Teilnehmenden um 24 Prozent gesteigert werden.

Schulsport

501 Jugendliche legten die obligatorische Sportprüfung am Ende der Schulpflicht mit der sehr guten bis guten Erfüllungsquote von 88 Prozent bei den Buben und 85 Prozent bei den Mädchen ab. Die durchschnittliche Erfüllungsquote des Vorjahres 2006 von 85.5 Prozent konnte um 1 Prozent auf 86.5 Prozent leicht gesteigert werden. Die Dispensationsquote von 11 Prozent ist relativ hoch, sie nahm in den vergangenen fünf Jahren stetig zu.

Das neue Schwimmreglement wurde am 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt worden. 70 Lehrpersonen (58 Frauen, 12 Männer) besuchten und erfüllten die obligatorische Ausbildung. Das Schwimmmobligatorium im Kanton Obwalden ist somit gemäss Sportkonzept umgesetzt.

Das Bundesprojekt „schule bewegt“ ist ein nachhaltiges Bewegungsprojekt aus dem UNO Sportjahr 2005. In fünf Gemeinden des Kantons ist die tägliche Bewegungslektion von 20 Minuten eingeführt und umgesetzt. Im schweizerischen Vergleich ist das ein Spitzenwert!

Sport-Toto

Aus den Erträgen des Swisslos-Anteils fliesst dem Sport Obwalden jährlich der Fixbeitrag von 220 000 Franken zu. Die Sportkommission hatte 153 Gesuche zu behandeln. Entgegen den Vorjahren entschied die Kommission bei den ordentlichen Beiträgen eine Kürzung von 9.67 Prozent vorzunehmen, da der Rückstellungsfonds schwindet. Insgesamt wurde 288 428 Franken an die Organisationen ausbezahlt, 68 428 Franken mussten auch dieses Jahr wiederum dem Rückstellungsfonds entnommen werden. Für ordentliche Beiträge wurden 165 003 Franken, für Sportanlagen und Anschaffungen 86 035 Franken und für Sportanlässe und Begabtenförderung 37 390 Franken ausbezahlt. Die Sportkommission stellte erneut den Antrag an den Regierungsrat, den Swisslos-Anteil für den Sport zu erhöhen. Der Regierungsrat stimmte einer Erhöhung teilweise zu.

Sportkommission

Für die Sportkommissionengeschäfte wurden drei Sitzungen und zwei Arbeitsgruppen-Tagungen eingesetzt. Die Kommission beschäftigte sich mit folgenden Themen: Sportkonzepts, Schulschwimmen, Kids Sport Obwalden, Nachwuchsförderung, Sport-Toto-Gesuche und Vergabungen, Obwaldner Sportpreis, Kantonale Sportanlage (Vierfachhalle) und allgemeine sportpolitische Geschäfte.

6 Bau- und Raumentwicklungsdepartement

Das Bau- und Raumentwicklungsdepartement (BRD) umfasst

	Vollzeitstellen Ende	
	2006	2007
Departementssekretariat	2.30	2.40
Hoch- und Tiefbauamt	31.50	38.27*
Amt für Wald und Raumentwicklung	16.95	16.10
Insgesamt	50.75	56.77

**Hauswarte sind ab 2007 im BRD kontiert*

"Das Wohlergehen einer Gemeinde hängt nicht von der Grösse der Bauzone ab."

Regierungsrat Hans Matter, Vorsteher des Bau- und Raumentwicklungsdepartements

Das Jahr 2007 in Zahlen

Strassenbau

Investitionen für Nationalstrassen:	40.8 Mio. Franken
Investitionen für Kantonsstrassen:	4.4 Mio. Franken
Baulicher Unterhalt Nationalstrassen:	3.4 Mio. Franken
Baulicher Unterhalt Kantonsstrassen:	1.7 Mio. Franken

Die beauftragten Unternehmer haben auf den verschiedenen Baustellen des Kantons unter anderem rund 13 000 Kubikmeter Beton, 900 t Armierungsstahl, 2 700 t Beläge und 150 000 Kubikmeter Aushub / Ausbruch verarbeitet.

Bewältigung Hochwasserkatastrophe 2005

Wasserbauliche Sofortmassnahmen:	4.5 Mio. Franken
Rüfenverbau:	3.0 Mio. Franken
Anzahl Schadenplätze:	200
Geleistete Mannstunden:	11 500
Verbautes Holz:	2 000 Kubikmeter
Bepflanzte Anrissflächen:	30 000 Quadratmeter
Runsenholz:	0.3 Mio. Franken
Geräumtes Holz:	2 100 Kubikmeter

Die umgesetzten Departementsziele im Überblick (Controlling)

	<i>Jahresziele 2007</i>	Stand der Erfüllung
7.6	<p>Die Gefahrenkarten und Gewässerräume sind in der Nutzungsplanung festgelegt.</p> <p>Projektierung und Ausführung von Schutzmassnahmen gegen Naturgefahren werden gemäss Masterplan ausgeführt.</p> <p>Die Gefahrenkarte ist im Interventionsbereich angepasst und umgesetzt.</p>	<p>Einen Schwerpunkt bei der Ausführung von Schutzmassnahmen bildete der Abschluss der Sofortmassnahmen nach dem Unwetter 2005. Daneben erfolgten Arbeiten in laufenden Projekten. Vor allem aber wurden umfangreiche Projektplanungen gemäss Masterplan durchgeführt. Die bedeutendsten Planungsvorhaben betreffen die Sarneraa, die Engelbergeraa und die Kleine Melchaa.</p> <p>Die Erreichung dieses Zieles nimmt mehrere Jahre in Anspruch. Programmgemäss wurden in Zusammenarbeit mit den Gemeinden für das Dorf Sarnen und das Gebiet Mülimatt/Dorf der Gemeinde Engelberg Interventionskarten entworfen.</p>
7.6	<p>Die Richtlinien für die Berücksichtigung der Naturgefahren in Planung und Bewilligung sind erarbeitet.</p> <p>Die Richtlinien Bauen in Gefahrengebieten, eingeschlossen Umsetzung seismische Mikrozonierung, sind erstellt.</p>	<p>Es wurde darauf verzichtet, die Richtlinien im Rahmen der dringlichen Anpassungen strategienotwendiger Rechtsgrundlagen zu erarbeiten. Dies soll im Rahmen der ordentlichen Revision des Baugesetzes erfolgen. Die Beurteilung von Bau- und Planungsvorhaben erfolgt aufgrund der bisherigen Anleitung „Berücksichtigung von Gefahrengrundlagen in Nutzungsplanung und Baubewilligungsverfahren vom 13. März 2003“ des seinerzeitigen Bau- und Umweltdepartements.</p> <p>Die Erkenntnisse des Projektes seismische Mikrozonierung haben Auswirkungen auf die Planung von Bauvorhaben. Für die Umsetzung dieser Erkenntnisse wurde ein halbtägiger Informationstag für Planer und Behörden durchgeführt.</p>

<p>9.2</p>	<p>Die priorisierten Massnahmen der Richtplanung sind umgesetzt.</p> <p>Die Umsetzung des Richtplans, eingeschlossen Teilrevision BauG, ist gemäss Aktionsprogramm gestartet.</p>	<p>Die Umsetzung des Richtplans verläuft gemäss Aktionsprogramm. Der Stand der Arbeiten und die weiteren Umsetzungsschritte wurden in zwei Halbjahresberichten festgehalten. Die Gesetzesentwürfe und der Entwurf des erläuternden Berichts zur Teilrevision BauG wurden Ende Jahr den betroffenen Departementen zum Mitbericht unterbreitet.</p>
<p>9.3</p>	<p>Die im Richtplan ausgeschiedenen Schutz- und Nutzungsplanungen werden rechtlich gesichert.</p> <p>Die Naturschutzverordnung ist revidiert und in Kraft gesetzt.</p> <p>Die Schutz- und Nutzungsplanung in der Moorlandschaft Glaubenberg ist vom Kantonsrat genehmigt.</p> <p>Die Schutzwaldkartierung nach den neuen Richtlinien des Bundes liegt vor.</p>	<p>Die Naturschutzverordnung wurde am 25. Oktober 2007 durch den Kantonsrat genehmigt und ist am 15. Dezember 2007 in Kraft getreten.</p> <p>Die Weiterbearbeitung der Planung ist sistiert, bis die Resultate des „Integralen Flyschgebietsmanagements“ vorliegen (Projektleitung beim Amt für Landwirtschaft und Umwelt).</p> <p>Die harmonisierten Kriterien des Bundes zur Schutzwald–Ausscheidung liegen erst im Jahr 2008 vor.</p>
<p>10.1</p>	<p>Die öffentliche Verkehrserschliessung ist schrittweise verbessert.</p> <p>Der integrale Tarifverbund ist auf den Fahrplanwechsel 2008 (Dezember 2007) eingeführt.</p>	<p>Die Einführung einer neuen Generation von Billettautomaten ist technisch sehr anspruchsvoll. Der integrale Tarifverbund wird deshalb erst zum Fahrplanwechsel 2009 (Dezember 2008) eingeführt.</p>
<p>10.3</p>	<p>Die Infrastruktur des Individualverkehrs ist programmgemäss ausgebaut.</p> <p>Die Hauptarbeiten am Nationalstrassentunnel A8 Umfahrung Lungern sind gestartet.</p> <p>Die Kantonsstrassen-Zufahrt Engelberg ist über die definitiv erstellte Brücke wieder langfristig gesichert.</p>	<p>Tunnelbauarbeiten im März gestartet, Ende Jahr sind rund 700 Meter des Tunnels ausgebrochen.</p> <p>Eine Fahrbahn der definitiven Brücke ist gebaut, die 2. Brückenhälfte wird 2008 erstellt.</p>

<p>13.3 Funktionale und zweckmässige Bauten und Anlagen unterstützen die optimale Aufgabenerfüllung.</p> <p>Der Rathaus-Umbau ist abgeschlossen.</p> <p>Neubau Kantonsschule und Mehrfachturnhalle: Der Wettbewerb mit Projektierung ist abgeschlossen.</p>	<p>Umbau und Sanierung im Sommer abgeschlossen; Büros und Ratsäle sind wieder bezogen.</p> <p>Verhandlung mit Versicherung erledigt. Kantonsratsentscheid für Sanierungslösung anfangs 2008; Wettbewerb und Projektierung auf 2008 verschoben.</p>
--	--

Weitere Jahresziele 2007 des Departements

Die Organisation der Umsetzung der NFA ist mit Programmvereinbarungen sichergestellt.	Die Vertragsentwürfe liegen vor.
---	----------------------------------

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben gemäss Gesetzgebungsprogramm 2007

Gesetz Hochwasserschutz Sarneraatal	Durch den Kantonsrat am 31. Mai 2007 verabschiedet und am 1. August 2007 in Kraft getreten.
Naturschutzverordnung	Am 25. Oktober 2007 durch den Kantonsrat genehmigt und am 15. Dezember 2007 in Kraft getreten.
Richtlinien über das Bauen ausserhalb der Bauzonen	Mit entsprechendem Praxishandbuch vom Regierungsrat verabschiedet und am 1. September 2007 in Kraft getreten.

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Folgemassnahmen 2007 zum Hochwasser 2005

Strassenwiederherstellung nach Unwetter 2005

Zwei Jahre nach dem Unwetter vom August 2005 sind die Wiederherstellungsarbeiten an den Forststrassen im Kanton Obwalden abgeschlossen. Es wurden insgesamt 196 Schadstellen im Rahmen des Projektes ausgeführt und abgerechnet. Dafür wurden rund 1 400 Kubikmeter Rundholz und nochmals die gleiche Menge Steinblöcke verbaut. Die Gesamt-sanierungskosten beliefen sich auf rund 2.23 Millionen Franken (Kostenvoranschlag 2.25 Millionen Franken). Die Sanierungsziele konnten zeitgerecht erreicht werden. Die wieder hergestellten Strassenabschnitte wurden bei den Unwettern im Sommer 2007 auf eine harte Probe gestellt und hielten mit Ausnahme von ganz wenigen Stellen gut Stand. Die Schlussabrechnung samt Schlussbericht wurde beim Bund eingereicht und am 30. Oktober 2007 mit der letzten Auszahlung genehmigt.

Rüfenverbau

Das Rüfenprojekt 2005 ist abgeschlossen. In rund 33 000 Arbeitsstunden wurden mit 6 000 Kubikmeter Holz 264 Rüfen verbaut. Die zirka 60 000 Quadratmeter verbaute Fläche wurden mit Erlenpflanzungen gesichert. Die gesamten Kosten belaufen sich gemäss Schlussabrechnung auf 6.46 Millionen Franken.

Runsenholz

Die Gräben sind geräumt und das Projekt ist abgeschlossen. Als Folge des Ereignisses 2005 wurden insgesamt 11 551 Kubikmeter Holz aus den Bächen und Bacheinhängen herausgenommen. Dies entspricht fast genau der Grössenordnung, wie sie im Vorprojekt ursprünglich geschätzt wurde (Vorprojekt 11 445 Kubikmeter). Rund 57 Prozent von den 11 551 Kubikmeter wurden mit dem Helikopter aus den Gerinnen herausgeflogen. Der Rest wurde entweder mit mobilen Seilanlagen oder mit dem Bodenzug aus dem Gefahrenbereich entfernt. Nur ein kleiner Anteil konnte im Gerinne zerkleinert und liegengelassen werden. Die Gesamtkosten betragen knapp 1.59 Millionen Franken und liegen somit rund 12 Prozent unter dem Kostendach von 1.8 Millionen Franken. Die Nettokosten für die Holzräumung pro Kubikmeter Holz belaufen sich auf Fr. 137.40 und liegen um Fr. 19.90 tiefer als im Vorprojekt angenommen. Hauptgrund dafür ist, dass durchschnittlich pro Kubikmeter Holz Fr. 47.15 und nicht nur, wie im Vorprojekt geschätzt, Fr. 26.20 gelöst werden konnten.

Wasserbauliche Sofortmassnahmen

Im Laufe des Jahres 2007 konnten die wasserbaulichen Sofortmassnahmen des Unwetters 2005 mit Gesamtkosten von 16.46 Millionen Franken abgeschlossen werden.

Strassenbau

Engelbergerstrasse, Engelberg: Die Baumeisterarbeiten für die definitive Instandstellung Lehnenviadukt Boden, die zwei Jahre dauern, sind vergeben. Die bergseitige provisorische Stahlbrücke ist abgebrochen und alle vier neuen Brückenpfeiler mit Foundation und die bergseitige Brückenfahrbahn inkl. Brückenabdichtung und Brückenbelag sind gebaut. Der erste Brückenteil ist am 14. Dezember 2007 eröffnet worden. Im Jahr 2008 werden planmässig der zweite Brückenteil gebaut und die Hangsicherungsarbeiten bei der Absturzstelle abgeschlossen.

Richtplanung vom Kantonsrat genehmigt, Umsetzung gestartet

Mit Beschluss vom 23. Januar 2007 hat der Regierungsrat die Anmerkungen aus der ersten Lesung der überarbeiteten Richtplanung im Kantonsrat gutgeheissen, die Richtplanung erlassen und an den Kantonsrat zur Genehmigung überwiesen. Alle Anmerkungen waren mit den Zielen der vorgelegten Richtplanung vereinbar und führten oft zu sachlichen Verbesserungen oder zur besseren Anpassung an lokale Gegebenheiten. Mit Beschluss vom 15. März 2007 hat der Kantonsrat die Richtplanung 2006-2020 einstimmig genehmigt.

Gestützt auf das vom Regierungsrat zur Umsetzung der kantonalen Richtplanung beschlossene Aktionsprogramm erfolgte im laufenden Jahr zweimalig eine Berichterstattung zum aktuellen Stand der Umsetzungsarbeiten. Der erste Halbjahresbericht (RRB Nr. 571 vom 22. Mai 2007) gab Auskunft über die Organisation des Aktionsprogramms, den Stand der Arbeiten und das weitere Vorgehen. Mit der Zustimmung erteilte der Regierungsrat dem Bau- und Raumentwicklungsdepartement den Auftrag, das Aktionsprogramm im Sinne des Berichts weiterzuführen. Besonderes Gewicht wurde dabei auf die Ortsplanungen und die Richtplanprojekte mit engem Bezug zur Langfriststrategie 2012+ gelegt. Der zweite Halbjahresbericht (RRB Nr. 222 vom

27. November 2007) zeigte den Stand der Arbeiten an den Richtplanprojekten und den Ortsplanungen. Gestützt auf diesen Bericht hat der Regierungsrat zu einzelnen Projekten Zwischenentscheide gefällt.

Nach der Orientierung der Gemeindebehörden zum Aktionsprogramm über die Umsetzung der Richtplanung wurden in allen Gemeinden nach einleitenden Gesprächen erste Umsetzungs-Schritte eingeleitet und unter der Leitung der Gemeinderäte zusammen mit Betroffenen und Vertretern des Kantons an den Masterplanungen über die künftige räumliche Entwicklung der Gemeinden gearbeitet.

Interkantonale Zusammenarbeit

Aufgrund der NFA ist der betriebliche Unterhalt der Nationalstrasse ab 1. Januar 2008 Sache des Bundes. Die Verantwortung für diese Aufgaben wurde ab diesem Datum der Gebietseinheit 10, welche unter dem Namen „zentras“ auftritt, übertragen. Sieben Mitarbeiter des Strasseninspektorates werden in die „zentras“ wechseln. Der Werkhof Sarnen wird für den Nationalstrassenunterhalt nur noch eine untergeordnete Rolle spielen (vorgesehen als Salzlager für den Winterdienst). Auf Grund dieser einschneidenden Änderungen stand das Berichtsjahr ganz im Zeichen der damit verbundenen Arbeiten für die Neuorganisation nach dem 1. Januar 2008.

Zusammenarbeit mit den Gemeinden

Unter der Leitung der Gemeinderäte und zusammen mit Betroffenen und Vertretern des Kantons wurden zur Koordination von kantonalen und kommunalen Interessen in allen Gemeinden erste Umsetzungs-Schritte zur Richtplanung eingeleitet. Insbesondere wurde mit personeller und finanzieller Unterstützung durch den Kanton an den Masterplanungen zur künftigen räumlichen Entwicklung der Gemeinden im Sinne von Richtplantext Nr. 12 gearbeitet.

Weitere amtsübergreifende Departementsaussagen

Besonderes Gewicht wurde auf die Umsetzung der Richtplanprojekte mit engem Bezug zur Langfriststrategie 2012+ gelegt. Der zweite Halbjahresbericht (RRB Nr. 222 vom 27. November 2007) zeigte den Stand der Arbeiten an den Richtplanprojekten. Neben der dringlichen Anpassung strategienotwendiger kantonaler Rechtsgrundlagen (Erhöhung der Baulandverfügbarkeit, ruhender Verkehr, Festlegen der Gewässerräume, hohe Wohnqualität und Arbeitsgebiet von kantonalem Interesse) wurden die Richtlinien über das Bauen ausserhalb der Bauzonen überarbeitet.

Beschwerdestatistik

Beschwerdeentscheide des Regierungsrats

(Vorbereitung und Antragstellung durch Bau- und Raumentwicklungsdepartement)

	2005	2006	2007
<i>Anzahl Beschwerden</i>	48	41	52
Übertrag vom Vorjahr	11	15	12
Neueingänge	37	26	40

Erledigt	33	29	23
durch Entscheid des Regierungsrats			
▪ gutgeheissen	3	2	3
▪ teilweise gutgeheissen	2	8	2
▪ abgewiesen	5	7	4
▪ nicht eingetreten	5	2	2
Ohne Entscheid des Regierungsrats (Abschreibungsbeschluss des Departements)			
Vergleich, Rückzug und dgl.	18	10	12
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	15	12	29

Beschwerde- und Einspracheentscheide des Bau- und Raumentwicklungsdepartements

	2006	2007
Anzahl Beschwerden / Einsprachen		
Übertrag vom Vorjahr	0	0
Neueingänge	13	7
Erledigt		
durch Entscheid des Departements		
- gutgeheissen	0	0
- teilweise gutgeheissen	0	0
- abgewiesen	1	1
- nicht eingetreten	0	0
Ohne materiellen Entscheid des Departements		
Vergleich, Rückzug und dgl.	12	6
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	0	0

60 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Ihm ist der departementale Rechtsdienst angegliedert.

Behandlung von Beschwerden

Das Departement instruierte im Geschäftsjahr 52 Beschwerden in Bau- und Raumplanungsangelegenheiten zuhanden des Regierungsrats (siehe obige Beschwerdestatistik). Diese waren geprägt durch komplexe Fälle in den Bereichen Lärmschutz, Verkehrssicherheit und Erschliessung sowie kommunale Quartierplanung. Die durch-

schnittliche Verfahrensdauer von Eingang der Beschwerde bis Entscheid durch den Regierungsrat betrug drei Monate (ohne Fälle mit Beweisverfahren sowie Fälle, welche auf Antrag der Parteien oder von Amtes wegen sistiert wurden). Mehr als die Hälfte der im Geschäftsjahr erhobenen Beschwerden ging im vierten Quartal ein.

Rechtsetzung

Die neuen Richtlinien über das Bauen ausserhalb der Bauzonen (GDB 710.212) sowie ein entsprechendes Praxishandbuch wurden vom Regierungsrat verabschiedet und traten per 1. September 2007 in Kraft. Die Erarbeitung der beiden Instrumente erfolgte in intensiver Zusammenarbeit mit den betroffenen Departementen, den Bauämtern der Einwohnergemeinden und externen Planern. Die Richtlinien legen im Rahmen der vom Bund vorgegebenen Schranken eine vollzugstaugliche, die kantonalen Verhältnisse berücksichtigende Praxis für das Bauen ausserhalb der Bauzonen fest. Das Praxishandbuch erläutert die kantonale Praxis und enthält Checklisten und Verweise auf die Rechtsprechung. Richtlinie und Praxishandbuch bilden das wichtigste Arbeitsinstrument für die mit dem Bauen ausserhalb der Bauzonen betrauten kantonalen und kommunalen Behörden. Sie können eingesehen werden unter http://www.ow.ch/de/verwaltung/dienstleistungen/?dienst_id=1684.

Im Rahmen der Umsetzung der Richtplanung hat der Regierungsrat das Bau- und Raumentwicklungsdepartement beauftragt, eine Teilrevision des Baugesetzes und allfälliger weiterer Erlasse in die Wege zu leiten, um dringliche, strategienotwendige Rechtsgrundlagen in den Bereichen Steigern der Baulandverfügbarkeit, Festlegen der Gewässerräume für Fliessgewässer und ruhender Verkehr zu schaffen. Die umfangreichen Grundlagenarbeiten der überdepartementalen Projektgruppe sind abgeschlossen. Entsprechende Zwischenberichte wurden dem Regierungsrat vorgelegt. Die drei Gesetzesentwürfe und der Entwurf des erläuternden Berichts wurden Ende Jahr den betroffenen Departementen zum Mitbericht unterbreitet.

61 Hoch- und Tiefbauamt

Das Hoch- und Tiefbauamt bearbeitet sämtliche Fragen der Hoch- und Tiefbauten des Kantons. Dazu gehören die Bauten der öffentlichen Verwaltung, die Nationalstrasse und die Kantonsstrassen. Die Abteilung Strassenbau ist verantwortlich für die Planung und den Bau (Projektleitung und Oberbauleitung) der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen. Dazu gehören alle Kunstbauten (Brücken, Tunnel usw.), die Radverkehrsanlagen, Verbesserungsmassnahmen aus Verkehrssicherheitsfragen und der Vollzug der Lärmschutzverordnung entlang dieser Strassen. Das Strasseninspektorat sorgt für den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen. Weiter obliegt ihm die Prüfung und die Bewilligung von Baugesuchen im Strassenbereich und von Einmündungsprojekten. Die Abteilung Hochbau ist verantwortlich für die Projektierung und Realisierung der kantonalen Hochbauprojekte. Als Bauherrenvertreterin obliegt ihr das Projektmanagement und die Gewährleistung von Qualität, Kosten und Terminen. Durch die Bewirtschaftung der Gebäude wird die langfristige Werterhaltung und Funktionstüchtigkeit der vom Staat genutzten Bauten gesichert. Die Abteilung Hochbau ist weiter zuständig für die Verwaltung der kantonalen Liegenschaften sowie die Fachbereiche Energie, Wärmeverbund und Wasserrecht.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
10.1	<p>Baulicher Strassenunterhalt</p> <p>Baulicher Unterhalt: Kantonsstrassen</p> <p>Baulicher Unterhalt: Nationalstrasse</p> <p>Bundesbeiträge: Baulicher Unterhalt A8</p>	<p>Instandstellungsarbeiten an Wilerstrasse (Bereich Kurhaus/Balgen), an Schwanderstrasse (Steinschlagschutz Guberwald) und an Melchtalerstrasse (Steinschlagschutz Engiberg Nord).</p> <p>Neue Betriebsleitebene für die Nationalstrassen in Obwalden in Betrieb genommen.</p> <p>Bundesbeiträge zum baulichen Nationalstrassenunterhalt (97 %) sind verrechnet und vom Bund bezahlt.</p>
13.3	<p>Hochbau</p> <p>Rathaus Sarnen, Fertigstellung Umbau</p> <p>Kantonsschule/Mehrfachhalle, Projektwettbewerb usw.: Versicherungsleistungen Hochwasser 2005: - 8 000 Rücklage von Versicherungsleistungen für Ersatz-Bau</p> <p>BWZ Obwalden, Bau 2006 abgeschlossen, nachträglich Bundesbeitrag an Ausbau 2006</p> <p>BWZ Obwalden, Schule Giswil</p> <p>Verwaltungsgebäude Hostett: Umbau Hauswartwohnung/Neumöblierung/zweite Etappe MSRL-System</p> <p>Historisches Museum, Projektierung</p> <p>Kantonsbibliothek</p> <p>Altes Gymnasium</p> <p>Kantonsspital, Machbarkeitsstudie</p>	<p>Umbau und Sanierung Sommer 2007 abgeschlossen.</p> <p>Verhandlung mit Versicherung erledigt. Zusatz 4. Halle; Start Wettbewerb 2008 nach Entscheid Kantonsrat.</p> <p>Bundesbeiträge abgerechnet und eingetroffen.</p> <p>Fenstersanierung 3. Teil und Deckensanierung Speisesaal abgeschlossen.</p> <p>Umbau Hauswartwohnung und Neumöblierung abgeschlossen; 2. Etappe MSRL-System Planung in Angriff genommen.</p> <p>Von der Regierung zurückgestellt.</p> <p>Neue Gestelle eingebaut.</p> <p>Sanierung Bühne 2. Etappe im Gang; Fertigstellung bis Februar 2008.</p> <p>Machbarkeitsstudie Bettentrakt im Dezember 2007 ausgeschrieben.</p>
10.1	<p>Kantonsstrassen</p> <p>Nordstrasse Sarnen, Projektierungsstart Kreuzung Militärstrasse</p>	<p>Planungsarbeiten für Kreisel gestartet.</p>

	<p>Melchtalerstrasse, Unwetter 05, Wiederinstandsetzungsarbeiten</p> <p>Kernmattstrasse, Unwetter 05, Wiederinstandsetzungsarbeiten.</p> <p>Brünigstrasse Giswil, Fertigstellung Kreisel Rudenz</p> <p>Engelbergerstrasse, Unwetter 05 Brückenersatzbau</p> <p>Lärmschutz, Fortsetzung Sanierungsprogramm</p> <p>Bundesbeiträge: Lärmschutz (Fr. 180 000.–); Engelbergerstrasse (Fr. 3 465 000.–)</p>	<p>Abklärungen und Studien für Wiederinstandsetzung Bereich Acheribach gestartet, prioritär Verbesserung der Alarmanlage ausgeführt.</p> <p>Bach umgeleitet, Kantonsstrasse in Betrieb genommen.</p> <p>Mit dem Einbau Deckbelag abgeschlossen.</p> <p>Erste Bauetappe planmässig abgeschlossen.</p> <p>Planmässige Programmfortsetzung, ca. 25 % umgesetzt.</p> <p>Bundesbeiträge für Lärmschutzsanierungsprogramm (60 %) und für Engelbergerstrasse (63 %) sind eingefordert und vom Bund bezahlt.</p>
10.3	<p>Nationalstrassenbau gemäss 7. langfristigem Bauprogramm des Bundes (Anteil Kanton 3%)</p> <p>- Umfahrung Lungern: Start Hauptarbeiten</p> <p>- Giswil Nord – Ewil: Start Arbeiten</p> <p>- A2/A8 Kirchenwaldtunnel: Fortsetzung Verbindungstunnel, Portal Z'Matt</p>	<p>Die Bauarbeiten verlaufen grundsätzlich nach dem aktuellen und gültigen 7. Langfristigen Bauprogramm des Bundes. Alle Projekte verlaufen planmässig.</p> <p>Rund 700 m des Tunnels ausgebrochen, Tagbautunnel Nord zu 90 % erstellt. Vorbereitungsarbeiten Portal Süd in Angriff genommen.</p> <p>Aushub und Hangsicherung abgeschlossen.</p> <p>Belagseinbau und Tunnelbeschichtung ausgeführt. Beginn Montage der Betriebs- und Sicherheitsausrüstung.</p>
10.3	<p>Radrouten:</p> <p>Abschnitt Giswil – Kaiserstuhl, Fertigstellung</p>	<p>Bauarbeiten abgeschlossen. In Betriebnahme am 25. Juni 2007 erfolgt.</p>

610 Tiefbau

6102 Strassenbau

Finanzierung (Bundesbeiträge)

Die Bundesbeiträge für die Nationalstrasse blieben im Berichtsjahr unverändert, das heisst Bau samt Lärmschutz 97 Prozent; baulicher Unterhalt 97 Prozent; betrieblicher Unterhalt 95 Prozent. Für strassenverkehrsbedingte Massnahmen gemäss Luftreinhalte-Verordnung beträgt der Beitragssatz 30 Prozent.

Der Bundesbeitrag für Lärmschutz entlang der Kantonsstrassen beträgt 60 Prozent und für die Instandsetzung der Hauptstrasse Engelbergerstrasse, Engelberg, (Unwetter 2005) 63 Prozent.

Der Anteil des Kantons Obwalden an den Mineralölsteuererträgen des Bundes betrug rund 5.91 Millionen Franken und war gegenüber dem Vorjahr unwesentlich tiefer. Von diesem Betrag erhielten die Gemeinden und öffentlich rechtlichen Körperschaften für ihre Strassenaufwendungen 2.75 Millionen Franken. Aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe bezahlte der Bund dem Kanton Obwalden rund 1.9 Millionen Franken.

Bau Kantonsstrassen

Strassenlärmsanierung

In den Gemeinden Sarnen, Alpnach, Kerns, Sachseln und Giswil sind bis Ende 2007 an 108 Gebäuden die Fenstersanierungen ausgeführt und rückvergütet worden. Dies entspricht ungefähr 25 Prozent aller Massnahmen aus den bewilligten Teilsanierungsprogrammen (TSP).

Neue Radwegverbindung

Die Bauarbeiten für die Radwegverbindung zwischen Kaiserstuhl und Giswil konnten abgeschlossen werden und der neue Radweg wurde am 25. Juni 2007 eröffnet.

Verkehrskreisel Brünigstrasse – Einmündung Panoramastrasse, Giswil

Mit dem Einbau des Deckbelags im Frühling 2007 wurden die Bauarbeiten abgeschlossen.

Kernmattstrasse Kerns – Kägiswil: Instandsetzung nach Unwetter 2005

Die Bachverbauung und die Instandsetzung der Kernmattstrasse wurden abgeschlossen.

Nordstrasse Sarnen: Kreisel Enetriederstrasse

Nach der Vergabe der Bauingenieurleistungen wurde die Projektierung des Kreisels gestartet.

Engelbergerstrasse, Engelberg: Instandsetzung Lehnenviadukt nach Unwetter 2005

Termingerecht konnte mit der definitiven Instandsetzung des Lehnenviadukts Boden Mitte April 2007 gestartet werden. Nach Abbruch der bergseitigen provisorischen Stahlbrücke wurden vier Brückenpfeiler mit deren Foundation gebaut. Nachfolgend wurde die bergseitige Brückenfahrbahn betoniert, abgedichtet und mit einem Gussasphalt versehen. Zusätzlich wurden bei der bestehenden Brückenkonstruktion diverse Betonsanierungen durchgeführt. Am 14. Dezember 2007 konnte planmässig die erste Bauetappe der definitiven Instandsetzung abgeschlossen und in Betrieb genommen werden.

Bau Nationalstrasse A8

(vollständige Projektbeschreibungen siehe auch www.a8-ow.ch)

Umfahrung Lungern: Baubeginn Vortriebsarbeiten

Die beauftragte Arbeitsgemeinschaft konnte am 5. März 2007 mit den Sprengvortriebsarbeiten beginnen. Bis Ende 2007 konnten zirka 700 Meter des 3.5 Kilometer langen Tunnels ausgebrochen werden. Der ausgebrochene Tunnel wurde laufend mit Anker und Spritzbeton gesichert. Mitte 2007 konnten die Bauarbeiten für den

Tagbautunnel beim Nordportal (Länge zirka 90 m) in Angriff genommen werden. Diese sind zu 90 Prozent abgeschlossen. Ab August 2007 begannen die Vorbereitungsarbeiten beim Portalbereich Süd. Dieses separate Bauilos beinhaltet den Bau einer Lehenbrücke, diverse Stützmauern und Trassearbeiten und wird Mitte 2008 abgeschlossen sein.

In Zusammenarbeit mit der Wasserversorgung Lungern wurde im Gebiet Röhrl oberhalb des Dorfes Lungern ein Reservoir im Rohbau erstellt. Mit diesem Reservoir kann die Tunnelwasserversorgung der Umfahrung Lungern sicher gestellt werden.

Giswil Nord – Ewil: Baubeginn Hauptarbeiten

Mit dem Spatenstich vom 12. März 2007 erfolgte der Start der Hauptarbeiten für die A8 Teilstrecke Giswil Nord – Ewil, wobei der 420 Meter lange Tagbautunnel Zollhaus das wichtigste Bauwerk ist. Im Bereich dieses Tunnels sind die bergseitigen Baugrubenabschlüsse mit 380 Lockergesteinsanker und 850 Laufmeter Bohrpfählen, Durchmesser 90 cm, erstellt worden.

Infolge der schlechten Geologie musste für den südlichen Tunnelabschnitt im Herbst eine Baugrundverbesserung ausgeführt werden. Dies erfolgte mit dem Rüttelstopfverfahren und mit Materialersatz.

Tunnel Sachseln: Erhöhung Tunnelsicherheit

Aufgrund der Erfahrungen aus den verschiedenen verheerenden Tunnelbränden in den Jahren 1999 und 2001 wurden neue Normen und Richtlinien erlassen. Gemäss diesen neuen Grundlagen muss der Tunnel Sachseln (in Betrieb seit 1997) mit einem leistungsfähigeren Lüftungssystem und einem parallelen Sicherheitsstollen nachgerüstet werden. Die Planungsarbeiten sind durch den Kanton gestartet worden.

Da das ganze Projekt dem Netzausbau der Nationalstrasse zugeordnet ist, geht die Zuständigkeit mit der Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) ab 1. Januar 2008 an das Bundesamt für Strassen, Filiale Zofingen, über.

A2/A8 Kirchenwaldtunnel / Verbindungstunnel

Im Sommer konnten die Vierspurstrecke vor dem Loppertunnel und die Auffahrtsrampe Delli wieder in Betrieb genommen werden. Im Verbindungstunnel wurden der Strassenbelag eingebaut und die Tunnelwandbeschichtung aufgetragen. Die Montagearbeiten für die Betriebs- und Sicherheitsausrüstung konnten gegen Ende Jahr gestartet werden.

Auf der Nidwaldnerseite sind die Rohbauarbeiten der Nordröhre des Kirchenwaldtunnelprojekts grösstenteils abgeschlossen. Es folgen nun die Montage der Betriebs- und Sicherheitsausrüstung so, dass die Kirchenwaldnordröhre mit dem Verbindungstunnel nach Obwalden Ende 2008 eröffnet werden kann.

612 Strasseninspektorat

6120 Betrieblicher Strassenunterhalt

Das Jahr 2007 kann aus Sicht des betrieblichen Unterhaltes als normal bezeichnet werden. Witterungsbedingt hielt sich der Winterdienstaufwand in Grenzen. Diverse ausserordentliche Ereignisse mussten infolge heftiger örtlicher Unwetter zwischen Mitte Juli und Anfang August bewältigt werden. Dabei handelte es sich vor allem um

Räumungsarbeiten an Strassen und Entwässerungsanlagen, die zum Teil von Drittfirmen ausgeführt wurden. Es wurden keine Bauwerke zerstört. Haupteinsatzgebiete waren auf der Nationalstrasse die Abschnitte Steinloui in Lungern, Marchgraben in Giswil und Niederstad in Alpnach. Die Kantonsstrasse war hauptsächlich im Gebiet Ewil in Sachseln betroffen.

Aufgrund der NFA ist der betriebliche Unterhalt der Nationalstrasse ab 1. Januar 2008 Sache des Bundes. Die Verantwortung für diese Aufgaben wurde ab diesem Datum der Gebietseinheit 10, welche unter dem Namen „zentras“ auftritt, übertragen. Sieben Mitarbeiter des Strasseninspektorates werden in die „zentras“ wechseln. Der Werkhof Sarnen wird für den Nationalstrassenunterhalt nur noch eine untergeordnete Rolle spielen (vorgesehen als Salzlager für den Winterdienst). Auf Grund dieser einschneidenden Änderungen stand das Berichtsjahr ganz im Zeichen der damit verbundenen Arbeiten für die Neuorganisation nach dem 1. Januar 2008.

6122 Baulicher Unterhalt

Auf dem Nationalstrassennetz sind keine grösseren Arbeiten ausgeführt worden. Im Bereich Sarnen Süd – Sarnen Nord und am Brünig sind zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit waldbauliche Massnahmen getätigt worden. Entlang dem Lungensee im Bereich Tschorren musste auf der Brünigstrasse der Deckbelag erneuert werden. Als Folge der Unwetter 2005 sind diverse Pumpwerke bei Unterführungen umgestaltet worden. Das Betriebs- und Leitsystem des Kantons Obwalden ist im Zusammenhang mit der Erneuerung der elektromechanischen Einrichtungen im Loppertunnel erneuert worden. Diese Massnahmen beanspruchten den Grossteil des Unterhaltskredites von 3.7 Millionen Franken.

Auch der bauliche Unterhalt der Nationalstrassen geht ab 1. Januar 2008 in die Verantwortung des Bundes über. In diesem Bereich ist in Zofingen eine Filiale des Bundesamtes für Strassen geschaffen worden, welche künftig zuständig ist für den baulichen Unterhalt.

Die Sicherungsarbeiten an der Melchtalerstrasse, Abschnitt Engiberg Nord, und an der Glaubenbergstrasse, Abschnitt Guberwald, sind fertig gestellt worden. An der Wilerstrasse zwischen Kirchhofen und Balgen sind die Strassenentwässerung erneuert und weitere Instandsetzungsarbeiten durchgeführt worden. Diese Arbeiten erfolgten in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Sarnen, die auf diesem Abschnitt Werkleitungen und Troittoir sanierten. Die zweite Etappe der Sicherung einer Stützmauer an der Kernmattstrasse konnte abgeschlossen werden. Im Gebiet Rapperschwendi entlang der Engelbergerstrasse ist eine bestehende instabile Stützmauer ersetzt worden. An der Melchtalerstrasse, Abschnitt Allweg-Bodacher, wurden infolge Setzungen das Bankett verstärkt und der Fahrbahnbelag erneuert.

614 Hochbau

6140 Hochbauten

Hauswarte

Bis August 2007 waren die Hauswarte und das Hilfspersonal im Bereich Unterhalt teilweise denjenigen Departementen unterstellt, für deren Räumlichkeiten sie zuständig waren. Um die betrieblichen Abläufe zu vereinfachen, wurden im August 2007 alle Hauswarte und das Hilfspersonal im Bereich Unterhalt per sofort der Abteilung

Hochbau unterstellt. Dies führt zu einer stellenneutralen Verschiebung von 8.17 Vollzeitstellen hin zum BRD.

Einzelmassnahmen im Gebäudeunterhalt

- Verwaltungsgebäude: Umbau der Hauswartwohnung in Büros und Sitzungszimmer. Verschiedene Rauroptimierungen für das Finanz- und das Volkswirtschaftsdepartement. Verbesserung der Sicherheit durch bauliche Massnahmen.
- Polizeigebäude: Lecksanierung im Flachdach. Aussenplatz für Signalisationsmaterial. Verbesserung der Einfahrt zum Verkehrssicherheitszentrum. Beschriftung und Aussenbeleuchtung erneuert. Bürorauroptimierung verbunden mit diversen Schallschutzverbesserungen.
- Bürogebäude altes Kollegium: Fenster, Futter und Jalousien überholt. In verschiedenen Büros Oberflächen erneuert. Einbau von neuen und Auswechseln von alten Dachfenstern.
- Bürogebäude Haus des Waldes: Rauroptimierung im Erdgeschoss in Zusammenarbeit mit der Eigentümerin (Korporation).
- Schulgebäude Rütiwiese: Entfernen sämtlicher Bodenbeläge im Erdgeschoss, neuer Bodenbelag im Foyer. Verschiedene Undichten im Flachdach behoben. Beschriftung ergänzt.
- Altes Gymnasium: Sockelbereich und Fenster teilweise neu gestrichen. Boden in Aula (ehemalige Kapelle) abgeschliffen und frisch behandelt. Umgebung: Rabatten und Gehwege komplett überholt. Ersatz von Dachfenstern und Boden im Glockenturm saniert. Zweite Etappe Sanierung Theater mit Revision von elektrischen Installationen.
- Traglufthalle: Montage von Schalldämmung an Banden und Materialräumen. Lüftungseinbau Garderoben.
- Berufs- und Weiterbildungszentrum Sarnen: Versiegelung der Linoleumböden.
- Berufs- und Weiterbildungszentrum Giswil: Sanierung der Decke in Küche, Aula, Lehrerzimmer mit Erneuerung der Beleuchtung. Fenstersanierung Wohnung und Eingangsbereich, neue Wohnungstür. Ersatz Kochherd Schulküche, Ersatz Boiler. Teilweise neue Rafflamellenstoren. Sitzplatz Mietwohnung Belag erneuert.
- Kantonsbibliothek: Verschiedene Malerarbeiten mit neuen Deckenstäben.
- Landenberg: Jalousien überholt, diverse innere Malerarbeiten und neue Heizungssteuerung.
- Kapuzinerkirche: Grossreinigung (Spezialisten).
- Heimatmuseum: Umbau eines Teils der Hauswartwohnung in Büros und Besprechungszimmer. Ausstellungsplattform im Erdgeschoss.
- Von Wyl Haus: Fassaden gereinigt und Läden neu gestrichen. Sanierung der Dachfenster.
- Wohnhaus Türlacher: Fenster, Futter und Jalousien überholt mit diversen Malerarbeiten.
- Landwirtschaftsbetrieb Hasli: Fensterersatz Wohnhaus. Boilerersatz Milchraum.

- Ökonomiegebäude Zöpfe: Grösseren Sturmschaden am Dach behoben.
- Werkhof A8: Dachsanierung Bürogebäude.
- Wärmeverbund Sarnen: Grosse Revision der Anlage und der Gastankanlagen.
- Psychiatrie: Fertigstellen des Umbaus der Geriatrie. Verschiedene Eingriffe auf den anderen Stockwerken zur Raumoptimierung. Beleuchtungssanierung.

Sanierung und Umbau Rathaus

Begleitung des Umbaus und der Sanierung. Das Rathaus konnte termingerecht im Sommer 2007 in Betrieb genommen werden. Die Bauabrechnung bewegt sich innerhalb des Kreditrahmens. Es fand ein Tag der offenen Türe statt, bei dem sich die Bevölkerung von der gelungenen Sanierung überzeugen konnte.

Neubau Kantonsschule und Mehrfachturnhalle

Mit der Versicherung konnte auf Grund des Expertenberichtes eine Einigung erzielt werden. Das Raumprogramm wurde überarbeitet. Verschiedene Grundlagen und Dokumente mussten für die Entscheidungsfindung Neubau oder Sanierung, verschiedene Vorstösse (Minergie, Turnhallen etc.), Verhandlungen mit der Gemeinde Sarnen und Orientierungen erarbeitet und zusammengestellt werden.

Liegenschaften

Erwerb des Miteigentums am Wärmeverbund Bau fina, dem das Rathaus und das von Wyl Haus angeschlossen sind.

6145 Energie

Konzessionen: Es wurden verschiedene Konzessionserneuerungen bearbeitet, u.a. die Konzession Kraftwerk Sarneraa, die Konzession KW Arnibach und die Konzession KW Tagestal.

Die Abteilung Hochbau beteiligte sich an der Energiefachstellenkonferenz Zentralschweiz, die verschiedene Vernehmlassungen und Überarbeitungen von Richtlinien des Bundes bearbeitete, wie die Energiestrategie, die Aktionspläne Energieeffizienz und erneuerbare Energien, das neue harmonisierte Fördermodell der Kantone, das Stromversorgungsgesetz und die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich. Die Norm SIA 380 /1 über Thermische Energie im Hochbau liegt seit August 2007 vor. Die Mustervorschriften der Kantone werden als letztes Paket der Energiestrategie des Bundes im April 2008 von den Energiedirektoren verabschiedet. Da verschiedene gesetzliche Grundlagen im Jahr 2007 grundsätzlich überarbeitet wurden und die Energiedirektorenkonferenz an der Frühjahrsversammlung 2008 die total revidierten Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich verabschieden wird, wurde mit der für das Jahr 2008 geplanten Erarbeitung des Energiekonzepts des Kantons Obwalden nicht bereits Ende 2007 begonnen.

62 Amt für Wald und Raumentwicklung

Das Amt für Wald und Raumentwicklung ist die kantonale Anlaufstelle für Fragen um Wald, Natur- und Landschaftsschutz, Jagd, Abwehr von Naturgefahren sowie Fragen der räumlichen Entwicklung und des Verkehrs. Die Abteilung Wald und Natur befasst sich mit der nachhaltigen Waldentwicklung, den forstlichen Förderungsmassnahmen, dem Forstschutz, der Erhaltung und Förderung wertvoller Landschaften und Naturobjekte, mit dem Schutz der Wildtiere und der Erhaltung ihrer Lebensräume sowie der Jagdplanung. Die Abteilung Naturgefahren befasst sich mit der Erkennung und Verminderung von Risiken bei Naturgefahren. Sie übt die Oberaufsicht über die Gewässer und die Aufsicht über Stauanlagen aus. Zentrale Aufgaben der Abteilung Raumentwicklung und Verkehr sind die Aktualisierung des kantonalen Richtplans, die Unterstützung kommunaler Behörden bei der Nutzungsplanung, die Koordination kantonalen Bewilligungsverfahrens für Bauten ausserhalb der Bauzone, die Koordination des gesamten Verkehrsinfrastrukturangebots, die Bestellung der Angebote des öffentlichen Verkehrs sowie die nachhaltige Sicherung des Waldareals.

Zielerreichung

APL	Amtsprojekte 2007	Stand der Erfüllung
7.6	Sanierung bestehender Basisstrassen für Alp- und Waldwirtschaft	<p>Projekt Wiederherstellung forstliches Strassennetz nach Unwettern 2005/2007, ganzer Kanton abgeschlossen.</p> <p>Geretschwandstrasse, Alpnach, mit dem Abschluss der 1. Etappe zur Hälfte saniert.</p>
7.6	Investitionen zur Sicherstellung von Massnahmen zur Gefahrenabwehr nach Waldgesetz	<p>Folgende Projekte wurden abgeschlossen:</p> <p>Rüfenprojekt nach Unwetter 2005, ganzer Kanton; IP Kleine Schliere Massnahmen Eichetschwand und Seewliwald, Alpnach; Sofortmassnahmen Grossteilerbäche - forstliches Teilprojekt, Giswil; Rutschung Cholrüti, Kerns; Verbauung Loch-/Türligraben, Kerns; Kernmattbach, Kerns; WSSW Steinschlagschutz Guberwald, Sarnen.</p> <p>Folgende Projekte sind kurz vor dem Abschluss:</p> <p>IP Güpfi, Lungern; Schynberggraben, Lungern.</p> <p>Folgende Arbeiten wurden begonnen:</p> <p>IP Kleine Schliere Massnahmen Verbau Meisibach / Grundwald, Alpnach; Sanierung Mittelgrüss/Mühliwald, Engelberg; Wichelsgraben, Lungern.</p>

7.7	Schutzwaldprojekte	Weiterführung der Massnahmen in den genehmigten Projekten gemäss verfügbarer Bundesbeiträge. Die Projekte Engelberg-Nord, Mettenloui Giswil, Alpnach 2. Etappe und Sachseln 2. Etappe wurden abgeschlossen, obwohl noch nicht alle geplanten Massnahmen umgesetzt sind. Diese Projekte haben eine verfügte Vollendungsfrist Ende 2007. Diese Frist kann infolge Einführung NFA auf 1. Januar 2008 nicht verlängert werden.
7.6	Hochwasserschutz ... (IP) Westl. Sarnersee Wildbäche (WSSW), Kleine Schliere usw. / Kantonsbeiträge: Sicherstellung von Massnahmen zur Gefahrenabwehr: Priorisierung gemäss Risikoanalyse WaG	Schwerpunkte der Massnahmen lagen an der Grossen und Kleine Schliere, Alpnach; Engelbergeraas und Zuflüsse, Engelberg; Chälibach, Kerns; Grosse Melchaa und Zuflüsse, Kerns; Sarneraas, Sarnen.
7.6	Hochwasserschutz nach Unwetter 2005	Aufgrund der Erkenntnisse aus dem Unwetter 2005 wurden Planung und Ausführung von Massnahmen vorangetrieben. Detaillierte Auflistung unter Kapitel 6226 Naturgefahren.
7.6	Quantitative Risikoanalyse der Naturgefahren Obwalden	Die Gefahrenkarte wurde aufgrund der Erkenntnisse aus dem Unwetter 2005 aktualisiert und ist inzwischen über Internet öffentlich zugänglich. Die Arbeiten an der Risikoanalyse sind weitgehend abgeschlossen.
7.6	Umsetzung Gefahrenkarten in der Schutz- und Nutzungsplanung Umsetzung Gefahrenkarten in der Interventionsplanung	Zonenpläne Alpnach, Giswil und Kerns mit Eintrag der Gefahrenzonen durch den Regierungsrat genehmigt. In Zusammenarbeit mit der Gemeinde Sarnen wurde eine Planung von Interventionsmassnahmen bei Grossereignissen (vor Realisierung des Ausbaus Sarneraas) entworfen. In der Gemeinde Engelberg wurde eine Interventionsplanung für das Gebiet Mülimatt/Dorf erstellt.
9	Kantonale Richtplanung	Mit Beschluss vom 15. März 2007 hat der Kantonsrat die Richtplanung einstimmig genehmigt.

<p>9.3</p>	<p>Kantonale Schutz- und Nutzungsplanungen</p>	<p>Naturschutzzone Usser Allmend – Schwerzbachried, Giswil am 29. Juni 2007 durch Kantonsrat genehmigt.</p> <p>Naturschutzzone Hanenried, Sachseln, wegen der geplanten Umleitung der Kleinen Melchaa sistiert. Die Planung wird mit den durch das Wasserbauvorhaben notwendigen ökologischen Ersatzleistungen ergänzt.</p> <p>Naturschutzzone Sackboden, Sachseln: Im Rahmen der öffentlichen Auflage gingen zwei Einsprachen ein. Eine Einsprache wurde im Rahmen der Einspracheverhandlungen zurückgezogen, die andere wurde durch das BRD entschieden.</p> <p>Die Weiterbearbeitung der Planung ist sistiert, bis die Resultate des „Integralen Flyschgebietsmanagements“ vorliegen (Projektleitung beim Amt für Landwirtschaft und Umwelt).</p>
<p>9</p>	<p>Nachtrag Naturschutzverordnung</p>	<p>Die Naturschutzverordnung wurde am 25. Oktober 2007 durch den Kantonsrat genehmigt und ist am 15. Dezember 2007 in Kraft getreten.</p>
<p>9</p>	<p>Vernetzungsprojekte nach Ökoqualitätsverordnung ÖQV</p>	<p>Prüfung von zwei zur Genehmigung eingereichten Projekten: Das Projekt Sachseln – Grosses Melchtal wurde genehmigt. Das Projekt Kleinteil – Ächerli wurde musste zur Überarbeitung zurückgewiesen werden.</p>
<p>10.1 10.2</p>	<p>Verkehrsplanung</p> <p>Infrastrukturbauten zb Zentralbahn 480 (Engelberg)</p> <p>Infrastrukturbauten zb Zentralbahn 470 (Brünig)</p> <p>Sanierung Bahnübergänge zb Zentralbahn 470 + 480</p>	<p>Die Bauarbeiten zur betriebssicheren Ausgestaltung des Tunnels (Steilrampe) wurden wieder aufgenommen.</p> <p>Die Ausbauten wurden mit dem doppelspurigen Haltiwaldtunnel in Ennethorw Ende 2006 fristgerecht abgeschlossen. Die Schlussabrechnungen liegen nun vor.</p> <p>Die Sanierung der Bahnübergänge in Engelberg verzögert sich, weil deren Finanzierung in den Rahmenkredit für Investitionsdarlehen 2007 – 2010 integriert wird. Auf Grund der Prioritäten und</p>

	<p>Tieflegung und Doppelspurausbau zb Zentralbahn 470 + 480</p> <p>Park+Ride-Konzept</p>	<p>Finanzstrukturen stehen erst im Jahr 2010 entsprechende Beiträge des Bundes an die Sanierung zur Verfügung.</p> <p>Der Kantonsbeitrag wurde vom Obwaldner Kantonsrat genehmigt.</p> <p>Das Umsetzungskonzept zum P+R-Konzept Obwalden wurde durch den Regierungsrat genehmigt.</p>
--	--	---

6212 Walderhaltung

Lothar-Folgeschädenbekämpfung – Erfolgsgeschichte setzt sich fort

Die kantonale Borkenkäferbekämpfungsstrategie hat sich bewährt. Dank der konsequenten, fach- und zeitgerechten Bekämpfung der letzten Jahre ging die Käferholzmenge im Jahr 2007 auf 4 017 Kubikmeter (Vorjahr rund 4 710 Kubikmeter) weiter zurück. Davon sind direkt durch die diversen lokalen Unwetter im Sommer 2007 rund 1 000 Kubikmeter Schadholz angefallen. Der Anteil Käferholz macht im Verhältnis zur Gesamtnutzungsmenge im Kanton Obwalden weniger als 10 Prozent aus. Infolge der gestiegenen Holzpreise ist der Anteil des im Wald entrindeten und liegengelassenen Käferholzes in den letzten beiden Jahren von rund 50 auf 20 Prozent zurückgegangen.

Walderhaltung

Bei 10 Gesuchen wurden Rodungsbewilligungen für eine Gesamtfläche von 20 266 Quadratmeter Wald erteilt (13 760 Quadratmeter temporär, 6 506 Quadratmeter definitiv). Diesen Rodungsflächen stehen 8 773 Quadratmeter Ersatzleistungen in Form von Wiederbestockung sowie die Pflanzung von Einzelbäumen gegenüber. Zu Gunsten des Fonds für ökologische Ersatzleistungen bei Rodungen wurden per 2007 Entschädigungen von 10 820 Franken verfügt.

6214 Waldentwicklung

Aus-, Fort- und Weiterbildung des Forstpersonals

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Wald und Energie Nidwalden wurde ein Kursprogramm für das gesamte forstliche Berufsfeld angeboten. Ein Schwerpunkt wurde auf die Arbeitstechnik bei schwierigen Holzerntearbeiten gelegt.

Zuwachsauswertungen für die einzelnen Forstbetriebe

Aufbauend auf die Standortkartierung wurde für alle forstlichen Betriebseinheiten der zum Teil seit Jahrzehnten nicht mehr aktualisierte Hiebsatz durch eine Zuwachsschätzung ersetzt. Dieser neue Wert ist Teil einer sich im Aufbau befindenden umfassenden Nachhaltigkeitskontrolle.

Kantonales Weiserflächennetz ist eingerichtet

Die Pflege der Schutzwälder wird mit Mitteln der öffentlichen Hand unterstützt. Für den wirkungsvollen und effizienten Einsatz der Mittel ist ein Überblick über den Zustand der Schutzwälder und eine Beobachtung ihrer Veränderungen notwendig. Der Bund fordert deshalb ein repräsentatives Netz von Weiserflächen in den Schutzwäldern. Verteilt über die Schutzwaldflächen im ganzen Kantonsgebiet wurden 27 Weiserflächen eingerichtet und erstmalig dokumentiert.

Der Bund richtet seine Beiträge für den Schutzwald ab 2008 im Rahmen von Programmvereinbarungen mit den Kantonen aus. Diese Programmvereinbarungen beinhalten unter anderem ein Controlling mit einer Vollzugskontrolle und einer Wirkungsanalyse. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) verlangt darin spezifisch die Sicherstellung der waldbaulichen Wirkungsanalyse auf Weiserflächen.

6218 Natur und Landschaft

Weitere Bearbeitung von kantonalen Schutz- und Nutzungsplanungen

Die Schutz- und Nutzungsplanung für die Naturschutzzone Usser Allmend – Schwerzbachried, Gemeinde Giswil wurde am 29. Juni 2007 durch den Kantonsrat genehmigt.

Die definitive Linienführung innerhalb der Naturschutzzone Hanenried der zukünftig aus dem Giswiler Siedlungsgebiet umgeleiteten Kleinen Melchaa ist bekannt, sodass die Arbeiten für die Schutz- und Nutzungsplanung wieder aufgenommen werden konnten.

Die Schutz- und Nutzungsplanung Sackboden wurde durch den Regierungsrat am 21. August 2007 zur Auflage freigegeben. Von den zwei eingegangenen Einsprachen wurde eine im Rahmen der Einspracheverhandlung zurückgezogen. Die zweite wurde mit Departementsentscheid vom 19. Dezember 2007 abgewiesen.

Die Schutz- und Nutzungsplanung Moorlandschaft Glaubenberg wurde nicht weitergeführt, da die Resultate des Integralen Flyschgebietsmanagement (Projektleitung Amt für Landwirtschaft und Umwelt) noch nicht vorliegen. Diese Resultate sind in die Schutz- und Nutzungsplanung Moorlandschaft Glaubenberg zu integrieren.

Kantonale Naturschutzverordnung

Der Nachtrag zur Verordnung über den Natur- und Landschaftsschutz vom 25. Oktober 2007 ist am 15. Dezember 2007 in Kraft getreten. Die ökologischen Ersatzmassnahmen sowie der Übergang des Vertrags- und Beitragswesens an den Kanton zur Verfahrensvereinfachung sind somit neu geregelt. So vollzieht nun der Kanton die Schutzbestimmungen über Naturschutzzonen, Naturschutzobjekte und den ökologischen Ausgleich von regionaler und nationaler Bedeutung. Die Gemeinden vollziehen die Schutzbestimmungen über Objekte von lokaler Bedeutung, insbesondere lokale Naturschutzzonen und in den Zonenplänen verzeichnete Naturschutzobjekte, Hecken, Feldgehölze und Einzelbäume.

Regionaler Naturpark Nidwalden–Uri–Engelberg

Die Machbarkeitsstudie liegt vor. Sie zeigt auf, dass die Voraussetzungen für die Schaffung eines Regionalen Naturparks im Raum Nidwalden–Uri–Engelberg gegeben sind.

Positive Bilanz des Artenschutzprojektes Kleine Hufeisennase

Im Jahr 2007 ist die 2. Etappe des Artenschutzprojektes Kleine Hufeisennase (Fledermausart) ausgelaufen. Die Zwischenbilanz des Erreichten ist durchwegs positiv. Der Bestand im Kanton Obwalden hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen und steht nun bei rund 800 Tieren. Der dokumentierte Bestand über die gesamte Schweiz wird mit rund 2 245 Tieren angegeben. Der Kanton Obwalden beherbergt somit mehr als ein Drittel der bekannten Population in der Schweiz und trägt damit eine grosse Verantwortung für die national geschützte Fledermausart der Kleinen Hufeisennasen.

Neophyten

Das Inventar der invasiven Neophyten im Kanton Obwalden wird laufend aktualisiert (www.ow.ch → Stichwortsuche: Neophyten). Die Bekämpfung wurde im Rahmen eines Zivildiensteinsatzes innerhalb der kantonalen Naturschutzzone Wichelsee und Städerried fortgeführt. Die Bevölkerung wurde mittels Infokampagne (Zeitungsartikel, Infobroschüre, Internetauftritt) über die Problematik von invasiven Neophyten informiert.

Weitere drei Waldreservate vertraglich gesichert

In Sachseln konnte das Naturwaldreservat „Chlisterli“ (136 Hektaren) und in Giswil das Sonderwaldreservat „Rossboden“ (71 Hektaren) sowie das Naturwaldreservat „Dälenboden“ (55 Hektaren) für die nächsten 99 Jahre vertraglich gesichert werden. Damit sind 17 von 24 in den Waldentwicklungsplänen vorgesehene Waldreservate umgesetzt. Dies entspricht einer Fläche von rund 845 Hektaren.

6219 Jagd

Schutz- und Nutzungsplanung Wildruhegebiete gestartet

Auch im Kanton Obwalden wächst der Druck auf die Wildeinstände durch Sporttreibende und Erholungssuchende stetig. Das bringt die Wildtiere in Bedrängnis. Mit der Ausscheidung von Wildruhegebieten soll das Wild vor Störungen durch menschliche Aktivitäten besser geschützt werden. Der nötige Schutz wird erreicht, indem in den Wintereinständen die Sport- und Freizeitaktivitäten auf ein Minimum reduziert werden. Für auserwählte Gebiete sind Weggebote oder sogar Verbote nicht auszuschliessen. Es ist das Ziel, dass die Schutz- und Nutzungsplanung Wildruhegebiete bis zur Wintersaison 2008/09 in Kraft ist.

Erfolgreiche Regulationsjagd

Bei nach wie vor ansteigendem Rotwildbestand und einem Abschussziel von 70 Stück Kahlwild und 25 Stück Hirschen konnten auf der ordentlichen Rotwildjagd 25 Stück Hirsche und 17 Stück Kahlwild erlegt werden. Während der im November und Dezember erfolgreich durchgeführte Regulationsjagd konnten zusätzlich 32 Stück Kahlwild mit einer sehr guten Altersverteilung (8 Alttiere und 24 Jungtiere) erlegt werden.

Die Reh- und Gämswildbestände haben sich, wie mit der Jagdplanung angestrebt, stabilisiert. Auf der Hochwildjagd erlegten 319 Jägerinnen und Jäger 367 Gämsen mit einem Jugendanteil von 18 Prozent und einem Geschlechtsverhältnis von 1 : 2.13 (w : m). Auf der Rehjagd konnten 238 Jägerinnen und Jäger 343 Rehe mit

einem Kitzanteil von 30 Prozent und einem Geschlechtsverhältnis von 1 : 2.06 erlegen. Das Planungsziel wurde damit erreicht.

6226 Naturgefahren

Sofortmassnahmen nach dem Unwetter vom August 2005 abgeschlossen

Die im Rahmen des Kredites über forstliche und wasserbauliche Sofortmassnahmen im Umfang von 32.3 Millionen Franken (Kantonsratsbeschluss vom 27. Januar 2006) vorgesehenen Arbeiten konnten abgeschlossen werden. In allen Gemeinden waren Wiederherstellungen an Bachläufen und Ufern erforderlich. Diese Arbeiten erfolgten im Umfang von rund 16.46 Millionen Franken an über 150 Schadenstellen. Die Schwerpunkte der Massnahmen lagen in Sarnen (Sarneraa im Dorfbereich), Kerns (Grosse Melchaa im Melchtal, Foribach, St. Niklausen) und Engelberg (Engelbergeraa und Dürrbach).

Trägerschaft	Betrag (gerundet)	
Gemeinde Sarnen	Fr.	2 672 300.–
Gemeinde Kerns	Fr.	3 136 300.–
Gemeinde Sachseln	Fr.	506 600.–
Gemeinde Alpnach	Fr.	2 304 600.–
Gemeinde Giswil	Fr.	590 500.–
Gemeinde Lungern	Fr.	239 800.–
Gemeinde Engelberg	Fr.	5 685 900.–
Kanton Obwalden	Fr.	869 200.–
EZV	Fr.	454 200.–
Total	Fr.	16 459 400.–

Unwetter zwischen dem 19. und 21. Juli 2007 und 7./8. August 2007 in allen Gemeinden des Sarneraataals erforderten weitere wasserbauliche Sofortmassnahmen im Umfang von etwa 0.7 Millionen Franken. Betroffen waren vor allem der Sigtetschwand- und der Leimerengraben in Sachseln, das Gebiet Rudenzerberg, Kleine Melchaa, Mühlbach, Altibach und Grosse Laui in Giswil, die Bannwaldgräben und die Laui, Gehrengaben und Gadenmattbach in Lungern, Foribach in Kerns und Grosse Melchaa in Sarnen sowie das Gebiet Rengg in Alpnach. Die seit dem Unwetter 2005 laufend ergänzte systematische Erhebung von Rufen umfasst im heutigen Zeitpunkt 1 040 Hanganbrüche, die beurteilt und unterschiedlichen Projektkategorien (forstlicher Verbau – landwirtschaftliche Strukturverbesserungen – Sanierung mit Hilfsgeldern) zugewiesen wurden. Die Unwetter vom Sommer 2007 hatten weitere 73 Rufen zur Folge. Von den total 1 153 Hanganbrüchen fallen 306 (30 Prozent) unter das forstliche Rufenprojekt. Per Ende 2007, also bis zum Abschluss des Rufenprojektes, wurden 264 Rufen verbaut.

Mit dem Verbau dieser Rufen wurde der Kostenvoranschlag des forstlichen Rufenverbauprojektes von 6.46 Millionen Franken ausgeschöpft. Zusätzlich wurden mit landwirtschaftlichen Mitteln 600 Rufen (ca. 260 als landwirtschaftliche Strukturver-

besserungen und ca. 340 mit übrigen Hilfsgeldern) verbaut. Das Amt für Wald und Raumentwicklung leitete das forstliche Rufenverbauprojekt und unterstützte die Verbauungen im Landwirtschaftsgebiet durch Beratungstätigkeit.

Ebenfalls abgeschlossen sind die Wiederherstellungsarbeiten an landwirtschaftlichen und forstlichen Erschliessungsanlagen mit Kosten von 5 Millionen Franken, wovon im forstlichen Bereich 2.23 Millionen Franken sowie für die Schwemmholzräumung in Gerinnen und die Entfernung labiler Bäume entlang von Bachläufen 1.6 Millionen Franken. Abgeschlossen wurde auch die Hangsicherung im Gebiet Cholrüti, Kerns mit Kosten von 1.3 Millionen Franken.

Rege Planungs- und Verbautätigkeit - Masterplan zur Sicherheit vor Naturgefahren

Die Hochwasserereignisse 2005 erforderten eine Anpassung der Gefahrenkarte. Diese Anpassungen sind inzwischen abgeschlossen. Die Gefahrenkarte ist inzwischen auf dem Internet unter GIS Obwalden öffentlich zugänglich. Die Unwetterereignisse und die Gefahrenkarte zeigen auf, dass mittel- und langfristig in allen Gemeinden erheblicher Handlungsbedarf zur Verbesserung der Sicherheit vor Naturgefahren besteht. Über die derzeit absehbaren Massnahmen wurde ein Masterplan erarbeitet, welcher bis zum Jahr 2020 mit Investitionen von zirka 250 Millionen Franken zur Verminderung bestehender Risiken rechnet. Dieser Masterplan wird laufend angepasst.

In verschiedenen Gebieten wurde aufgrund der Erkenntnisse aus dem Unwetter 2005 die Planung und Ausführung von Massnahmen vorangetrieben. Der Stand dieser, aufgrund der Unwetterereignisse forcierten Projekte kann folgendermassen zusammengefasst werden (Auszug aus Masterplan):

Gemeinde/Gebiet	(ungefähre) Kosten	Stand der Planung/des Projektes
<u>Sarnen</u> Sarneraa	47 000 000.– (Gesamtprojekt)	Vorprojekt vorliegend, Variantenentscheid durch Kantonsrat am 27. April 2007 und Volksabstimmung vom 25. November 2005 gefällt, Bau- und Auflageprojekt in Bearbeitung.
Sarneraa Uferschutzmauer Foribach bis Kernmatt	4 100 000.– (Teil des Gesamtprojektes)	Objektkredit durch Kantonsratsbeschluss vom 8. November 2007 genehmigt, Bauprojekt genehmigt und in Ausführung.
Grosse Melchaa	5 000 000.–	Vorstudie vorliegend, Vorprojekt in Bearbeitung (Kosten ohne Massnahmen am Unterlauf).
Kernmattbach	5 000 000.–	Minimale Schutzziel mit SOMA realisiert. Variantenstudium und Vorstudie vorliegend. Anpassung an Konzept Sarneraatal notwendig.

<u>Kerns</u>		
Diesselbach	1 800 000.–	Bauprojekt genehmigt, Kantonsbeitrag durch Kantonsrat am 29. Juni 2007 genehmigt, Projekt in Ausführung.
Loch-/Türligraben	1 250 000.–	Projekt abgeschlossen.
Kernmattbach/Schmelzi	495 000.–	Projekt abgeschlossen.
Acherlibach	300 000.–	Vorprojekt in Bearbeitung.
<u>Sachseln</u>		
Sigetsschwand / Leime- rengraben	3 800 000.–	Bauprojekt genehmigt, Kantonsbeitrag durch Regierungsratsbeschluss vom 5. April 2005 zugesichert, vor Baubeginn.
<u>Alpnach</u>		
Meisibach	1 520 000.–	Bauprojekt genehmigt, Kantonsbeitrag durch Kantonsrat am 29. Juni 2007 genehmigt, Projekt in Ausführung.
Sarneraa / Grosse Schliere	14 560 000.–	Vorprojekt vorliegend. Bau- und Auflageprojekt in Bearbeitung, Kantonsbeitrag durch Kantonsrat am 8. November 2007 genehmigt.
Sarneraa, Wichelsee-Grosse Schliere	3 000 000.–	Vorprojekt in Bearbeitung.
<u>Giswil/Sachseln</u>		
Kleine Melchaa	14 750 000.–	Vorprojekt und Antrag zur Genehmigung Kantonsbeitrag durch Kantonsrat in Bearbeitung.
<u>Lungern</u>		
Wichelsgraben	1 025 000.–	Bauprojekt genehmigt, in Ausführung.
Schynberggraben	540 000.–	Bauprojekt genehmigt, in Ausführung.
<u>Engelberg</u>		
Engelbergeraa und Zuflüsse (Mehlbach, Dürrbach)	32 000 000.–	Vorprojekt vorliegend. Bau- und Auflageprojekte in Bearbeitung, Kantonsbeitrag durch Kantonsrat am 8. November 2007 genehmigt.
Mühliwald - Mittelgrüss	1 230 000.–	Bauprojekt genehmigt, in Ausführung.
Fangtobel	2 500 000.–	Vorprojekt in Bearbeitung
Engelbergeraa, Grafenort	4 000 000.–	Vorstudie abgeschlossen. Erarbeitung Vorprojekt in Vorbereitung.

<p><u>Kanton OW</u> Anteil Reusswehr</p>	<p>1 738 800.–</p>	<p>Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung und Kantonsbeitrag durch Kantonsrat am 14. September 2007 genehmigt, Projektbeginn durch Rechtsmittelverfahren in Luzern verzögert.</p>
--	--------------------	--

Variantenentscheid Sarneraa gefällt

Mit Stellungnahme vom 7. März 2007 sprach sich der Bund entgegen dem Antrag des Regierungsrats nicht für die Variante 3PLUS, sondern klar für die Variante 1 aus. Neben der besseren Beurteilung aus fachlicher Sicht ist für den Bund entscheidend, dass die Kosten für die Variante 1 deutlich tiefer liegen als diejenigen der Variante 3PLUS. Eine Mitfinanzierung der Variante 3PLUS wurde durch den Bund nur bis zur Höhe der Finanzbeteiligung für die Variante 1 bzw. bis höchstens 30.6 Millionen Franken in Aussicht gestellt. Die Mehrkosten der Variante 3PLUS von brutto rund 20 Millionen Franken müssten der Kanton Obwalden und die betroffenen Gemeinden selber tragen. In seinem Bericht vom 20. März 2007 beantragte der Regierungsrat deshalb dem Kantonsrat die Weiterverfolgung der Variante 1. Die vorberatende Kommission des Kantonsrates folgte dem Antrag der Regierung einstimmig. Im Vorfeld des Kantonsratsbeschlusses unternahm eine kantonsrätliche Fraktion politische Anstrengungen, auch die Variante 3 PLUS weiterzuverfolgen. Der Kantonsrat lehnte dies aus Kosten- und Zeitgründen ab und stimmte an der Sitzung vom 27. April 2007 mit 39 zu 5 Stimmen dem Antrag des Regierungsrates zu. Gegen diesen Beschluss wurde am 4. Juli 2007 das Referendum ergriffen. Am 25. November 2007 stimmte das Obwaldner Stimmvolk mit 60 Prozent der Stimmen dem Kantonsratsbeschluss zur Erstellung der Variante 1 Verbreiterung/Tieferlegung zu. Noch im Jahr 2007 wurde die Submission der Ingenieurarbeiten für die nächsten Projektphasen der Variante 1 gestartet.

Am 31. Mai 2007 verabschiedete der Kantonsrat das Gesetz über die Regelung der Abflussverhältnisse des Sarnersees zur Hochwassersicherheit des Sarneraataals. Das Gesetz überträgt die Trägerschaft des Projekts dem Kanton und regelt die Kosten. Es trat am 1. August 2007 in Kraft.

Die Erstellung der Uferschutzmauer Foribach – Kernmatt als erstes Bauos der gesamten Hochwasserschutzmassnahmen wurde vor Ende Jahr begonnen. Ebenso unterstützt der Kanton die Gemeinde Sarnen bei der Erarbeitung eines Notfallkonzeptes zur Bewältigung allfälliger Ereignisse bis zur Wirksamkeit der Hochwasserschutzmassnahmen sowie zur Verminderung von Schäden im Dorfbereich im Überlastfall.

Ausscheidung von Gewässerräumen

Zur Umsetzung des Richtplantextes Nr. 97 und der einschlägigen Bundesgesetzgebung wurden in einer Gruppe von Fachpersonen aus den betroffenen Departementen (Bau- und Raumentwicklungsdepartement und Volkswirtschaftsdepartement) ein Grundlagenpapier für die Ausscheidung der Gewässerräume erarbeitet. Gestützt auf dieses Grundlagenpapier wurde in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Rechtsdienst ein Entwurf einer gesetzlichen Regelung zur Sicherstellung des Gewässerraumes formuliert.

Der Sicherung des Raumbedarfs der Fliessgewässer kommt – nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen aus dem Hochwasserereignis vom August 2005 – grosse Bedeutung zu. Unterstrichen wird diese Bedeutung durch den Umstand, dass aufgrund der weltweiten Klimaveränderung vermehrt mit extremen Hochwasserereignissen gerechnet werden muss. Die Sicherung der Gewässerräume bezweckt eine Begrenzung der Siedlungsentwicklung in unmittelbarer Nähe von Gewässern. Auf diese Weise soll das Entstehen neuer Hochwasserrisiken minimiert und der Platzbedarf für Interventionsmassnahmen im Ereignisfall sowie für allfällige künftige Gewässerausbauten gesichert werden. Ausserdem ermöglicht die Ausscheidung der Gewässerräume eine Verbesserung der ökologischen und landschaftlichen Funktion von Gewässern.

Stauanlagen

Am Wichelsee wurden durch die Kraftwerke Sarneraatal AG umfangreiche Arbeiten im Bereich des Stauwehres vorgenommen. Diese technischen Anpassungen ermöglichen die Bewältigung von Ereignissen im Überlastfall und sichern die Erfüllung der Restwasserauflagen sowie Aufstiegsmöglichkeiten für Fische (Fischtreppe).

Kiesabbau aus Gewässern

Im Mittel der letzten 10 Jahre wurden durch konzessionierte Unternehmungen aus Obwaldner Gewässern pro Jahr 71 000 Kubikmeter Geschiebe entnommen. Damit wurde ein wesentlicher Beitrag an die regionale Rohstoffversorgung und den Gewässerunterhalt, geleistet. Zur Zeit stehen sechs beantragte Bewilligungserneuerungen in Bearbeitung.

6231 Raumplanung

Richtplanung vom Kantonsrat genehmigt

Mit Beschluss vom 23. Januar 2007 hat der Regierungsrat die Anmerkungen aus der ersten Lesung der überarbeiteten Richtplanung im Kantonsrat gutgeheissen, die Richtplanung erlassen und an den Kantonsrat zur Genehmigung verabschiedet. Alle Anmerkungen waren mit den Zielen der vorgelegten Richtplanung vereinbar und führten oft zu sachlichen Verbesserungen oder zur besseren Anpassung an lokale Gegebenheiten. Mit Beschluss vom 15. März 2007 hat der Kantonsrat sodann die Richtplanung einstimmig genehmigt.

Umsetzung der Richtplanung mit Aktionsprogramm gestartet

Gestützt auf das vom Regierungsrat für die Umsetzung der kantonalen Richtplanung beschlossene Aktionsprogramm erfolgte im laufenden Jahr zweimal die Berichterstattung. Das Aktionsprogramm hat die Aufgabe, rechtzeitig die nötigen Grundlagen aus der Richtplanung für die Vorbereitung der nächsten Amtsdauerplanung im Frühjahr 2009 bereitzustellen.

Erster Halbjahresbericht

Der erste Halbjahresbericht (RRB Nr. 571 vom 22. Mai 2007) gab Auskunft über die Organisation des Aktionsprogramms, den Stand der Arbeiten und das weitere Vorgehen. Mit der Zustimmung erteilte der Regierungsrat dem Bau- und Raumentwicklungsdepartement den Auftrag, das Aktionsprogramm im Sinne des Berichts weiter-

zuführen. Besonderes Gewicht wurde dabei auf die Ortsplanungen und die Richtplanprojekte mit engem Bezug zur Langfriststrategie 2012+ gelegt. Hauptsächliche Aufgaben sind die folgenden Meilensteine des Aktionsprogramms.

Landschaftsentwicklungskonzept: Ein Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) unter Beachtung vielfältigster Einflussfaktoren wie Siedlungsentwicklung, Erholung, Tourismus, Verkehr und Ästhetik ist von entscheidender Bedeutung für die künftige Identität des Lebensraumes Obwalden.

Die Gemeinden übernehmen für das LEK eine grosse Verantwortung, weil bei Konzeption und Vollzug zahlreiche Elemente beteiligt sind, die in die Kompetenz der Gemeinden fallen. Deren bevorstehende Arbeiten zum Masterplan umfassen also auch eine Vorarbeit zum LEK mit Bezeichnung und Lokalisierung der massgebenden Elemente des LEK und der allfälligen für die Landschaft bedeutenden Richtplanprojekte, dargestellt in einem Plan über das ganze Gemeindegebiet, allenfalls ergänzt durch Hinweise auf Koordinationsbedarf mit angrenzenden Gebieten und auf Fragen, die im kantonalen Zusammenhang beantwortet werden sollten.

Die LEK-Vorarbeiten der Gemeinden werden durch die Planungsleitung laufend zusammengetragen, durch allfällig übergeordnete Arbeiten ergänzt und koordiniert. Für allfällig davon betroffene andere Richtplanprojekte wird mit den Projektverantwortlichen Kontakt aufgenommen.

Masterplanungen der Gemeinden: Richtplantext Nr. 12 (RPT 12) fordert die Gemeinden auf, vor der Revision der Ortsplanung ihre Entwicklungsvorstellungen in einem Leitbild festzuhalten, das auch nicht-raumplanerische Aspekte einschliesst. Die Masterplanung umfasst aus kantonalen Sicht für jede Gemeinde die Ausgangslage und die anzugehenden Themen, nennt die in Workshops für jede Gemeinde erarbeiteten Schwerpunkte und Ziele für die Entwicklung, Leitsätze und Massnahmen zu deren Umsetzung und zeigt die dafür nötigen Schritte und Zuständigkeiten auf.

Kantonale Arbeitszone: Der Erfolg eines Obwaldner Standortmarketings hängt auch ab von der Verfügbarkeit hochwertigen Landes zur Ansiedelung neuer Betriebe von hoher Wertschöpfung. Damit solche Pläne greifen können, muss die Planung der kantonalen Arbeitsplatzzone abgeschlossen sein.

Im Vordergrund steht neben den planerischen Arbeiten unter Einbezug aller Aspekte des Verkehrs, der baulichen Gestaltung und der umgebenden Landschaft die Gewährleistung der kurzfristigen Verfügbarkeit des Areals auf dem Markt.

Wegen der stetig zunehmenden interregionalen Konkurrenz muss mit dem eigentlichen Standortmarketing für die kantonale Arbeitsplatzzone sehr rasch begonnen werden können.

Grundsätze für die Revision des Baugesetzes: Das Kantonale Baugesetz ist umfassend auf seine Tauglichkeit als zeitgemässe Grundlage für die Ortsplanungsrevisionen zu überprüfen. Seine letzte Revision erfolgte vor der Richtplanung, wichtige Gesichtspunkte einer zeitgemässen Raumplanung fehlen oder sind nur summarisch geregelt.

Schwerpunkte hohe Wohnqualität: In der Richtplankarte haben Regierungs- und Kantonsrat die Standorte bezeichnet, welche sich wegen ihrer Attraktivität (v.a. Lage, Erschliessung) für die Ergänzung der Wohnzonen zur Unterstützung der Steuerstrategie eignen. Eine rasche und verbindliche Verfügbarkeit solcher Standorte hat für die Wirksamkeit der Steuerstrategie höchste Priorität.

Ziel des Projekts sind konkrete Grundlagen für die Bezeichnung entsprechender Bauzonen in den kommunalen Zonenplänen und Baureglementen. Die Umsetzung in den Ortsplanungen steht im starken Spannungsfeld zwischen privaten Interessen möglicher Landeigentümer und den öffentlichen Interessen an optimalen wirtschaftlichen Bedingungen und möglichst geringen nachteiligen Auswirkungen durch diese Ausdehnung der Bauzonen. Aus diesem Grund werden durch Kanton und Gemeinden vorerst die Anforderungen an die Standorte sowie die Nutzungsformen präzisiert. Anschliessend unterstützt der Kanton die Gemeinden bei den Abklärungen über die Verfügbarkeit geeigneter Standorte.

Zweiter Halbjahresbericht

Der zweite Halbjahresbericht (RRB 222 vom 27. November 2007) zeigte den Stand der Arbeiten an den Richtplanprojekten und den Ortsplanungen. Gestützt auf den Bericht hat der Regierungsrat zu folgenden Projekten Zwischenentscheide gefällt:

Baulandverfügbarkeit (RPT 8): Mit Blick auf die Langfriststrategie 2012+ ist festzustellen, dass in den Zonenplänen auf absehbare Zeit genügend rechtskräftige Bauzonen zur Verfügung stehen. Rund 70% dieser Flächen sind aber gar nicht oder nur zu unzureichenden Bedingungen für eine Bebauung verfügbar. Dies widerspricht den regierungsrätlichen Zielvorgaben. Die Verfügbarkeit von Bauland soll mit Hilfe von zwei Projekten (Baulandkataster, Gesetzgeberische Massnahmen) verbessert werden.

Hohe Wohnqualität (RPT 9): Das von zwei Gemeinden gewählte Vorgehen bietet keine Gewähr dafür, dass die bezeichneten Toplagen in jener hochstehenden Qualität überbaut werden, die für das Zielsegment erforderlich ist. Es droht im Gegenteil ein "Downgrading" der Anforderungen mit der Folge, dass sich die anvisierten Einkommenssegmente kaum in gewünschter Masse ansprechen lassen. Tritt ein solcher Zustand tatsächlich ein, besteht keine Legitimation für Neueinzonungen dieser Art, da in den Baugebieten ausreichend Wohnbauland für alle üblichen Zwecke ausgeschrieben ist. Es kommt lediglich zu einem nicht zielorientierten Verbrauch von wertvollen Flächen, die nicht mehr im Sinne der Langfriststrategie 2012+ zur Verfügung stehen.

Vor diesem Hintergrund sowie angesichts offener Fragen zur Umsetzung dieses Richtplanprojekts war es angezeigt, in einem ersten Schritt vertiefende Abklärungen hinsichtlich der mit der "qualitativen Wohnstrategie" anvisierten Zielgruppe und der möglichen Vorgehensweisen bei der Umsetzung in Auftrag zu geben.

Kantonale Arbeitszone: Die Verwirklichung der kantonalen Arbeitszone ist ein wichtiger Beitrag, damit das Ziel der Strategie "Schaffung von wertschöpfungsstarken Arbeitsplätzen" als Teil der Wirtschaftsförderung umgesetzt werden kann. Ziel ist eine hochwertige Gesamtüberbauung mit ebensolchen Bauten und Anlagen für wertschöpfungsstarke Arbeitsplätze. Sie soll durch die rechtskräftige Ausscheidung einer kantonalen Arbeitszone erreicht und durch entsprechende Vorschriften gesichert werden. Die Standortwahl ist noch nicht abgeschlossen, weshalb die weiteren Arbeiten auf folgende Punkte konzentriert werden sollen: Entscheid des Bundes über den Vollausbau des A8-Anschlusses Alpnach-Süd, Vorabklärungen zur Standortwahl und Vorschläge zum weiteren Vorgehen mit Aussagen zur Zielsetzung der Arbeitszone, Projektorganisation und Arbeitsprogramm.

Landschaftsentwicklungskonzept: Unter Berücksichtigung der übergeordneten Vorgaben werden in einem ersten Schritt unter Leitung der Gemeinden kommunale Landschaftsentwicklungskonzepte (LEK) erarbeitet. Dies wurde im laufenden Jahr

mit den gleichen Fachleuten und der gleichen Organisation wie für die Masterplanung begonnen. Der zweite Schritt besteht in der Koordination der kommunalen LEK und der Ergänzung mit übergeordneten Teilkonzepten zu einem kantonalen LEK.

Tourismus: Zum sachgerechten Start der tourismusbezogenen Richtplanprojekte sind übergeordnete, raumbezogene touristische Entwicklungsvorstellungen unentbehrlich. Nur mit ihrer Hilfe und den aus ihnen hervor gehenden planerischen Eckwerten lassen sich die fraglichen Richtplanprojekte gemäss den Vorgaben des Regierungsrats erarbeiten und umsetzen. Der Regierungsrat hat in der Amtsdauerplanung 2006 - 2010 (Massnahme 3.4) ein solches Vorgehen vorgezeichnet. Für das weitere Vorgehen wird ein Arbeitsprogramm erarbeitet, das übergeordnete Entwicklungsvorstellungen für den Tourismus im Kanton Obwalden einschliesst und insbesondere Aussagen zur Zielsetzung, der Projektorganisation sowie zu Terminen und Zuständigkeiten macht.

Start der Umsetzung der Richtplanung auf kommunaler Ebene

Nach der Orientierung der Gemeindebehörden zum Aktionsprogramm für die Umsetzung der Richtplanung wurden in allen Gemeinden Gespräche über die einzuleitenden Arbeiten geführt. Gestützt auf diese Startgespräche wurden in allen Gemeinden erste Schritte eingeleitet und unter der Leitung der Gemeinderäte zusammen mit Betroffenen und Vertretern des Kantons an den Masterplanungen gearbeitet.

Verschiedene Anpassungen kommunaler Nutzungspläne

Auf Ende des Berichtsjahres präsentiert sich folgender Stand der kommunalen Nutzungsplanungen:

Gemeinde	Stand (Genehmigungsdatum)
Dorfschaft Sarnen	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 29.03.1994 - Geändertes Baureglement vom 06.07.1999 - Anpassungen im Zonenplan (Ortsbilschutzzzone, Lärmvorbelastung, geänderte Baulinien) vom 28.05.2002
Schwendi	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 26.03.1996 - Anpassungen im Zonenplan (Langis, Bruderklausenhof, Boden, Datischwand, Lignoform) vom 26.01.1999 - Geändertes Baureglement vom 26.01.1999 - Anpassung Bauzone im Gebiet Seefurren an das Hochwasserschutzprojekt für das Seefurrengräbli vom 20.02.2003 - Erweiterung Wohnzone Bereich Bruderklausenhof vom 23.03.2004
Ramersberg	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 22.11.1994 - Anpassungen im Zonenplan (Berg, Ortsbilschutz Dorf, Stücki, Untere Hostatt) und geändertes Baureglement vom 09.03.1999
Kägiswil	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 03.12.1991 - Änderung Zonenplan (Schwandi, Dorf, Gewerbezone P.2534) vom 04.03.1996 - Ergänzung Wohnzone Schlierenhölzli vom 02.07.1996 - Aufhebung Höhenbeschränkung vom 21.10.1996 - Änderung im Bereich Tellen vom 24.06.1997 - Geändertes Baureglement vom 23.06.1998 - Baulinienplan Dorf vom 09.02.1999 - Änderung Wohnzone Brünigstrasse vom 02.11.1999 - Anpassungen Zonenplan beim Digitalisieren vom 21.08.2001

Bau- und Raumentwicklungsdepartement

Kerns	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 24.06.1999 - Erweiterung Abbau- und Deponiezone Melbach vom 18.02.2003 - Vorprüfung Teilrevision vom 10.05.2005 - Teilweise Genehmigung der Zonenplanänderungen vom 30.05.2006 und 05.12.2006 - Anpassung der Kurzzone Frutt vom 03.07.2007
Sachseln	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung und angepasstes Baureglement vom 17.04.1996 - Anpassungen Birkenweg und Flüematte vom 24.06.1997 - Anpassung im Gebiet Rütimattli und an Waldfeststellungsverfahren vom 06.07.1999 - Quartierplanpflicht Birkenweg und Industriezone Diechtersmatt vom 16.11.1999 - Änderungen Verlegung Dorfbach und Mattli vom 14.12.1999 - Aufhebung Quartierplanpflicht Gebiet Spis vom 28.01.2003 - Umzonung Seehof von der Touristik- in die 3 – 4-geschossige Wohnzone und Anpassung Baureglement (Dachgeschoss und –gestaltung) vom 12.04.2005 - Anpassung Chuematt vom 30.08.2005 - Anpassung Sagenmattli (Gewässerraum) vom 30.08.2005 - Umzonung Dornistrasse vom 21.08.2007 - Anpassungen Gebiet Chuematt vom 24.09.2007
Alpnach	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 17.04.1996 - Änderung Laubligen vom 25.02.1997 - Änderung Schlieren (Altstoffsammelstelle) vom 20.05.1997 - Anpassung Aecherli vom 30.06.1998 - Anpassungen Baureglement an das Baugesetz vom 08.02.2000 - Erweiterung zweigeschossige Wohnzone Hostett, Schoried, vom 01.10.2002 - Erweiterung Gewerbezone Werft, Alpnachstad vom 29.04.2003 - Genehmigung der digital erstellten Zonenpläne am 21.12.2004 - Erweiterung Zone öffentlicher Bauten und Anlagen Schlieren West vom 16.11.2004 - Erweiterung Industrie- und Gewerbezone Hofmatt, Vorprüfungsbericht erstellt - Änderung Hofmatt vom 14.02.2006 - Erweiterung Industrie- und Gewerbezone Zil vom 23.10.2007
Giswil	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung und angepasstes Baureglement vom 17.04.1996 - Änderung Baulinie (Kleinteil) und einer Bestimmung des Baureglements vom 12.08.1997 - Anpassungen Ankenmattli und Landhaus vom 14.09.1999 - Änderung Schwerzbachstrasse vom 02.11.1999 - Überarbeiteter Teilzonenplan Rüti-Moosbiel-Halten vom 15.02.2000 - Ergänzung Campingzone Usser Allmend vom 10.04.2001 - Erweiterung Wohn- und Gewerbezone Hirserenried vom 25.06.2002 - Erweiterung Wohn- und Gewerbezone Hirserenried und Anpassung Hotelzone Landhaus vom 25.05.2004 - Teilweise Genehmigung Teilrevision 2004 vom 21.02.2006

Lungern	<ul style="list-style-type: none"> - Ortsplanung vom 10.07.1990 - Ergänzung Gewerbezone Hag vom 29.01.1991 - Ergänzung Abbau- und Deponiezone Mutzenloch Süd vom 29.11.1994 - Angepasstes Baureglement vom 16.09.1997 - Verschiedene kleinräumige Anpassungen im Zonenplan (Dieggis, Wichel, Dörfli, Kamp, Seeplätzli, Obsee, Bürglen) vom 03.02.1998 - Änderung im Zonenplan Bereich Obsee vom 01.09.1998 - Anpassung Abbau- und Deponiezone Mutzenloch Nord vom 06.04.1999 - Anpassung Sport- u. Freizeitzone Obsee vom 21.12.1999 - Erweiterung der zweigeschossigen Wohnzone Stadel, Bürglen und Ergänzung Baureglement mit Aussagen zur Quartierplanpflicht vom 26.02.2002 - Erweiterung der Gewerbezone Hag vom 24.09.2002 - Revision Ortsplanung vom 02.12.2003 - Erweiterung Gewerbezone Hag vom 27.03.2007
Engelberg	<ul style="list-style-type: none"> - Bauzonen vom 21.04.1987 - Reglement Zweitwohnungsbau vom 02.07.1991 - Anpassungen im Zonenplan (Unter Chilchbüel, Gandli, Dorfstrasse/Büel, Aeschi) vom 22.12.1992 - Anpassung Baureglement vom 22.04.1994 - Anpassung Zonenplan (Tennisplatz) vom 06.06.1995 - Anpassung Zonenplan (Talstation Titlisbahn, Kurpark, Erlen, Golfplatz) und Baureglement vom 21.10.1996 - Änderung Zonenplan (Entlassung Kulturobjekt Oberes Eggli) vom 01.05.2001 - Erweiterung Golfplatz vom 18.02.2003 - Gesamtrevision Ortsplanung vom 06.07.2004

Neue Quartierplanungen

Von den im Berichtjahr durch die Gemeinden gutgeheissenen Quartierplanungen wurde der Quartierplan Frutt Lodge&Spa in der Gemeinde Kerns durch den Regierungsrat mit Auflagen genehmigt. Die wichtigsten Kriterien für die Genehmigungspflicht durch den Regierungsrat sind die Überschreitung der Anzahl Vollgeschosse und die Überschreitung der zulässigen Gebäudelänge und –höhe.

Koordinationsaufgaben

Neben den Arbeiten im Zusammenhang mit der Richtplanung und den Nutzungsplanungen wurden verschiedene Stellungnahmen aus Sicht Raumentwicklung bearbeitet, insbesondere zur Erarbeitung des bundeseigenen Sachplans Geologische Tiefenlager, aber auch zur Umnutzung von nicht mehr benötigten militärischen Bauten, zur Revision der landwirtschaftlichen Gesetzgebung auf Bundes- und kantonaler Ebene und zur neuen Regionalpolitik des Bundes.

Die in Folge der Hochwasser vom August 2005 erlassene Planungszone zur Gewährleistung des Hochwasserschutzes und der Gewässerräume bei Sofortmassnahmen wurde entsprechend dem Stand der Überprüfung der Gefahrenkarten reduziert.

6232 Baukoordination

Baugesuche

Bei der Koordinationsstelle gingen im Jahr 2007 insgesamt 576 Baugesuche (Vorjahr 548 Gesuche) und 67 Gesuche zur Vorabklärung (Vorjahr 72 Gesuche) ein. Von den 576 Baugesuchen benötigten 287 Vorhaben eine Bewilligung für das Bauen ausserhalb der Bauzonen, 53 eine Bewilligung für das Bauen in der vom Regierungsrat erlassenen Planungszone und 18 eine Ausnahmegewilligung nach Baugesetz. Den 576 Baugesuchseingängen stehen 531 Baugesuchserledigungen gegenüber. Im Dezember 2007 gingen verhältnismässig viele Gesuche ein, die erst im Jahr 2008 abgeschlossen werden können. Von den Bauvorhaben ausserhalb der Bauzonen betrafen 27 Prozent land- oder forstwirtschaftliche Vorhaben und 73 Prozent nicht zonenkonforme Vorhaben.

Baugesuchseingänge bei der Koordinationsstelle 2007				Baugesuchseingänge ausserhalb der Bauzonen nach Gesetzesartikeln			
Gemeinden	innerhalb Bauzone	ausserhalb Bauzone	Insgesamt	Art. 16a RPG	Art. 22 RPG	Art. 24, 24a-d, RPG	Insgesamt
Sarnen	91	56	147	12	2	42	56
Kerns	36	55	91	16	1	38	55
Sachseln	51	28	79	9	0	19	28
Alpnach	47	50	97	13	0	37	50
Giswil	26	46	72	9	0	37	46
Lungern	18	24	42	9	0	15	24
Engelberg	20	28	48	7	0	21	28
Insgesamt	289	287	576	75	3	209	287

Bearbeitungsfristen

Seit dem 1. Juli 2007 wird die Bearbeitungsfrist der Baugesuche durch den Kanton gezielt erfasst. Die vorgegebene Frist beträgt 30 Tage nach Ablauf der öffentlichen Auflage. 88 Prozent der Baugesuche, welche zwischen dem 1. Juli und dem 31. Dezember 2007 erledigt wurden, konnten innerhalb dieser Frist erledigt werden. Im Durchschnitt betrug die Bearbeitungsdauer nach Publikationsende neun Kalendertage. Die nicht innerhalb der vorgegebenen Frist erledigten 12 Prozent der Gesuche verzögerten sich aus folgenden Gründen:

- Gesuchsunterlagen unvollständig (3.4 Prozent)
- Projektänderungen während des laufenden Verfahrens (3.4 Prozent)
- komplexe Vorhaben (5.2 Prozent)

Grundlagenarbeiten

Die Richtlinien für das Bauen ausserhalb der Bauzonen wurden durch den Regierungsrat angepasst und ein Praxishandbuch entsprechend der aktuellen Gesetzgebung und Rechtsprechung erlassen. Diese sind auf den 1. September 2007 in Kraft getreten.

Neben der eigentlichen Bearbeitung der Gesuche erfolgte eine intensive Beratung von Bauherrschaften, Planern, Baubewilligungsbehörden sowie beteiligten Amtsstellen.

6233 Verkehrsplanung

Planung und Bau der S-Bahn Luzern

Die Projektierungen und Bauarbeiten für die dritte Etappe der S-Bahn Luzern sind in vollem Gang.

Die Eröffnung der Steilrampe Tunnel Engelberg verzögert sich aus geologischen, hydrologischen und bautechnischen Gründen und wird voraussichtlich erst am Ende des Jahres 2010 stattfinden. Das von der neuen Projektleitung vorgeschlagene Sanierungskonzept für die kritische Tunnelzone von rund 300 Metern Länge ist von allen Beteiligten als gut und technisch praktikabel eingestuft worden. Deshalb hat der Kantonsrat am 26. Oktober 2007 einen dritten Zusatzkredit für den Weiterbau bewilligt. Die Bauarbeiten sind im November 2007 wieder aufgenommen worden.

Das Projekt Doppelspurausbauten und Tieflegung der Zentralbahn in Luzern schreitet sehr zügig voran, weil der Bau nach dem positiven Entscheid des Bundesparlamentes vom Oktober 2006 spätestens im Dezember 2008 beginnen muss. An diesem sehr wichtigen Projekt des Agglomerationsprogramms Luzern beteiligen sich die Kantone Luzern, Obwalden und Nidwalden sowie die Stadt Luzern sowohl bei der Planung als auch bei der Finanzierung der Bauwerke. Am 8. November 2007 hat der Kantonsrat den Kantonsbeitrag an die Gesamtbaukosten von 250 Millionen Franken (Preisstand 2005) genehmigt. Am 17. Dezember 2007 ist dieser Finanzierungsbeschluss über 15.1 Millionen Franken nach dem unbenützten Ablauf der Referendumsfrist rechtsgültig geworden.

Beschaffung von neuem Rollmaterial bei der Zentralbahn

Für die Bewältigung des umfangreicheren Angebotes nach der Eröffnung der Steilrampe Tunnel Engelberg, der Doppelspurausbauten und der Tieflegung in Luzern benötigt die Zentralbahn neues und leistungsfähigeres Rollmaterial. Der Umfang des Beschaffungsprogramms, die Finanzierung und die Anforderungen an das neue Rollmaterial sind Gegenstand von Verhandlungen der Besteller (Bund und Kantone) mit der Zentralbahn. Dazu liegt eine Absichtserklärung im Entwurf vor.

Park+Ride-Konzept für den Kanton Obwalden

Der Regierungsrat hat das Umsetzungskonzept zum P+R-Konzept Obwalden genehmigt. Die vorgeschlagenen Massnahmen werden in mehreren Etappen verwirklicht. Neben einem attraktiven Parkticket für P+R-Kunden ist der Regierungsrat insbesondere bereit, bei Vorliegen eines Projekts für ein unterirdisches Parkhaus im Dorf Sarnen dem Kantonsrat einen Antrag bezüglich die finanzielle Beteiligung des Kantons an einem solchen Projekt zur Genehmigung zu unterbreiten.

SchweizMobil: Planung von nationalen Wander- und Mountainbikerouten

Das ehrgeizige Projekt SchweizMobil hat zum Ziel, die Schweiz im Jahre 2008 zum weltweiten Leader in nachhaltiger Mobilität mit Angeboten für Tourismus, Freizeit und Alltag zu machen. Der Kanton Obwalden gehört zur Trägerschaft des Projektes und beteiligt sich nach der erfolgreichen Einführung der Veloland Schweiz-Routen auch an der Einführung der entsprechenden Wanderland- und Mountainbikeland-Routen. Die Signalisierung dieser Routen ist im Gange, damit diese neuen Möglichkeiten des Langsamverkehrs im Frühling 2008 umfassend angeboten werden können.

Angebotsverbesserungen beim öffentlichen Verkehr

Im Fahrplan 2008 werden die Taktlücken bei der S5 Luzern – Giswil teilweise geschlossen. So verkehrt je am Morgen und am Abend ein zusätzliches Kurspaar und fast alle Kurse verkehren neu auch am Sonntag. In Luzern können neu schlanke Anschlüsse zum und vom IC Luzern – Bern angeboten werden. Die beiden Bahnersatzkurse Giswil – Lungern am späten Abend werden von Sonntag bis Donnerstag nicht mehr angeboten. Sie werden von Montag bis Freitag durch zwei Buskurse Giswil – Lungern um ca. 18.00 und 19.00 Uhr ersetzt, die zusammen mit den beiden Buskursen Lungern – Giswil am frühen Morgen der Gemeinde Lungern in den Spitzenverkehrszeiten fast einen Halbstundentakt bieten.

Die Forderung nach besseren Anschlüssen von Engelberg nach Bern, Basel und Zürich-Flughafen wird vollumfänglich erfüllt, weil durch den Trassentausch des IR Luzern – Stans – Engelberg mit der S4 Luzern – Stans in Luzern optimale Anschlüsse entstehen.

Auf Antrag der Einwohnergemeinden Kerns, Sachseln und Giswil hat der Regierungsrat zudem einer Erweiterung der Anzahl Kurspaare pro Tag auf den Strecken Sarnen – Melchtal, Sachseln – Flüeli und Giswil – Grossteil zugestimmt. Die Linie Stans – St. Jakob – Sand – Kerns wird wieder offiziell als gemeinsame Buslinie der Kantone Obwalden und Nidwalden mitfinanziert.

Entwicklung des Angebots im öffentlichen Verkehr mit Beteiligung des Kantons (Kurskilometer)			
Fahrplanjahr	Bahnkilometer	Buskilometer	Kurskilometer
2001/2002	1 356 622	524 209	1 880 831
2005	1 755 055	556 344	2 311 399
2006	1 738 443	571 566	2 310 009
2007	1 754 932	553 272	2 308 204
2008	1 763 625	592 087	2 355 712

Entwicklung der Nachfrage im öffentlichen Verkehr mit Beteiligung des Kantons (Passagiere und Personenkilometer)								
Jahr	Passagiere (Pax) in tausend				Personenkilometer (Pkm) in tausend			
	SBB	LSE/zb	PAG	Total	SBB	LSE/zb	PAG	Total
2001	3 139	2 272	647	6 058	71 159	24 905	2 451	98 516
2005*	3 481	2 267	660	6 409	67 521	32 492	3 011	103 024
2006	4 377	2 352	711	7 440	84 907	33 702	3 296	121 905
2007	3 682	2 248	731	6 661	84 465	36 151	3 567	124 183

* Betriebsausfälle wegen Hochwasserkatastrophe August 2005

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Gesamtergebnis/Verwaltungsrechnung	225
Bestandesrechnung	231
Mittelflussrechnung	234
Laufende Rechnung	235
Investitionsrechnung	240
Bericht des Obergerichts	242
Genehmigungsbeschluss des Kantonsrats	247
Anhänge zur Staatsrechnung 2007	251
Erläuterungen, Abschreibungen, Abgrenzung IR/LR, Tierseuchenkasse	
Tabelle 1 Eventualverpflichtungen	
Tabelle 2 Verpflichtungskredite	
Tabelle 3 Beteiligungsspiegel nicht konsolidierte Gesellschaften	
Tabelle 4 Entwicklung der Steuererträge 2004 – 2007 nach Gemeinden	

Bericht zur Staatsrechnung 2007

Rechnungsabschluss 2007 im Zeichen von positiver Wirtschaftslage und Steuerstrategie

2007 bestätigt sich der im letzten Jahr festgestellte Wachstumstrend einerseits beim Rechnungsabschluss und andererseits auch bei wichtigen volkswirtschaftlichen Kennzahlen.

Die Staatsrechnung 2007 schliesst mit einem ordentlichen Ergebnis von 23,5 Millionen Franken ab. Dieses gesunde Ergebnis der Staatsrechnung erlaubt es dem Kanton, in der Laufenden Rechnung ausserordentliche Abschreibungen in der Höhe von 21,6 Millionen Franken vorzunehmen und gleichzeitig die Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von 1,9 Millionen Franken – bei Gesamtausgaben von 285,6 Millionen Franken – abzuschliessen.

Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 117 Prozent. Im Vergleich zum Voranschlag 2007 sind diese Zahlen besser als erwartet. Ein Aufwärtstrend ist auch in den volkswirtschaftlichen Kenndaten ersichtlich. Der Kanton verzeichnete sowohl bei den Zuzügen von privaten Personen als auch bei den juristischen Personen eine Zunahme. Der erfreuliche Zwischenstand ist auf das allgemein positive wirtschaftliche Umfeld und auch auf das Wachstumsprojekt „Steuerstrategie“ zurückzuführen.

Der Kanton kann die Kriterien einer nachhaltigen Finanzpolitik (ausgeglichene Laufende Rechnung und Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100 %) mehr als einhalten. Die nach dem Bundesgerichtsurteil vom 1. Juni 2007 durchgeführte Steuergesetzrevision 2007 festigte die Positionierung von Obwalden als steuergünstiger Kanton. Die Investitionen in die Steuerstrategie auf Stufe Kanton in der Höhe von 2,7 Millionen Franken, die als Folge der Revision zu verzeichnen sind, konnten aufgefangen werden. Die Steuereinnahmen übertrafen den Voranschlag immer noch um 3,9 Millionen Franken.

Die positive Entwicklung bestätigt den Regierungsrat in seinen Zielen und gibt ihm die Gewissheit, mit der Steuerstrategie die richtige Richtung eingeschlagen zu haben. Die Wirkung des Erfolgs unterstützt die Strategie 2012+ nachhaltig, denn:

Die Standortattraktivität wie auch die Wirtschaftsdynamik konnten weiter gesteigert werden, der Kanton Obwalden ist mit seiner so gewonnenen grösseren Selbstständigkeit weiterhin ein verlässlicher Partner in der Region.

Ein positiver Trend kann auch bei der Volkswirtschaft verzeichnet werden. Nachzuweisen ist dies beim Wachstum der Bevölkerung und bei den eingetragenen Unternehmen im Handelsregister. Die Gesamtbevölkerung (ohne Asylbewerber und vorläufig Aufgenommene) ist um 0,8 Prozent gestiegen. Werden nur die niedergelassenen Personen betrachtet, beträgt die Zunahme gar ein Prozent oder 336 Personen. Das hoch gesetzte Wachstumsziel wurde somit erreicht. Ebenso augenfällig ist die Entwicklung der im Handelsregister eingetragenen Firmen. Mit der höchsten prozentualen Zunahme in der Schweiz stiegen sie um 336 auf 2'725 Eintragungen.

Ein Überblick über die wichtigsten Kennzahlen der Staatsrechnung:

Kennzahlen (in 1'000 Fr.)	Jahr		
	R 2007	VA 2007	R 2006
Gesamtaufwand LR	285'433	269'210	272'866
Cashflow	30'750	10'371	25'670
Abschreibungen	35'056	16'685	22'350
Ertragsüberschuss Laufende Rechnung	1'944	-64	11'620
Eigenkapital	147'812	145'804	145'868
Verwaltungsvermögen	132'491	137'495	135'767
Bruttoinvestitionen IR	97'184	97'765	86'098
Nettoinvestitionen	31'664	18'413	28'749
Selbstfinanzierungsgrad	117%	90%	117%
Gesamtvermögen	118'718	100'947	101'608
Anzahl Einwohner	34'317	34'000	34'042
Vermögen in Fr./Einwohner	3'460	2'970	2'980
Passivzinsen	2'730	2'540	3'160
Vermögenserträge	15'995	12'064	13'685
Personalaufwand	48'047	47'896	46'884

Gesamtergebnis

Mit Beschluss vom 30. November 2006 verabschiedete der Kantonsrat den vom Regierungsrat vorgelegten Voranschlagsentwurf für das Jahr 2007, der für die Laufende Rechnung bei einem Gesamtaufwand von 269,1 Millionen Franken einen Ertragsüberschuss von 0,1 Millionen Franken vorsah. Zusammen mit dem vom Kantonsrat am 14. September 2007 bewilligten Nachtragskredit ergab sich ein veranschlagter Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung für das Jahr 2007 von 0,1 Millionen Franken.

Nebst der bereits eingangs erwähnten positiven Entwicklung der Wirtschaft ergaben sich weitere erfreuliche Ertragssteigerungen bzw. Aufwandunterschreitungen, auf die nachfolgend eingegangen wird.

In der Investitionsrechnung sah der Voranschlag Gesamtinvestitionen von 97,8 Millionen Franken und eine Zunahme der Nettoinvestitionen von 18,4 Millionen Franken vor. Die effektiven Nettoinvestitionen lagen deutlich unter den veranschlagten Werten, so dass der Regierungsrat zusätzliche Vorfinanzierungen für vom Kantonsrat bewilligte Wasserbauprojekte von insgesamt zehn Millionen Franken beschliessen konnte. Ebenfalls konnten für die Erweiterung und Sanierung der Kantonsschule zehn Millionen Franken als Vorfinanzierung der Investitionsrechnung belastet werden. Damit betragen die ausgewiesenen Nettoinvestitionen 31,7 Millionen Franken – bei Gesamtinvestitionen von 97,2 Millionen Franken.

in 1'000 Fr.:	Rechnung 2007	Voranschlag 2007 (samt Nachtrags- kredite)	Rechnung 2006
<i>Laufende Rechnung (LR):</i>			
Aufwand	263'833	265'710	262'124
Ertrag	287'377	269'146	284'328
Ordentliches Ergebnis	23'544 ⁽¹⁾	3'436 ⁽³⁾	22'204 ⁽⁵⁾
ausserordentlicher Ertrag			158 ⁽⁶⁾
ausserordentlicher Aufwand	21'600 ⁽²⁾	3'500 ⁽⁴⁾	10'742 ⁽⁷⁾
Ertragsüberschuss	1'944	-64	11'620
<i>Investitionsrechnung (IR):</i>			
Ausgaben	97'184 ⁽⁸⁾	97'765 ⁽¹⁰⁾	86'098 ⁽¹¹⁾
Einnahmen	65'520 ⁽⁹⁾	79'352	57'350
Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	31'664	18'413	28'748
<i>Finanzierung:</i>			
Nettoinvestitionen	31'664	18'413	28'748
Abzüglich Abschreibungen	35'056	16'685	22'350
Ertragsüberschuss LR	1'944	-64	11'620
Finanzierungsüberschuss	5'336	-1'792	5'222
Selbstfinanzierungsgrad	116.9%	90.3%	118.2%
1) samt Auflösung Rücklagen Steuerstrategieausgleich Gemeinden/Kanton und zusätzliche Abschreibungen auf Bestand Wärmeverbund			6,25 Mio. Fr. 1,84 Mio. Fr.
2) Ausserordentliche Abschreibungen Nationalstrassen Ausserordentliche Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen			3,50 Mio. Fr. 18,10 Mio. Fr.
3) samt Auflösung Rücklagen Steuerstrategieausgleich Gemeinden/Kanton			6,25 Mio. Fr.
4) Ausserordentliche Abschreibungen Nationalstrassen			3,50 Mio. Fr.
5) samt Auflösung Rücklagen Steuerstrategieausgleich Gemeinden/Kanton			8,30 Mio. Fr.
6) a.o. Substanz-Ausschüttung der Schweiz. Rheinsalinen			0,16 Mio. Fr.
7) Ausserordentliche Abschreibungen Nationalstrassen Ausserordentliche Abschreibung Spitalgebäude			3,50 Mio. Fr. 7,20 Mio. Fr.
8) samt Bildung von Vorfinanzierung Wasserbau Bildung von Vorfinanzierung Kantonsschule			11,05 Mio. Fr. 10,00 Mio. Fr.
9) samt Auflösung von Vorfinanzierung Wasserbau Auflösung von Vorfinanzierung Hochwasserkatastrophe			1,05 Mio. Fr. 1,43 Mio. Fr.
10) samt Bildung von Vorfinanzierung Kantonsschule/Mehrfachhalle			7,20 Mio. Fr.
11) samt Bildung von Vorfinanzierung Wasserbau Bildung von Vorfinanzierung Hochwasserkatastrophe			5,00 Mio. Fr. 1,62 Mio. Fr.

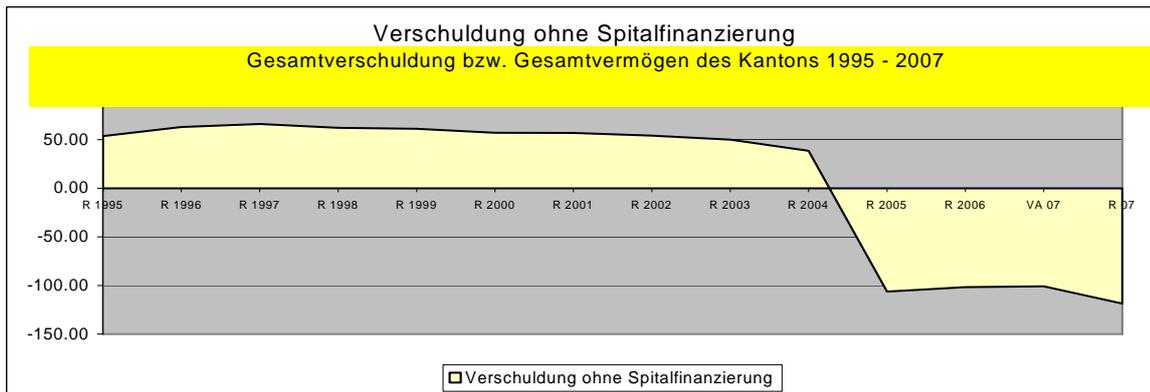
Im kürzlich von der Finanzdirektorenkonferenz (FDK) verabschiedeten neuen "Handbuch harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden – HRM2" wird die Laufende Rechnung bzw. neu "Erfolgsrechnung" in verschiedenen Stufen dargestellt und vermehrt der Privatwirtschaft angepasst. Die neu auszuweisenden Stufen der Erfolgsrechnung zeigen auf der ersten Stufe den operativen und auf der zweiten Stufe den ausserordentlichen Erfolg je mit dem Aufwand- bzw. Ertragsüberschuss, ferner den Gesamterfolg, welcher den Bilanzüberschuss bzw. den Bilanzfehlbetrag verändert. Nach dieser neuen Darstellungsmethode wird die Erfolgsrechnung zukünftig wie folgt dargestellt:

Gestufter Erfolgsausweis:

in 1'000 Franken:	Rechnung 2007	Voranschlag 2007 (samt Nachtrags- kredite)	Rechnung 2006
<i>Betrieblicher Aufwand</i>	230'804	232'782	227'117
30 Personalaufwand	48'047	47'896	46'884
31 Sachaufwand	23'352	29'586	30'477
331 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	13'456	13'185	11'609
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	10'436	9'800	10'472
35 Entschädigungen an Gemeinwesen	13'241	13'880	13'483
36 Eigene Beiträge	68'290	66'043	62'445
37 Durchlaufende Beiträge	52'165	50'882	50'140
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Stiftungen	1'817	1'510	1'607
<i>Betrieblicher Ertrag</i>	234'833	220'445	230'654
40 Steuern	70'711	66'823	67'945
41 Regalien und Konzessionen	20'861	20'585	20'734
43 Entgelte	20'451	18'135	21'157
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	39'046	31'958	35'202
45 Rückerstattungen Gemeinwesen	2'296	1'300	1'462
46 Beiträge	27'513	28'024	32'279
47 Durchlaufende Beiträge	52'165	50'882	50'140
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen	1'790	2'738	1'735
<i>Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit</i>	4'029	-12'337	3'537
32 Passivzinsen	2'730	2'540	3'160
42 Vermögenserträge	15'995	12'064	13'685
<i>Ergebnis aus Finanzierung</i>	13'265	9'524	10'525
Operatives Ergebnis	17'294	-2'813	14'062
332 zusätzliche Abschreibungen Verwaltungsvermögen	21'600	3'500	10'742
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen	6'250	6'250	8'300
Ausserordentliches Ergebnis	-15'350	2'750	-2'442
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	1'944	-63	11'620

Haushalts-Kennziffern

Gesamtverschuldung



Die ungedeckte Schuld⁶ des Kantons konnte seit 1997 stetig abgebaut werden. Mit der einmaligen Substanz ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank im Rechnungsjahr 2005 von 134,7 Millionen Franken konnte die Gesamtverschuldung abgetragen und Ende 2005 ein Gesamtvermögen von 98,1 Millionen Franken ausgewiesen werden. Durch die Ergebnisse der Staatsrechnungen 2006 und 2007 erhöht sich das Vermögen auf 118,7 Millionen Franken, was rund 3 460 Franken pro Kopf der Bevölkerung ausmacht.

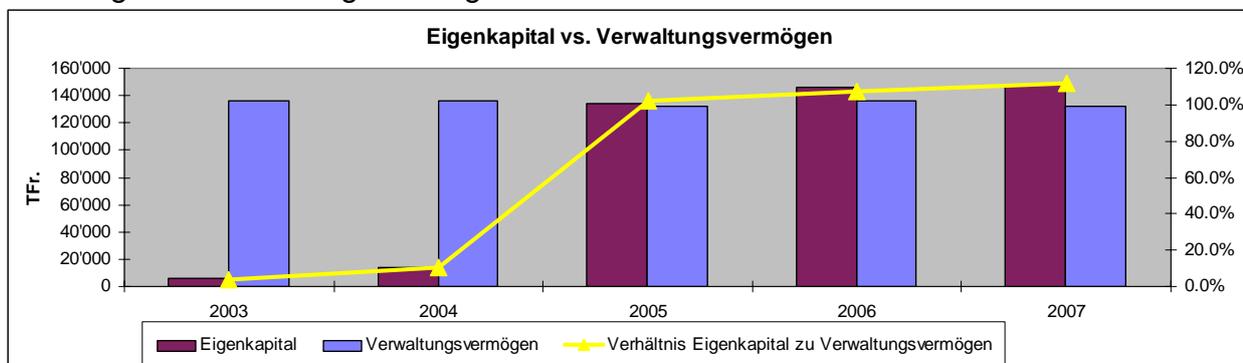
Die 2006 in Kraft gesetzten und gesetzlich verankerten finanzpolitischen Ziele der Ausgabenbremse:

- Ausgeglichene Laufende Rechnung;
- gesetzliche Vorgabe zum Selbstfinanzierungsgrad;
- die breite Abstützung von Ausgabenentscheidungen durch das Erfordernis von qualifizierten Mehrheiten im Kantonsrat;
- eine Verschlechterung des vom Regierungsrat beantragten Voranschlags bedarf der absoluten Mehrheit des Kantonsrats;

können auch mit dem Rechnungsabschluss 2007 erreicht werden.

Verhältnis von Verwaltungsvermögen zu Eigenkapital

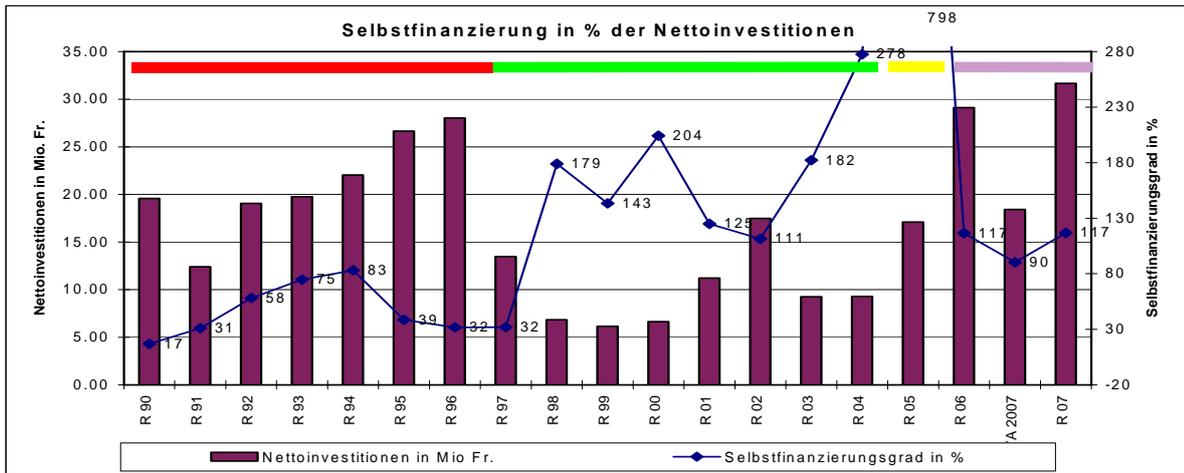
Das Eigenkapital hat um den Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung um 1,9 Millionen Franken auf 147,7 Millionen Franken zugenommen. Demgegenüber hat das Verwaltungsvermögen vor allem durch die vorgenommenen zusätzlichen Abschreibungen von 21,6 Millionen Franken netto um 3,3 Millionen Franken abgenommen, womit nun eine Deckung des Verwaltungsvermögens von 112 Prozent besteht.



⁶ Ungedeckte Schuld nach Markus Stadler, (Controlling in der öffentlichen Verwaltung): Verwaltungsvermögen abzüglich nicht abzuschreibendes Verwaltungsvermögen, Eigenkapital und Vorfinanzierungen zuzüglich Finanzierungsfehlbetrag

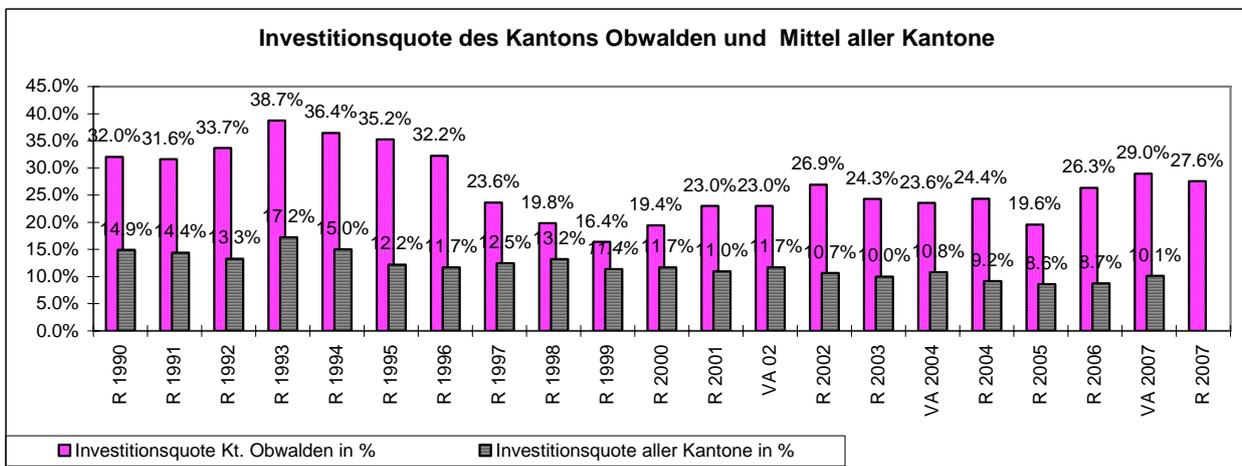
Selbstfinanzierungsgrad

Der angestrebte Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent über eine Periode von fünf Jahren konnte erreicht werden. Der Selbstfinanzierungsgrad 2007 konnte trotz der mit 31,7 Millionen Franken ausgewiesenen hohen Nettoinvestitionen mit 117 Prozent gehalten werden. Dies ist auf die in den letzten Jahren verbesserte Selbstfinanzierung (Abschreibungen und Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung) des Kantons zurückzuführen. Im Hinblick auf die hohen noch zu tätigen und geplanten Investitionen (z.B. Folgemaßnahmen der Hochwasserkatastrophe 2005 und Hochbauprojekte) wird eine weiterhin hohe Selbstfinanzierung auch zukünftig nötig sein, um den Erfordernissen der Ausgabenbremse nach einer 100-prozentigen Selbstfinanzierung nachkommen zu können.



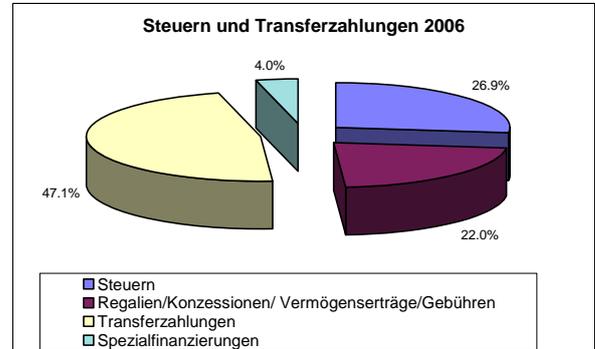
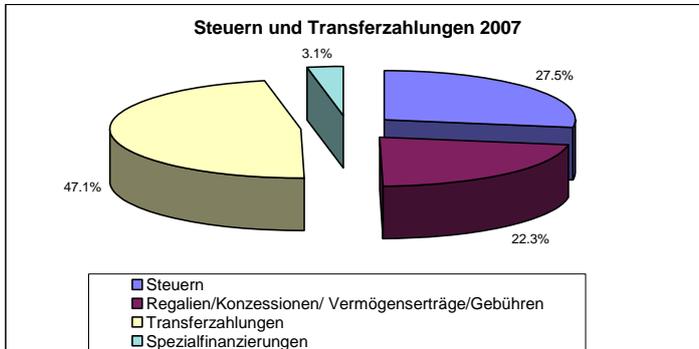
Investitionsquote

Die Investitionsquote widerspiegelt, wie viel der gesamten Ausgaben (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung ohne Interne Verrechnungen) für Investitionen ausgegeben werden. Diese Kennzahl bewegte sich mit 27,6 Prozent leicht über dem Niveau der letzten Jahre (Vorjahr 26,3). Mit dieser immer noch hohen Investitionsquote liegt der Kanton Obwalden wegen den einerseits weiterhin notwendigen Investitionen im Tiefbaubereich (Fertigstellung Nationalstrasse, Wasserverbauungen) und andererseits auch im Hochbaubereich (Berufs- und Weiterbildungszentrum, Rathaus) weit über dem gesamtschweizerischen Mittel aller Kantone (Voranschlagswert von 10,1 Prozent). Vor allem dank den im Tiefbaubereich sachbezogenen Investitionseinnahmen kann der Kanton die verbleibenden Nettoinvestitionen zu seinen Lasten selbst finanzieren.



Verhältnis von Steuern zu Transferzahlungen

Der Anteil der Transferzahlungen an den gesamten Einnahmen blieb im letzten Jahr bei 47,1 Prozent konstant. Durch die höheren Steuereinnahmen ergab sich allerdings eine leichte Verschiebung von den Spezialfinanzierungen hin zu den Steuereinnahmen.



Bestandesrechnung

Dieser Rechnungsteil umfasst Aktiven und Passiven. Die Aktiven gliedern sich in das Finanzvermögen (Vermögenswerte, die nicht zur öffentlichen Aufgabenerfüllung benötigt werden) und das Verwaltungsvermögen (Werte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen). Die Passiven werden unterteilt nach Fremdkapital, Spezialfinanzierungen sowie Eigenkapital.

Bestandesrechnung per 31.12.2007

in 1'000 Fr.	Bilanz 2007	Bilanz 2006	Veränderung + Zuwachs/-Abnahme		Bilanz 2005
Aktiven					
<i>Finanzvermögen</i>	227'256 ⁽¹²⁾	213'896	13'360	6.2%	221'980
Flüssige Mittel	193	10'700	-10'507	-98.2%	7'977
Guthaben	84'465 ⁽¹³⁾	72'276	12'189	16.9%	77'093
Anlagen	137'101 ⁽¹⁴⁾	126'663	10'438	8.2%	134'751
Transitorische Aktiven	5'497	4'257	1'240	29.1%	2'159
<i>Verwaltungsvermögen</i>	132'491	135'767	-3'276	-2.4%	131'892
Sachgüter	37'359 ⁽¹⁵⁾	40'771	-3'412	-8.4%	43'952
Darlehen u. Beteiligungen	64'122 ⁽¹⁶⁾	64'522	-400	-0.6%	67'335
Investitionsbeiträge	5'820 ⁽¹⁷⁾	23'859	-18'039	-75.6%	20'264
Spezialfinanzierungen	25'190 ⁽¹⁸⁾	6'615	18'575	280.8%	341
Total Aktiven	359'747	349'663	10'084	2.9%	353'872
Passiven					
<i>Fremdkapital</i>	165'329 ⁽¹⁹⁾	169'564	-4'235	-2.5%	183'592
Laufende Verpflichtungen	39'141	37'769	1'372	3.6%	32'831
Kurzfristige Schulden	8'340 ⁽²⁰⁾	6'000	2'340	39.0%	11'474
Mittel- und langfristige Schulden	58'580 ⁽²¹⁾	73'440	-14'860	-20.2%	92'840
Verpflichtungen Sonderrechn.	35'170 ⁽²²⁾	35'063	107	0.3%	37'587
Transitorische Passiven	22'187	15'221	6'966	45.8%	6'850
Delkredere	1'911	2'071	-160	-7.7%	2'010
<i>Spezialfinanzierungen</i>	46'606 ⁽²³⁾	34'231	12'375	36.2%	36'032
<i>Eigenkapital</i>	147'812 ⁽²⁴⁾	145'868	1'944	1.3%	134'248
Total Passiven	359'747	349'663	10'084	2.9%	353'872

¹²⁾ Das Finanzvermögen hat um 13,4 Millionen Franken zugenommen. Diese Zunahme ist in erster Linie auf die Veränderung bei den Guthaben ¹³⁾ zurückzuführen.

¹³⁾ Die Guthaben umfassen folgende Hauptpositionen:

	31.12.2007	31.12.2006
Kontokorrentguthaben mit dem Bund	3,9 Mio. Fr.	6,7 Mio. Fr.
Steuerguthaben aus ausstehenden Kantonssteuern	7,4 Mio. Fr.	8,7 Mio. Fr.
Festgeldanlagen bei Banken	15,0 Mio. Fr.	10,0 Mio. Fr.
Reingewinn-Anteile von eigenen Anstalten (EWO/OKB)	10,2 Mio. Fr.	8,5 Mio. Fr.
Eidgenössischer Finanzausgleich	21,1 Mio. Fr.	20,3 Mio. Fr.
Kantonsanteil Verrechnungssteuer	6,1 Mio. Fr.	
übrige Guthaben	20,8 Mio. Fr.	18,1 Mio. Fr.

- 14) Die Anlagen werden nach internen Richtlinien, die unter anderem die Fälligkeitsstruktur und die Kreditlimite je Schuldner umfasst, angelegt. Die Anlagen sind auf die Hauptkategorien erfolgt:

	31.12.2007	31.12.2006
Bankanlagen (hauptsächlich Obwaldner Kantonalbank)	85,0 Mio. Fr.	75,0 Mio. Fr.
Darlehen an Beteiligungen (EWO, Zentralbahn, KWS)	20,4 Mio. Fr.	20,4 Mio. Fr.
Unverzinsliche Steuerstrategieausgleich-Darlehen Gemeinden	12,0 Mio. Fr.	17,2 Mio. Fr.
Verzinsliche Darlehen an Gemeinden	19,0 Mio. Fr.	13,0 Mio. Fr.
übrige Anlagen	0,7 Mio. Fr.	1,1 Mio. Fr.

- 15) Bei den Sachgütern wurden 2007 höhere Abschreibungen vorgenommen, als durch Neuinvestitionen hinzukamen. Die Sachgüter teilen sich dabei auf die nachfolgenden Kategorien auf:

	31.12.2007	31.12.2006
Tiefbauten (Kantons- und Nationalstrassen)	10,3 Mio. Fr.	12,6 Mio. Fr.
Hochbauten	20,3 Mio. Fr.	21,8 Mio. Fr.
Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	6,8 Mio. Fr.	6,4 Mio. Fr.

- 16) Die Darlehen und Beteiligungen unterteilen sich wie folgt:

	31.12.2007	31.12.2006
Dotationskapitalien (OKB, EWO, ILZ)	21,9 Mio. Fr.	21,9 Mio. Fr.
Investitionshilfe-Darlehen	5,7 Mio. Fr.	6,2 Mio. Fr.
Investitionskredite an die Landwirtschaft	27,6 Mio. Fr.	27,5 Mio. Fr.
Betriebshilfedarlehen an die Landwirtschaft	2,8 Mio. Fr.	2,8 Mio. Fr.
Investitionskredite an die Forstwirtschaft	5,3 Mio. Fr.	5,2 Mio. Fr.
übrige	0,8 Mio. Fr.	0,9 Mio. Fr.

- 17) Die Investitionsbeiträge werden auf dem Buchwert Anfang Jahr mit 25 Prozent abgeschrieben und erhöhen sich um die im laufenden Jahr ausbezahlten Investitionsbeiträge. Mit dem Rechnungsabschluss 2007 werden dem Kantonsrat zusätzliche, ausserordentliche Abschreibungen auf den Investitionsbeiträgen von 21,6 Millionen Franken beantragt. Unter Einbezug dieser Abschreibungen ergeben sich folgende Werte per 31.12.2007:

	31.12.2007	31.12.2006
Investitionsbeiträge an Gemeinden	0,0 Mio. Fr.	5,5 Mio. Fr.
Investitionsbeiträge an Wuhrgenossenschaften	0,0 Mio. Fr.	5,1 Mio. Fr.
Investitionsbeiträge an öffentlichen Verkehr	5,8 Mio. Fr.	7,3 Mio. Fr.
Investitionsbeiträge an Private	0,0 Mio. Fr.	5,6 Mio. Fr.
übrige	0,0 Mio. Fr.	0,3 Mio. Fr.

- 18) Die Spezialfinanzierungen umfassen hauptsächlich Vorfinanzierungen für vom Kantonsrat bereits beschlossene Investitionsprojekte.

	31.12.2007	31.12.2006
Vorfinanzierung für Wasserbauprojekte	15,0 Mio. Fr.	5,0 Mio. Fr.
Vorfinanzierung für Wiederinstandstellung infolge der Hochwasserkatastrophe 2006	0,2 Mio. Fr.	1,6 Mio. Fr.
Vorfinanzierung für Kantonsschule	10,0 Mio. Fr.	--

19) Der Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme konnte im Berichtsjahr weiter gesenkt werden und betrug noch 46 Prozent gegenüber 48 Prozent im Vorjahr bzw. 91 Prozent per Ende 2004.

20) Die kurzfristigen Schulden umfassen vor allem die Verbindlichkeiten des Kantons gegenüber den geführten Sonderrechnungen.

	31.12.2007	31.12.2006
Investitionskredite Forst	3,4 Mio. Fr.	1,7 Mio. Fr.
Investitionskredite Landwirtschaft	2,4 Mio. Fr.	1,4 Mio. Fr.
Betriebshilfe in der Landwirtschaft	1,7 Mio. Fr.	1,4 Mio. Fr.
Informatikleistungszentrum OW/NW (ILZ)	0,8 Mio. Fr.	1,5 Mio. Fr.

21) Mittel und langfristige Schulden

Schuldscheine nach Fälligkeit und Zinssatz							
Bilanzwert 58'580	Zinssatz in %	Fälligkeitsjahr					
		Variabel	2008	2009	2010	2011	2012
2'580	1.500%	2'580					
5'000	1.950%		5'000				
5'000	2.490%					5'000	
5'000	2.690%				5'000		
2'000	2.800%					2'000	
3'000	3.500%			3'000			
16'000	3.600%		10'000	5'000			1'000
7'000	3.625%		7'000				
5'000	4.120%			5'000			
6'000	4.300%		6'000				
2'000	4.375%		2'000				
Total per 31.12.2007		2'580	30'000	13'000	5'000	7'000	1'000

22) Die Verpflichtungen für Sonderrechnungen umfassen ausschliesslich die Ausstände gegenüber dem Bund aus den Investitionskrediten.

	31.12.2007	31.12.2006
Bundesmittle an Investitionskrediten Landwirtschaft	27,6 Mio. Fr.	27,5 Mio. Fr.
Bundesmittle an Betriebshilfe in der Landwirtschaft	2,3 Mio. Fr.	2,3 Mio. Fr.
Bundesmittle an Investitionskrediten im Forstbereich	5,3 Mio. Fr.	5,2 Mio. Fr.

23) Die Spezialfinanzierungen umfassen sowohl den Bereich der Laufenden Rechnung als auch den Bereich der Investitionsrechnung und werden aus freien sowie zweckgebundenen Mitteln geäufnet. Sie gliedern sich wie folgt:

Kategorie Spezialfinanzierungen	31.12.2007	31.12.2006
Äufnung aus zweckfreien Mitteln – Laufende Rechnung:		
- Steuerstrategieausgleich für Gemeinden	12,0 Mio. Fr.	17,2 Mio. Fr.
- Vorfinanzierung Steuerstrategie Kanton	1,9 Mio. Fr.	2,9 Mio. Fr.
- Finanzausgleich Gemeinden	0,3 Mio. Fr.	0,3 Mio. Fr.
Äufnung aus zweckfreien Mitteln – Investitionsrechnung:		
- Vorfinanzierung Wasserbauprojekte	15,0 Mio. Fr.	5,0 Mio. Fr.
- Vorfinanzierung Hochwasserkatastrophe 2005	0,2 Mio. Fr.	1,6 Mio. Fr.
- Vorfinanzierung Kantonsschule	10,0 Mio. Fr.	--
Äufnung aus zweckgebundenen Mitteln (Laufende Rechnung)		
- Spenden Hochwasserkatastrophe 2006	2,1 Mio. Fr.	2,3 Mio. Fr.
- Zivilschutzbauten – Ersatzbeiträge	2,1 Mio. Fr.	2,0 Mio. Fr.
- Lotterie- und Sport-Toto-Fonds	1,6 Mio. Fr.	1,5 Mio. Fr.
- Legate und Stiftungen	0,9 Mio. Fr.	0,9 Mio. Fr.
- Übrige	0,5 Mio. Fr.	0,5 Mio. Fr.

24) Mit dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung konnte das Eigenkapital um 1,9 Millionen Franken aufgestockt werden.

Mittelflussrechnung

Über die Liquiditätsentwicklung, die Investierungsvorgänge sowie die Finanzierungsmassnahmen gibt die nachfolgende Mittelflussrechnung Aufschluss:

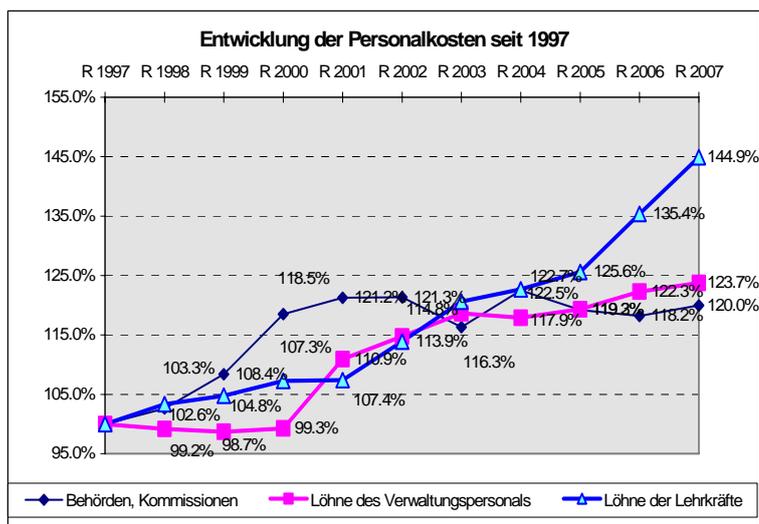
Mittelflussrechnung		
in 1'000 Fr.	2007	2006
Reingewinn Laufende Rechnung	1'944	11'620
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	35'056	22'350
Veränderung Rückstellungen		
Steuerstrategie-Ausgleich Gemeinden	-5'250	-6'300
Vorfinanzierung Steuerstrategie Kanton	-1'000	-2'000
Cashflow	30'750	25'670
Zunahme Guthaben (Kontokorrent, Steuern, Debitoren)	-7'189	-7'183
Abnahme Vorräte	127	-104
Zunahme Transitorische Aktiven	-1'240	-2'098
Zunahme Verpflichtungen Sonderrechnungen	107	-2'524
Zunahme Laufende Verpflichtungen	1'372	4'938
Zunahme Transitorische Passiven	6'966	8'371
Abnahme Delkredere	-160	61
Zunahme Verpflichtungen Spezialfinanzierungen	50	225
Veränderung Nettoumlaufvermögen	33	1'686
Total Mittelfluss aus betrieblicher Tätigkeit	30'783	27'356
Investitionen in Verwaltungsvermögen	-75'858	-83'285
Desinvestitionen von Verwaltungsvermögen	0	15
Abz. Beiträge an Investitionen	62'172	60'506
Total Mittelfluss aus Investitionstätigkeit	-13'686	-22'764
Veränderung Mittel- und Langfristige Schulden	-14'860	-19'400
Veränderung Kurzfristige Schulden (Banken/Post)	2'340	-5'474
Zunahme Guthaben (u.a. Festgeldanlagen)	-4'895	12'000
Zunahme Finanzanlagen	-10'589	8'192
Abnahme Darlehen aus Investitionsrechnung	400	2'813
Total Mittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-27'604	-1'869
Veränderung Flüssige Mittel	-10'507	2'723
Liquiditätsnachweis:		
Bestand Flüssige Mittel Anfang Periode	10'700	7'977
Bestand Flüssige Mittel Ende Periode	193	10'700
Veränderung Flüssige Mittel	-10'507	2'723

Laufende Rechnung

Einnahmen und Ausgaben nach Artengliederung

in 1'000 Fr.	Rechnung		Veränderung		Rechnung
	2007	Voranschlag 2007	gegenüber VA 2007 Fr.	%	
Laufende Rechnung					
<i>Aufwand</i>					
30 Personalaufwand	48'047 (25)	47'896	151	0.3%	46'884
31 Sachaufwand	23'352 (26)	29'586	-6'234	-21.1%	30'477
32 Passivzinsen	2'730 (27)	2'540	190	7.5%	3'160
33 Abschreibungen	35'056 (28)	16'685	18'371	110.1%	22'350
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	10'436 (29)	9'800	636	6.5%	10'472
35 Entschädigung an Gemeinwesen	13'241 (30)	13'880	-639	-4.6%	13'483
36 Eigene Beiträge	68'290 (31)	66'043	2'247	3.4%	62'445
37 Durchlaufende Beiträge	52'165 (32)	50'881	1'284	2.5%	50'140
38 Einlagen in Spezialfinanzie- rungen und Stiftungen	1'817 (40)	1'510	307	20.3%	1'607
39 Interne Verrechnungen	30'297	30'389	-92	-0.3%	31'847
	285'431	269'210	16'221	6.0%	272'865
Total ohne Interne Verrechnungen	255'134	238'821	16'313	6.8%	241'018
<i>Ertrag</i>					
40 Steuern	70'710 (34)	66'823	3'887	5.8%	67'945
41 Regalien u. Konzessionen	20'861 (35)	20'585	276	1.3%	20'734
42 Vermögenserträge	15'995 (36)	12'064	3'931	32.6%	13'685
43 Entgelte	20'452 (37)	18'135	2'317	12.8%	21'156
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	39'046 (38)	31'958	7'088	22.2%	35'202
45 Rückerstattung von Gemeinwesen	2'296	1'300	996	76.6%	1'462
46 Beiträge für eigene Rechnung	27'514 (39)	28'023	-509	-1.8%	32'279
47 Durchlaufende Beiträge	52'165 (32)	50'881	1'284	2.5%	50'140
48 Entnahmen aus Spezialfinan- zierungen und Stiftungen	8'040 (33)	8'988	-948	-10.5%	10'035
49 Interne Verrechnungen	30'297	30'389	-92	-0.3%	31'847
	287'376	269'146	18'230	6.8%	284'485
Total ohne Interne Verrechnungen	257'079	238'757	18'322	7.7%	252'638
Ergebnis	1'945	-64	-2'009	3139.1%	11'620

25) Der budgetierte Personalaufwand von 47,9 Millionen Franken wurde um 0,3 Prozent oder 0,2 Millionen Franken überschritten. Die Überschreitung ist vor allem infolge krankheits- bzw. unfallbedingter Ausfälle und damit nicht budgetierten Personalkosten durch eingestelltes Aushilfspersonal entstanden. Entsprechend waren aber auch die Rückvergütungen infolge Versicherungsleistungen im selben Rahmen über den veranschlagten Werten.



26) Der Sachaufwand fiel um 6,2 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert. Die Unterschreitung ist grösstenteils auf den baulichen Unterhalt (Unterschreitung 3,0 Mio. Fr.) und Verzögerungen bei den Behebungen der Hochwasserkatastrophe im Bereich der Naturgefahren zurückzuführen.

27) Wie geplant konnten 2007 alle fälligen mittel- und langfristigen Schulden (siehe ²¹⁾) von 14,9 Millionen Franken zurückbezahlt werden. Bei den kurzfristigen Darlehen (vor allem zur Refinanzierung von Drittdarlehen) wurden die budgetierten Werte infolge der gestiegenen Zinsen leicht überschritten. Entsprechend resultierten aber höhere Vermögenserträge.

28) Die ordentlichen Abschreibungen bewegen sich mit 13,5 Millionen Franken im Rahmen des Voranschlags. Dank des guten Rechnungsergebnisses werden dem Kantonsrat 21,6 Millionen Franken als zusätzliche, ausserordentliche Abschreibungen zur Bewilligung unterbreitet. Diese sollen verwendet werden um den Buchwert der Nationalstrasse um weitere 3,5 Millionen Franken zu vermindern. Dies, da die Nationalstrassen auf 2008 im Rahmen der NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen) entschädigungslos an den Bund übergehen werden. Die restliche ausserordentliche Abschreibung von 18,1 Millionen Franken werden auf Investitionsbeiträge abgeschrieben. Die Investitionsbeiträge werden durch die zukünftigen Projekte vor allem im Wasserbau beeinflusst werden.

29) Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung beinhalten den Anteil der Gemeinden am Reingewinn des Elektrizitätswerkes Obwalden von einer Million Franken sowie den Finanzausgleich des Kantons an die Gemeinden.

Finanzausgleich an Gemeinden

	31.12.2007	31.12.2006
Einwohnergemeinde Sarnen	1,3 Mio. Fr.	1,5 Mio. Fr.
Einwohnergemeinde Kerns	1,8 Mio. Fr.	1,4 Mio. Fr.
Einwohnergemeinde Sachseln	0,6 Mio. Fr.	0,7 Mio. Fr.
Einwohnergemeinde Alpnach	0,9 Mio. Fr.	1,1 Mio. Fr.
Einwohnergemeinde Giswil	2,3 Mio. Fr.	2,2 Mio. Fr.
Einwohnergemeinde Lungern	1,4 Mio. Fr.	1,3 Mio. Fr.
Einwohnergemeinde Engelberg	0,6 Mio. Fr.	0,7 Mio. Fr.
Kirchgemeinden	0,5 Mio. Fr.	0,6 Mio. Fr.

30) Die Entschädigungen an Gemeinwesen

	31.12.2007	31.12.2006
Ausserkantonale Schulgelder	12,6 Mio. Fr.	12,8 Mio. Fr.
Strafvollzug	0,3 Mio. Fr.	0,1 Mio. Fr.
Zivilschutzausbildung	0,2 Mio. Fr.	0,4 Mio. Fr.
übrige	0,1 Mio. Fr.	0,2 Mio. Fr.

31) Eigene Beiträge

	31.12.2007	31.12.2006
Kantonsbeiträge an AHV/IV- sowie Kinderzulagenbeiträge an die Landwirtschaft	5,6 Mio. Fr.	4,9 Mio. Fr.
Gemeindeanteil am Kantonsanteil der Mineralölsteuer	2,7 Mio. Fr.	2,8 Mio. Fr.
Globalbeitrag ans Kantonsspital Obwalden	13,6 Mio. Fr.	14,2 Mio. Fr.
Informatikaufwand	2,6 Mio. Fr.	2,3 Mio. Fr.
Ausserkantonale Hospitalisationen	7,6 Mio. Fr.	6,6 Mio. Fr.
Kantonsbeiträge an Prämienverbilligung	3,1 Mio. Fr.	1,3 Mio. Fr.
Beiträge an Heime	4,0 Mio. Fr.	3,1 Mio. Fr.
Beiträge an Private Institutionen	8,7 Mio. Fr.	7,1 Mio. Fr.
Beiträge an Ergänzungsleistungen AHV/IV	10,7 Mio. Fr.	10,2 Mio. Fr.
Weiterleitung Spenden Hochwasserkatastrophe 2005	3,7 Mio. Fr.	4,0 Mio. Fr.
Stipendien	1,2 Mio. Fr.	1,1 Mio. Fr.
übrige	4,8 Mio. Fr.	8,4 Mio. Fr.

32) Die Durchlaufenden Beiträge beinhalten die folgenden Hauptbereiche:

	31.12.2007	31.12.2006
Bundesanteil an Prämienverbilligung	16,3 Mio. Fr.	16,5 Mio. Fr.
Landwirtschaftliche Direktzahlungen und Beiträge	27,8 Mio. Fr.	26,8 Mio. Fr.
Wasserzinse	2,1 Mio. Fr.	2,0 Mio. Fr.
Bundesbeiträge an Denkmalpflege	2,2 Mio. Fr.	0,8 Mio. Fr.

33) Einlagen in Spezialfinanzierungen

	31.12.2007	31.12.2006
Vorfinanzierung Steuerausfälle Kanton	1,5 Mio. Fr.	1,5 Mio. Fr.
übrige	0,3 Mio. Fr.	0,1 Mio. Fr.

34) Mit der Umsetzung der Steuerstrategie und der auf 1. Januar 2006 stattgefundenen Teilrevision des Steuergesetzes wurden die Steuern massiv gesenkt. Im Rechnungsjahr 2007 konnte infolge des guten Wirtschaftsumfeldes einerseits und andererseits auch infolge der Steuerstrategie eine über den Erwartungen liegende Entwicklung der Steuererträge konstatiert werden. Mit zum guten Abschluss beigetragen haben dabei auch die konstant hohen Erträge aus Nachfakturierungen (die bei der Budgetierung nicht in diesem Umfang enthalten waren) für ältere Steuerperioden. Details (u.a. auch über die Verteilung nach Gemeinden) sind aus dem Vergleich der Staatssteuern 2004 bis 2007 im Anhang (Tabelle IV) ersichtlich.

<i>Steuererträge</i>	31.12.2007	31.12.2006
Einkommens- und Vermögenssteuern nat. Personen	53,5 Mio. Fr.	52,8 Mio. Fr.
Kapital- und Gewinnsteuern jur. Personen	5,0 Mio. Fr.	3,2 Mio. Fr.
Grundstückgewinnsteuer	1,4 Mio. Fr.	1,4 Mio. Fr.
Handänderungssteuer	1,4 Mio. Fr.	1,8 Mio. Fr.
Erbschafts- und Schenkungssteuer	0,5 Mio. Fr.	0,3 Mio. Fr.
Besitz- und Aufwandsteuern (Motorfahrzeugsteuern)	8,6 Mio. Fr.	8,3 Mio. Fr.

35) Regalien und Konzessionen

	31.12.2007	31.12.2006
Kantonsanteil am Reingewinn der SNB	16,8 Mio. Fr.	16,9 Mio. Fr.
Wasserrechtskonzessionen	1,7 Mio. Fr.	1,7 Mio. Fr.
Erträge des Lotterie- und Sport-Toto-Fonds	1,9 Mio. Fr.	1,7 Mio. Fr.
übrige Regalien	0,5 Mio. Fr.	0,4 Mio. Fr.

36) Die Vermögenserträge stiegen gegenüber dem Voranschlag um 3,9 Millionen Franken auf 15,9 Millionen Franken. Diese Ertragsverbesserung ist massgeblich auf die gestiegene Abgeltung der Obwaldner Kantonalbank sowie auf höhere Anlageerträge zurückzuführen.

	31.12.2007	31.12.2006
Obwaldner Kantonalbank, Reingewinn, Abgeltung Staatsgarantie	9,2 Mio. Fr.	7,5 Mio. Fr.
Elektrizitätswerk Obwalden, Reingewinn	2,0 Mio. Fr.	2,0 Mio. Fr.
Liegenschaftserträge	0,6 Mio. Fr.	0,6 Mio. Fr.
Anlagen des Finanzvermögens, Bankzinsen	3,6 Mio. Fr.	3,0 Mio. Fr.
übrige Vermögenserträge	0,6 Mio. Fr.	0,6 Mio. Fr.

37) Einnahmen aus Entgelten.

	31.12.2007	31.12.2006
Gebühren für Amtshandlungen	4,7 Mio. Fr.	4,5 Mio. Fr.
Schulgelder	3,2 Mio. Fr.	2,9 Mio. Fr.
Benützungsgebühren	2,3 Mio. Fr.	2,5 Mio. Fr.
Verkäufe (samt Energieverkäufe Wärmeverbund)	2,0 Mio. Fr.	2,0 Mio. Fr.
Rückerstattungen (Versicherung, Betriebskosten)	2,4 Mio. Fr.	3,5 Mio. Fr.
Bussen	2,7 Mio. Fr.	3,2 Mio. Fr.
Eigenleistungen für Investitionen	1,6 Mio. Fr.	1,1 Mio. Fr.
übrige	1,4 Mio. Fr.	1,4 Mio. Fr.

38) Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung nahmen gegenüber dem Voranschlag gesamthaft um 7,1 Millionen Franken zu. Der Voranschlag beim Kantonsanteil an der eidg. Verrechnungssteuer war um rund 2,9 Millionen Franken und beim Finanzausgleich um 3,3 Millionen Franken zu tief budgetiert.

	31.12.2007	31.12.2006
Kantonsanteil an vereinnahmten Bundessteuern	6,5 Mio. Fr.	5,1 Mio. Fr.
Eidg. Finanzausgleich	26,1 Mio. Fr.	24,1 Mio. Fr.
Kantonsanteil an Verrechnungssteuer	6,3 Mio. Fr.	5,7 Mio. Fr.
übrige	0,1 Mio. Fr.	0,3 Mio. Fr.

39) Beiträge für eigene Rechnung

	31.12.2007	31.12.2006
Kantonsanteil an Mineralölsteuer	5,9 Mio. Fr.	6,0 Mio. Fr.
Kantonsanteil an LSVA	2,0 Mio. Fr.	2,0 Mio. Fr.
Bundesbeitrag an Asylsuchende/Flüchtlinge	2,6 Mio. Fr.	2,7 Mio. Fr.
Spenden Hochwasserkatastrophe 2006	3,4 Mio. Fr.	3,9 Mio. Fr.
Bundesbeitrag an Ergänzungsleistungen AHV/IV	3,6 Mio. Fr.	3,6 Mio. Fr.
Bundesbeitrag an Betrieb und Unterhalt A8	5,1 Mio. Fr.	9,6 Mio. Fr.
übrige	4,9 Mio. Fr.	4,5 Mio. Fr.

40) Entnahme aus Vorfinanzierungen

	31.12.2007	31.12.2006
Steuerstrategieausgleich Gemeinden (gebildet 2005)	5,3 Mio. Fr.	6,3 Mio. Fr.
Steuerstrategieausgleich Kanton (gebildet 2005)	2,5 Mio. Fr.	2,5 Mio. Fr.
übrige, Ausgleich diverse Fondsrechnungen	0,2 Mio. Fr.	0,2 Mio. Fr.

Nettoergebnis nach Departementen

Einnahmen (-) bzw. Ausgaben (+) in 1'000 Fr.	Nettoaufwand		Veränderung gegenüber VA 2007 (minus = Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen)		Rechnung 2006
	Rechnung 2007	VA 2007 (inkl. Nach- träge)			
Laufende Rechnung	-1'944	64	-2'008	3137.5%	-11'620
1 Räte / Staatskanzlei	4'132	4'195	63	1.5%	3'867
2 Finanzdepartement	-93'132	-98'189	-5'057 (41)	5.2%	-101'303
3 Sicherheits- und Gesundheitsdepartement	33'435	35'326	1'891 (42)	5.4%	33'460
4 Volkswirtschaftsdepartement	17'473	19'032	1'559 (43)	8.2%	16'892
5 Bildungs- und Kulturdepartement	30'741	31'459	718	2.3%	30'396
6 Bau- und Raumentwicklungsdepartement	3'737	6'438	2'701 (44)	42.0%	3'270
9 Gerichte	1'670	1'803	133	7.4%	1'798

41) Beim Finanzdepartement wirken sich einerseits die Abweichungen der Steuererträge³⁴⁾, der Regalien und Konzessionen³⁵⁾, der Vermögenserträge³⁶⁾, der Anteile und Beiträge ohne Zweckbindungen³⁸⁾ und andererseits auch die ausserordentlichen Abschreibungen²⁸⁾ aus.

42) Der tiefere Nettoaufwand des Sicherheits- und Gesundheitsdepartements liegt vor allem in dem um 2,0 Millionen Franken unterschrittenen Aufwände des Kantonsspitals (Globalkredit, Verrechnung von Abschreibungen) begründet.

43) Erheblich unterschritten wurde der Voranschlag des Volkswirtschaftsdepartements bei den Kantonsbeiträgen an die Ergänzungsleistungen³¹⁾ zur AHV und IV.

44) Erheblich unterschritten wurde der Voranschlag des Bau- und Raumentwicklungsdepartements bei den Finanzierungsanteilen des Tiefbaus (Anteile Motorfahrzeug-, Mineralölsteuer und LSVA) sowie dem tieferen Nettoaufwand der Abteilung Hochbau (Miete für Provisorien und tiefere Abschreibungs- bzw. Zinskosten).

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung als zweiter Teil der Verwaltungsrechnung schliesst bei Gesamtausgaben von 97,2 Millionen Franken mit einem Nettoaufwand von 31,7 Millionen Franken ab.

in 1'000 Fr.	Rechnung 2007	Voranschlag 2007	Veränderung gegenüber VA 2007		Rechnung 2006	
			Fr.	%		
<i>Ausgaben</i>						
50 Sachgüter	52'108 (45)	50'467	1'641	3.3%	45'620	
52 Darlehen und Beteiligungen	276 (46)	357	-81	-22.7%	466	
56 Eigene Beiträge	5'668 (47)	10'507	-4'839	-46.1%	8'726	
57 Durchlaufende Beiträge	18'083 (48)	29'284	-11'201	-38.2%	24'671	
58 Vorfinanzierungen	21'050 (49)	7'150	13'900	194.4%	6'615	
	97'185	97'765	-580	-0.6%	86'098	
<i>Einnahmen</i>						
62 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	873	866	7	0.8%	837	
63 Rückerstattungen für Sachgüter	46	7	39	557.1%	91	
64 Rückzahlung von eigenen Beiträgen	14					
66 Beiträge für eigene Rechnung	44'030 (50)	49'195	-5'165	-10.5%	31'750	
67 Durchlaufende Beiträge	18'083 (48)	29'284	-11'201	-38.2%	24'671	
68 Vorfinanzierungen	2'475 (49)					
	65'521	0	79'352	-13'831	-17.4%	57'349
Nettoinvestitionen	31'664	18'413	13'251	72.0%	28'749	

45) Investitionen in Sachgüter

	31.12.2007	31.12.2006
Tiefbauten - Nationalstrasse	40,6 Mio. Fr.	25,3 Mio. Fr.
Tiefbauten - Kantonsstrassen (u.a. Lärmschutz, Radrouten)	1,3 Mio. Fr.	1,3 Mio. Fr.
Tiefbauten - Kantonsstrassen (unwetterbedingt)	4,4 Mio. Fr.	4,1 Mio. Fr.
Hochbauten	3,9 Mio. Fr.	13,2 Mio. Fr.
Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	1,9 Mio. Fr.	1,8 Mio. Fr.

46) Darlehen und Beteiligungen

	31.12.2007	31.12.2006
Investitionshilfe-Darlehen	0,2 Mio. Fr.	0,4 Mio. Fr.
Studiendarlehen	0,1 Mio. Fr.	0,1 Mio. Fr.

47) Investitionen Eigene Beiträge

	31.12.2007	31.12.2006
Strukturverbesserungen Land- und Forstwirtschaft (inkl. Wohnbausanierung, Schutzwaldpflege und Gefahrenabwehr)	1,7 Mio. Fr.	1,7 Mio. Fr.
Gefahrenabwehr unwetterbedingt	1,9 Mio. Fr.	2,6 Mio. Fr.
Kantonsbeiträge an Wasserverbauungen	0,6 Mio. Fr.	1,1 Mio. Fr.
Kantonsbeiträge öffentlicher Verkehr	1,2 Mio. Fr.	3,0 Mio. Fr.
übrige	0,3 Mio. Fr.	0,3 Mio. Fr.

48) Durchlaufenden Beiträge

	31.12.2007	31.12.2006
Rückzahlung Investitionskredite	--	2,6 Mio. Fr.
Gefahrenabwehr unwetterbedingt	8,4 Mio. Fr.	12,3 Mio. Fr.
Kantonsbeiträge an Wasserverbauungen	3,2 Mio. Fr.	2,8 Mio. Fr.
Strukturverbesserungen / Gefahrenabwehr Wald	4,0 Mio. Fr.	3,6 Mio. Fr.
Strukturverbesserungen Landwirtschaft	2,1 Mio. Fr.	3,3 Mio. Fr.

49) Mit der Einführung der Ausgabenbremse hat der Kantonsrat dem Regierungsrat die Kompetenz erteilt, für bereits vom Kantonsrat genehmigte Ausgabenbeschlüsse Vorfinanzierungen zu tätigen. Bei der Staatsrechnung 2007 hat der Regierungsrat beschlossen, Vorfinanzierungen in der Investitionsrechnung zu tätigen.

Bereich	Stand 1.1.07	Auflösung (68)	Bildungen (58)	31.12.2007
Wasserbauprojekte	5,0 Mio. Fr.	1,1 Mio. Fr.	11,1 Mio. Fr.	15,0 Mio. Fr.
Hochwasserkatastrophe 2005	1,6 Mio. Fr.	1,4 Mio. Fr.	--	0,2 Mio. Fr.
Kantonsschule	--	--	10,0 Mio. Fr.	10,0 Mio. Fr.

50) Beiträge für eigene Rechnung

	31.12.2007	31.12.2006
Beiträge an Kantonsstrassen (u.a. Engelbergerstrasse)	3,0 Mio. Fr.	5,1 Mio. Fr.
Bundesbeitrag an Nationalstrasse	39,5 Mio. Fr.	24,6 Mio. Fr.
Beiträge an Hochbauten	1,5 Mio. Fr.	2,0 Mio. Fr.

Bericht des Obergerichts zur Rechnung der Gerichte des Kantons Obwalden für das Jahr 2007

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

In Vollzug von Art. 41 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968 sowie Art. 43 Abs. 1 Bst. a der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons (FHV) vom 25. März 1988 unterbreiten wir Ihnen in der Beilage die Rechnungsablage der Gerichte 2007.

I. Rechnung

Der nachfolgende Vergleich zwischen der Rechnung 2007 und dem Voranschlag 2007 sowie der Rechnung 2006 weist folgende Ergebnisse auf:

Ergebnis:	Rechnung 2007 Fr.	Voranschlag 2007 Fr.	Rechnung 2006 Fr.
Laufende Rechnung:			
<i>Artengliederung:</i>			
Personalaufwand	1'641'452.10	1'614'700.00	1'638'674.90
Sachaufwand	479'570.57	428'900.00	423'468.75
Eigene Beiträge	56'970.30	62'000.00	54'060.15
Interne Verrechnungen	107'600.00	107'600.00	107'600.00
<i>Total Aufwand</i>	<u>2'285'592.97</u>	<u>2'213'200.00</u>	<u>2'223'803.80</u>
Entgelte	605'746.40	409'800.00	399'804.35
Interne Verrechnungen	9'927.00	0.00	26'164.60
<i>Total Ertrag</i>	<u>615'673.40</u>	<u>409'800.00</u>	<u>425'968.95</u>
Netto-Aufwand Laufende Rechnung	<u>1'669'919.57</u>	<u>1'803'400.00</u>	<u>1'797'834.85</u>

Mit Beschluss vom 30. November 2006 genehmigte der Kantonsrat den vom Obergericht vorgelegten Voranschlagsentwurf für das Jahr 2007. Die Laufende Rechnung sah bei einem Gesamtaufwand von 2 213 200 Franken einen Netto-Aufwand von 1 803 400 Franken vor. Der veranschlagte Aufwandüberschuss wurde insgesamt um 133 480.43 Franken unterschritten, sodass ein Netto-Aufwand von 1 669 919.57 resultierte. Der Grund für die Unterschreitung des Netto-Aufwandes ergibt sich grösstenteils aus den nachfolgenden Abweichungs-Begründungen.

Investitionen waren 2007 weder vorgesehen, noch wurden solche getätigt.

II. Abweichungen

Folgende Abweichungen der Rechnung 2007 gegenüber dem Voranschlag 2007 werden speziell begründet:

		+ Verbesserung	- Verschlechterung
Gerichte		+	133 480.43
<u>9100</u>	<u>Obergericht</u>		
431.00	Gebühreneinnahmen	+	23 751.60
	Die Einnahmen sind insbesondere von Art und Anzahl der Fälle sowie der Höhe der Streitwerte abhängig. Das Gericht ist bei der Budgetierung auf Schätzungen angewiesen.		
<u>9300</u>	<u>Kantonsgericht</u>		
318.60	Arbeiten durch Dritte	+	1 419.35
	Die aussergewöhnlich grosse Streitsache, die vor Kantonsgericht hängig war, wurde Anfang Juli 2007 mit Urteil erledigt. Das Urteil ist in Rechtskraft erwachsen. Die Aufwendungen des ausserordentlichen Gerichtsschreibers halten sich im budgetierten Rahmen.		
318.71	Expertisen, Zeugengelder, Parteientschädigungen	-	84 114.75
	Bei der Budgetierung dieser Auslagen ist das Gericht auf Schätzungen angewiesen. Es fielen mehrere, zum Teil hohe Expertiserechnungen an. Diese Kosten werden – vorbehältlich der Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege und kostenloser Verfahren – jeweils den Parteien auferlegt.		
431.00	Gebühreneinnahmen	+	168 058.45
	Die Einnahmen sind insbesondere von Art und Anzahl der Fälle sowie der Höhe der Streitwerte abhängig. Das Gericht ist bei der Budgetierung auf Schätzungen angewiesen. Insbesondere der Abschluss der oben erwähnten grossen Streitsache führte zu höheren Gebühreneinnahmen.		

III. Antrag der Gerichte

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, auf die vorliegende Rechnung 2007 der Gerichte einzutreten und diese zu genehmigen.

Sarnen, 11. März 2008



Im Namen des Obergerichts:

Der Obergerichtspräsident:
Dr. Andreas Jenny

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'A' followed by a horizontal line and a small checkmark-like flourish.

Die Gerichtsschreiberin:
lic.iur. Stefanie Schütz-Balmer

A handwritten signature in black ink, written in a cursive style, appearing to read 'Schütz-Balmer'.

11. März 2008

Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Geschäftsberichts des Regierungsrats und der Staatsrechnung 2007

vom ...

Der Kantonsrat des Kantons Obwalden,

gestützt auf Artikel 70 Ziffer 3 und 4 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968¹, Artikel 24 Absatz 5 der Finanzhaushaltsverordnung vom 25. März 1988² sowie Artikel 26 Absatz 2 des Einführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz vom 25. Juni 1999³,

auf Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 18. März 2008 sowie des Obergerichts vom 18. März 2008,

beschliesst:

1. Der Geschäftsbericht des Regierungsrats 2007 wird genehmigt.
2. Die Staatsrechnung 2007 wird wie folgt genehmigt:
 - a. Vornahme der ordentlichen Abschreibungen von Fr. 13 456 376.30;
 - b. Vornahme zusätzlicher Abschreibungen von Fr. 21 600 000.00;
 - c. Abbuchung des Saldos der Laufenden Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 1 944 440.51 auf das „Eigenkapital“;
 - d. Aktivierung der Nettoinvestitionen als Saldo der Ausgaben und Einnahmen der Investitionsrechnung von Fr. 31 663 774.89.
3. Abbuchung des Saldos der Laufenden Rechnung der Tierseuchenkasse mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 225 516.50 vom Fondsbestand.

Sarnen, ...

Im Namen des Kantonsrats
Der Ratspräsident:
Der Ratssekretär:

¹ GDB 101
² GDB 610.11
³ GDB 818.1

Erläuterungen, Abschreibungen, Abgrenzung IR/LR

Die Rechnungsdarstellung des Kantons Obwalden ist grundsätzlich in der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons (FHV) vom 25. März 1988, Fassung vom 25. November 1999, geregelt und richtet sich in den Grundzügen nach dem Harmonisierten Rechnungsmodell der Kantone (HRM). Die wichtigsten Artikel sind dabei:

Artikel 21 Bewertungsgrundsätze

Die Aktiven werden zu ihrem Beschaffungs- oder Herstellungswert unter Berücksichtigung der den Umständen angemessenen Wertberichtigungen bilanziert.

Darlehen und Beteiligungen sind in der Regel nach kaufmännischen Grundsätzen bewertet. Die wichtigsten Angaben dazu sind aus dem Beteiligungsspiegel (Tabelle III) ersichtlich.

Artikel 24 Abschreibungen

Das Verwaltungsvermögen wird nach dem Grundsatz einer finanz- und volkswirtschaftlich angemessenen Selbstfinanzierung der Investitionsausgaben auf dem jeweiligen Restbuchwert zu Beginn des laufenden Jahres abgeschrieben. Die Abschreibungssätze auf dem Restbuchwert betragen:

Grundstücke	10%
Tiefbauten	10%
Hochbauten	10%
Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	25%
Investitionsbeiträge	25%

Es kann in besonderen Fällen auch objektweise linear oder nach der Annuitätenmethode abgeschrieben werden. Dies trifft in der vorliegenden Jahresrechnung auf folgende Aktiven zu:

Lineare Abschreibung:

Erfolgt auf der hochwasserbedingten Wiederherstellung der Kantonsstrassen (Engelberger-, Melchtaler- und Kernmattstrasse) mit 20%

Soweit es die Finanz- und Konjunkturlage erlauben, können im Voranschlag zusätzliche Abschreibungen vorgesehen werden. Bei Ertragsüberschüssen kann der Kantonsrat zusätzliche Abschreibungen genehmigen.

Auf Grund des Abschreibungsbedarfs bis 2008 auf den Nationalstrassen (im Rahmen der NFA ist Übertragung des Eigentums an den Nationalstrassen an den Bund vorgesehen) werden dem Kantonsrat nun 3,5 Millionen Franken als zusätzliche Abschreibungen beantragt. Zusätzlich sollen die Buchwerte der Investitionsbeiträge um 18,1 Millionen ausserordentlich abgeschrieben werden.

Übersicht über Abschreibungen

in Fr. 1'000.--	Erstellungskosten (brutto)	Anlagewert (netto)	Bestand am 01.01.2007	Rechnung 2007				Bestand am 31.12.2007
				Zuwachs	Abgang	Abschreibung ordentlich zusätzlich		
1 Grundstücke			0					0
2 Tiefbauten			12'550	6'116	2'911	1'962	3'500	10'294
Davon								
Nationalstrassen			3'228	1'146		323	3'500	551
Wiederherstellung Kantonsstrassen			4'648	4'427	2'876	1'172		5'027
3 Hochbauten	176'331	132'084	21'773	3'929	1'444	3'936		20'323
Davon:								0
Wärmeverbund	5'844	2'831	1'955			1'955		
4 Mobilien, Informatik, Maschinen, Fahrzeuge			6'447	1'928	22	1'611		6'742
5 Münzensammlung			0					0
6 Darlehen und Beteiligungen			64'522		399			64'122
7 Investitionsbeiträge			23'859	6'345	336	5'948	18'100	5'820
8 Spezialfinanzierungen			6'615	21'050	2'475			25'190

Artikel 27 Investitionsrechnung / Laufende Rechnung

Die Investitionsrechnung enthält jene Finanzvorfälle, die bedeutende eigene oder subventionierte Vermögenswerte mit mehrjähriger Nutzungsdauer schaffen. Investitionen unter Fr. 100'000.-- werden dabei in der Regel direkt über die Laufende Rechnung abgeschrieben.

Pensionskassenverpflichtungen

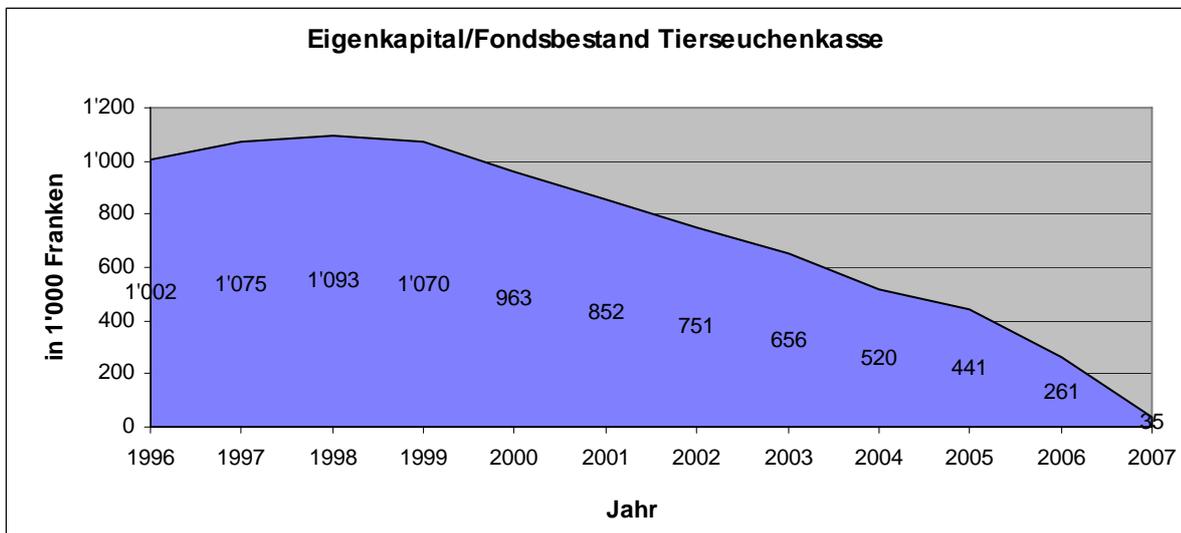
Der Vorsorgeplan der Vorsorgeeinrichtung des Kantons ist als **Beitragsprimatplan** bzw. als Spar- und Risikosystem aufgebaut. Risikoträger ist die **privatrechtlich** organisierte Personalversicherungskasse Obwalden. Der Deckungsgrad liegt per Ende 2007 bei über **112 Prozent**.

Tierseuchenkasse

Gemäss Artikel 26 Absatz 2 des Einführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz (GDB 818.1) führt der Kanton eine Tierseuchenkasse. Seit der Kanton und die Gemeinden ihre Beiträge an die Tierseuchenkasse ausgesetzt haben, schliesst die Tierseuchenkasse jährlich mit einem Defizit. Der Aufwandüberschuss 2007 betrug infolge höheren Aufwänden des Laboratoriums der Urkantone 225 516.50 Franken.

Neben Beiträgen der Tierbesitzer leisten auch der Kanton und die Gemeinden Beiträge, sofern der Fondsbestand unter 250 000 Franken fällt. Da der Fondsbestand nun unter diese Limite gefallen ist, werden Kanton und Gemeinden ab 2008 wieder Beiträge leisten.

Entwicklung Fondsbestand Tierseuchenkasse:



Eventualverpflichtungen per Ende 2007		Eventual- Verpflichtung Kanton Fr.
<p>Investitionshilfe (IHG) Vom Bund bewilligte Darlehen, gemäss Bundesgesetz vom 28.6.1974 über die Investitionshilfe für Berggebiete; Der Kanton übernimmt 50% allfälliger Verluste Vom Kanton bewilligte Darlehen</p> <p>Obwaldner Kantonalbank Der Kanton haftet für die Verbindlichkeiten der Kantonalbank aufgrund des Gesetzes vom 27. Januar 2006 über die Obwaldner Kantonalbank (GDB 661.1)</p> <p>Besoldungsnachgenuss Regierungsräte Der Kanton bezahlt Regierungsräten die <i>vor</i> dem Inkrafttreten des Gesetz über die Entlöhnung und Entschädigung von Behörden und Kommissionen vom 3. September 1999 im Amt waren, einen Besoldungsnachgenuss gemäss Verordnung über die Entschädigungen der nebenamtlichen Behörden und Beamten vom 27. Oktober 1971. Berechnung erfolgte aufgrund eines Kapitalisierungszinsfuss von 4 Prozent sowie theoretischer Lebenserwartung gemäss VZ2000</p>	<p>Bundesdarlehen in Mio. Fr. 10.198</p> <p>Bilanzsumme in Mio. Fr. 2'749.53</p> <p>Verpflichtung 31.12.06 Abgang 2007 Verpflichtung 31.12.07</p>	<p>5'098'997.50</p> <p>p.m.</p> <p>5'327'000.00 -6'000.00 5'321'000.00</p>

Stand der zugesicherten, ausbezahlten und noch zu leistenden Kantonsbeiträge an Werkbauten und Dritte per Ende 2007

Projekt	Subventionierte Summe	in %	Kantonsbeiträge			verpflichteter restlicher Kantonsbeitrag
			zugesicherte höchstens Fr.	bis Ende 2007 ausbezahlt Fr.	Vor-finanzierung	
Darlehen aus IHG	14'929'000.00		1'036'000.00	0.00		1'036'000.00
Micro-Center Central Switzerland	1'624'800.00		850'000.00	0.00		850'000.00
Kantonsmarketing	2'250'000.00		1'000'000.00	400'000.00		600'000.00
Kantonsbeiträge an Tourismus	46'425'000.00		694'000.00	208'500.00		485'500.00
Klosterkirche Engelberg	11'422'000.00	14.00	1'600'000.00	587'981.00		1'012'019.00
Verkehrshaus der Schweiz	50'000'000.00		606'000.00	0.00		606'000.00
Radroutenverbindung Kaiserstuhl-Giswil	1'380'000.00	50.00	690'000.00	70'000.00		620'000.00
Beitrag an zb Zentralbahn AG Wiederherstellung von Erschliessungsanlagen nach Hochwasserkatastrophe	477'945'893.00		32'701'855.00	14'889'632.40		17'812'222.60
Strukturverbesserungen	32'282'000.00	diverse	5'907'500.00	5'717'500.00	190'000.00	0.00
Forstliche Projekte	17'118'317.00	diverse	3'225'177.00	2'356'844.00		868'333.00
Fliessgewässer (Wildbachverbauungen)	66'029'142.00	diverse	7'205'689.00	4'357'159.00		2'848'530.00
Fliessgewässer (Wildbachverbauungen)	106'203'800.00	diverse	19'196'550.00	3'651'663.00	15'000'000.00	544'887.00
Wohnbausanierungen / WEG	1'520'000.00		1) 570'000.00	2) 380'000.00		3) 190'000.00
Gewässerschutzmassnahmen	2'918'840.00		613'166.00	613'166.00		0.00
Kantoneigene Verpflichtungskredite	33'405'000.00		30'542'503.25	17'361'239.06		13'181'264.19
GESAMT-TOTAL 2007	865'453'792.00		106'438'440.25	50'593'684.46	15'190'000.00	40'654'755.79
Total 2006	524'742'364.00		84'919'279.00	52'616'088.55	6615000	25'688'190.45

Stand der kantonseigenen Objektkredite per Ende 2007 (Art. 37 Ziff. e FHV vom 25.03.1988)

Projekt und Beschluss 2	Kredit brutto 3	Beiträge Dritter 4	Netto-Kredit für Kanton 5	Angefallene Netto-Aufwände Aufwand - Ertrag 6	Restkredit netto gegen- über Beschlüssen per 31.12.2007 + = Restkredit - = Mehrkosten (5 minus 6) Fr. 7
Nachqualifikation für Lehrpersonen Rahmenkredit (KRB vom 28.6.2002)	Fr. 750'000.00	Fr.	Fr. 750'000.00	Fr. 445'214.95	+ 304'785.05
Kantonsstrassen Kerns-Kägiswil Objektkredit (KRB vom 26.10.06)	7'605'000.00 995'000.00	4'095'000.00	3'510'000.00 995'000.00	2'425'000.00 945'000.00	1'085'000.00 50'000.00
Grafenort-Engelberg Objektkredit (KRB vom 26.10.06)	6'000'000.00	3'970'000.00	2'030'000.00	1'075'000.00	955'000.00
Verkehrskreisel Brünigstrasse-Panoramastrasse Objektkredit (KRB vom 16.03.06)	610'000.00	125'000.00	485'000.00	405'000.00	80'000.00
Umbau Rathaus Objektkredit (KRB vom 16.3.06)	4'700'000.00	1'204'114.75	3'495'885.25	3'430'924.31	64'960.94
Raumoptimierungskonzept Projektierungskredit zur Raumoptimierung von Kantonsschule sowie Berufs- und Weiterbildungszentrum (KRB vom 29.11.2002)	20'350'000.00 1'200'000.00	2'436'618.00 0.00	22'786'618.00 1'200'000.00	11'060'099.80 464'838.25	11'726'518.20 + 735'161.75
Kreditrahmen für Umbau- Ausbau (KRB 21.4.05)	15'000'000.00				Restkredit z.G. Kanti
Davon Objektkreditrahmen für Umbau- Ausbau BWZ (KRB 21.4.05)	6'650'000.00	2'436'618.00	13'236'618.00	10'595'261.55	2'641'356.45
Objektkredit für Sanierung BWZ (KRB 21.4.05)	4'150'000.00				
Davon Objektkreditrahmen für Umbau- Ausbau Kanti	8'350'000.00		8'350'000.00		8'350'000.00
				Übertrag Kredit BWZ	2'641'356.45
				Restkredit Kanti	10'991'356.45
Total Kantonseigene Verpflichtungskredite	33'405'000.00	7'735'732.75	30'542'503.25	17'361'239.06	13'181'264.19

Beteiligungsspiegel (nicht konsolidierte Gesellschaften)	Kapital der Firma		Ausweis per	Anteil Kanton OW	Anteil OW in %	Buchwert 2007 in Fr.	Vergütungen 2007 in Fr.	Bemerkungen
Obwaldner Kantonalbank, Sarnen Einbezahltes Dotationskapital Zweck: Förderung der volkswirtschaftlichen Entwicklung in OW und Verschaffung von Einnahmen für den Staat, insbesondere durch Tätigkeit aller anerkannten Bankgeschäfte nicht spekulativen Charakters. wesentliche Miteigentümer: Partizipanten	Dot.K.	25'000'000						
	Dot.K.	22'000'000		22'000'000	100.00	17'428'000	12'000	Bankratsmandat 2007
	PS	6'000'000					7'040'000	Kantonsanteil Reingewinn 2007
	EK	311'624'000	31.12.07				1'920'000	Abgeltung Staatsgarantie 2007
Bürgerschaftsfonds Obwalden, Sarnen Zweck: Übernahme von zeitlich beschränkten Bürgschaften für kantonale Unternehmen und Einwohner	AK	1'000'000	31.12.07	1'000'000	100%	0	0	
	EK	2'975'493	31.12.06					
Elektrizitätswerk Obwalden, Kerns Zweck: sichere, wirtschaftliche und unveltschonende Versorgung im Kanton mit elektrischer Energie wesentliche Miteigentümer: Obwaldner Gemeinden 46.67%	Dot.K.	7'500'000		4'000'000	53.33	4'000'000	1'000'000	Kantonsanteil Reingewinn 2006/07
	EK	116'917'874	30.09.07				210'000	Verzinsung Dot.Kapital 2006/07
	Darl.	15'000'000	30.09.07			15'000'000	555'000	Zins auf Darlehen von 15 Mio. Fr.
Kantonsspital Obwalden, Sarnen Zweck: Erbringung von stationären und ambulanten Spitalleistungen, insbesondere der Grundversorgung							12'000	Verwaltungsratsmandat 2007
	EK	4'489'649	31.12.06	4'489'649	100.00	0	14'600'004	Teilzahlungen Leistungsauftrag 2007
Informatikleistungszentrum OW/NW (ILZ), Sarnen Zweck: Informatikdienstleistungen für die Verwaltungen der Vereinbarungskantone. wesentliche Miteigentümer: Kanton Nidwalden 50%							1'500'000	Investitionspauschale 2007
	Dot.K.	1'000'000		500'000	50.00	500'000	27'500	Verzinsung Dot.Kapital 2007
	EK	2'478'024	31.12.07				180'000	Kantonsanteil Reingewinn 2006
Verkehrssicherheitszentrum OW/NW (nicht einbezahlt) Zweck: Aufgaben, die ihm durch die Gesetzgebung über den Strassenverkehr und die Schifffahrt durch die Vereinbarungskantone übertragen werden. wesentliche Miteigentümer: Kanton Nidwalden 50%							-1'003'717	Rückvergütung Gewinnanteil 2006
	Dot.K.	1'000'000		(500'000)	50.00	0	6'650	Verwaltungsratsmandat 2007
Kraftwerk Sarneraa AG, Sarnen Zweck: Ausnützung der Wasserkraft der Sarneraa und Betrieb eines Kraftwerks in Alpnach wesentliche Miteigentümer: Gemeinde Sarnen 26%, Alpnach 26%, CKW 18%	EK	1'431'827	31.12.06				-153'060	Abgeltung Bezug Verkehrssteuern 2007
	AK	2'000'000		600'000	30.00	200'000	5'565	Verwaltungsratsmandate 2007
ewl Kraftwerke AG, Luzern Zweck: Produktion sowie Beschaffung von elektrischer Energie. wesentliche Miteigentümer: ewl Holding AG 90%	EK	2'615'300	30.09.07				30'000	5% Dividenden 2006/07
							20'833	Konzessionsertrag aus Bewilligung 2001-2061; Anteil 2007
							157'247	Kantonsanteil Wasserzinsen 2007
	AK	3'000'000		300'000	10.00	300'000	6'000	Verwaltungsratsmandat 2007
	EK	5'172'800	31.12.06				18'000	6% Dividenden 2006

Beteiligungsspiegel (nicht konsolidierte Gesellschaften)	Kapital der Firma		Ausweis per	Anteil Kanton OW	Anteil OW in %	Buchwert 2007 in Fr.	Vergütungen 2007 in Fr.	Bemerkungen
zb Zentralbahn AG, Stansstad Zweck: Bau und Betrieb der Eisenbahn von Luzern nach Engelberg und von Luzern nach Interlaken. wesentliche Miteigentümer: Kanton Nidwalden 33.35%, Gemeinde Engelberg 2.75%, Bund 47.3%	AK	120'000'000	31.12.06	5'990'000	4.99	1	18'000	Verwaltungsratsmandat 2007 Diverse Investitionsbeiträge Abgeltung Bestellung öV 2007
	EK	128'751'970	31.12.06				-1'186'067	
	Darl.	126'855'682	31.12.06	6'489'593			-1'327'082	
Vereinigte Schweizerische Rheinsalinen, Pratteln Zweck: Produktion, Einfuhr, Verwertung und Verkauf von Salz, Salzgemischen und Sole wesentliche Miteigentümer: Kantone (ohne VD), Fürst. Lichtenstein	AK	11'164'000		48'000	0.43	1	4'000	Verwaltungsratsmandat 2007 Dividende 2006
	EK	134'221'000	31.12.06				63'840	
SWISSLOS Interkantonale Landeslotterie, Basel (Genossenschaft) Zweck: Durchführung von und Beteiligung an gemeinnützigen oder wohltätigen Lotterien. wesentliche Miteigentümer: Deutschweizer Kantone, Kanton Tessin und Fürstentum Lichtenstein	EK	373'927'072	31.12.06			0	2'940	Verwaltungsratsmandat 2007 Gewinnanteil 2006 für Kant. Lotteriefonds
							1'842'296	
Sport-Toto-Gesellschaft, Basel (Verein) Zweck: Beschaffung von Mitteln zur Unterstützung und Mitfinanzierung der sportlichen Erziehung der Jugend und des Amateursportes durch Durchführung wöchentlicher Wetten. wesentliche Miteigentümer: Kantone, Fürstentum Lichtenstein	EK	33'125'566	31.12.06			0	5'927	Gewinnanteil 2006 für Sport-Toto-Fonds
Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht, Luzern (öffentlich rechtliche Anstalt) Zweck: Erfüllung der den Kantonen nach dem BVG obliegenden Aufgaben sowie die Aufsicht über die nach Art. 84 des ZGB unter kantonaler Aufsicht stehenden Stiftungen wesentliche Miteigentümer: Kantone Luzern, Zug, Schwyz, Nidwalden und Uri	Dot.K.	500'000	31.12.07	10'500	2.10%	1	10'500	Anteil Kanton aus Rückzahl Dot. Kapital auf 0,5 Mio. Fr. Verzinsung Dotationskapital 2006
							550	
InNET Monitoring AG, Altdorf Zweck: Umweltdienstleistungen, insbesondere Monitoring wesentliche Miteigentümer: Kantone Zug, Schwyz, Nidwalden und Uri	AK	1'200'000	31.12.06	200'000	16.67%	1	-1'000	Jahresbeitrag 2007 Abgeltung Grundleistungsauftrag Steuerausscheidung Kt. Uri 2006
	EK	1'473'812					-143'185	
							1'264	

Vergleich STAATSSTEUERN 2004 bis 2007

Tabelle IV zum Geschäftsbericht 2007

Gemeinde	Jahr	Natürliche Personen	Juristische Personen	Nachsteuern	Abschr., Erlasse, Skonto	Grundstück-gewinn-Ste	Kapital-Abfindungen	Handände-rungsste.	Erbschafts-schenk. Ste	Bussen	Quellen-Steuer	Netto Steuer-soll	Zuwachs in %
Sarnen 3,15 Einh. 2,95 Einh.	2004	17'829'699.30	1'985'922.25	92'569.55	-196'042.75	225'194.30	384'060.40	454'845.00	222'082.75	32'300.00	363'152.80	21'423'836.80	+ 5.41 %
	2005	18'703'237.25	1'676'064.30	597.15	-138'910.30	234'068.80	729'912.15	299'270.25	104'005.00	35'900.00	392'872.35	22'045'726.35	+ 2.90 %
	2006	15'852'918.45	1'100'820.40	89'554.85	-159'526.35	281'899.95	478'493.65	517'600.50	207'935.00	32'575.00	432'623.10	18'834'894.55	+ 0.48 %
	2007#	18'104'726.90	1'926'019.20	33'724.45	-114'325.47	539'145.70	455'474.65	565'281.75	202'225.00	40'050.00	395'380.20	22'147'702.38	+ 17.59 %
	2007	17'151'731.60	1'926'019.20	33'724.45	-114'325.47	539'145.70	455'474.65	565'281.75	202'225.00	40'050.00	395'380.20	21'194'707.08	+ 12.53 %
Kerns 3,15 Einh. 2,95 Einh.	2004	7'076'322.00	394'744.70	17'985.25	-88'997.60	97'092.75	106'571.15	66'311.25	16'010.00	21'900.00	163'609.00	7'879'698.50	+ 2.66 %
	2005	7'309'218.20	432'559.90	7'729.30	-78'322.35	136'077.25	133'936.90	148'989.75	20'595.00	19'530.20	176'188.55	8'313'426.70	+ 5.50 %
	2006	6'606'219.15	172'044.35	43'824.30	-63'485.10	94'036.10	144'985.45	84'621.00	27'378.00	15'815.25	177'214.10	7'302'652.60	+ 2.44 %
	2007#	6'694'643.90	390'528.30	20'711.50	-54'465.82	152'627.35	139'545.85	99'940.50	35'595.00	17'275.00	237'793.50	7'734'195.08	+ 5.91 %
	2007	6'390'602.00	390'528.30	20'711.50	-54'465.82	152'627.35	139'545.85	99'940.50	35'595.00	17'275.00	237'793.50	7'430'153.18	+ 1.75 %
Sachseln 3,15 Einh. 2,95 Einh.	2004	7'465'555.55	424'327.75	4'830.55	-85'115.10	64'835.20	181'428.40	112'957.50	53'920.00	15'050.00	198'753.15	8'436'561.75	- 6.83 %
	2005	7'702'655.00	896'136.15	604.70	-71'581.78	103'246.25	176'799.35	245'253.00	47'725.00	15'550.00	183'752.15	9'302'085.82	+ 10.26 %
	2006	7'098'578.15	399'130.00	41'711.15	-39'858.40	231'094.50	212'634.95	171'108.00	9'466.50	18'800.00	186'658.40	8'329'323.25	+ 6.15 %
	2007#	8'087'637.25	1'027'619.15	23'092.25	-63'200.30	161'632.05	167'907.65	150'269.25	29'207.75	16'850.00	187'359.00	9'795'427.15	+ 17.60 %
	2007	7'729'184.00	1'027'619.15	23'092.25	-63'200.30	161'632.05	167'907.65	150'269.25	29'207.75	16'850.00	187'359.00	9'436'973.90	+ 13.30 %
Alpnach 3,15 Einh. 2,95 Einh.	2004	7'675'853.20	673'826.95	74'411.30	-184'297.40	116'910.70	133'559.55	116'492.25	67'747.65	21'170.00	256'695.60	8'965'732.30	+ 3.24 %
	2005	7'752'842.20	724'655.25	-11'186.30	-111'137.67	146'434.50	132'211.35	118'917.75	15'570.55	19'900.00	264'551.65	9'062'899.13	+ 1.08 %
	2006	7'563'431.50	449'544.50	29'049.00	-226'348.05	244'500.50	172'526.15	256'318.50	0.00	19'600.00	243'674.40	8'752'296.50	+ 13.87 %
	2007#	7'266'068.05	583'337.90	24'690.10	-84'001.53	82'106.90	136'582.15	185'277.00	60'340.00	23'100.00	283'085.45	8'560'586.02	- 2.19 %
	2007	6'944'446.90	583'337.90	24'690.10	-84'001.53	82'106.90	136'582.15	185'277.00	60'340.00	23'100.00	283'085.45	8'238'964.87	- 5.87 %
Giswil 3,15 Einh. 2,95 Einh.	2004	4'070'061.90	284'516.10	6'472.55	-84'389.80	79'144.35	121'029.80	120'517.50	21'728.70	15'550.00	134'933.00	4'740'176.35	+ 3.63 %
	2005	4'228'472.50	348'408.65	16'227.40	-145'904.40	101'999.95	70'105.05	87'631.50	34'408.50	14'800.00	104'765.70	4'860'914.85	+ 2.55 %
	2006	3'887'637.05	237'479.60	29'255.55	-70'001.70	-16'174.10	34'334.30	50'157.75	0.00	16'775.00	111'001.60	4'330'465.05	+ 4.84 %
	2007#	3'960'399.50	283'537.25	18'607.90	-75'136.40	35'173.25	98'038.80	122'184.00	3'353.00	19'100.00	148'513.45	4'613'770.75	+ 6.54 %
	2007	3'782'138.55	283'537.25	18'607.90	-75'136.40	35'173.25	98'038.80	122'184.00	3'353.00	19'100.00	148'513.45	4'435'509.80	+ 2.43 %
Lungern 3,15 Einh. 2,95 Einh.	2004	2'918'095.60	147'423.90		-18'404.80	42'553.85	82'702.70	49'626.75	40'430.00	1'200.00	72'544.10	3'336'172.10	- 12.84 %
	2005	2'906'002.80	91'237.70	11'225.95	-3'259.00	42'447.95	85'992.90	38'788.50	18'350.00	1'300.00	70'113.25	3'262'200.05	- 2.22 %
	2006	2'615'859.90	90'731.70	0.00	-4'396.30	30'543.65	38'757.65	36'045.00	15'760.00	500.00	72'321.80	2'896'123.40	+ 2.73 %
	2007#	2'580'826.50	83'598.55		-10'480.55	25'964.20	57'431.60	43'947.00	19'355.00	950.00	94'174.80	2'895'767.10	- 0.01 %
	2007	2'467'743.95	83'598.55	0.00	-10'480.55	25'964.20	57'431.60	43'947.00	19'355.00	950.00	94'174.80	2'782'684.55	- 3.92 %
Engelberg 3,15 Einh. 2,95 Einh.	2004	6'684'291.30	516'565.85	122'692.40	-136'264.20	230'462.10	133'778.30	405'775.50	21'616.90	14'800.00	584'061.05	8'578'782.70	+ 12.42 %
	2005	6'933'978.95	597'338.60	21'324.40	-57'091.75	367'752.10	146'100.25	601'303.50	40'096.75	19'850.00	592'460.70	9'263'113.50	+ 7.98 %
	2006	6'472'493.15	731'538.30	50'580.75	58'814.05	557'828.60	141'335.20	701'146.50	82'919.20	26'600.00	461'981.20	9'285'236.95	+ 15.51 %
	2007#	6'812'236.70	752'425.85	75'619.30	-47'546.00	389'603.05	78'263.15	547'968.00	119'750.00	22'500.00	400'381.05	9'151'201.10	- 1.44 %
	2007	6'372'975.55	752'425.85	75'619.30	-47'546.00	389'603.05	78'263.15	547'968.00	119'750.00	22'500.00	400'381.05	8'711'939.95	- 6.17 %
Total 3,15 Einh. 2,95 Einh.	2004	53'719'878.85	4'427'327.50	318'961.60	-793'511.65	856'193.25	1'143'130.30	1'326'525.75	443'536.00	121'970.00	1'773'748.70	63'360'960.50	+ 2.57 %
	2005	55'536'406.90	4'766'400.55	46'522.60	-606'207.25	1'132'026.80	1'475'057.95	1'540'154.25	280'750.80	126'830.20	1'784'704.35	66'110'366.40	+ 4.34 %
	2006	50'097'137.35	3'181'288.85	333'975.60	-504'801.85	1'423'729.20	1'223'067.35	1'816'997.25	343'458.70	130'665.25	1'685'474.60	59'730'992.30	+ 5.92 %
	2007#	53'506'538.80	5'047'066.20	196'445.50	-449'156.07	1'386'252.50	1'133'243.85	1'714'867.50	469'825.75	139'825.00	1'746'687.45	64'898'649.58	+ 8.65 %
	2007	50'838'822.55	5'047'066.20	196'445.50	-449'156.07	1'386'252.50	1'133'243.85	1'714'867.50	469'825.75	139'825.00	1'746'687.45	62'230'933.33	+ 4.19 %
Verände-in %	2004	4.13%	26.25%	302.24%	115.44%	-26.98%	10.16%	-20.90%	-56.79%	-1.12%	-1.32%	2.57%	
	2005	3.38%	7.66%	45.41%	-23.60%	32.22%	16.10%	29.04%	-36.70%	3.98%	0.62%	4.34%	
	2006	4.34%	23.61%	617.77%	-16.73%	25.77%	-17.08%	17.98%	22.34%	3.02%	-5.56%	5.92%	
	2007#	6.81%	58.65%	-41.18%	-11.02%	-2.63%	-7.34%	-5.62%	36.79%	7.01%	3.63%	8.65%	
	2007	1.48%	58.65%	-41.18%	-11.02%	-2.63%	-7.34%	-5.62%	36.79%	7.01%	3.63%	4.19%	
Anteil am Total in %	2004	84.78%	6.99%	0.50%	-1.25%	1.35%	1.80%	2.09%	0.70%	0.19%	2.80%	100.00%	
	2005	84.01%	7.21%	0.07%	-0.92%	1.71%	2.23%	2.33%	0.42%	0.19%	2.70%	100.00%	
	2006	85.14%	4.56%	0.08%	-1.07%	2.01%	2.62%	2.73%	0.50%	0.22%	3.16%	100.00%	
	2007#	83.87%	5.33%	0.56%	-0.85%	2.38%	2.05%	3.04%	0.58%	0.22%	2.82%	100.00%	
	2007	82.45%	7.78%	0.30%	-0.69%	2.14%	1.75%	2.64%	0.72%	0.22%	2.69%	100.00%	

2007# Während des Jahres 2007 wurde eine Tariffreivision auf Grund des Bundesgerichtsurteiles vom 1. Juni 2007 zum Steuergesetz notwendig. Zu Vergleichszwecken wurden die Steuererträge 2007 auf der Basis des Steuergesetzes 2006 ebenfalls dargestellt

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
1000.300.00	Taggelder	Weniger Kommissionssitzungen als mit der Parlamentsreform erwartet	29'135.00	10.41
1000.318.60	Arbeiten durch Dritte	Ein im Rahmen der Parlamentsreform budgetierter Ausbau der Ratsdienste wurde vorläufig nicht als notwendig erachtet	60'853.40	98.15
1420.431.00	Gebühreneinnahmen	Anteil Swisslos und Zahlenlotto wird ab 1.7.2006 nicht mehr ausgerichtet (siehe Schreiben vom 29.5.2007 von Swisslos: interkant. Vereinbarung)	-35'612.00	-29.68
1422.310.20	Anschaffung von Büromaterial und Formulare (Ausweise)	2006 war ein Rekordjahr vor Einführung des Biometriepasses 2007 ging die Nachfrage um 2614 Pässe und 1560 IDK unerwartet stark zurück	48'395.40	30.25
1422.310.50	Druckkosten für öffentliche Publikationen	Mit dem Rückgang des Inseratevolumens sanken auch die Druckkosten, wegen des umfangreichen amtlichen Teils allerdings weniger stark	41'472.60	8.13
1422.431.00	Gebühreneinnahmen (Ausweise)	Infolge Rückgangs der Nachfrage (Kto. 31020) auch entsprechend geringere Gebühreneinnahmen	-80'422.00	-28.72
1422.435.30	Inserate und amtliche Publikationen	Das Inseratevolumen des Amtsblatts sank - wegen des starken Konkurrenzdrucks (Gratisanzeiger, Gemeindeblätter) - um rund 20 %	-66'593.15	-14.32
2200.301.80	Lohnsummenentwicklung (Verwaltung)	Unter diesem Konto wird die Lohnsummenentwicklung der gesamten Verwaltung budgetiert. Effektive Belastung erfolgt auf den einzelnen Kostenstellen.	602'700.00	100.00
2200.302.80	Lohnsummenentwicklung (Lehrpersonen)	Unter diesem Konto wird die Lohnsummenentwicklung der gesamten Verwaltung budgetiert. Effektive Belastung erfolgt auf den einzelnen Kostenstellen.	197'200.00	100.00
2200.303.80	Lohnsummenentwicklung Sozialversicherungsbeiträge	Unter diesem Konto wird die Lohnsummenentwicklung der gesamten Verwaltung budgetiert. Effektive Belastung erfolgt auf den einzelnen Kostenstellen.	41'200.00	100.00

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
2200.304.80	Lohnsummenentwicklung Personalversicherungsbeiträge	Unter diesem Konto wird die Lohnsummenentwicklung der gesamten Verwaltung budgetiert. Effektive Belastung erfolgt auf den einzelnen Kostenstellen.	38'800.00	100.00
2402.363.00	Informatikaufwand ILZ	Höhere Kosten für allgemeinde EDV-Arbeiten für die Gesamte Verwaltung als budgetiert.	-27'473.90	-22.52
2402.436.00	Rückerstattungen aus Versicherungsleistungen	Die Versicherungsleistungen blieben zum Vorjahr in etwa konstant aber über dem budgetierten Mittel der Vorjahre.	143'591.75	35.90
2402.439.00	Verschiedene Einnahmen	Rückvergütung des Informatikleistungszentrum ILZ aus Umsatz-Leistungen 2006.	101'681.85	100.00
2420.363.00	Informatikaufwand ILZ	Tiefere Betreuungskosten NEST	37'860.10	64.17
2420.436.20	Rückerstattung von Mahn- und Betriebsgebühren	Höhere Rückvergütungen durch zugesprochene Gerichtsgebühren.	-52'615.11	-15.03
2440.341.00	Finanzausgleichsbeiträge	Höhere Auszahlung, massgeblich durch Einbezug des horizontalen Ausgleiches der Gemeinde Engelberg (2440.452.00).	-386'223.65	-10.16
2440.452.00	Finanzausgleichsbeiträge der Gemeinden	Die Gemeinde Engelberg erreichte eine Steuerstärke von über 130 Prozent und leistet entsprechend eine Beitrag an den horizontalen Ausgleich.	237'252.95	100.00
2462.331.00	Ordentliche Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	Die massgebenden Restbuchwerte des Anlagevermögens waren per 1.1.2007 leicht höher als budgetiert.	1'277'893.00	11.01
2462.331.02	Abschreibung für Sonderrechnung Wärmeverbund Kantonsspital	Die Anlagen des Wärmeverbundes wurden aufgrund des Regierungsratsbeschluss auf Fr. 1.00 abgeschrieben	-1'837'669.30	-1'570.66
2462.331.04	Lineare Abschreibung (5 J.) Kantonsstrassen Hochwasserkat.	Die Wiederinstandstellung der Engelberger-, Melchtaler- und Kernmattstrasse nach der Hochwasserkatastrophe werden linear über fünf Jahre abgeschrieben.	288'400.00	19.75
2462.332.00	Zusätzliche Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	Dank des ausserordentlich guten Geschäftsergebnis können 18,1 Mio. Fr. auf den Investitionsbeiträgen abgeschrieben werden.	-18'100'000.00	-517.14

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
2464.321.00	Konto-Korrentschulden: Zinsen und Kommissionen	Höhere Zinsaufwände infolge gestiegener Zinsen sowie Refinanzierungskosten für Darlehen an Gemeinden. Entsprechend höhere Einnahmen auf Konto 2466.420.00.	-177'080.63	-354.16
2466.420.00	Zinsen auf Konto-Korrentguthaben	Gestiegene Zinsen sowie vermehrte Auslehnung an Darlehen für Gemeinden. Refinanzierungskosten zum Teil dadurch ebenfalls höher (2464.321.00).	467'140.38	155.71
2466.422.00	Anlagen des Finanzvermögens	Durch die guten Rechnungsabschlüsse stand höhere Liquidität zur Verfügung, die entsprechend an Zins gelegt werden konnte. Zusätzlich zogen die Zinssätze an.	476'793.65	23.37
2466.426.00	Anlagen Verwaltungsvermögens	Gewinnausschüttung Informatikleistungszentrum ILZ.	331'050.20	153.98
2480.400.00	Staatssteuer natürliche Personen	Die Entwicklung der Staatssteuern ist auch unter Berücksichtigung der erneuten Steuertarif-Änderung 2007 über den Erwartungen. Dazu beigetragen haben die gute Wirtschaftsentwicklung mit hohen Nachfakturierungen für Vorperioden.	885'096.38	1.68
2480.401.00	Ertrags- und Kapitalsteuer jur. Personen	Wie bei den natürlichen Personen ist auch der Ertrag bei den juristischen Personen über den Erwartungen geblieben. Auch hier trugen hohe Nachfakturierungen für Vorjahre zu diesem Ertrag bei.	2'047'066.20	68.24
2480.403.00	Grundstückgewinnsteuer	Der Ertrag der Grundstückgewinnsteuer 2007 lag wie im Vorjahr auf einem sehr hohen Wert und deutlich über dem budgetierten 5-jährigen Mittel.	386'252.50	38.63
2480.404.00	Handänderungssteuer	Der Ertrag der Handänderungssteuer erreichte wie im Vorjahr ein sehr gutes Resultat und lag deutlich über dem budgetierten 5-jährigen Mittel.	324'867.50	23.37
2480.405.00	Erbschafts- und Schenkungssteuer	Die Erbschaftssteuern erreichten das budgetierte 5-jährigen Mittel nicht ganz.	-30'174.25	-6.03

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
2480.437.00	Steuerbussen	Die Steuerbussen übertrafen das budgetierte 5-jährigen Mittel.	49'825.00	55.36
2482.362.00	Anteile der Gemeinden MinÖl	Die Gemeinden partizipieren mit rd. 50 Prozent am Ertrag der Mineralölsteuer (Konto 2482.460.10),	-382'319.00	-16.17
2482.406.00	Motorfahrzeugsteuer	Nach einer Zunahme von einem Prozent im Vorjahr nahm der Ertrag der Motorfahrzeugsteuer um rund zwei Prozent zu und lag damit über den Erwartungen	269'833.75	3.35
2482.460.10	Anteil an Mineralölsteuerertrag	Der Anteil der Kantone betrug 2007 wiederum rund 480 Mio. Fr.. Im Voranschlag wurde davon ausgegangen, dass der darin enthaltene ausserordentl. Beitrag von 57 Mio. Fr. nicht mehr ausgerichtet wird.	812'314.00	15.93
2482.460.20	Kantonsanteil an LSVA	Gesamtschweizerisch betrugen die LSVA-Einnahmanteile der Kantone 436 Mio. Franken und waren über den budgetierten Werten.	227'180.50	12.75
2484.440.00	Anteil an Bundessteuern (17%)	Der Ertrag an im Kanton bezogenen dir. Bundessteuern nahm gegenüber dem Vorjahr um über 28 Prozent zu und lag damit weit über den Erwartungen.	1'122'382.26	20.98
2484.440.10	Anteil an Bundeseinnahmen: Finanzausgleich	Der Gesamtertrag der dir. Bundessteuer lag bei 15,5 Mrd. Fr. - was einer Zunahme von 7,9% entspricht.	3'245'152.69	14.20
2484.440.20	Anteil an Bundeseinnahmen durch Kantone (Repartitionen)	Die Repartitionen erreichten die veranschlagten Werte nicht.	-227'856.05	-81.38
2484.440.40	Anteil an eidg. Verrechnungssteuern/Sicherungssteuer/EU-Zinsbesteuerung	Der Rückbehalt der eidg. VST erreichte 2007 erneut einen Spitzenwert. Der Ertrag ist auf die höheren Dividendenausschüttungen der Gesellschaften und die tiefere Rückforderungsquote zurückzuführen.	2'915'676.00	85.76
2486.341.00	übrige Gemeindeanteile	Der Gemeindeanteil beträgt 50% des Ausschüttung des EWO-Reingewinns von 2 Mio. Fr.	-250'000.00	-33.33

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
2486.416.10	Anteil an Gewinn von öffentliche Anstalten, SNB	Die Ausschüttung der SNB betrug wie in den Vorjahren 2,5 Mrd. Fr. . Der leichte Rückgang lag an der Stagnation des Bevölkerungswachstums des Referenzjahres 2005 (gegenüber 2004).	-83'658.00	-0.50
2486.426.00	Reingewinn OKB	Die Dividende der OKB wurde infolge des sehr guten Jahresabschlusses von 26 auf 32 Prozent erhöht.	1'540'000.00	28.00
2486.426.01	Abgeltung Staatsgarantie OKB	Mit Inkrafttreten des neuen Kantonalbankgesetzes wird die gewährte Staatsgarantie seit 2006 abgegolten. Infolge der höheren Dividende fällt auch die Abgeltung entsprechend höher aus.	554'352.94	33.64
2486.426.10	Reingewinn EWO	Der Gemeindeanteil am ausgeschütteten Reingewinn des EWO beträgt 50% oder 1 Mio. Franken.	500'000.00	33.33
2490.365.21	Beiträge an kulturelle Aufwändungen	Der Kantonsbeitrag umfasst u.a. auch die Gewährung eines rückzahlbaren Darlehens von Fr. 55'000 an das Kulturfest OBWALD.	-68'787.75	-98.27
2490.365.24	Beitrag Verkehrshaus Luzern	Der Kantonsanteil an den Um- und Neubau des Verkehrshauses wird ab 2008 aus allgemeinen Staatsmitteln und aus dem Lotteriefonds erfolgen.	150'009.00	86.06
2490.380.00	Einlage in Spezialfinanzierung	Der Ausgleich der Fondsrechnung erfolgt über Konto 2490.480.00 da die Fondsrechnung insgesamt positiv ist.	-169'109.50	-100.00
2490.414.00	Anteil der Landeslotterie und des Zahlenlottos	Kantonsanteil am Reingewinn der Interkantonalen Landeslotterie. Der Gesamtreingewinn stieg infolge der höheren Spieleinnahmen (u.a. EURO-Millions).	327'296.00	21.60
2490.480.00	Entnahme aus Fonds und Spezialfinanzierungen	Ausgleich der Fondsrechnung.	-236'386.25	-100.25
2600.363.00	Informatikaufwand ILZ	Interne Kostenverlagerung. Minderaufwand auf Konto 2655.363.00.	-56'590.05	-13.38
2600.434.10	Arbeiten für Dritte	Es wurden ausserordentlich viele AHV-Meldungen erstellt und fakturiert.	54'468.00	226.95

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
2620.301.00	Personal: Besoldungen	Die Aussenstelle Lungern wurde ab Herbst der Abteilung USE geführt und verrechnet (Kto. 2620.301.00).	-50'786.30	-6.37
2630.301.00	Personal: Besoldungen	Die Aussenstelle Lungern wurde ab Herbst der Abteilung USE verrechnet (vorher 2600.301.00). Zusätzlich ist eine Überbrückungsrente angefallen.	29'185.45	3.87
2655.363.00	Informatikaufwand ILZ	Interne Kostenverlagerung. Mehraufwand auf Konto 2600.363.00.	41'970.80	55.22
2680.301.00	Personal: Besoldungen	Effektiver Aufwand für die IPV ist auf Grund des Anstieges höher ausgefallen.	-36'568.00	-32.94
3000.301.00	Personal: Besoldungen	55% Ersatz für Vakanz 100% Leitung GA. + 70% jur. Assistentin ab 01.09.07 (neue Stelle)	-84'291.85	-42.98
3100.318.60	Arbeiten durch Dritte	keine Arbeiten durch Dritte, Übertrag auf Konto 3100.301.00	30'425.00	95.08
3100.431.00	Gebühren (u.a. Einbürgerungen, Amtsnotariat)	Einbürgerungen'08	41'084.00	136.95
3112.319.00	Verschiedener Sachaufwand	Rechnung 25'000.- für Verfilmung von Dokumenten direkt vom ZstA Sarnen bezahlt (s. 3112.436.60)	26'060.35	86.87
3112.436.60	Verschiedene Rückerstattungen	Rechnung 25'000.- für Verfilmung von Dokumenten direkt vom ZstA Sarnen bezahlt (s. 3112.319.00)	-26'972.00	-70.98
3120.301.00	Personal: Besoldungen	Vakanz, Umlagerung (80%) zu Amtsleitung	25'241.50	7.14
3122.436.60	Gebühreneinnahmen	mehr Konkurse bearbeitet + schneller abgeschlossen	302'853.22	605.71
3140.351.00	Beiträge an Kantone: Straf- und Massnahmenvollzug	mehr (kostenintensive) Vollzugsfälle	-89'874.50	-44.94
3201.363.00	Informatikaufwand ILZ	Dienste ILZ konnten nicht wie geplant erbracht werden.	63'896.50	23.72
3201.437.00	Bussenertrag	Mindereinnahmen bei gleicher Zahl an Kontrollen.	-116'358.69	-5.97
3201.493.00	Lohnausfallentschädigungen: interne Verrechnung	Erhöhte Fehlzeiten 2007 infolge Unfall/Krankheit	59'967.00	333.15

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
3201.495.60	Vergütungen aus Schiffsteuer	Reduktion der seepolizeilichen Kontrollen	-86'511.00	-40.14
3250.380.00	Einlage in Fonds (2283.60)	Ersatzbeitrag aus erhöhter Bautätigkeit, die nicht planbar war (fremdgesteuert).	-113'267.70	-100.00
3250.439.00	Einnahmen Ersatzbeiträge	Massiv grössere Bautätigkeit, welche die Schutzraumerersatzbeiträge dementsprechend erhöhten. Rigorese Anwendung der Schutzraum- bausteuerung.	111'619.00	37.21
3250.439.10	Verschiedene Einnahmen	> Verkauf von Sandsäcken an die Gemeinden - Unwetter Herbst 07 > Vermietung Zivilschutzanlage Engelber - nicht planbar > Einnahmen "Stromkosten" ZSA E'berg schlagen sich wieder bei den Betriebs- kosten der ZSA nieder	27'997.90	1'866.53
3250.451.00	Rückerstattungen der Kantone (Instruktoren)	Einsatz eines zusätzlichen Instructors. Daher erhöhte Rückerstattungen.	28'420.00	92.27
3256.440.00	Anteile an Bundeseinnahmen (Bezugsprovision)	Bei Budgetierung waren die Daten der steuerbaren Einkommen der Ersatzpflichtigen, die Anzahl der Untauglichen und Dienstverschieber unbekannt.	32'621.30	40.78
3257.300.00	Taggelder	Kosten externer Berater über Konto 3257.318.60 gebucht.	90'000.00	100.00
3257.318.02	Funkanlagen: Konzessionsgebühren	Kostengünstigere Variante Angeschafft als geplant	69'633.45	139.27
3400.301.00	Personal: Besoldungen	Leitung Gesundheitsamt nicht besetzt	38'532.40	10.74
3400.318.63	Aufträge an Dritte: Verschiedene (insb. Spitalversorgung)	Neubau Bettentrakt wird erst 2008 projektiert	30'548.45	54.55
3400.364.00	Beiträge an Projekte Alters- und Betagtenbetreuung	Vernehmlassung bei Einwohnergemeinden durchgeführt. Noch kein Projekt eingereicht.	100'000.00	100.00

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
3409.365.00	Kantonsbeitrag an Prämienverbilligung	Effektive Auszahlung bei einem Selbstbehalt von 7.25% war wesentlich höher als aufgrund der Hochrechnung angenommen worden war.	-1'739'330.00	-131.82
3410.364.01	Kantonsbeiträge an diverse Projekte	Projektkosten werden ab diesem Kto. bezahlt. Kostenbeteiligungen Dritter an diesen Projekten gehen auf Kto. 3410.465.00 ein.	-80'712.40	-115.30
3410.461.00	Beitrag des Kantons Nidwalden an die Fachstelle	Es wurden dem Kt. NW erst 3/4 in Rg. gestellt. Rest wird nach Abschluss der OW-Rg. eingefordert.	-30'125.50	-17.19
3410.465.00	Beiträge für Projekte	Kto. war vorher für Zahlungen von GF CH. Erst Anfang 2007 wurde vereinbart, dieses Kto. neu für Kostenbeteiligungen Dritter an Projekten zu verwenden (deshalb keine Budgetzahl). (siehe auch Begründung Kto. 3410.364.01)	97'672.10	100.00
3420.363.10	Beiträge an eigene Anstalten: Kantonsspital	Positiver Jahresabschluss; Erfolgsbeteiligung Kanton	1'003'713.00	6.87
3422.361.00	Beiträge für Spitalaufenthalte im Kantonsspital Nidwalden	Restriktive Kostengutsprachen bei Notfällen	85'984.75	57.32
3424.364.00	Stationäre/ambulante Spitalbehandlungen	Restriktive Kostengutsprachen; Budget auf 2008 reduziert	538'943.85	6.57
3424.436.00	Div. Rückerstattungen	Regresseinnahmen und Rückzahlung St. Anna; kann nicht budgetiert werden	111'821.45	100.00
3500.301.00	Personal: Besoldungen	Die Stelle Aufgabenerweiterung des kantonalen Sozialamts im Bereich Familienfragen wurde nicht besetzt.	37'396.25	20.09

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
3500.365.10	Objektfinanzierung Tagesstätten/Familienplätze	An den kostendeckenden Ansatz für das Chinderhuis Sachseln (Kinderkrippe) wurde im Jahr 2006 eine Akontozahlung von Fr. 25'000.-- geleistet. Im Jahr 2007 wird diese Zahlung mit den effektiv belegten Tagen gemäss Ziff. 2. RRB vom 20.12.06 (Nr. 304) abgerechnet. Für die Vermittlung in Tagesfamilien wurde pro Jahr eine Pauschale von Fr. 15'000.-- vereinbart.	40'048.00	60.68
3504.365.20	Verwaltungskosten	Aufwand à conto Zahlungen/Vorschüsse 4. Quartal 07 Asyl Suchende u. Flüchtlinge mit F.r 490'560.-- ausgeführt, effektive Abrechnung Betreuungskosten 4. Quartal 2007 ausstehend. Rückstellungen gemeldet. Aufwand abhängig von Anzahl Asylsuchende und Flüchtlinge. Rückzahlung von Caritas von Fr. 156'000.-- nicht budgetiert.	50'442.80	10.09
3504.365.21	Gesundheits- und Unterstützungskosten	Aufwand effektive Abrechnung 4. Quartal 2007 ausstehend, Rückstellungen gemeldet. Aufwand abhängig von Anzahl Asylsuchenden und Flüchtlinge.	-100'338.25	-5.73
3504.460.00	Bundesbeiträge an Verwaltungskosten	Vergütung des BFM für Flüchtlinge u. Asylsuchende 4.Quartal 2007 noch ausstehend, Rückstellungen gemeldet. Ertrag ist abhängig von Anzahl Asyl Suchende u. Flüchtlinge und Anzahl Sprachpauschale für Flüchtlinge. Gegenkonto ...365.21	116'335.00	18.76
3504.460.01	Bundesbeiträge an Gesundheits- und Unterstützungskosten	Zahlung / Abrechnung 4. Quartal 2007 noch nicht verfügbar, als Rückstellung gemeldet. Ertrag abhängig von Anzahl Asylsuchende u. Flüchtlinge. Gegenkonto von ...365.21	93'931.95	5.37
3506.365.20	Auswärtige Sonderschulen und Heime	Die Platzierungen in auswärtigen Sonderschulen können von uns nicht gesteuert werden. Rechnungen sind noch ausstehend. Stand 2006 - 69 Personen Stand 2007 - 84 Personen.	-1'074'220.63	-71.61
3506.365.22	Schulheim Rütimattli	Eine detaillierte Begründung erfolgt durch den Regierungsrat bei der Genehmigung der Rechnung.	110'915.20	13.35

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
3506.365.23	Wohnheim für Erwachsene Rütimattli	Eine detaillierte Begründung erfolgt durch den Regierungsrat bei der Genehmigung der Rechnung 07.	35'539.20	14.22
3506.365.24	Werkstatt Hüteli	Eine detaillierte Begründung erfolgt durch den Regierungsrat bei der Genehmigung der Rechnung 07.	81'179.20	19.90
3506.365.25	Private Sonderschulen und Heime	Total 3 Personen, 1 Eintritt im 2007	-90'061.20	-180.12
3506.452.00	Gemeindebeiträge	Infolge Mehraufwand beim Konto ..365.20 (Verbundsaufgaben Kanton/Gemeinden) für auswärtige Platzierungen, erfolgt z.G. des Kantons eine höhere Rückerstattung der Gemeinden	602'128.30	83.05
3600.301.00	Personal: Besoldungen	Temporäre Pensumserhöhung Verhörrichter II um 15 % Stellvertretung zufolge Mutterschaftsurlaub sowie Fluktuationskosten bei Personalwechsel.	-43'159.05	-8.38
3600.318.70	Expertisen, Zeugengelder, Dolmetscher- / Parteientsch.	unterdurchschnittlich wenig Expertiesen	33'802.55	84.51
3600.366.00	Entschädigungen Genugtuung Opferhilfe	2007 keine OHG-Entschädigungszahlungen geleistet. Beschwerde gegen Entschädigungsverfügung ist bei Obergericht hängig.	90'000.00	60.00
3600.431.00	Gebühreneinnahmen	Gebühren wurden per 01.01.2007 erhöht.	32'866.85	14.94
3600.431.01	Gebühreneinnahmen ADMAS	Gerbühren wurden per 01.01.2007 erhöht.	27'400.00	22.83
3600.437.00	Bussenertrag	Im Vergleich zum Vorjahr sind 123 Fälle weniger eingegangen und wurden 350 Fälle weniger erledigt.	52'290.25	8.72
3600.437.01	Einnahmen aus Geldstrafen	Das aufgrund der Revision des AT StGB ab 1.1.2007 nötige Konto Geldstrafen wurde versehentlich nicht	28'760.00	100.00
3610.301.03	Besoldungen: Staatsanwalt	budetiert 70%, eff. Pensum >100%, Abrechnung nach Aufwand	-47'709.45	-54.59
3610.318.60	Arbeiten durch Dritte	Honorar a.o. Staatsanwalt, durch Obergerichtspräsident eingesetzt	-25'669.90	-64.17

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
4002.365.01	Periodische Beitragsleistungen: Gemeinnützige Verbände und Organisationen	Der seit langem in Aussicht genommene Besucher- anlegesteg in Alpnachstad ist noch nicht verwirk- licht.	50'500.00	83.47
4009.366.00	Verwendung Spenden	Der Einsatz der Spendengelder lässt sich nur schwer abschätzen. Die Glückskette hat 3,4 Mio. Franken für die öffentlich-rechtlichen Körper- schaften zur Verfügung gestellt.	-2'714'795.00	-271.48
4009.420.00	Bankzinsen	Da noch nicht alle Gesuche abgerechnet sind, konnte das Spendengeld angelegt werden. Der Zinsertrag hängt von der Beanspruchung der Mittel ab.	68'131.00	100.00
4009.465.00	Spenden-Eingänge	vgl. Ausführungen zu 4009.366.00.	3'416'720.00	100.00
4009.480.00	Entnahme Spendengelder	vgl. Ausführungen zu 4009.366.00	-770'025.40	-77.00
4100.301.00	Personal: Besoldungen	Ein Teil der Besoldungen wurde über 4110.301.00 abgerechnet. Insgesamt weicht die Besoldung nur wenig ab.	28'725.35	15.78
4102.366.00	Beiträge an Eigentümer	Die WEG-Beträge nehmen seit 2004 stetig ab. Im 2007 wurden die WEG-Bedingungen häufig nicht mehr erfüllt (zu hohes Einkommen).	60'615.00	33.68
4110.363.00	Informatikaufwand ILZ	Die Beschaffung von HRnet wurde auf 2009 verschoben.	35'578.20	69.76
4110.431.00	Handelsregistergebühren	Die Zahl der Geschäfte und damit die Einnahmen lagen auch 2007 deutlich über den Erwartungen.	119'102.25	32.19
4121.301.00	Personal: Besoldungen	Bewilligte Stellen konnten nicht fristgerecht besetzt werden. Dank effektiveren Betriebs- abläufen nicht mehr besetzt.	107'858.45	9.35
4121.319.00	Verschiedener Sachaufwand	Vergleichszahlung	-28'836.20	-1'441.81
4121.363.00	Informatikaufwand ILZ	Aufwand geringer ausgefallen. Dank effektiveren Betriebsabläufen nicht mehr besetzt.	31'193.80	32.84

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
4121.431.00	Gebühreneinnahmen: Grundbuch	Die Grundbuchgeschäfte haben gegenüber dem Vorjahr zugenommen.	90'883.35	6.99
4122.318.93	Gesamtaufwand Dritter (AV)	Fliessender Übergang. Zahlungsverpflichtung auf Grundlage Werkverträge.	219'938.30	37.28
4122.450.00	Rückerstattungen des Bundes (AV)	Behebung Unwetterschäden 2005; nebst Anteil AV, volle Rückerstattung der Bundesbeiträge für Rufenprojekt und wasserbaul. SOMA bereits im Jahre 2007	69'882.00	46.59
4122.480.00	Entnahme aus Fonds und Spezialfinanzierung (AV)	Ausgleich über Fonds (siehe Konto 2283.09)	36'000.00	100.00
4123.301.00	Personal: Besoldungen	Minderaufwand infolge Neuorganisation GIS-Koordination.	34'669.05	44.16
4123.318.60	Arbeiten durch Dritte (inkl. Lizenzen)	Die deutlich höhere Geschäftstätigkeit mit entsprechend höheren Einnahmen verursachte entsprechende Mehrarbeiten bei der Geschäftsstelle (Dienstleistungen, Datenintegration, Entwicklungsprojekte).	-87'474.75	-25.73
4123.439.00	Verschiedene Einnahmen	Siehe auch Konto 4123.318.60 (MWST-frei)	-202'122.60	-55.83
4123.439.10	Verschiedene Einnahmen (MWST-frei)	Siehe auch Konto 4123.318.60	241'624.15	100.00
4123.465.00	Unterhaltsbeitrag Dritter	Nutzungsgebühren Dritter (Swisscom, EWO, Trigonet) siehe auch Konto 4123.318.60).	49'110.00	100.00
4210.431.00	Gebühreneinnahmen	Vermehrte kostenpflichtige berufliche und geografische Mobilität der AusländerInnen.	43'732.60	17.49
4290.360.00	AHV: Kantonsbeiträge	Die Budgetierung erfolgt auf den Vorgaben der zentralen Ausgleichsstelle.	51'959.00	2.53
4290.360.01	IV: Kantonsbeiträge	Die Budgetierung erfolgt auf den Vorgaben der zentralen Ausgleichsstelle. Nachschüssige Leistung NFA	-591'342.00	-22.97

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
4292.318.60	Verwaltungskosten Ergänzungsleistungen AHV und IV	Verwaltungskosten richten sich nach den EL-Ausgaben. Es wurden weniger Ergänzungsleistungen beansprucht als budgetiert.	51'600.00	10.37
4292.366.00	Beiträge an AHV-Ergänzungsleistungen	Die Heimtaxen sind weniger angestiegen als erwartet, weniger kostenintensive Fälle, schwer budgetierbar.	742'221.00	10.17
4292.366.01	Beiträge an IV-Ergänzungsleistungen	vgl. Konto 4292.366.00	547'582.00	12.45
4292.460.00	Bundesbeiträge an Ergänzungsleistungen	Bundesbeiträge richten sich nach den EL-Ausgaben. Sind diese tiefer, ist auch der Bundesbeitrag tiefer.	-451'431.00	-11.02
4294.360.00	Beiträge für Kinderzulagen	Die Budgetierung erfolgt auf den Vorgaben der zentralen Ausgleichsstelle. Es wurden weniger Beiträge ausbezahlt als budgetiert.	48'628.00	9.90
5011.351.10	Schulen: Entschädigungen an ausserkantonale Institutionen	weniger Schüler/Innen als budgetiert	60'079.00	12.15
5013.351.10	Schulen: Entschädigungen an Kantone	Universitäten: weniger Studierende als budgetiert PHZ: Rechnung tiefer als Globalbudget FHZ: mehr Studierende als durch FHZ budgetiert	838'771.75	9.51
5013.351.11	Schulen: Entschädigungen an Kantone (Höhere Fachschulen)	mehr Studierende als budgetiert	-47'946.00	-12.43
5013.451.00	Rückerstattung FHZ	Nicht budgetierte Kapitalrückführung der FHZ. einmalige Rückführung aus dem Risikofonds	34'000.00	100.00
5300.362.00	Betriebsbeiträge an Gemeinden	Die budgetierten Beträge für Schulergänzende Tagesstrukturen wurden noch nicht beansprucht. Ausgaben für Projekt 8plus (Stellwerk) waren geringer als budgetiert.	117'160.00	86.79
5300.493.00	Lohnausfallentschädigungen: interne Verrechnungen	Krankheitsbedingte Taggelder	32'740.00	100.00
5302.301.10	Kursleiter: Honorare (o.Soz.)	Mehr privattätige Kursleiter als erwartet	-28'263.35	-80.75

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
5302.318.64	LWB Fachkurse mit Diplomabschluss	Ausgaben für Nachqualifikation Primarschulenglisch gemäss Verpflichtungskredit nicht im 2007 beansprucht. Vorauss. im 2008 und 2009 fällig.	106'346.70	70.90
5302.452.00	Beiträge Gemeinden/NW/UR	Budgetierung zu hoch, da Benutzung auswärtiger Lehrpersonen nicht genau abschätzbar	-63'710.60	-45.51
5350.302.00	Lehrpersonal: Besoldungen	Ab Sj 2007/08 werden 2 zusätzliche Klassen geführt (Sj 2006/07 = 20 Klassen; Sj 2007/08 = 22 Klassen)	-231'861.05	-5.23
5350.302.03	Stellvertreter: Löhne	Ausserordentliche viele und lange Krankheitsfälle. Gegenkonto = 535049300	-135'425.30	-677.13
5350.362.00	Beiträge an Gemeinden (Instrumentalunterricht)	Ergänzungsfach Musik im Sj 07/08: 40 SchülerInnen. Budgetiert wurden 29 SchülerInnen à Fr. 2670.-	-26'172.30	-33.55
5350.433.00	Schulgelder	Mehr schulgeldpflichtige Schüler als während Budgetierung (Sommer 2006) voraussehbar.	39'720.00	19.86
5350.493.00	Lohnausfallentschädigungen: interne Verrechnung	Ausserordentlich viele und lange Krankheitsfälle. Gegenkonto siehe 535030203.	87'234.00	436.17
5400.460.00	Bundesbeiträge	Schrittweise Angleichung an Pauschale. Betrag zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht annähernd bekannt	396'584.00	146.88
5402.351.10	Entschädigungen an Kantone: Schulgelder BFS	Mehr Lernende. Zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht genau zu beziffern.	-126'748.65	-3.57
5402.365.20	Beiträge an Kurse (ük) und KfB	Infolge Änderung der Finanzierungspraxis (Pauschale) per 2008, sind mehr Rechnungen für überbetriebliche Kurse eingegangen. Die ük-Organisatoren sind zum Teil mit den Abrechnungen mehrere Jahre im Rückstand.	-74'168.10	-43.63
5402.365.21	Beiträge an auswärtige Schulen und Kurse (BFS Gesundheit)	Rund 11 Lernende weniger als budgetiert, resp. Ausbildungsabbrüche.	152'145.75	11.12
5402.365.22	Beiträge an auswärtige Schulen und Kurse (Tertiär)	Kanton muss Bundesanteil übernehmen, da ein Teil der Pauschale bereits ausbezahlt wird (siehe Mehreinnahmen 5400.460.00).	-119'593.88	-79.73

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
5402.460.00	Bundesbeiträge	Reduktion Beitrag an TAE.	-26'416.00	-24.01
5440.394.10	Verrechnung Raumaufwand	Neu verteilt durch HBA nach Neubau BWZ.	-94'420.00	-19.32
5441.302.00	Lehrpersonal: Besoldungen	Bei der Budgetierung wurde von einer Klasse ausgegangen. Aufgrund des Zentralschweizer Konzeptes mit dem Führen des schulischen Brückenangebotes in einem A- und einem B-Niveau hat dies nicht zur erwarteten Kosteneinsparung geführt. Zudem musste aufgrund der Erfahrungszahlen der Teil Lernwerkstatt und vor allem das Lehrstellen-Coaching erhöht werden (plus 6 L). Mehrkosten gegenüber der Rechnung 2006 entstanden auch durch Anstellung älterer, besserbezahlter LP. (Im Vergleich Besoldungen wird nicht vom Budget - zu früher Zeitpunkt um Pensen und Schulklassen genau zu definieren - sondern von der Rechnung des Vorjahres ausgegangen).	-44'145.70	-9.31
5442.302.00	Lehrpersonal: Besoldungen	Löhne LP sind abhängig von der Klassenzahl bzw. Lernendenzahl, diese können zum Budgetdatum noch nicht genau vorhersagt werden, sind aber immer mit dem Personalamt abgesprochen.	-194'367.00	-9.39
5442.313.30	Lebensmittel, Materialien	Vgl. Gegenkonto 432.00 Kostgelder. Zunahme der Lernenden.	-29'711.05	-49.52
5442.318.60	Arbeiten durch Dritte	Abhängig von der Anzahl der LP, die über Dritte (Bsp. Wilen) bezahlt werden oder eine eigene Firma führen. Kann beim Budgetdatum nicht genau gesagt werden, tiefere Zahlen hier führen zu höheren in 302.00. (Vergleich Rechnung im Vorjahr statt mit Budget) ist auch aussagekräftiger.	37'231.70	20.68
5442.433.00	Schulgelder	Können zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht genau beziffert werden.	-42'349.50	-2.10

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
5442.460.00	Bundesbeiträge	BBT Mehreinnahmen, da Informatik/Beamer Neubau neben der Bausubventionierung eine Zusatzsubventionierung ausgelöst haben.	104'064.00	16.01
5443.302.00	Lehrpersonal: Besoldungen	34 Lernende - starke Zunahme zum Budgetzeitpunkt nicht absehbar.	-32'770.60	-10.33
5444.433.00	Schulgelder	Sehr gute Auslastung der Kursangebote.	58'245.00	14.56
5444.460.00	Bundesbeiträge	BBT Mehreinnahmen, da Informatik/Beamer Neubau neben der Bausubventionierung eine Zusatzsubventionierung ausgelöst haben - anteilmässig auch der Weiterbildung gutgeschrieben.	35'800.00	29.83
5510.318.60	Arbeiten durch Dritte	GIS OW stellt eine Zwischenrechnung von 27'754.00 per 31.12.07, die nicht budgetiert war, weil angenommen wurde, dass im März 2008 eine Schlussrechnung erfolgen werde. Deshalb wurde das Konto bereits vor dem 31.12.07 anderweitig vollausgeschöpft.	-27'702.70	-18.85
5510.375.00	Weiterleitung Gemeinde-/Bundesbeiträge	Die eidg. Räte haben im Dez. 07 einen Nachtragskredit 07 für Bundesbeiträge Denkmalpflege beschlossen. Daher mehr Auszahlungen ausstehender Bundesbeiträge als budgetiert.	-1'275'373.85	-141.71
5600.318.60	Arbeiten durch Dritte	Ein Leiterkurs Schneesport nicht durchgeführt und die Teilumsetzung des. kant. Sportkonzepts verschoben infolge Personalmangel.	26'075.65	10.13
5610.365.22	Beiträge an verschiedene Institutionen für Sportanlagen	Die beiden Bauprojekte Sprungschanze Engelberg (Fr. 30'000) und Skatepark Obwalden (Fr. 10'000) sind noch nicht vollzogen und abgerechnet. Auszahlung erfolgt 2008.	48'165.00	46.76

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
5610.414.00	Gewinnanteil Sport-Toto-Gesell	Restbetrag der überwiesenen Gewinnausschüttungsreserve der Sport-Toto-Gesellschaft. In den Vorjahren wurde mehr verwendet als ursprünglich budgetiert.	-28'093.00	-45.31
6100.490.04	Verrechnung Kostenanteile: Strassenbau	Zu hoch budgetierte Kostenanteile für Abteilung Strassenbau	-35'838.75	-3.69
6102.390.00	Verrechnung Kostenanteile	Siehe Konto 6100.490.04	35'838.75	3.69
6102.395.30	Verrechnung der Verzinsung: Strassenbauschuld	Gemäss Angaben Finanzverwaltung	-80'493.10	-36.10
6102.396.00	Verrechnung der Abschreibungen: Strassenbauschuld	Gemäss Angaben Finanzverwaltung	-264'300.00	-6.17
6102.438.00	Eigenleistungen	Geringere Eigenleistungen zu Lasten Investitionsrechnung, Siehe auch Konto 6102.390.00	-110'281.60	-11.99
6102.495.00	Anteil Verkehrsabgaben für Strassenbau	Gemäss Angaben Finanzverwaltung (Konto 2482)	344'793.10	7.66
6102.495.01	Anteil Mineralölsteuern für Strassenbau	Gemäss Angaben Finanzverwaltung (Konto 2482)	372'352.00	15.75
6102.495.02	Anteil LSVA für Strassenbau	Gemäss Angaben Finanzverwaltung (Konto 2482)	90'872.23	12.75
6120.301.00	Personal: Besoldungen	Lohnanpassungen sowie Pikett- und Überzeitzuschläge nicht budgetiert.	-48'718.30	-2.95
6120.312.00	Heizung, Strom, Wasser: Elektrische Energie für Strassen	Höhere Energiekosten für sanierten Tunnel Lopper (Bundesbeitrag 95 % Kto. 6120.460.00)	-41'870.95	-10.47
6120.313.40	Treibstoff	Hohe Treibstoffpreise, siehe auch Kto. 6120.434.05	-28'893.00	-24.08
6120.314.23	Leistungen durch Dritte: Beheben von Unwetterschäden	Restarbeiten Unwetter 05, Unwetter 07	-25'041.05	-12.52
6120.438.00	Eigenleistungen	Hoher Aufwand für Baustellen Nationalstrasse (Umfahrung Lungern und Portalzone Z'Matt)	263'916.30	70.38

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6120.460.00	Bundesbeiträge: Betrieb A8	Geringerer Betriebsaufwand, Eigenleistungen zu Lasten Betrieb Bereich Neubau-Baustellen (vgl. Kto. 6120.438.00)	-323'584.90	-14.95
6120.493.00	Lohnausfallentschädigungen: interne Verrechnung	Krankheitsfall sowie zwei Unfälle mit längeren Rekonvaleszenzen	49'759.55	995.19
6122.314.08	Baulicher Unterhalt: Nationalstrasse A8	Programmverschiebungen baulicher Unterhalt A8 nach Weisungen Bund	3'334'031.70	49.56
6122.460.08	Bundesbeiträge: Baulicher Unterhalt A8	Siehe Begründungen bei Kto. 6122.314.08	-3'239'463.32	-49.65
6140.301.00	Personal: Besoldungen (Hauswarte)	Überbrückungsrente für vorzeitige Pensionierung, Neuregelung Hauswartung Polizeigebäude, Mehraufwand verschiedene Umbauten und neu Berufs- und Weiterbildungszentrum Sarnen	-88'445.70	-8.78
6140.316.00	Büro- und Raummieten	Für Provisorien (Unwetter 2005) wurde bereits eine Rückstellungen in der Rechnung 2006 gemacht.	491'508.80	58.17
6140.395.30	Verrechnung Zinskosten	Interne Verrechnungen (abhängig von Investitionen)	175'787.40	24.93
6140.396.00	Verrechnung der Abschreibungen	Interne Verrechnungen (abhängig von Investitionen)	529'100.00	24.25
6140.434.10	Benützungsgebühren: Seeflächen	Zum Zeitpunkt Budgetierung genauer Betrag vom 1. Erhebungsjahr, 2006 noch nicht bekannt.	25'684.00	21.40
6140.436.00	Rückerstattungen aus Versicherungsleistungen	Verschiedene Gebäudeschäden	26'681.65	533.63
6140.462.00	Gemeindebeiträge (Turnhalle, Gymnasium)	Wegfall Baurechtszins Mehrfachhalle Einwohnergemeinde Sarnen	-41'235.55	-30.54
6140.494.10	Verrechnung Raumaufwand	Rathaus, Berufs- und Weiterbildungszentrum Sarnen, Kantonsschule, Verwaltungsgebäude, Änderung wegen Umbauten der Flächenverteilung	92'300.00	2.86
6145.318.70	Konzept, Projekte, Gutachten	Energiekonzept auf 2008 verschoben	155'000.00	100.00

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6146.410.02	Kraftwerk Sarneraa AG: Wasserrechts- und Konzessionsgebühr Kantonsanteil	Siehe 6146.374.02	63'947.00	68.54
6148.312.00	Energiekosten (Propan, Oel, Strom)	Anstieg der Propan- und Heizölpreise	-71'784.65	-11.79
6148.314.00	Betrieb und Unterhalt	Betriebsunterbrüche, Ausfall von einem Generator, Schwierigkeiten Tankrevision, grosse Revision (nicht vorgesehen wegen Anschluss Wäscherei)	-155'529.65	-172.81
6148.395.30	Verrechnung der Zinskosten	RRB 601 vom 12.06.07, Anlage abgeschrieben	74'000.00	100.00
6148.396.00	Verrechnung der Abschreibungen	RRB 601 vom 12.06.07, Anlage abgeschrieben	117'000.00	100.00
6148.435.22	Wärmeverkauf (Arbeit)	Propanverkauf neu in Konto 6148.435.24, Gemeinde Sarnen weniger Wärme bezogen wegen Bauarbeiten	-134'015.10	-25.66
6148.435.24	Propanverkauf	siehe 6140.435.22	80'006.15	100.00
6190.311.01	Geräte	Folgen Hochwasser 2005	-27'447.35	-100.00
6190.314.01	Wiederherstellung (Gebäude)	Folgen Hochwasser 2005	-166'278.10	-100.00
6190.318.60	Arbeiten durch Dritte	Folgen Hochwasser 2005	-208'704.00	-100.00
6190.436.00	Rückerstattungen aus Versicherungsleistungen	Folgen Hochwasser 2005	409'863.45	100.00
6200.318.60	Arbeiten durch Dritte	Rückläufige aussergewöhnliche Ereignisse. Budgetierung aufgrund Erfahrungswert.	58'150.15	38.77
6200.434.10	Arbeiten für Dritte	Rückzahlungen von Trägerschaften für Leistungen Amt und Vorauszahlungen über 6200.318.60 (Verschiebung der Rückzahlungen über 1-2 Jahre).	129'594.80	32.40
6212.364.00	Beiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	Unwetterereignisse vom Juli / August 2007. Vergleiche Bundesbeitrag 6212.470.00.	-32'298.30	-37.38
6218.460.00	Bundesbeiträge	Aufwändigere Bearbeitung für Schutz- und Nutzungsplanung als erwartet.	50'267.90	41.89

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6226.318.60	Arbeiten durch Dritte	Die Arbeiten waren in höherem Masse unwitterbedingt und wurden daher unter 6290.318.63 verbucht.	52'186.90	52.19
6226.318.61	Massnahmen an Ufern und Seen	Kies- und Holzräumungen nach dem Hochwasser vom August 2007. Für Seeräumung wurde unter 6226.318.62 verbucht.	-55'887.15	-223.55
6226.410.00	Wasserrechte und Konzessionsgebühren	Die Kiesabbaumengen lagen deutlich unter den Erwartungen.	-37'710.05	-53.87
6226.460.00	Bundesbeiträge	Die Budgetierung entsprach dem in Aussicht gestellten Kontingent an Bundesbeiträgen. Dem BAFU gegenüber konnten im Jahr 2007 bedeutend höhere Leistungen für Ereignisdokumentationen, Nachführung Gefahrenkarten etc. zur Abrechnung gebracht werden. Mit diesen Abrechnungen konnte per Ende 2007 der seit dem Unwetter 2005 entstandene Überhang an noch nicht abgerechneten Leistungen abgebaut werden.	92'951.45	132.79
6231.318.60	Arbeiten durch Dritte: Planungen	Zum Teil erfolgen Rückerstattungen durch Einwohnergemeinden. Siehe Konto 6231.452.00.	-60'322.85	-30.16
6231.452.00	Gemeindebeiträge	Siehe Begründung Konto 6231.318.60.	43'540.45	100.00
6233.318.60	Arbeiten durch Dritte: Gutachten	ITV Passepartout: Verschiebung des Einführungstermins führt zu Verschiebung der Einführungskosten.	30'073.30	66.83
6233.364.00	Beiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	Dank den Offertverhandlungen mit der Zentralbahn und einer Kantonsquotenerhöhung durch das BAV um Fr. 210'000.-- konnte die Überschreitung der Kantonsquote auf Fr. 0.-- gesenkt werden.	358'852.90	23.23
6290.318.63	Arbeiten durch Dritte: Naturgefahren	Infolge des Referendums zum Variantenentscheid Hochwasserschutz Sarneraatal mussten die für 2007 geplanten umfangreichen Projektierungsarbeiten sistiert werden.	1'816'265.29	57.12

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6290.364.01	Beiträge Naturgefahren	Für Seeräumung wurde unter 6226.318.61 verbucht.	30'000.00	100.00
6290.460.00	Bundesbeiträge	Infolge Sistierung der Detailprojektierung Hochwasserschutz Sarneraatal konnte noch keine Projektabrechnung zur Ausrichtung entsprechender Bundesbeiträge eingereicht werden.	-1'949'029.20	-96.01
9300.318.71	Expertisen, Zeugengelder, Parteientschädigungen	Bei der Budgetierung dieser Auslagen ist das Gericht auf Schätzungen angewiesen. Es fielen mehrere, zum Teil hohe Expertiserechnungen an. Diese Kosten werden - vorbehaltlich der Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege und kostenloser Verfahren - jeweils den Parteien auferlegt.	-84'114.75	-84.11
9300.431.00	Gebühreneinnahmen	Die Einnahmen sind insbesondere von Art und Anzahl der Fälle sowie der Höhe der Streitwerte abhängig. Das Gericht ist bei der Budgetierung auf Schätzungen angewiesen. Insbesondere der Abschluss der oben erwähnten grossen Streitsache führte zu höheren Gebühreneinnahmen.	168'058.45	52.52

Investitionsrechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
3202.506.00	Swiss Police Index	Projekt verzögert; Einführung unbestimmt.	100'000.00	100.00
4101.522.00	Darlehen Investitionshilfe (IHG)	Es wurde nur ein Darlehen ausbezahlt.	72'000.00	32.43
4101.626.00	Rückzahlungsraten IHG-Darlehen	Rückzahlung auf Niveau Vorjahr.	-28'000.00	-4.19
6141.503.00	Projektierung, Baukosten	Abhängig Baufortschritt	-410'468.70	-19.55
6141.506.00	Mobilien, Fahrhabe	Abhängig Baufortschritt	222'845.30	58.64
6141.660.00	Bundesbeitrag	Bundesbeitrag noch nicht eingetroffen	-400'000.00	-100.00
6141.669.00	Verschiedene Rückerstattungen	Versicherungsleistungen	439'732.15	100.00
6144.503.00	Projektierung, Baukosten	Zustandserfassung Gebäude Honorare	-25'144.20	-100.00
6145.503.00	Umgestaltung, Projektierung	2008 Start	426'759.70	94.84
6145.580.00	Vorfinanzierung Umbau (2008)	Verschoben 2008	-6'450'000.00	-181.69
6145.669.00	Verschiedene Rückerstattungen	Versicherungsleistungen ausstehend	-4'000'000.00	-100.00
6146.503.02	Ausbau	Abschlussarbeiten, Schlussabrechnung	-113'925.35	-100.00
6146.503.03	Sanierung	Abschlussarbeiten, Schlussabrechnung	-191'279.35	-100.00
6146.660.00	Bundesbeiträge	Restlicher Anteil Bundesbeitrag, Akonto 2006 erhalten	-1'199'318.00	-59.97
6149.506.00	Mobilien, Fahrhabe	Weiterverwendung von bestehendem Mobiliar	29'306.55	48.84
6152.503.00	Projektierung, Baukosten	Planung verschoben	30'000.00	100.00
6153.669.00	Verschiedene Rückerstattungen	Anteil Gemeinde Sarnen	153'568.45	100.00
6172.503.00	Projektierung, Baukosten	Planungsstart 2008 auf Grund Spitalkonzept	300'000.00	100.00
6173.503.00	Projektierung, Baukosten	Abhängig von Baufortschritt, Schlussabrechnung	43'081.30	100.00
6212.564.00	Kantonsbeiträge	Mehr Bundesmittel zur Verfügung --> beschleunigter Projektfortschritt Geretschwandstrasse --> mehr Kantonsbeitrag benötigt.	-26'456.30	-23.83

Investitionsrechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6214.564.00	Kantonsbeiträge	Weniger Bundesmittel als budgetiert; Kantonsbeitrag direkt gekoppelt!	195'893.70	41.86
6226.564.13	Ramersbergerbäche, Sarnen	Arbeiten am Zimmertalbach verzögern sich durch noch laufende Planungsarbeiten und ungelöste Fragen mit Anstössern.	75'651.75	49.77
6226.564.30	Edisrieder- und Ewilerbäche, Sachseln	Projektstart verzögert infolge Einsprachen.	180'307.05	94.90
6226.564.33	Wissibach, Sachseln	Verzögerter Baubeginn führte zu Mehrausgaben im Jahr 2007.	-32'865.65	-106.02
6226.564.51	Lau und Zuflüsse, Giswil	Projektarbeiten verzögert durch technische Schwierigkeiten und offenen Fragen im Gebiet Mülimattli.	213'735.45	50.29
6226.564.53	Rütibach SoMa, Giswil	Arbeitsfortschritt verzögert infolge Konzeptwechsel (Rauhbettrinne statt Sperrtreppe)	66'082.45	40.05
6233.564.01	Darlehen zb Zentralbahn	Siehe Konto 6233.564.02 Systemwechsel beim Bundesamt für Verkehr; Die Beiträge an den Neubau Steilrampe Tunnel Engelberg werden bis zur Schlussabrechnung nicht mehr als Investitionsbeiträge sondern als bedingt rückzahl- bare Darlehen ausbezahlt. Deshalb Verschiebung der Zahlungen vom Konto 564.02 zum Konto 564.01.	-700'216.40	-100.00
6233.564.02	Investitionsbeiträge zb Zentralbahn	Siehe Konto 6233.564.01 Wegen der grossen Verzögerung der Bauarbeiten und der Streckung des Bauprogramms fallen die Kosten für den Neubau Steilrampe Tunnel Engelberg viel später an.	2'213'000.00	100.00
6233.564.11	Infrastrukturerweiterungen Doppelspur, Beiträge	Die Schlussabrechnung der Bauarbeiten liegt vor. Die Kostenüberschreitung des Gesamtprojektes beträgt Fr. 580'000.-- Anteil Obwalden 26.50% oder Fr. 154'000.--	29'430.60	13.82

Investitionsrechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6233.564.12	Sanierung Bahnübergänge	Die Zentralbahn hat die Sanierung der Bahnübergänge in Engelberg ins Jahr 2010 verschoben.	280'000.00	100.00
6233.574.01	Weiterleitung Gemeindebeiträge an Darlehen zb Zentralbahn	Siehe Konto 6233.564.01	-123'567.60	-100.00
6233.574.02	Weiterleitung Gemeindebeiträge an Investitionsbeiträge zb	Siehe Konto 6233.564.02	390'000.00	100.00
6233.574.14	Weiterleitung Bundesbeiträge Sanierung Bahnübergänge	Verspätete Abrechnung des Bundesamtes für Strassen ASTRA, für die Sanierung von 2 Bahnübergängen. Siehe Konto 6233.670.00.	-132'894.00	-100.00
6233.670.00	Bundesbeiträge zur Sanierung Bahnübergänge	Siehe Konto 6233.574.14	132'894.00	100.00
6233.672.01	Gemeindebeitrag an Darlehen zb Zentralbahn	Siehe Konto 6233.564.01	123'567.60	100.00
6233.672.02	Gemeindebeitrag an Investitionen zb Zentralbahn	Siehe Konto 6233.564.02	-390'000.00	-100.00
6290.564.01	Gefahrenabwehr	Das Projekt Loch-/Türligraben (Kerns) konnte entgegen den ursprünglichen Erwartungen mehrheitlich erst im Jahr 2007 statt 2006 abgerechnet werden.	-106'439.25	-19.35
6290.564.02	Wasserbau	In den Projekten Acherlibach (Kerns), Sarneraa (Alpnach), Kl. Melchaa (Sachseln/Giswil), Dürrbach/Mehlbach/Bärenbach (Engelberg), Fangtobel (Engelberg) hat sich der Beginn der Massnahmen infolge komplexer und aufwändiger Projektierungsarbeit verzögert. Das Projekt Giessen (Alpnach) konnte im Rahmen der SOMA Unwetter 05 realisiert werden.	1'081'745.35	60.84
6290.580.00	Einlage Vorfinanzierung	vgl. Korrespondenz mit Finanzverwaltung in Woche 7	-6'410'000.00	-100.00
6745.501.12	Nordstrasse, Sarnen	Projektierung auf 2008 verschoben	38'670.60	96.68

Investitionsrechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6745.501.21	Melchtalerstrasse	Unwetter 2005: Wiederinstandsetzung Acheribach zurückgestellt.	126'429.60	84.29
6745.501.22	Kernmattstrasse	Unwetter 2005: Ausführung der 2006 vorgesehenen Arbeiten auf 2007 verschoben	-249'460.10	-49.89
6745.501.50	Brünigstrasse, Giswil	Arbeiten bereits 2006 ausgeführt	100'077.45	66.72
6745.501.70	Engelbergerstrasse	Unwetter 2005: Bei definitiver Instandsetzung Brücke nur eine Fahrbahn ausgeführt, 2008 folgt 2. Fahrbahn	2'346'162.45	39.10
6745.501.80	Lärmschutzmassnahmen	Beiträge an Fenstersanierungen. Nachholbedarf vergleiche nicht erreichte Budgetzahlen vorherige Jahre 2002 - 2004	-412'338.90	-137.45
6745.501.90	Ersatzbauten	Keine Planung für Ersatzbauten gestartet	145'825.05	97.22
6745.660.00	Bundesbeiträge	Bundesbeiträge für Fenstersanierung und Engelbergstrasse. Siehe Konto 6745.501.70, 6745.501.80	-565'707.00	-15.52
6745.669.00	Verschiedene Rückerstattungen	Beiträge Zentralbahn und Gemeinde Engelberg für Engelbergerstrasse erfolgt 2008 (2008 Total Fr. 520'000.00)	-482'614.55	-92.81
6758.501.01	Projektierung	Keine neuen Projekte gestartet	29'862.55	99.54
6846.501.21	Projekt, Bauleitung	Planerschlussrechnungen und verschobene Leistungen Radweg/Laudamm	-858'228.50	-858.23
6846.501.22	Landerwerb	Landerwerb im Bereich Anschluss Giswil Nord neu über Abschnitt Giswil Nord - Ewil vgl. Konto Nr. 6849.501.52	64'006.10	64.01
6846.501.23	Baukosten	Kostenanteil Radweg Kaiserstuhl - Giswil verschoben von 2005	-688'226.75	-688.23
6846.660.20	Bundesbeitrag	Abhängig von Konto 6846.501	1'463'370.03	502.88
6847.501.42	Landerwerb	Landerwerb Bereich Südportal im Zusammenhang mit Bauausführung des Abschnitts Giswil Nord - Ewil	-57'709.00	-100.00

Investitionsrechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6847.660.40	Bundesbeitrag	Abhängig von Konto 6847.501	40'361.02	16.64
6848.501.51	Projekt, Bauleitung	Verzögerung Lärmsanierung Alpnachstad	48'736.70	48.74
6848.501.53	Baukosten	Verzögerung Lärmsanierung Alpnachstad	800'000.00	100.00
6848.660.50	Bundesbeiträge	Abhängig von Konto 6848.501	-823'274.62	-94.30
6849.501.52	Landerwerb	Siehe Konto 6846.501.22	-39'935.95	-100.00
6849.501.53	Baukosten	Anpassung Bauvorgang ermöglichte schnelleren Bau- fortschritt der Hauptarbeiten	-2'455'518.75	-61.39
6849.660.50	Bundesbeitrag	Abhängig von Konto 6849.501	2'431'025.93	52.21
6852.501.21	Projektierung, Bauleitung	Detailprojektierung Betriebs- und Sicherheitsaus- rüstung auf 2008 verschoben	698'567.45	31.75
6852.501.22	Landerwerb	Landerwerb auf Projektabschlussphase verschoben	93'110.80	93.11
6852.501.23	Baukosten	Guter Baufortschritt Hauptarbeiten und vorzeitiger Baubeginn Vorarbeiten Südportal	-5'467'547.60	-32.16
6852.660.20	Bundesbeitrag	Abhängig von Konto 6852.501	4'535'399.38	24.23
6854.501.81	Projektierung, Bauleitung	Hauptarbeiten Verbindungstunnel bereits 2006 abgeschlossen. Reduktion Bauleitung	538'259.15	48.93
6854.501.83	Baukosten	Hauptarbeiten Verbindungstunnel bereits 2006 abgeschlossen. Vergleiche Mehraufwand Vorjahre	2'387'384.50	26.53
6854.669.00	Verschiedene Einnahmen	Ausserordentlicher Verkauf Bautrafo	70'575.00	100.00